BÜLOW

GUSTAV RUHLAND

BÜLOW / GUSTAV RUHLAND

VERLAG PAUL PAREY · BE

BERICHTE ÜBER LANDWIRTSCHAFT

120. Sonderheft

GUSTAV RUHLAND

Ein deutscher Bauerndenker

im Kampf gegen Wirtschaftsliberalismus und Marxismus

Von

Dr. Friedrich Bülow

BERLIN
VERLAGSBUCHHANDLUNG PAUL PAREY
Verlag für Landwirtschaft, Gartenbau und Forstwesen
SW 11, Hedemannstraße 28 u. 29
1936

ALLE RECHTE, AUCH DAS DER ÜBERSETZUNG, VORBEHALTEN
PRINTED IN GERMANY
DRUCK VON GEORG KALESSE, BERLIN-SCHÖNEBERG, HAUPTSTRASSE 159

Vorwort

Ruhlands Bedeutung für die Volkswirtschaft, für die Volkswirtschaftslehre und die Volkswirtschaftspolitik wird immer mehr erkannt, seitdem der Reichsbauernführer R. Walther Darré durch eine Neuherausgabe seiner Schriften das Augenmerk auf diesen hervorragenden Gelehrten gelenkt hat. Die vorliegende Arbeit trägt dem dringenden Bedürfnis Rechnung, die gedankliche Arbeit Ruhlands in ihren Zusammenhängen darzustellen und dabei auch Material zu verwenden, das bis jetzt leider nur zum Teil allgemein erreichbar ist. Ruhland zeigt, wie eine wahre Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik ausgehen muß vom Volk und dessen Lebensnotwendigkeiten auch zum Ziele haben muß. Deshalb müssen sich die Gedanken Ruhlands stets auch mit dem Gedankengut des Nationalsozialismus berühren. Beim Neuaufbau der deutschen Wirtschaft kann eine Betrachtungsweise, wie sie Ruhland vertritt, von größtem Werte sein. Selbstverständlich müssen auch seine Gedanken diejenige Fortbildung erfahren, die durch die heutige Zeitlage gefordert wird. Aber als Grundlage jeder volkswirtschaftlichen Arbeit behalten sie eine dauernde Bedeutung. Die vorliegende Schrift wird zu ihrem Teil dazu beitragen, die Lebensarbeit Ruhlands dem Verständnis unserer Zeit näher zu bringen.

Dr. Merkel
Stabshauptabteilungsleiter im Reichsnährstand
Präsident der Studiengesellschaft
für Nationalökonomie e. V.

Inhalt

Vorwort 3

Einleitung 5

I. Teil: Ruhlands Entwicklung zum radikalen Bauerndenker 15

A. Jugend und erste Veröffentlichungen 15
B. Der Theoretiker des „wahren Wertes“ 33
C. Die Münchener und Tübinger Studienjahre 50

II. Teil: Die Weltreise und ihre Nachwirkungen 58

A. Die Jahre der Weltreise 58
B. Als Güterdirektor im Salzburgischen 64
C. Zwischen Politik und Wissenschaft 74

III. Teil: Der Agrarpolitiker und Organisator 85

A. Beim „Bund der Landwirte“ 85
1. Der Schutzzöllner und Getreidepreispolitiker 85
2. Der Bank- und Börsenreformer 95

B. Als Professor an der Universität Freiburg (Schweiz) 102
1. Die Lösung der Agrarfrage als Problem der internationalen Organisation 102
2 Die Getreidepreiswarte 109

IV. Teil: Der Systematiker 116

A. Die Ausarbeitung des „Systems“ 116
B. Die Weiterentwicklung der Ideen nach Veröffentlichung des „Systems“ . 127
C. Charakteristik des „Systems der politischen Ökonomie“ 137

Zusammenfassung 142

Anhang I: Ruhlands Veröffentlichungen 150

Anhang II: Schrifttum über Ruhland 173

Personen-Register 174

Sach-Register 175

Einleitung

Unter den deutschen Nationalökonomen hat nach List, Gossen, Marlo, Dühring auch Gustav Ruhland das harte Schicksal tragen müssen, zu Lebzeiten verkannt und von der offiziellen Wissenschaft totgeschwiegen zu werden. Unentwegt im Kampfe mit seinen Gegnern stehend, ist es ihm nicht nur versagt geblieben, in Deutschland eine seiner Bedeutung entsprechende akademische Stellung zu erringen, sondern er ist auch, wie der Beleidigungsprozeß Ruhlands gegen den Gießener Professor der Staatswissenschaften Magnus Biermer[1]) eindrucksvoll zeigt, schwer verleumdet und in seiner Ehre als Gelehrter aufs tiefste verletzt worden. Je mehr er seine neuartigen und den damals tonangebenden Männern unbequemen Gedanken zum „System" ausbaute, desto mehr glaubte man, ihn als Dilettanten und Außenseiter abfertigen zu müssen.

Zugegeben: Ruhland war Autodidakt und besaß zweifelsohne die eigenwillige Art dieses Typs von Wissenschaftern. Er war halsstarrig („Ich kenne kaum einen dickeren Bauernschädel als den des Professors Ruhland", sagte vor Gericht der ihm wohlgesinnte Freiherr von Wangenheim), in der Polemik oft verletzend und gereizt. Auf Grund jahrzehntelanger Kränkungen verbittert geworden, zeigte er bei Verhandlungen und in Prozessen eine die Schwächen des Gegners schlau ausnutzende Manier, die an seinem Charakter irremachen konnte. Aber all dies mußte zurücktreten hinter der Tatsache, daß in Gustav Ruhland ein eigengeartetes, die deutsche Volkswirtschaftslehre in neue Bahnen lenkendes, wenn auch damals noch unzeitgemäßes Denken um Anerkennung rang.

Kein Zweifel: Ruhland ist der Klassiker der volksorganischen Betrachtungsweise in der deutschen Wirtschaftswissenschaft, und seine Werke bedeuten den stärksten Protest, der vom volksverbundenen, bodenverwachsenen, wahrhaft sozialpolitischen Standpunkt aus gegen Freihandel, Kapitalismus und Marxismus vor dem Kriege erhoben worden ist.

Da sich die Wissenschaft bisher gar nicht oder nur sehr wenig mit Ruhland beschäftigt hat, ja seine Werke — von einem kleinen Kreis von Ruhlandverehrern abgesehen — zum größten Teil noch heute unbekannt sind (das dreibändige „System der politischen Ökonomie" und „Die Wirtschaftspolitik des Vaterunser" reichen nicht aus, um ihn zu beurteilen), so war es an der Zeit, Entwicklung und Grundgedanken dieses bisher zu Unrecht vernachlässigten Nationalökonomen an der Hand des

[1]) „Der Privatbeleidigungsprozeß Ruhland contra Biermer". Nach stenographischen Aufzeichnungen. Verlag von Emil Roth in Gießen, 1909.

gesamten Materials zum Gegenstand einer Untersuchung zu machen. Die Aufgabe war um so dankbarer, als es sich darum handelte, das Heranreifen von Gedankengängen zu verfolgen, die erst heute voll gewürdigt werden können und deren Verwandtschaft mit dem nationalsozialistischen Ideengute trotz mancher Abweichungen im einzelnen klar zutage tritt.

Das Verdienst, diese innere Beziehung erkannt, im Dienste des deutschen Bauerntums politisch ausgewertet und Gustav Ruhland der Vergessenheit entrissen zu haben, gebührt R. Walther Darré, dem Reichsbauernführer und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft. Darré selbst schreibt: „Auf den Arbeiten dieses Gustav Ruhland baut das Reichsnährstandgesetz auf. Wir haben dabei nicht sklavisch nachgeahmt, da Ruhland in den Jahren 1900 bis 1914 — er starb 1914 —, als er sein grundlegendstes Werk schrieb, etwas andere volkswirtschaftliche Grundlagen und Zustände vorliegen hatte als wir heutigen. Wohl aber hat mein langjähriger Mitarbeiter, Dr. Hermann Reischle, der Mitverfasser dieser Schrift, im Jahre 1932, auf den Grundgedanken Ruhlands aufbauend und die gegebene wirtschaftliche Notlage in Deutschland vor Augen, in generalstabsmäßiger Kleinarbeit diejenigen Voraussetzungen herausgearbeitet, auf denen dann Sommer 1933 in ganz kurzer Zeit das vorliegende Reichsnährstandgesetz ausgearbeitet und dem Reichskabinett vorgelegt werden konnte“ [2]).

Die vorliegende Arbeit, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die innere Entwicklung Ruhlands, die treibenden Kräfte seiner Gedanken und Ideen auf Grund der gesamten Veröffentlichungen wissenschaftlich darzustellen, war erschwert, da seine Schriften zu einem erheblichen Teil auf deutschen Bibliotheken nicht erreichbar waren. Im Falle Ruhland kann die Lage in bezug auf das Quellenmaterial geradezu als einzigartig bezeichnet werden. Selbst die führenden Staats- und Universitätsbibliotheken besitzen nur einen Bruchteil der Ruhlandschen Abhandlungen.

Wohl oder übel mußte der Verfasser das Fehlende auf privatem Wege, teilweise aus dem Auslande (Schweiz, Österreich, Frankreich) beschaffen. Es kam hinzu, daß es sich dabei häufig um Zeitschriften- und Zeitungsartikel handelte, die nur mühsam aufzufinden waren, die aber deswegen herangezogen werden mußten, weil Ruhland infolge besonderer Lebensumstände gezwungen war, seine Gedanken hier und da in kleineren Aufsätzen zu veröffentlichen, und weil seine volkswirtschaftlichen Ansichten darin klarer niedergelegt sind als in dem mehr geschichtsphilosophisch gerichteten Hauptwerk, dem „System der politischen Ökonomie“. Darré hat dieses dreibändige Werk mit einem Vorwort, in dem es heißt: „Einer der größten Nationalökonomen starb erst 1914 und hieß — Gustav Ruhland“, neu herausgegeben.

---

[2]) Reischle-Saure: Aufgaben und Aufbau des Reichsnährstandes. (Der Reichsnährstand. Herausg. von Hermann Reischle, Band I.) Reichsnährstand Verlags-G. m. b. H., Berlin 1934. S. 6.

Selbstverständlich: die Darstellung der Entwicklung und der Grundgedanken Ruhlands mußte alles wieder straff zusammenfassen, damit die Gesamtschau nicht verlorenging. Daher hat der Verfasser sowohl das, was er als Beleg für einzelne besonders wichtige Tatbestände zusammengetragen hat, als auch den genauen Schriftennachweis in den Anhang verwiesen. Es geschah dies in der Hoffnung, damit zugleich der künftigen Ruhlandforschung die bisher fehlenden, aber unbedingt notwendigen Grundlagen zur Verfügung gestellt zu haben.

Es wird in der Geschichte der Volkswirtschaftslehre leider nicht genügend gewürdigt, wie stark sich seit dem Ende des 18. Jahrhunderts (die Wurzeln liegen bei dem Bauernfreund Justus Möser[1]) im Gegensatz zur englischen, vorwiegend kommerziell und industriell bestimmten Wirtschaftstheorie ein deutsches landwirtschaftliches Denken entwickelt, das in den Werken von Thaer, Thünen, Rodbertus und Bernhardi zu selbständigen, denen der klassischen (besser: englischen) Schule an die Seite zu stellenden Leistungen aufsteigt. Es reift darin ein durch die deutsche Wirtschaftslage, insbesondere durch die Lebensverhältnisse des Landvolks bestimmtes, heimattreues Bodendenken heran, das — als Beispiel sei die schroffe Gegenüberstellung von Kapitalisations- und Rentenprinzip bei Thünen[2]) und Rodbertus angeführt — in charakteristischem Gegensatz zum Warendenken steht und durch immer schärfer werdende Kritik an der privatkapitalistisch-weltmarktwirtschaftlichen Entwicklung gekennzeichnet ist.

Adam Müller hatte 1808 über Smiths Lehre geschrieben: „. . . nicht in den Worten, sondern in dem Geiste und in der Richtung dieses ganzen Werkes, welche zu bemerken der Leser freilich erst die Sinne erwerben muß, liegt dieser hauptstädtische Charakter, diese Vorherrschaft der Brittischen Industrie-Form, oder des Capitals. Die Arbeit des Menschen, nur in so fern sie in städtischer Manier unendlicher Theilung fähig ist, erhält einen Antheil an dem nationalökonomischen Geschäft; ferner wird die eigentliche Wesenheit des Grundes und Bodens, ganz übersehen, und derselbe durch das ganze Werk nur wie ein, Theilung der Arbeit erzeugendes, und mit Theilung der Arbeit zu realisirendes und zu bewirthschaften-

[1]) Das von Rodbertus in den Mittelpunkt seiner agrarpolitischen Vorschläge gerückte Rentenprinzip findet sich schon bei Justus Möser, vgl. „Patriotische Phantasien", Berlin 1842 (Verlag der Nicolaischen Buchhandlung), zweiter Teil, XVIII: „Also sollte man den Rentekauf für den Zinscontract wieder einführen" (S. 99—105), worauf Rodbertus selbst bereits 1847 in seiner Schrift „Für den Kredit der Grundbesitzer" hingewiesen hat. Vgl. „Kleine Schriften", Berlin 1890, S. 64—65.

[2]) Thünen hatte schon 1817 in dem Aufsatz „Einführung des Creditsystems in Mecklenburg" („Neue Annalen der Mecklenburgischen Landwirtschafts-Gesellschaft", 4. Jahrg., 2. Hälfte, S. 401—545) auf S. 440 ausgeführt: „Wenn dem Kaufmann ein Kapital gekündigt wird, so braucht er nur einen Teil seines Warenlagers zu verkaufen, um seinen Gläubiger zu befriedigen. Er kann, wenn er will, seine Ware jeden Augenblick in bar Geld umsetzen. Aber der reiche Landbesitzer, dessen Gut nur zu ein Zehntel verschuldet ist, kann selbst dieses Zehntel, wenn es ihm gekündigt wird, nicht aus den Gutseinkünften bezahlen . . . Ein Gut trägt jährliche Renten, aber es ist nicht möglich, in einem Jahre ganze Kapitalien abzuziehen."

des, Capitalstück betrachtet. Was eigentlich unbewegliches Eigenthum sey, und wie es sich zum beweglichen ökonomisch verhalte, wird in den Englischen Theorien des National-Reichthums, und natürlich auch von den Continental-Schülern jener Brittischen Theorien, ganz übersehen. — Sie betrachten den Boden nur als ein Object, welches im Grunde auch beweglich sey, nur nicht so beweglich, wie die übrigen Dinge; . . ." [3]).

Damit hatte Adam Müller bereits jenen Widerstreit der Interessen zwischen Industriellen und „Agrariern" [4]) aufgewiesen, der sich im Laufe des 19. Jahrhunderts immer mehr verschärfen und unter dem Einfluß der auswärtigen Getreidekonkurrenz in den siebziger und achtziger Jahren offen zum Ausbruch kommen sollte. Seinen verdichtetsten theoretischen Ausdruck besitzt das in Opposition zur städtisch-industriellen Welt stehende, bodenverwachsene und gutswirtschaftlich gebundene Denken in Adam Müllers Wertbegriff des Grundeigentums: „Das Grundeigentum hat den höchsten Wert für den, der mit seiner Persönlichkeit in die Lokalität des bestimmten Grundstückes gleichsam verwächst, der am längsten darauf verharret; ein solcher Eigentümer spürt unter dem Wechsel der Jahreszeiten, der politischen und Handelskonjunkturen, die den momentanen Preis empfindlich verändern, den höchsten, realen und bleibenden Wert des Grundstückes heraus; während der durch einzelne solche Konjunkturen veranlaßte Nominal- oder Scheinwert die allervergänglichste und unsicherste Valuta ist, welche sich im Umfange des Staats vorfinden mag. — Nicht mehr und nicht weniger gehört zu der wahren Taxation eines Grundstückes, als die hundertjährige Geschichte desselben und des Staates, mit dessen Schicksalen es auf Leben und Tod verflochten ist; ferner eine so vorurteilsfreie Würdigung des Augenblickes und seiner Aspekten für die Zukunft, als sie wenigen Menschen gegeben ist. — Was ist das Grundstück wert? heißt: was ist das momentane Äquivalent für eine ewige Valuta?" [5]).

Immer sind es die jeweiligen Krankheitserscheinungen des sozialen Körpers gewesen, die dem Nachdenken über volkswirtschaftliche Zusammenhänge entscheidende Antriebe gegeben haben. Es gilt dies in der Zeit des Frühmerkantilismus für die Geldtheorie, die aus Münzverschlechterung und Teuerung ihre Einsichten über den Geldwert gewinnt. Es ist dies aber auch von richtunggebender Bedeutung für das landwirtschaftliche Denken, das in Deutschland unter dem Druck der ersten eigent-

---

[3]) Müller, Adam: Die Elemente der Staatskunst. Herausg. von Jakob Baxa, Jena 1922, 2. Halbband, S. 20 f.

[4]) Die Mitglieder der 1875 gegründeten „Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer" wurden von ihren Gegnern gehässig als „Agrarier" bezeichnet. Ruhland schreibt 1886: „Insofern darunter Persönlichkeiten verstanden werden müssen, welche für das Wohl und Weh des Bauernstandes mit warmem Herzen fühlen, insofern sind wir alle Agrarier" (vgl. „Die Lösung der landwirtschaftlichen Kreditfrage", Tübingen 1886, S. 7).

[5]) Müller, Adam: Ausgewählte Abhandlungen. Herausg. von Jakob Baxa, Jena 1921, S. 47—48 (Taxation des Grundeigentums).

lichen Agrarkrisis, d. h. der seit 1818 sich ausbreitenden und etwa 10 Jahre anhaltenden Überproduktionskrisis, mächtig in Bewegung kommt.

Die Not- und Hungerjahre früherer Zeiten waren auf Mißernten oder kriegerische Ereignisse zurückzuführen und hatten mehr die städtische als die ländliche Bevölkerung betroffen, oft sogar den Bauern infolge der Teuerungspreise für Nahrungsmittel viel Geld eingebracht.

In den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts dagegen handelte es sich um eine auf überreichen Ernten, mangelnden Absatzmöglichkeiten (Fehlen des Getreideexports nach England, Frankreich, Spanien und Schweden), Erweiterung der Anbauflächen in den vorangegangenen, durch höchste Preise gekennzeichneten Jahren und auf technischen Verbesserungen beruhende, in außergewöhnlich niedrigen Getreidepreisen sich zeigende schlechte landwirtschaftliche Konjunktur, die sich um so drückender bemerkbar machte, als die Landwirte in den früheren Jahren infolge von Restkauf- und Meliorationsgeldern erhebliche Schulden aufgenommen hatten, jetzt in Zahlungsschwierigkeiten gerieten und in vielen Fällen, da Kredit nicht zu beschaffen war, um Haus und Hof kamen [6]).

In dieser Zeit hat Johann Heinrich von Thünen, geschult an Erfahrungen auf dem Gute Tellow bei Rostock, seine ersten wirtschaftswissenschaftlichen Studien veröffentlicht. Richard Ehrenberg hat nachgewiesen, daß Thünens Interesse für die wissenschaftliche Untersuchung der Getreidepreisbewegung durch die Agrarkrisis der zwanziger Jahre angeregt worden ist [7]).

In Preußen war unter dem bestimmenden Einfluß der Ideen Adam Müllers Friedrich August Ludwig von der Marwitz der Wortführer altständisch-konservativer Opposition des preußischen Adels gegen die Hardenberg-Thaersche liberale Agrarreform geworden. Schärfer als Adam Müller faßte er die praktischen Folgen der damaligen preußischen Agrargesetze ins Auge und sah bereits die Mängel, die sich aus der Mobilisierung des ländlichen Besitzes ergeben mußten [8]).

---

[6]) Zur Agrarkrisis der zwanziger Jahre vgl.:
Ucke, Arnold: Die Agrarkrisis in Preußen während der zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts. Diss. Halle 1887.
Westphal, H.: Die Agrarkrisis in Mecklenburg in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Diss. Rostock 1925.
Wiedenfeld, Kurt: Artikel „Agrarkrisis" im Wörterbuch der Volkswirtschaft. 3. Aufl. Band I, S. 40 ff.

[7]) Ehrenberg, Richard: Entstehung und Wesen der wissenschaftlichen Methode Johann Heinrich von Thünen's. Thünenarchiv, 2. Jahrg. Jena 1907, S. 511 ff.
Die Keime der Thünenschen Theorie finden sich bereits bei Adam Müller. Vgl. Baxa, Jakob: Die Wirtschaftspolitik Adam Müllers. Conrads Jahrbücher 1929, S. 71 ff.

[8]) „Aus dem Nachlasse Friedrich August Ludwigs von der Marwitz", Berlin 1852, 2 Bde., herausg. von Marcus Niebuhr, „dem streng konservativen Sohn des großen Geschichtsschreibers" (Meusel).
Meusel, Friedrich: Friedrich August Ludwig von der Marwitz. Ein märkischer Edelmann im Zeitalter der Befreiungskriege. Berlin 1908, 2. Band 1913.

Allerdings darf nicht verkannt werden, daß sich in dieser Gegnerschaft nur allzusehr die Interessen des grundbesitzenden Adels in den Vordergrund drängten. Deutlich zeigte sich dies, als der kampf- und schreiblustige mecklenburgisch-pommersche Gutsherr Ernst Gottfried Georg v. Bülow-Cummerow zu Beginn der fünfziger Jahre Vorkämpfer der Großgrundbesitzinteressen im konservativ-altständischen Sinne wurde und als Gründer eines Vereins zur Verteidigung des Grundbesitzes den Mittelpunkt feudal-reaktionärer Opposition bildete. Zweifelsohne ist es das Verdienst dieses Mannes, in Fortführung Marwitzscher Gedankengänge die Kritik der „romantischen" Agrarpolitik in positive Bahnen gelenkt und politisch ausgewertet zu haben. Wissenschaftlich beschäftigte er sich in erster Linie mit der wachsenden Verschuldung der Landwirte, der Verbesserung des ländlichen Kreditwesens und den damit in Zusammenhang stehenden Fragen der Bewertung von Grundstücken. Er beschränkte sich nicht wie viele seiner Vorgänger auf bloße Kritik, sondern machte positive Vorschläge, verlangte Einführung einer Verschuldungsgrenze, gänzliches Verbot der Einziehung von Kapitalschulden und Amortisationszwang bei Aufnahme von Realschulden[9]).

So entwickelt sich schon in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Verhältnisse und im Zeichen antiliberaler Ideen eine „agrarische Bewegung", die ihre Aufgabe in der Verteidigung der Landwirtschaft gegenüber der wachsenden Vormacht städtisch-industriellen Kapitaldenkens und gegenüber der Benachteiligung des Grundbesitzes seitens der Gesetzgebung erblickt.

Die vierziger Jahre hatten in Südwestdeutschland nach einer Reihe von Mißernten schwere Zeiten gebracht und die Übel der allzu starken Parzellierung sowie der übermäßigen Verschuldung in ihrer ganzen Tragweite erkennen lassen.

Schinkel, Friedrich: Preußischer Adel. Aus den nachgelassenen Schriften Friedrich August Ludwigs von der Marwitz. Breslau 1932.

Blank, Herbert: Soldaten. Preußisches Führertum von Waterloo bis Ypern. Oldenburg 1932 (Bringt unter der Überschrift „Der König der Scholle" eine Charakteristik Ludwigs von der Marwitz).

Lenz, Friedrich: Agrarlehre und Agrarpolitik der deutschen Romantik. Berlin 1912, S. 36 ff.

Lütge, Friedrich: Friedrich August Ludwig von der Marwitz, der große Gegner Stein-Hardenbergs. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Oktober 1933, S. 481—499.

[9]) v. Bülow-Cummerow: Über die Mittel zur Erhaltung der Grundbesitzer, zur Rettung des Kapitalvermögens des Staates und zur Ausgleichung der Grundbesitzer und ihrer Gläubiger. Berlin 1814 (Erstlingsschrift).

v. Bülow-Cummerow: Die Taxen und das Reglement der landwirtschaftlichen Creditvereine. Berlin 1847.

Vgl. hierzu die Kritik von Rodbertus: Die neuesten Grundtaxen des Herrn v. Bülow-Cummerow, Anclam 1847.

In dieselbe geistige Linie gehören v. Kleist-Retzow und Lavergne-Peguilhen, dessen „Grundzüge der Gesellschaftswissenschaft" (Königsberg, I. Teil 1838, II. Teil 1841) das bedeutendste soziologische System dieser „Konservativen" darstellt.

[10]) Kosegarten, Wilhelm: Betrachtungen über die Veräußerlichkeit und Teilbarkeit des Landbesitzes. Bonn 1842. („Eine der größten Lücken der als Produkt des 18. Jahrhunderts so hoch gepriesenen Wissenschaft der Nationalökonomie scheint die Nichtbeachtung des Unterschiedes zwischen beweglichen und unbeweglichen Gütern und seiner Folgen zu sein." S. 1.)

Dagegen hatte sich in den dreißiger und vierziger Jahren die Lage der Landwirte Mittel-, vor allem aber Norddeutschlands auf Grund des durch den Bau von Chausseen und Eisenbahnen erleichterten Absatzes gebessert und war seit dem Ende der vierziger Jahre nach Aufhebung der englischen Kornzölle infolge der steigenden Getreideausfuhr nach England in den Ostseegebieten sogar ausgesprochen günstig geworden. Die Wirkung zeigt sich darin, daß in dieser Zeit die Klagen über wachsende Verschuldung und verschlechterte Lage der Landwirte zurücktreten.

Unter den „Konservativen" wendet sich der Hamburger Advokat und spätere Grazer Professor Wilhelm Kosegarten gegen die Mobilisierung des Grund und Bodens [10]). Seine „Geschichtliche und systematische Übersicht der Nationalökonomie" (Wien 1856) offenbart tiefen Widerwillen gegen freie Konkurrenz, Industrialisierung und gegen das Vordringen kapitalistischer Bewirtschaftungsformen.

Den Vorrang behaupten in dieser Zeit allerdings die mehr oder weniger liberal gerichteten Denker.

Auf Grund der Erfahrungen über die schlechten Getreideernten von 1845 und 1846 (das Jahr 1845 stand zudem im Zeichen der Kartoffelkrankheit) veröffentlichte Wilhelm Roscher 1847 seine Abhandlung „Zur Pathologie und Therapie der Korntheuerungen" [11]), die sich unter besonderer Anerkennung der damaligen sächsischen Regierungsmaßnahmen energisch für Förderung des freien Kornhandels und damit für das Nichtinterventionsprinzip einsetzt.

In demselben Jahre schrieb der Katholik und Zentrumsabgeordnete Peter Franz Reichensperger sein Buch über die Agrarfrage [12]), das die ausführlichste und am stärksten freihändlerische Darstellung der landwirtschaftlichen Probleme aus der Mitte des 19. Jahrhunderts ist.

In Berlin war in dieser Zeit Adolph Lette [13]) als Präsident des Königlichen Revisionskollegiums für Landeskultursachen der Hauptträger liberaler Ideen, politisch ein scharfer Gegner konservativ-reaktionärer Tendenzen und lange Jahre hindurch Vertreter der agrarischen Inter-

---

[11]) Deutsche Vierteljahrsschrift. Stuttgart und Tübingen, 1847, zweites Heft, S. 218—289. Sonderdruck: Über Korntheuerungen. Ein Beitrag zur Wirtschaftspolizei. Stuttgart und Tübingen 1847. 3. Auflage unter dem Titel: Über Kornhandel und Theuerungspolitik. Stuttgart und Tübingen 1852.

[12]) Reichensperger, Peter Franz: Die Agrarfrage aus dem Gesichtspunkte der Nationalökonomie, der Politik und des Rechts und in besonderem Hinblicke auf Preußen und die Rheinprovinz. Trier 1847. („Das freie, aus der starren Gebundenheit der Feudalität und der Gutsherrlichkeit herausgetretene Grundeigentum ist es, welches allein den materiellen und den geistigen Interessen der Völker entspricht; denn überall führt es diejenige Art der Verteilung und Benutzung des Bodens herbei, welche für die jedesmalige Kulturstufe und die Bedürfnisse derselben die angemessenste ist." S. 660.)

[13]) Lette, Adolph: Die Vertheilung des Grundeigentums im Zusammenhange mit der Geschichte, der Gesetzgebung und den Volkszuständen. Berlin 1858.

Dazu: „Der Realkredit und dessen Reform", Artikel in der „Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, Politik und Kulturgeschichte", 1863, II., S. 162.

essen auf den Freihändlerkongressen, die von der damals noch freihändlerisch gesinnten Landwirtschaft stark gestützt wurden[14]).

Die bei weitem bedeutendste agrartheoretische Leistung dieser Zeit stellt Theodor von Bernhardis „Versuch einer Kritik der Gründe, die für großes und kleines Grundeigentum angeführt werden" dar[15]). Dieses Werk entwickelt auf Grund einer scharfsinnigen Kritik der klassischen Lehren, insbesondere der Grundrententheorie Ricardos, und im Zeichen ausgesprochen ganzheitlich gerichteter Betrachtungsweise diejenige Auffassung über die Grundbesitzverteilung, die in einer „gesunden Mischung" von Groß-, Mittel- und Kleinbesitz das nationale Heil erblickt, von ihr den Ausgleich der sozialen Gegensätze erhofft, und die von den deutschen Agrarpolitikern, vor allen Dingen von Adolf Buchenberger, in der Folgezeit übernommen worden ist.

In der Frage, ob die Agrargesetzgebung möglichste Freiheit im Grundstücksverkehr zulassen oder Einschränkungen vornehmen soll, wendet sich Bernhardi gegen die einseitig individualistisch-liberalistischen Forderungen. Er betont, daß sich alle wirtschaftlichen Einrichtungen in erster Linie als zweckmäßig und förderlich für die Gesamtheitsziele auszuweisen hätten, und verlangt daher, daß Einschränkungen im Grundbesitzverkehr vorgenommen werden, sobald sich die volle Freiheit in der Verfügung über Grundeigentum als sozial schädlich herausstellt.

Die sechziger Jahre führen einen Wandel in der Beurteilung der Agrarverhältnisse insofern herbei, als nunmehr auf Grund sich notwendig machender Meliorationen einerseits und der Erhöhung des Zinsfußes sowie der Abwanderung von Kapitalien in die Industrie anderseits über „Kreditnot" in der Landwirtschaft (vor allem Norddeutschlands) geklagt wird und demgemäß die Probleme der Kreditbeschaffung für die Landwirte in den Vordergrund des theoretischen Interesses treten.

Carl Rodbertus, der schon in den vierziger Jahren seine warnende Stimme erhoben hatte, aber damals kaum gehört worden war[16]), veröffentlicht 1869 sein klassisches Werk über den Grundkredit[17]), das mit seiner Auffassung des landwirtschaftlich genutzten Bodens als

---

[14]) Vgl. Berichte über die Verhandlungen der Kongresse deutscher Volkswirte, 1858 ff.

Zur Ansicht der „Freihandelspartei" über die landwirtschaftlichen Fragen vgl. Rentzsch: Artikel „Kredit", „Grundverteilung", „Landwirtschaft" im Handwörterbuch der Volkswirtschaftslehre, zweite Ausgabe, Leipzig 1870.

[15]) Das Buch ist der Hauptsache nach bereits 1846 geschrieben; veröffentlicht: Petersburg 1849. Der weitgereiste Bernhardi, dessen Mutter eine Schwester Ludwig Tiecks war, kaufte das Rittergut Cunnersdorf im Hirschberger Tale in Schlesien und hat es bis zu seinem Tode (1885) bewirtschaftet.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die deutschen Agrardenker, vor allem auch die adeligen, größtenteils selbst hervorragende praktische Landwirte gewesen sind.

[16]) Rodbertus, Carl: Für den Kredit der Grundbesitzer. Eine Bitte an die Reichsstände. Berlin 1847. (Vgl. auch: Kleine Schriften von Dr. Carl Rodbertus-Jagetzow. Berlin 1890, S. 55—79.)

[17]) Rodbertus-Jagetzow: Zur Erklärung und Abhülfe der heutigen Creditnoth des Grundbesitzes. Jena 1869 (Das Vorwort ist datiert vom 28. Februar 1868.) I. Die Ursachen der Noth. II. Zur Abhülfe.

„immerwährenden Rentenfonds" richtunggebende Bedeutung für die „agrarische Bewegung" gewinnen sollte und dem kapitalbestimmten Warendenken die stärkste, der Eigenart landwirtschaftlicher Produktion Rechnung tragende These entgegenstellte. Niemand hat so tiefsinnig wie Rodbertus das wirtschaftliche Wesen des Grund und Bodens gegenüber dem Kapital abzugrenzen verstanden, niemand mit Hilfe theoretischer Untersuchungen die Landwirtschaft vor den Übergriffen des Kapitals und vor Überschuldung stärker zu schützen versucht.

Als geschworener Antiindividualist ist Rodbertus Sozialist der organischen Staatsidee, verbindet den nationalen mit dem sozialen Gedanken und schafft in seinem „Rentenprinzip" einen Gärstoff, der die landwirtschaftsfreundliche Politik der kommenden Jahre denkerisch beherrscht hat. Die agrarpolitische Debatte der siebziger und achtziger Jahre hat aus der Diskussion über die Rodbertussche Bodentheorie ihre fruchtbarsten Anregungen gezogen[18]).

Die siebziger Jahre bringen den Ausbruch derjenigen Agrarkrisis, die im Gegensatz zu den früheren Krisen nicht vorübergehender oder örtlich begrenzter Natur ist, sondern die auf Grund einer völligen Umwälzung der Markt- und Preisverhältnisse für die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte länger andauernde und international sich zeigende Störungserscheinungen nach sich zieht. Während die deutsche Landwirtschaft bis in die sechziger Jahre hinein auf Grund der städtisch-industriellen Entwicklung einem steigenden Bedarf gegenübergestanden und infolge der Verkehrslage bei normalen Ernten das Versorgungsmonopol für Nahrungsmittel auf dem heimischen Markt innegehabt hatte, macht sich, nachdem zunächst England den Anprall auszuhalten hatte, seit dem Ende der siebziger Jahre der Druck überseeischer Konkurrenz auch in Deutschland bemerkbar. In den vorangegangenen Jahrzehnten war der Bedarf der Produktion vorangeeilt und demgemäß die Preislage verhältnismäßig günstig gewesen. Jetzt dagegen verschafft sich von Jahr zu Jahr stärker die Tatsache Geltung, daß es nicht mehr, wie noch Ricardo auf Grund der seinerzeitigen englischen Verhältnisse annehmen mußte, die höchsten Grenzkosten sind, die für die Preisbildung der Nahrungsmittel den Ausschlag geben, sondern die niedrigsten, bei dem Grenzfarmer am Rande des Weltmarktversorgungsgebiets entstehenden Aufwendungen. Erschwerend kam der Umstand hinzu, daß infolge der wachsenden Industrialisierung Deutschlands die Arbeiter in die Städte und Industriegebiete abwanderten, auf dem Lande „Leutenot" eintrat, die Produktionskosten infolge der Erhöhung der Arbeitslöhne stiegen.

---

[18]) Vgl. Bericht der vom III. Kongreß norddeutscher Landwirte eingesetzten Kommission zur Prüfung der Rententheorie von Rodbertus. I. und II. Heft, Berlin 1871. Verlag Moeser.

Abgedruckt in: Carl Rodbertus-Jagetzow: Neue Briefe über Grundrente, Rentenprinzip und soziale Frage an Schumacher. Karlsruhe 1926. Verlag G. Braun, S. 251 ff.

Nach dem deutsch-französischen Kriege (1870-1871) sind die deutschen Landwirte zunächst weiterhin freihändlerisch gesinnt. Im Reichstage treten hervorragende konservative Abgeordnete für Freihandel ein. Noch 1875 sprach sich die „Kreuzzeitung" gegen Schutzzölle aus. Auch Rodbertus bekannte sich offen zu den Gegnern des Agrarprotektionismus[19]). Selbst als nach 1874 die Preise sanken und trotz schlechter Ernten in den Jahren 1876—78 die Kingsche Regel wegen der überseeischen Getreidezufuhr versagte, lehnte der in Berlin tagende Deutsche Landwirtschaftsrat mit 46 gegen 11 Stimmen das Schutzzollprogramm der Reichsregierung ab, und der Rostocker Professor Graf zur Lippe-Weißenfeld, mit den ausfuhrfreudigen mecklenburgischen Großgrundbesitzern in enger Fühlung stehend, wendet sich noch im Jahre 1879 gegen die Einführung von Agrarschuzzöllen[20]).

Die literarische Lage (an und für sich weisen die siebziger Jahre nur wenige agrarpolitische Werke auf) ist dadurch gekennzeichnet, daß zunächst noch die Freunde und Schüler von Rodbertus, die Sozialkonservativen Schumacher-Zarchlin, Rudolf Meyer und Hermann Wagener[21]), um das Rentenprinzip kämpfen, dann aber die marxistischen und kathedersozialistischen Einflüsse stärker werden. 1874 veröffentlicht Wilhelm Liebknecht seine als „Vortrag gehalten im Saale des Schützenhauses zu Meerane am 12. März 1870" bezeichnete Schrift „Zur Grund- und Bodenfrage"[22]), in der die Ausbeutungstheorie von Karl Marx auf die Landwirtschaft angewendet und auch für diesen Wirtschaftszweig die Verdrängung des Mittel- und Kleinbetriebs durch den Großbetrieb prophezeit wird.

Das Jahr 1878 bringt den Kampf um die Agrarschutzzölle im Zeichen des Hineinwachsens der Landwirtschaft in die weltmarktwirtschaftliche Verflechtung. Es ist die Zeit, in der der junge Gustav Ruhland als „praktischer Landwirt" erstmalig zu Fragen des öffentlichen Lebens Stellung nimmt.

---

[19]) Reklamation Rodbertus' gegen Schutzzöllnerei in der Augsburgischen Allgemeinen Zeitung vom 26. Oktober 1875.

[20]) Landwirtschaftliche Annalen des Mecklenburgischen Patriotischen Vereins 1879, Nr. 1, S. 1 ff.

[21]) Schumacher, H.: J. H. von Thünen und Rodbertus: Kapitalisationsprinzip oder Rentenprinzip? Rostock 1870.
Wagener, Hermann: Erlebtes. 1. und 2. Abt. Berlin 1884.

[22]) 2. Auflage 1876.

I. Teil:

Ruhlands Entwicklung zum radikalen Bauerndenker

A. Jugend und erste Veröffentlichungen

„Originell wie die ganze Persönlichkeit war der Lebensgang des Mannes", schrieb Professor Joseph Beck aus Freiburg (Schweiz) in seinem Nachruf auf Ruhland [1]).

Zu Hessenthal im bayerischen Spessart, in einem Einödhof, dem Posthof des Ortes [2]), wurde Johann August Gustav Ruhland am 11. Juni 1860 als drittes Kind des Bauern und Posthalters Johann Adam Ruhland sowie dessen Ehefrau Dorothea Henriette Luise, geb. Stein, geboren und am 8. Juli 1860 als Kind protestantischer Eltern nach evangelisch-lutherischem Brauche getauft. Von seinen sieben Geschwistern waren zwei Schwestern älter als er.

Die Ruhlands entstammten nicht einem Spessartgeschlecht, sondern waren aus Königsstädten in Rheinhessen, aus der fruchtbaren Rheinniederung eingewandert. Die Mutter stammte aus Erbenheim bei Wiesbaden und gehörte einem alteingesessenen Bauerngeschlecht an. Im Herbst 1858 hatte Ruhlands Vater das „Postanwesen in Hessenthal" erworben, offenbar in der Absicht, es bei sich bietender Gelegenheit günstig wiederzuverkaufen. Während aber früher der Poststall mit seinen 100 bis 120 Pferden die Haupteinnahmequelle gebildet und den Posthalter nicht nur zu einer gewichtigen Person (er mußte in Uniform mit Degen den durchreisenden Regenten und Fürstlichkeiten bis zum nächsten Poststall, wo die Pferde gewechselt wurden, vorausreiten), sondern auch zu einem wohlhabenden Manne gemacht hatte, trat nach dem Aufkommen der Eisenbahnen der Poststall hinter dem landwirtschaftlichen Betrieb an Bedeutung zurück. Die Ruhlands wurden Spessartbauern und mußten sich in dem rauhen Klima bei harter Arbeit auf erträgnisarmem Boden ihr Brot verdienen. Die Pferdeställe wurden zu Kuhställen und Scheunen umgebaut. Schweineställe wurden angebaut. Mit Hilfe von Wasserkraft wurde der maschinelle Getreidedrusch eingeführt, eine Dampfbrennerei

[1]) Monatsschrift für christliche Sozialreform. 36. Jahrg. 1914, Heft 2, S. 50.

[2]) In „Ausgewählte Abhandlungen", S. V. heißt es: „. . . der möglicherweise das „Wirtshaus im Spessart" von Hauffs Märchen ist." Ob diese Vermutung stimmt, kann nicht geklärt werden. Jedenfalls erhebt das Gasthaus in Rohrbrunn auch Anspruch auf diesen Titel. Das Ruhlandsche Anwesen ist das heutige „Gasthaus zur Post" in Hessenthal.

angelegt und eine Apfelweinkelterei betrieben. Im Laufe der Zeit wurden eine Ölmühle, eine Holzschneiderei und eine Knochenmehlfabrik angegliedert, vor allem Grund und Boden dazugekauft, so daß der Ruhlandsche Hof als landwirtschaftlicher Betrieb geradezu vorbildlich für den Spessart wurde.

Leben und geistige Entwicklung Gustav Ruhlands standen ganz im Zeichen eines Charakters, der aus bäuerlicher Herkunft und bodenständiger Art seine stärksten Kräfte zog, der mit eigenwilliger Zähigkeit und unerbittlicher Ausdauer trotz aller Anfeindungen und Kämpfe an den gesteckten Zielen festhielt. Vom Bauernjungen, dem die wachsende Armut der Leute aus dem Spessart ans Herz griff, bis hin zu dem „Aufstieg und Niedergang der Völker" begreifenden Geschichtsphilosophen führt eine ungebrochene Linie der inneren Entwicklung.

Den ersten Unterricht erhielt der Junge von Hauslehrern. Dann kam er auf die Lateinschule zu Aschaffenburg. Aus den Jahresberichten des damaligen Königlichen Lyzeums, Gymnasiums und der Lateinschule Aschaffenburg geht hervor, daß er diese Schule in den Jahren 1870/71 und 1871/72 besucht hat. Seine Leistungen waren schwach, und da der Betrieb einer Lateinschule mit ihren vorwiegend sprachlichen Fächern dem Knaben gar nicht zusagen wollte, ja, er seine Zeit lieber in Hessenthal als in Aschaffenburg verbrachte, entschloß sich der Vater kurzerhand, den Jungen zunächst wieder nach Hessenthal zu nehmen, um es aber noch 1872 mit der im Stadtteil Lichtenhof bei Nürnberg untergebrachten Kreislandwirtschaftsschule zu versuchen. Offenbar war dieser mehr auf Naturwissenschaften eingestellte und dem praktischen Leben dienende Unterricht besser geeignet, Fähigkeiten und Interesse des Bauernjungen zu wecken. Gustav Ruhland besuchte diese Anstalt in den Schuljahren 1872/73 und 1873/74 zunächst mit gutem Erfolg, mußte dann aber — wahrscheinlich Ende 1873 — infolge eines Jungenstreichs ausscheiden. Da der Vater bald darauf erkrankte, blieb der Sohn in Hessenthal, um in der Wirtschaft zu helfen. Nach dem am 10. Mai 1875 erfolgten Tode des Vaters scheint die Mutter, die nunmehr den Hof und die Erziehung der Kinder übernehmen mußte, darauf gedrungen zu haben, daß ihr ältester Sohn seine Schulbildung zum Abschluß brachte. Im Herbst 1875 kam er nach Mainz, um sich zur Aufnahme in die IX. Klasse der Scharvogelschen Privatlehranstalt, die Ostern 1876 erfolgte, vorzubereiten. Er wohnte in dieser Zeit bei einer Schwester seiner Mutter. Ostern 1877 erhielt er das „Zeugnis über die wissenschaftliche Befähigung für den einjährig-freiwilligen Dienst" mit dem Prädikat „gut". In dieser Mainzer Zeit hat sich Gustav Ruhland allerlei Streiche geleistet. Nach der Abschlußprüfung kehrte er zunächst nach Hessenthal zurück, half in der Landwirtschaft, nahm Unterricht in der lateinischen Sprache, legte im September 1877 die Fähnrichsprüfung in München ab und wurde im Oktober desselben Jahres dem X. Jägerbataillon in Aschaffenburg als

Avantageur eingereiht, wollte also offenbar Offizier werden. Im März 1878 hatte er Unglück beim Turnen, zog sich einen Leistenbruch zu und mußte als Invalide aus dem Militärverband entlassen werden.

Von nun ab trug sich Ruhland mit dem Gedanken, das väterliche Gut zu übernehmen. Da mit demselben eine Reihe von Nebenbetrieben verbunden waren, so besuchte er, um sich in Maschinenbau und Bautechnik wissenschaftliche Kenntnisse zu erwerben, zwei Semester (1878/79) das Polytechnikum Langensalza. Soviel steht fest: er ist dort ein lebenslustiger Student gewesen, der nicht nur seinen Monatswechsel einschließlich der dauernd nachgeforderten Zuschüsse verbrauchte, sondern der darüber hinaus noch zum Kummer der Mutter Schulden hinterließ. Daß er das Technikum plötzlich und ohne Abschlußprüfung verließ, scheint in einer Liebschaft seinen Grund zu haben. Auf jeden Fall wandte er sich wieder der praktischen Landwirtschaft zu. Vom Frühjahr 1879 ab war er auf verschiedenen Gütern als Volontär, Verwalter und selbständiger Wirtschafter tätig, zunächst in der Nähe von Langensalza, dann auf einem großen landwirtschaftlichen Betrieb im Eichsfeld und auf verschiedenen anderen Gütern.

Im November 1881 kehrte er nach Hessenthal zurück, um die Bewirtschaftung des elterlichen Hofes zu betreuen. Es kam eine Zeit härtester körperlicher Arbeit für ihn, die Zeit, in der er wie ein Knecht schuften mußte. Die spessartliche Isoliertheit und seine Stellung als Bewirtschafter des zweitgrößten Gutsbesitzes im Bezirk drängten Ruhland, über die damals immer lebhafter diskutierte Agrarfrage in wissenschaftlichen Werken nachzulesen. Schon in dieser Zeit stark für politische, soziale und wirtschaftliche Probleme interessiert, stand er, wie er selbst betont[3]), nach der Reichstagswahl von 1878 „als praktischer Landwirt selbstverständlich" auf seiten der Schutzzöllner. Ob das Mittel des Zollschutzes allerdings zur Besserung der Verhältnisse auf dem Lande ausreichend sei, das erschien ihm bereits in dieser Zeit zweifelhaft. Das Nachdenken über alle hiermit zusammenhängenden Fragen bildete den Ansatzpunkt des Interesses Ruhlands für volkswirtschaftliche Zusammenhänge.

Nach Anleitung des ihm befreundeten und in der Nähe begüterten, früheren Münchener Universitätsprofessors Gemeiner lieh sich Ruhland aus Würzburg, Aschaffenburg, Darmstadt und Mainz eine nationalökonomische Bibliothek zusammen. Im „System"[4]) schreibt er dazu: „Die Bibliothek eines Privatdozenten an der Universität München wurde gerade ausgeboten und sofort käuflich erworben. Mit einem wahren Heißhunger wurden alle diese Bände verschlungen . . .".

Als er das elterliche Gut in Hessenthal bewirtschaftete und sich im Schweiße seines Angesichts selbst das Brot verdienen mußte, lernte Ruhland das bittere Los und den harten Daseinskampf der Bauern im

[3]) „System" I, S. 3.
[4]) „System" I, S. 4.

Spessart kennen. Er überzeugte sich davon, daß auf diesen durch Erbteilung[5]) und Grundstückszersplitterung klein gewordenen Zwergwirtschaften bei kargen Ernten und durch Spätfröste sowie Regenmangel gekennzeichneten Klima jemand nur unter Aufwendung emsigsten Fleißes bestehen konnte. Er mußte es mit ansehen, wie diese Kleinbauern bei sinkenden Preisen während der siebziger Jahre in immer größere Bedrängnis gerieten, wie die Zeiten immer ungünstiger für sie wurden, zumal da ihre Selbstkosten infolge wachsender „Leutenot" (niemand wollte mehr beim Bauern arbeiten) stiegen.

Der ständige Umgang mit den schwer ringenden Hessenthaler Bauern hat Ruhland zu ernstem Nachdenken über das Schicksal der Landwirtschaft erzogen. Die innere Gegenbewegung trat darin zutage, daß sich der junge Bauernsohn in die Bücher vertiefte, um aus ihnen Aufschluß zu gewinnen, daß er oft bis in die späte Nacht hinein las. Es erwachte in ihm der den früh entwickelten politischen Sinn bezeugende Wille, den in ihrer Existenz bedrohten Volksgenossen zu helfen, einer wahrhaft volksgemeinschaftlichen Bauernpolitik die Wege zu ebnen. Unerschütterlich fest steht seitdem für ihn die Überzeugung, daß jede soziale Reform in der Landwirtschaft anzusetzen habe, daß die Agrarfrage die eigentliche soziale Frage sei.

Damals war in Franken unter dem Freiherrn von Thüngen-Roßbach die agrarische Agitation mächtig in Bewegung gekommen. Der junge „Gustav Ruhland-Hessenthal" nahm daran teil und zog als politischer Redner von Dorf zu Dorf, durch seine lebensvolle Art begeisternd. So sind in ihm hinter Pflug und Sense, zwischen landwirtschaftlicher Arbeit, eifrigem Bücher- sowie Zeitschriftenstudium und bei Vorträgen die grundlegenden Einsichten, auf denen er später aufbaute, herangereift.

Im Verhältnis zur Mutter war unterdessen eine starke Trübung eingetreten. Frau Ruhland, die ja nicht nur für ihren Sohn Gustav, sondern auch noch für die übrigen Kinder zu sorgen hatte, wandte sich mit aller Entschiedenheit gegen den Plan ihres ältesten Sohnes, eine Thüringerin, die er bei seinem dortigen Aufenthalt kennengelernt hatte, zu heiraten und den Hof zu übernehmen. Als dann Gustav zwar auf seinen Plan verzichtete, aber wieder ein lockeres Leben anfing und Schulden machte, teilte ihm die Mutter eines Tages klipp und klar mit, daß ihre Fürsorge für ihn aufhöre, sie wolle zwar noch die unbezahlten Bücherrechnungen begleichen, sonst aber habe er keinerlei Unterstützung mehr von ihr zu erwarten. Den Höhepunkt erreichte

[5]) Die Erbteilung wurde Ende des 17. Jahrhunderts im Spessart eingeführt. Sie war aus den weingesegneten Gebieten des Rheingaus herübergekommen, führte aber bei den spärlichen Erträgen der Spessartfelder zur Verarmung der Bevölkerung. Da außerdem jeder kleine Hof aus einer Vielzahl oft weit auseinander liegender, womöglich wenige Meter breiter und Tausende von Metern langer Teilstücke bestand, so war die Bewirtschaftung außerordentlich erschwert. Die Not zwang diese Kleinbauern oft, sich anderweitig ihr Brot zu suchen oder nach Amerika auszuwandern bzw. beim Juden Geld aufzunehmen und so um Haus und Hof zu kommen.

diese Spannung in der Familie Ruhland, als die Mutter eines Tages sogar damit drohte, den ungeratenen Sohn nach Amerika zu schicken, und dieser — dickköpfig, wie er war — sich damit einverstanden erklärte. Es wurde allerdings nichts aus diesen Auswanderungsplänen. Wichtig ist, daß Ruhland seit diesen schweren Auseinandersetzungen entschlossen war, zwar einstweilen noch in Hessenthal zu bleiben, sich aber der Schriftstellerei zu widmen. Er war jetzt auf eigene Füße gestellt und mußte sich eine neue Existenz schaffen.

Da nunmehr der jüngere Bruder den elterlichen Hof übernehmen sollte, so sah sich Gustav Ruhland selbst (offenbar hatte er immer noch nicht die Hoffnung aufgegeben, Bauer werden zu können) nach einem passenden landwirtschaftlichen Besitz zwecks Kaufs oder Pacht um. Die Erfahrungen, die er dabei machte, gaben ihm Gelegenheit, nicht nur die Schattenseiten des bäuerlichen Erbrechts, sondern, was ebenso wichtig war, die Schäden der Preisbildung auf dem Markte für landwirtschaftlich genutzten Boden, d. h. die im Verhältnis zum Reinertrag zu hohen Bodenpreise, kennenzulernen[6]). Die im Zeichen sinkender Preise für landwirtschaftliche Produkte unerträgliche Spannung zwischen Marktpreis und wahrem Wert des Bodens bildete das erste Problem, mit dem sich Ruhland auseinandersetzte und an dessen Bewältigung sich seine theoretische Begabung bewähren sollte.

Unmittelbar in Verbindung damit stand eine weitere Frage. In den Lehrbüchern über landwirtschaftliche Buchführung, die Ruhland durchstudierte, war zu lesen, daß sich der Ertragswertanschlag mit dem wahren Wert des Grund und Bodens decke. Wieder war es die Praxis, die ihm die Wege zu vertieftem Nachdenken wies. In der Wirtschaft zu Hause hatte er folgende Beobachtung gemacht: auf einem flachgründigen Lehmboden mit Letteuntergrund waren bisher langjähriger Gewohnheit gemäß die Saatkartoffeln untergeackert worden, so daß sie direkt auf dem Letteuntergrund zu liegen kamen. Wenn dann in einem feuchten Jahre dem Boden zu viel Nässe zugeführt worden war, verfiel die Ernte meistens der Fäulnis. Nun hatte Ruhland in seinen Lehrjahren auf norddeutschen Gütern eine andere Art der Kartoffelbestellung kennengelernt, bei der zunächst das ganze Feld umgeackert, eingeebnet und dann erst die Saatknollen „gelegt" wurden. Als im Spessart wieder ein feuchtes Jahr kam und Ruhland bei der Kartoffelbestellung in dieser Art verfuhr, gab der Kartoffelschlag dank der verbesserten Methode einen sehr guten Ertrag.

Aus diesen Erfahrungen folgerte Ruhland, daß der übliche Ertragswertanschlag auf einem falschen Wertbegriff beruhen müsse. Der Tatbestand war folgender: Die verbesserte Bestellungsmethode hatte den Ertrag erheblich gesteigert. Damit war der Beweis erbracht, daß der

[6]) Die Leitung des elterlichen Hofes übernahm der 1871 geborene jüngste Bruder Otto Ruhland am 1. März 1893. Bei der Gutsübernahme verzichtete Gustav Ruhland auf seinen Erbteil. Nur zu gut wußte er, wie schwer der Bauer im Spessart arbeiten muß und wie sehr er durch Erbschaftsschulden behindert ist.

Grund und Boden durch Aufwendung von Arbeit in seinem Werte und dadurch indirekt auch in seinem Preise gesteigert werden kann. Auf diese Weise kann aber der Fall eintreten, daß derjenige, der die verbesserte Methode eingeführt hat und das Gut übernehmen will, auf Grund der Ertragswertsteigerung, die er selbst herbeigeführt hat, einen höheren Kaufpreis bezahlen und demgemäß eine höhere Grundverschuldung eingehen muß. Die auf den Boden verwendete Intelligenz kommt also nicht nur um ihre Belohnung für die Einführung der verbesserten Bestellungsmethode, sondern sie hat sogar dafür noch eine höhere Schuldenlast zu tragen, weil auf Grund der Ertragswertberechnung die Wertsteigerung demjenigen zugute kommt, der das Gut verkauft, nicht dagegen demjenigen, der die Wertsteigerung bewirkt hat und nun das Gut kauft.

Ruhland war zu der für ihn grundlegenden Erkenntnis gelangt: Der Ertragswert beruht auf dem Besitz- und Rentendenken, nicht auf dem Arbeits- und Lohndenken, ist also einseitig zugunsten derjenigen aufgestellt, die Grund und Boden ihr Eigentum nennen, dagegen zum Nachteil derjenigen, die ihn bestellen, d. h. durch Aufwendung geistiger und körperlicher Arbeit seinen Wert erhöhen. Im Keime ist hier die Ruhlandsche Mittelstandstheorie angelegt, die auf dem Gedanken aufbaut, daß Arbeit und Besitz, Lohn und Ertrag nicht auseinandergerissen werden dürfen, sondern organisch miteinander verbunden werden müssen, daß die Voraussetzungen für diese soziale Einheit aber nur im Mittelstand erfüllt sind.

Die üblichen Lehrbücher der Nationalökonomie enttäuschten Ruhland. Statt des erwarteten Aufschlusses über „das natürliche Wertverhältnis des landwirtschaftlichen Grundbesitzes und seine Beziehung zum landwirtschaftlichen Arbeitsertrag" fand er theoretische Ausführungen über Grundrente, Preisbildung, Nachfrage und Angebot. Was ihn besonders betrübte: nirgends wurde der Versuch gemacht, an die Frage heranzugehen, was geschehen soll, um den Bauern zu helfen.

Allerdings: er hat selbst die Werke von Albert Schäffle, Adolph Wagner, Carl Rodbertus, Lorenz von Stein und Laveleye-Bücher[7]) von diesem Urteil ausgenommen; denn gerade aus diesen hat er reiche Anregungen geschöpft.

Ruhlands erste Veröffentlichungen fallen in die achtziger Jahre, d. h. in ein Jahrzehnt, in dem auf Grund verschlechterter Lage der Landwirtschaft die Ausbeute an agrarpolitischen Werken eine außergewöhnlich große gewesen ist.

Der Anstoß zur agrarischen Debatte war von Wien ausgegangen. 1880 entwickelte der Freiherr Karl von Vogelsang seine agrarreformatorischen Ideen[8]). 1881 erschien Lorenz von Steins „Die

[7]) Gemeint ist Laveleye-Bücher: Das Ureigentum. Leipzig 1879.

[8]) Vogelsang, Karl von: Eine neue Grundentlastung. Österreichische Monatsschrift für Gesellschaftswissenschaft und Volkswirtschaft. Wien 1880, S. 385 ff.

drei Fragen des Grundbesitzes und seiner Zukunft“ [9]), ein Werk, dessen in Fortführung Rodbertusscher Gedanken eindringlich vorgetragene These von dem Wesensunterschied zwischen Geld- und Grundkapital sowie dem darauf sich gründenden schroffen Gegensatz zwischen dem Schuldner, der Kapitalwerte hat, und demjenigen, der Grundkapital besitzt, auf Ruhland starken Eindruck machte. Hier las er: „Das neunzehnte Jahrhundert hat mit dem unbegrenzten Eigentumsrecht am Einzelbesitz und mit der gänzlichen Auflösung aller genossenschaftlichen Elemente, welche einst die Besitzungen fest zusammenhielten, den gesamten Grundbesitz in Europa der Herrschaft des Geldkapitals unterworfen, und dieser Prozeß schreitet, wie die Atomisierung des Felsens, den die Welle unterwühlt, langsam aber unaufhaltsam vorwärts“ [10]). Das politische Ziel Lorenz von Steins war darauf gerichtet, den Nachweis zu erbringen, daß es im Wesen des Geldkapitals liege, sich neue Abhängigkeitsverhältnisse zu schaffen und die wirtschaftliche Umwelt seinen Zwecken dienstbar zu machen. Die Untersuchungen Steins verdichten sich zu der Forderung, „daß die Gemeinde wieder in ihr altgermanisches Recht eintrete, und als Genossenschaft der Grundbesitzer auch für das Grundschuldenwesen zu funktionieren beginne“ [11]).

Auch Bleickens Studie „Der Realkredit und die politische Gemeinde“ [12]) mit ihrem stark deutschrechtlichen Einschlag hat Ruhland beeinflußt. Bleicken fordert die Wiederherstellung der Verbindung zwischen privatem und öffentlichem Recht, zwischen Gesellschaft und Staat. Die Nahtstelle für diese Verbindung sei die Gemeinde. In diesem Sinne tritt er für Kommunalisierung des Realkredits ein, d. h. für eine Vermittlung und Betreuung des Realkredits durch die politische Gemeinde, bei der diese als Realkreditverband ihrer Mitglieder organisiert wird.

1882 äußern sich v. Miaskowski und Gustav Schmoller [13]) über die zunehmende Verschuldung in der Landwirtschaft.

Im Jahre 1883 erscheint Albert Schäffles „Die Inkorporation des Hypothekarkredits“ [14]) und damit dasjenige Werk, das auf Ruhlands Auffassungen über das ländliche Kreditwesen entscheidenden Einfluß gewinnen sollte. Auch Karl Presers „Die Erhaltung des Bauern-

---

[9]) Stuttgart 1881.

[10]) Stein, Lorenz von: Die drei Fragen des Grundbesitzes und seiner Zukunft. Stuttgart 1881, S. 177. Ders.: Bauerngut und Hufenrecht. Stuttgart 1882.

[11]) a. a. O. S. 183.

[12]) Bleicken, B.: Der Realkredit und die politische Gemeinde. Zeitfragen des christlichen Volkslebens, Bd. VII, Heft 5, Heilbronn 1882. Vgl. Schäffles Besprechung dieser Schrift in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 1882, S. 784—785.

[13]) v. Miaskowski: Wie kann der Verschuldung des Grundbesitzes in Zukunft gesteuert werden? Thiels landw. Jahrbücher, Berlin 1882, S. 631 ff. — Schmoller, Gustav: Einige Bemerkungen über die zunehmende Verschuldung des deutschen Grundbesitzes und die Möglichkeit, ihr entgegen zu wirken. Thiels landw. Jahrbücher, Berlin 1882, S. 613 ff.

[14]) Tübingen 1883.

standes“ [15]) mußte auf Ruhland tiefen Eindruck machen. Es ist sogar anzunehmen, daß er aus diesem Buche reiche Anregungen für das Studium der Geschichte des Bauernstandes schöpfte.

Am wichtigsten waren für ihn diejenigen Werke, die sich mit der nordamerikanischen Konkurrenz befaßten. Er zitiert häufiger Heinrich Semlers „Die wahre Bedeutung und die wirklichen Ursachen der nordamerikanischen Concurrenz in der landwirtschaftlichen Produktion“ [16]), in dem dieser auf Grund jahrelangen Aufenthalts in den U. S. A. seine deutschen Landsleute über die Gefahren der überseeischen Getreidekonkurrenz aufklärte.

Über das nordamerikanische Heimstättenrecht berichtete erstmalig ausführlich und ebenfalls aus Erfahrungen an Ort und Stelle der konservative Sozialreformer Rudolf Meyer [17]).

Erst 1887 veröffentlichte Max Sering über seine bereits 1883 nach den Vereinigten Staaten unternommene Reise das Buch „Die landwirtschaftliche Konkurrenz Nordamerikas in Gegenwart und Zukunft“ [18]), das die Hauptstütze der These von der „überseeischen Konkurrenz“ wurde und das Ruhland später gern zum Ausgangspunkt seiner daran geübten Kritik wählte.

Ferner bringen die achtziger Jahre eine ganze Reihe von Statistiken und Enqueten über die landwirtschaftlichen Verhältnisse, die Zeugnis davon ablegen, wie stark damals Staat und Wissenschaft auf die sich verschlechternde Lage der Landwirtschaft reagierten und wieviel gut auszuwertendes Material Ruhland bei seinen ersten Arbeiten zur Verfügung stand. Eins ist sicher: er hat in dieser Zeit alles, was an Literatur über die Agrarfrage erreichbar war, durchgearbeitet und sich eine gründliche Kenntnis des Quellenmaterials verschafft.

Den nachhaltigsten Eindruck machte auf ihn die von Adolf Buchenberger betreute „Badische Agrarenquete“ [19]). Aber auch die entsprechenden Erhebungen über das Großherzogtum Hessen, über Württemberg und vor allen Dingen diejenige über die „bäuerlichen Zustände in Deutschland“, veröffentlicht vom Verein für Sozialpolitik,

---

[15]) Leipzig 1883; vgl. auch: Preser Karl: Die Erhaltung des Bauernstandes und die Grundeigentumsfrage. Prag 1884.

[16]) Wismar 1881.

[17]) Meyer, Rudolf: Heimstätten- und andere Wirtschaftsgesetze der Vereinigten Staaten von Amerika, von Canada, Rußland, China, Indien, Rumänien, Serbien und England. Berlin 1883. Vgl. dazu: Ders.: Der Emanzipationskampf des vierten Standes. 2 Bde., 1874—75, 2. Aufl. Berlin 1882, und ders.: Die Ursachen der amerikanischen Konkurrenz. 1883.

[18]) Leipzig 1887.

[19]) „Erhebungen über die Lage der Landwirtschaft im Großherzogtum Baden, veranstaltet durch das Großh. Ministerium des Innern“, 4 Bde., Dezember 1883 erschienen. Vgl. dazu den ausführlichen Bericht Schäffles über diese Enquete in der Ztsch. f. d. ges. Staatsw. 1884, S. 413—450, wo — wie Ruhland in der „Lösung der landwirtschaftlichen Kreditfrage“ S. 141 sagt: — „Schäffle seine agrarpolitische Anschauung nochmals wie in einem Brennpunkte zusammenfaßt“.
Dazu: Buchenberger, Adolf: Die praktischen Ergebnisse der badischen landwirtschaftlichen Erhebungen. Schmollers Jahrbuch 1886—87.

sowie die Berichte über die agrarischen Zustände in Frankreich und England hat er durchstudiert [20]).

Ruhlands eigene schriftstellerische Tätigkeit setzt bereits im Jahre 1881 [21]) mit einem Artikel „Zur Wasserregulierungsfrage" [22]) ein, der die für den Spessart und die Rhön wichtige Frage der Abflußregulierung atmosphärischer Niederschläge auf den Feldern anschneidet. Auffällig ist die im Verhältnis zur konkreten Nüchternheit des Themas abstrakt-schwülstige Ausdrucksweise. Sie ist ein Beleg dafür, wie der junge Ruhland ehrgeizig bemüht ist, den Ton der Wissenschaft zu treffen und wie stark ihn gleichzeitig betriebene philosophische Lektüre gefangen nimmt.

Der erste Artikel des Jahres 1882 „Über den Ertrag von Gemeindegrundstücken" [23]) vereinigt betriebswirtschaftliche mit finanzpolitischen Erwägungen und wendet sich gegen die im Zeichen der schlechten landwirtschaftlichen Lage zunehmende, einen schweren Verlust an nationalem Bildungs- und Erziehungskapital darstellende Auswanderung. Beachtenswert ist die Auffassung, daß es — entgegen der üblichen finanzwissenschaftlichen Regel — für die Gemeindehaushaltung besser sei, wenn sich die Ausgaben nach den Einnahmen richten.

Einen erheblichen Fortschritt bedeutet die als „volkswirtschaftliche Skizze" bezeichnete Abhandlung über „Die Preisbildung für landwirtschaftliche Grundstücke" [24]), rollt sie doch diejenige Frage auf, die Ruhland damals am meisten beschäftigte: das „irrationelle" Verhältnis des durchschnittlich gezahlten Grundstückspreises zu dem auf Grund des Reinertrages (Rente) berechneten Grundstückswerte. Anschaulich schildert er die Lage auf dem Grundstücksmarkt in der Pfalz, insbesondere die durch freien Kauf und Verkauf entstandenen Schäden. Er folgert: die Zertrümmerung der bestehenden Besitzverhältnisse, die Vermögenskonzentration und die Massenauswanderung sowie die stetig anwachsende Verschuldung sind die unausbleiblichen Folgen der durch die Freiheit der Grundeigentumsübertragung geschaffenen Lage.

Ruhland ist nie ein Freund des Anerbenrechts und einer Änderung der bestehenden Erbrechtsverhältnisse gewesen. Er wollte tiefergreifende Reformen. In dem Aufsatz „Zur bäuerlichen Erbfolge" [25]) schwankt er noch in seiner Meinung. Auf jeden Fall aber hält er das Majoratsprinzip der Fideikommisse für überlebt, anderseits das Prinzip des gleichen Erbrechts für „verwerflich", und daher tritt er für eine „soziale Erbfolge" ein, die „die goldene Mittelstraße" einschlägt.

---

[20]) Vgl. Ruhland: Die Lösung der landwirtschaftlichen Kreditfrage im System der agrarischen Reform. Tübingen 1886, S. 14.

[21]) Sowohl im „System" Bd. III als auch in den Darstellungen des Lebens und der Entwicklung Ruhlands wird 1883 als der Beginn seiner Veröffentlichungen angegeben.

[22]) Zeitschrift des landw. Vereins in Bayern, 1881, S. 74—75.

[23]) ebenda, 1882, S. 10—16.

[24]) ebenda, 1882, S. 345—355.

[25]) ebenda, 1882, S. 597—603.

Die erste Arbeit, die den Eindruck einer wirklich eigene Ideen entwickelnden Darstellung vermittelt, sind die „Gedanken über die künftige Organisation des landwirtschaftlichen Personalkredits“ [26]). Ausgehend von Macleods Auffassung des Kredits als selbständiger schöpferischer Kraft („Kredit ist Kapital und Schulden Reichtum“) und im Anschluß an Georg Ratzingers [27]) Bestimmung des Kredits als Tausch zeitlich verschiedener Werte, zielt Ruhland darauf ab, möglichst scharf die rechtliche und die wirtschaftliche Seite des Kreditvorganges voneinander zu trennen.

Die Einteilung in Personal- und Realkredit hält er für einseitig rechtlich orientiert, da sie nach dem Moment der juristischen Sicherheit unterscheidet. Wirtschaftlich sei jeder Kredit Personalkredit; denn die wirtschaftliche Sicherung liege im Gegensatz zur rechtlichen Deckung in der Person, d. h. in dem Vertrauen auf die verständnisvolle wirtschaftliche Verwendung des zur Verfügung gestellten Geldes. Ruhland meint: wenn ein Kapitalist Kredit gewährt und sich dann rücksichtslos an der zur Verfügung stehenden Deckung schadlos hält, so ist dies weiter nichts als durch das Kreditrecht legitimierte Aneignung fremden Eigentums und im Grunde genommen Wucher.

Der agrarpolitische Sinn dieser Ausführungen ist folgender: Im Dienste einer geordneten Betriebswirtschaft will Ruhland den landwirtschaftlichen Realkredit hinter dem Personalkredit zurückstellen und demgemäß den Nachweis erbringen, daß jeder echte Kredit reiner Personalkredit sei, der Grundbesitz für andere als betriebliche Zwecke nicht belastet werden dürfe und daher die Grundschulden wegfallen müßten. Die Einführung des so verstandenen Personalkredits in die Landwirtschaft bedingt zweierlei: erstens Regulierung der Grundschulden und zweitens entsprechende Organisationsform des Personalkredits.

Auf Grund dieser Ansichten wendet sich Ruhland gegen das herrschende Hypothekenrecht und weist demgegenüber auf die vorbildliche genossenschaftliche Regelung des landwirtschaftlichen Personalkredits bei den Raiffeisenschen Darlehnskassen, insbesondere auf die ihm vertraute, bereits 1836 gegründete Spar- und Creditkasse des Landgerichtsbezirks Grossumstadt hin [28]).

---

[26]) ebenda, 1862, S. 671—691.

[27]) Ratzinger, Georg: Die Volkswirtschaft in ihren sittlichen Grundlagen. Freiburg i. B. 1881, S. 295 ff.

Vgl. dazu: Ratzinger, Georg: Die Erhaltung des Bauernstandes. Ein Reformprogramm des Hochseligen Grafen Ludwig zu Arco-Zinneberg. Freiburg i. B. 1883.

Ratzingers agrarreformatorische Ideen sowie seine katholische Sozialpolitik haben auf Ruhland wachsenden Einfluß gewonnen.

[28]) Der Bruder Otto Ruhland berichtet, wie sich Ruhland in dieser Zeit an der Hand genauer Listen einen Überblick über die Hypothekenschulden, laufenden Schulden usw. der Bewohner von Hessenthal gemacht und den Bauer Gabriel Spatz, der über alles Bescheid wußte und selbst ein Finanzgenie war, hinzugezogen habe. Ähnliche Feststellungen wurden für die Orte Neudorf und Weibersbrunn vorgenommen. Später soll dann Gustav Ruhland mit dem gesamten Material nach Neuwied zu Raiffeisen, zu dem er Beziehungen aufgenommen hatte, gereist sein.

Die Absicht ist klar: In die Eigentumsverhältnisse auf dem Lande soll wieder das „soziale Element" hineingetragen, die Solidarhaft sämtlicher Gemeindemitglieder erneuert, die Periode der römischrechtlichen Privateigentumsauffassung durch eine deutschrechtlich gerichtete „Periode des Verdiensteigentums" abgelöst werden. Als Träger der korporativen Kreditfunktion bezeichnet Ruhland ebenso wie Bleicken die Gemeinde.

Im Herbst 1882 hatte sich der 22jährige Gustav Ruhland vertrauensvoll an den von ihm hochverehrten „Altmeister der Nationalökonomie", Albert Schäffle, gewandt und ihn um Beurteilung seiner Abhandlung „Gesellschaftliche Organisation des landwirtschaftlichen Personalkredits" gebeten, schüchtern bei ihm angefragt, ob „er seine Arbeit nicht für verfehlt halte". Schäffle übersandte ihm daraufhin die später im Anhang zur „Inkorporation des Hypothekarkredits"[29]) abgedruckte „Skizze eines Programms der Agrarpolitik", sprach ihm für die übersandte Abhandlung seine Anerkennung aus und forderte ihn auf, seine Auffassung über den landwirtschaftlichen Kredit in der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft" zu veröffentlichen[30]).

Bei der Beurteilung dieser in der genannten Zeitschrift Anfang 1883 abgedruckten Abhandlung muß man sich vor Augen halten, daß Ruhland, als er sie schrieb, erst 22 Jahre alt und noch nicht durch ein Universitätsstudium hindurchgegangen war. Dem Sinn und Wortlaut nach stimmt sie weitgehend mit den bereits 1882 in der „Zeitschrift des landwirtschaftlichen Vereins in Bayern"[31]) veröffentlichten Ausführungen überein.

Die allgemeinen volkswirtschaftlichen Vorbemerkungen zeigen, wie sehr er bemüht ist, seine eigenen Ansichten in die Zusammenhänge der Wissenschaft einzureihen. Er neigt dazu, möglichst viele Namen anzuführen und so den an und für sich gewandt und gefällig, wenn auch stellenweise etwas journalistisch, geschriebenen Aufsatz mit Zitaten zu belasten. Wenn er im Geiste Hegels die einschlägige Literatur als den Prozeß bezeichnet, durch den sich das Leben seine großen Fragen zu Bewußtsein bringt, so erinnert diese Formulierung an das später von Ruhland oft zitierte Wort des preußischen Finanzministers Miquel: „Die Nationalökonomie ist die Summe der Konsequenzen, welche gezogen werden aus dem jeweiligen Zustande der gewerblichen, industriellen und sozialen Entwicklung".

Als das landwirtschaftliche Grundübel betrachtet Ruhland die tiefe Verschuldung, in die im Zeichen „freier Verschuldbarkeit des Grund und Bodens" sowie „leicht erreichbaren und billigen Geldkapitals" die Bauern geraten sind. Um sie von der „Zinsknechtschaft" zu befreien, soll das landwirtschaftliche Kreditwesen neu aufgebaut werden. Im Dienste

[29]) Schäffle, Albert: Die Inkorporation des Hypothekarkredits. Tübingen 1883, S. 156—159.

[30]) In der „Inkorporation des Hypothekarkredits" S. 11, Anm. 2 bezeichnet Schäffle die Abhandlung als „groß gedacht und weitblickend, trotzdem er selbst in wesentlichen Punkten von R. abwich.

[31]) s. oben S. 24, Anm. 26.

dieses Ziels unterzieht er die herrschenden Auffassungen über den Kredit einer Kritik, die beweist, wie stark er sich unterdessen in die Literatur hineingearbeitet hat. Alles kommt prägnanter und in den ideenmäßigen Grundlagen vertiefter zum Ausdruck.

Der Begriff des Kredits soll — darauf steuert Ruhland los — aus seiner materiellen Befangenheit, d. h. aus dem Kleben an dem Moment der rechtlichen Sicherung, befreit und der ideelle Faktor der persönlichen Bezogenheit stärker zum Durchbruch gebracht werden.

Da die wirtschaftliche Sicherheit des Kredits allein auf der Garantie der verständnisvollen Verwendung der leihweise überlassenen Gelder und nicht auf der rechtlichen Deckung beruht, so kann nach Ruhland jeder echte Kredit nur Personalkredit sein. Das Moment der Sicherung und damit die Kontrolle über die geliehenen Gelder wird an die Solidarhaft der Gemeindegenossen als Organ des landwirtschaftlichen Personalkredits geknüpft. Er argumentiert: Durch Erbgelder- und Restkaufschulden ist der Grundbesitz in ein Abhängigkeitsverhältnis gegenüber dem Kapital hineingedrängt worden. Die so aufgenommenen Schulden haben mit dem eigentlichen Betrieb des Gutes nichts zu tun, sind also eine wirtschaftsfremde Belastung. Daher gilt es, diese Grundschulden ein für allemal zu regulieren, um auf diese Weise die Bahn frei zu machen für eine wirtschaftlich gerechtfertigte und tragbare Kreditaufnahme in der Form des genossenschaftlich organisierten, auf der Solidarhaft der Gemeindegenossen beruhenden Personalkredits. Er will so den Personalkredit zur alleinigen Kreditform für die Landwirtschaft erheben und Organisationsformen schaffen, auf denen dieses neue, die Grundschulden beseitigende Kreditgebäude aufgebaut werden kann.

Es ist nach Ruhland nicht richtig, von „Kreditnot" in der Landwirtschaft zu sprechen. Im Gegenteil: das Kreditnehmen sei in den vorangegangenen Jahrzehnten den Landwirten zu leicht gemacht worden. Die Bestrebungen der sechziger Jahre seien ja darauf gerichtet gewesen, den Bauern möglichst billigen und möglichst leicht zugänglichen Kredit zu verschaffen. Daraufhin seien aber für alle möglichen unproduktiven Zwecke Hypothekenschulden, die keinen Kredit im Sinne Ruhlands darstellen, aufgenommen worden.

Viel richtiger sei es, von „Kapitalnot" zu sprechen; denn was den landwirtschaftlichen Betrieben fehle, sei das nötige Betriebskapital. Trotz reichlichen Kredits seien die Grundbesitzer in Geldschwierigkeiten geraten. Um diese Kapitalnot zu beheben, sei es notwendig, die Grundschulden zu beseitigen. Und noch eins: während die Hypothekenschulden mit dem Verkaufswert des Gutes in Zusammenhang stehen und demgemäß mit der Bewirtschaftung nichts zu tun haben, beruhe der landwirtschaftliche Kredit auf dem Marktpreis der Produkte, stehe also mit der Persönlichkeit des Wirtschafters in unmittelbarer Verbindung.

Die Einführung des Personalkredits in dem von Ruhland geplanten Sinne beruht auf zwei Voraussetzungen: auf der Regulierung der Grund-

schulden und auf einer entsprechenden Kreditorganisation. Die Regulierung der Grundschulden soll nicht in der Weise erfolgen, daß sie, wie Rodbertus dies wollte, in Rententitel verwandelt, sondern sie sollen radikal beseitigt werden.

Auf Grund seines ersten Aufsatzes in der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft" war Ruhland von Schäffle aufgefordert worden, noch zwei die bisherigen Ausführungen ergänzende Abhandlungen einzureichen.

Er kam dieser Aufforderung umgehend nach. Die „Gedanken und Vorschäge über die Regulierung der Grundschulden" [32]) knüpfen logisch an den ersten Aufsatz an. Wenn nämlich die Einführung des Personalkredits für die Erhaltung des Bauernstandes unbedingt notwendig ist, so ist die Beseitigung der Grundschulden Voraussetzung. Die von den Bauern für Erbschafts- und Restkaufgelder aufgenommenen Schulden sind kein echter landwirtschaftlicher Kredit, da sie zur Wirtschaftsführung nicht in innerer Beziehung stehen und daher auch mit der Verfügung über Wirtschaftsmittel nichts zu tun haben. Sie sind ein sinnfälliger Ausdruck der Kapitalnot des ländlichen Besitzes, stehen der Aufnahme von Produktivkrediten im Wege und müssen daher aus der Welt geschafft werden. Der bisherige Kardinalfehler war folgender: Die Kreditgebung knüpfte an den Landwirt als Grundbesitzer, nicht an den Bauer als denjenigen, der den Grund und Boden bearbeitet, an. Sie sah in dem Grundbesitzer immer nur den „Besitzer", nie aber den „Arbeiter".

In der Rentenfondstheorie von Rodbertus tritt dieser Mangel klassisch in Erscheinung. Tatsächlich steht nur beim Großgrundbesitz das Gut als Renteneinnahmequelle, der Besitz als Grundlage des Rentenverzehrs im Vordergrund. Die wahre Lösung der Agrarfrage kann aber nach Ruhland nur dann gefunden werden, wenn man das Heil der Landwirtschaft nicht im Grundbesitzer als Rentenbezieher, sondern im Bauern als Arbeiter sucht. Immer deutlicher schält sich in diesen Formulierungen der Kern der Ruhlandschen Mittelstandstheorie heraus, die auf der organischen Einheit von Besitz und Arbeit aufbaut.

In der Rechtsentwicklung kommt alles darauf an, neuen Wirtschaftsformen auch ein neues rechtliches Gewand zu geben und sie nicht in alte Rechtsformen einzuzwängen. So war zum Beispiel seinerzeit die Einführung der Freiheit des Grundeigentums ein notwendiger Fortschritt, aber es kam gar nicht auf die Herstellung dieser abstrakten Freiheit an, sondern entscheidende Bedeutung gewann der Fortschritt im Sinne der besser bezahlten Arbeit. Daher hat auch der Liberalismus, der an und für sich aus einer berechtigten Gegenbewegung hervorgegangen ist und von altgewordenen Bindungen befreit hat, aus sich heraus unwiderstehlich zu neuen organischen Bindungen geführt.

[32]) Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 1883, S. 432—485.

Die Schutzzölle betrachtet Ruhland nur als ein zeitweilig wirkendes, finanzpolitisches Mittel. Im Interesse des Schutzes der nationalen Arbeit muß sogar „für eine beträchtliche Zollerhöhung" (tatsächlich wurde sie 1885 durchgeführt) eingetreten werden, aber es darf nicht verkannt werden, daß mit ihrer Einführung das eigentliche Übel nicht geheilt wird; denn sie schafft, wie schon Karl von Vogelsang Ende der siebziger Jahre vorhergesagt hatte, eine neue künstliche Grundrente.

In der Auffassung des Bodens als Produktionsfaktor schließt er sich der Schäffleschen Auffassung an: der Boden ist Grundkapital, „insofern er von Menschenhänden für die Erzeugung vorgerichtet ist". Wesentlich wichtiger ist für Ruhland die Wertfrage. Immer mehr kommt es ihm zum Bewußtsein, wie stark er sich in seiner Ansicht über das Wesen der natürlichen Produktion von Rodbertus unterscheidet. Das Besitz- und Rentendenken gipfelt sich bei Rodbertus zu der Behauptung auf, daß die Rente den Wert des Grund und Bodens konstitutiere und demgemäß der Ertragswert der einzig maßgebende Wert sei. Ruhland wendet hiergegen zunächst ein, daß der Reinertrag eines Gutes als Unterschied zwischen Gestehungskosten und Marktpreis der Produkte nicht errechnet werden könne, da die Gestehungskosten, zu denen auch die Arbeit des Grundbesitzers gehört, nicht feststehen, ein Einwand, der wieder typisch mit dem selbstwirtschaftenden Bauern und nicht mit dem rentegenießenden Besitzer rechnet. Sodann führt er seine grundsätzliche Auffassung ins Feld, daß der landwirtschaftliche Besitz Produkt und deshalb Grundkapital sei, daß er also schon an sich, d. h. ohne Rücksicht auf seinen Ertrag, einen Wert habe.

Wenn nun Ruhland auf diese Weise um der Herausarbeitung des wahren Wertes des Bodens willen einerseits den Grundbesitz als Grundkapital auffaßt, so wendet er sich anderseits um so entschiedener dagegen, den Grundbesitz als Kapitalbesitz zur Ware zu stempeln. Während nämlich die freie Konkurrenz bei „Besen und Zündhölzern" erreiche, daß sich der Preis mit dem wahren Inhalt des Wertes decke, so sei dies beim Boden deswegen nicht möglich, „weil das landwirtschaftliche Grundkapital an sich unübertragbar und unvermehrbar ist". Diese rein wirtschaftliche Erklärung genügt Ruhland aber nicht. Darüber hinaus weist er darauf hin, daß der Grund und Boden „das nationale Element in der Gesellschaft" vertritt und daß ihm — was für die Verflechtung mit der Marktwirtschaft von entscheidender Bedeutung ist — das Moment der Stabilität, „richtiger der Solidität", bewahrt bleiben müsse entgegen jeglicher Verquickung mit dem internationalen Kapital und damit den nichtstabilen Faktoren. Dieses Moment der Stabilisierung sieht er in der „Wahrheit seines Wertes". Das heißt: er will ohne Rücksicht auf die Marktpreisbildung dem landwirtschaftlichen Boden einen festen Wert sichern und so ein feststehendes Koordinatensystem schaffen, auf das alle anderen Werte projiziert

werden, mit einem Worte: eine prima causa aller Wertbildung. Damit hat er klar denjenigen werttheoretischen Gedanken herausgearbeitet, auf dem sein späteres radikales Agrarprogramm fußt.

Die Freiheit des Grundeigentums und die freie Preisbildung auf dem Grundmarkte haben „unter dem Schein und Schutz des Rechts" dazu geführt, daß die Arbeit immer mehr dem Kapital dienstbar gemacht, der landwirtschaftlichen Arbeit ihr Wert durch die Marktpreisbildung diktiert worden ist.

Demgegenüber verfolgt Ruhland das soziale Ziel, über das Besitz- und Kapitaldenken hinaus einem Arbeitsdenken die Wege zu ebnen. Seine Parole lautet: „Der Arbeit ihren Lohn". Den Sinn des sittlichen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts der Menschheit sieht er einzig und allein darin, daß in immer stärkerem Maße die Arbeit ihr Recht erhält und die werteschaffende Leistung stärker als bisher am Sozialprodukt beteiligt wird.

Zur Verwirklichung dieser Pläne bedarf es einer weitgehenden Umgestaltung der Eigentumsordnung. Die daraus sich ergebenden rechtspolitischen Aufgaben behandelt Ruhland in der dritten Abhandlung, die er 1883 in der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft" unter dem Titel „Agrarpolitische Vorschläge auf Grund unserer geschichtlichen Rechtsbildung" veröffentlichte.

Unter dem Einfluß des Rechtspositivismus waren die juristischen Formen nach ihrer Nützlichkeit, womöglich auf Grund eines platten machtpolitischen Standpunktes beurteilt worden. Gegen diese Methode wendet sich Ruhland. Deutlich ist zu spüren, daß er sich jetzt — wahrscheinlich auf Empfehlung von Albert Schäffle — bei Gierke, Trendelenburg, Kant usw. Belehrung über rechtsphilosophische Fragen geholt hat. Die Beherrschung der wissenschaftlichen Literatur tritt gerade in diesem Aufsatz besonders eindringlich in Erscheinung; denn Ruhlands Darstellung der Entwicklung des deutschen Grundeigentumsrechts von den ältesten Zeiten bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zeugt als historische Gesamtschau von einer außergewöhnlichen Beherrschung des vorliegenden Quellenmaterials. Auf jeden Fall ist eine wesentliche Stärkung seines historischen Verständnisses festzustellen. Er sieht ein, daß Rechtsformen auf Grund andersartiger wirtschaftlicher Bedingungen ihren Sinn verlieren, oft nur für bestimmte Völker gelten und daß im Laufe der Geschichte aus Sinn Unsinn werden kann.

Als erste soziale Revolution betrachtet Ruhland die Loslösung des Menschen vom Boden, die Ausbildung der Fahrnishabe und die Gründung der Städte. Rückhaltlos erkennt er an, daß es der Arbeit im Gegensatz zum Besitz vorbehalten war, durch Arbeitsproduktüberschüsse dem Einzelnen mit seinem Fahrnisbesitze die volle Freiheit zu bringen, „mit welcher die christliche Idee der allgemeinen Menschlichkeit und die natürliche Freiheit als Anerkennung des Prinzips der Individualität

endlich zum siegreichen Durchbruch gekommen ist“ [33]). Daraus folgert er, daß die eigentlich revolutionäre Kraft in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Abendlandes die Arbeit gewesen sei, ihre Waffe das Kapital und der Schauplatz des Kampfes die Stadt.

Die im Zeichen der Ausbildung der Fahrnishabe fortschreitende „Individualisierung des Besitzes“ und „die damit zusammenhängende individuelle Gleichstellung“ von Grundeigentum und Fahrnishabe konnte immer nur in dem römischrechtlichen Eigentumsbegriff ihr Ideal erblicken. Daher bedeutete die Einführung des römischen Rechts für Deutschland nichts anderes als den Sieg des Individualismus gegenüber „der gegenseitigen Unterordnung“. Es liegt Ruhland durchaus fern, die Bedeutung der modernen Freiheitsbewegung in ihren sozialen und wirtschaftlichen Wirkungen zu verkennen; denn nicht die Freiheit an sich, sondern die ungezügelte Freiheit, die Willkür als Seele des Wirtschaftslebens hat unwürdige Verhältnisse geschaffen. Es wäre daher auch vollkommen verfehlt, diese Freiheit durch unnatürlichen Zwang zu ersetzen, sondern das Ziel und die würdige Aufgabe jeder Sozialreform müsse darin bestehen, diese Freiheit durch eine „höhere sittliche Freiheit“, d. h. durch selbstgewollte Bindung an die Interessen der Gesamtheit, zu ersetzen. Dazu aber bedarf es der rückhaltlosen Anerkennung des Rechts der Arbeit auf ihren Lohn; denn das Unheil beginnt da, wo die Arbeit nicht mehr ihren Lohn bekommt [34]).

Die Lösung dieses schwierigsten aller sozialen Probleme kann nach Ruhland allein darin bestehen, daß man dem volkswirtschaftlichen Organismus im Boden wieder diejenige feste Grundlage gibt, von der aus „seine Bewegungen sich in ruhigerem und stabilerem Gange fortsetzen, und daß demgemäß der Grundbesitz für die Folge die Funktion eines Lohnregulators übernehme“ [35]). Wiederum hat Ruhland einen auch für das spätere „System der politischen Ökonomie“ tragenden Grundgedanken erreicht.

Voraussetzung für die Verwirklichung ist die Bewertung des Bodens im wirtschaftlichen Güterverkehr nicht nach dem Marktpreis, sondern nach dem „wahren Werte“. Damit wendet sich Ruhland gegen den durch die Marktwirtschaft diktierten Wertrelativismus und sucht einen Wertabsolitismus auf agrarischer Grundlage zu begründen, mit seinem wahren Werte des Bodens einen festen Pol der volkswirtschaftlichen Wertbildung zu gewinnen und so auf nationaler Grundlage der weltmarktwirtschaftlich bestimmten Unstabilität der Preise den Grundsatz stabiler Wertbildung entgegenzustellen. Sozial erhofft er hiervon die Befreiung der Arbeit von den Herrschaftsgelüsten des Kapitals, die Beseitigung der Unterordnung des Bodens unter die Kapitalinteressen.

---

[33]) Ruhland: Agrarpolitische Vorschläge auf Grund unserer geschichtlichen Rechtsbildung. Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 1883, S. 704.

[34]) a. a. O. S. 712—713.

[35]) a. a. O. S. 713.

Ähnlich wie früher will Ruhland auch in dieser Abhandlung von erbrechtlichen Rechtsreformen im Sinne einer Stärkung des Anerbenrechts durch Legitimierung eines Präcipuums (Voraus) nichts wissen. Er sieht darin eine nicht zu rechtfertigende Benachteiligung der weichenden Erben. Statt dessen stellt er die Forderung: „Das Pflichtteilrecht ist für das landwirtschaftlich benutzte Grundeigentum derart durchzuführen, daß die das Ausscheiden des Kindesvermögens zur Folge habende Aufhebung der väterlichen Gewalt mit dem 25. Lebensjahre eintritt“ [36]).

Um den wahren Wert zur Geltung zu bringen, schlägt Ruhland vor, daß jeglicher Grundbesitzerwerb durch die Gemeinde nach dem wahren Werte und nur gegen Barzahlung vermittelt wird. Auf diese Weise soll verhütet werden, daß schon beim Kauf Grundschulden entstehen, die der Aufnahme von Produktivkrediten im Wege stehen.

Die vorhandenen Grundschulden will er radikal beseitigt wissen. Daher soll dem einzelnen Besitzer gestattet werden, der Gemeinde sein Grundeigentum gegen Ersetzung des wahren Wertes zu übertragen und seine Wirtschaft pachtweise auf Lebenszeit fortzuführen. Auf diese Weise würde im Verlaufe der Grundentlastung das Hypothekenkapital in den Besitz der Gemeinden übergehen und die von ihren Hypotheken befreiten Grundbesitzer wären in „lebenskräftige, selbständige Pächter“ umgewandelt.

Ruhland erwartet von diesen scharf eingreifenden agrarpolitischen Maßnahmen eine Steigerung des Arbeitslohnes und eine Vermehrung der Zahl selbständiger Wirtschaften auf dem Lande. Diese Grundentlastung führe zur Stärkung des landwirtschaftlichen Betriebskapitals, schaffe die Vorbedingungen für eine intensivere Betriebsweise, das Streben, aus der Pächterstellung wieder zum Grundbesitzer aufzusteigen, und werde so zu einem der mächtigsten Antriebe kulturellen Fortschritts.

Noch im Jahre 1883 hat er die drei Aufsätze aus der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“ zu einem Buch vereinigt und unter dem Titel „Agrarpolitische Versuche vom Standpunkt der Sozialpolitik“ veröffentlicht [37]).

Das neu hinzugekommene Vorwort faßt die Ruhlandschen Gedanken in prägnanter Kürze zusammen und steigert sie zu sozialphilosophischen Einsichten, beherrscht von der Idee der Gemeinschaft: Der Einzelne erscheint als Glied des sozialen Volkskörpers, die Volksgemeinschaft als die alles in sich schließende Einheit. Die aristotelische Fassung dieses Gedankens („unus homo, nullus homo“) ist auf das Studium von Trendelenburgs „Naturrecht“ zurückzuführen.

---

[36]) a. a. O. S. 739—740.

[37]) Tübingen, H. Laupp, 1883.

Ruhlands Beurteilung des Wirtschaftsliberalismus stellt sich folgendermaßen dar: In berechtigter Reaktion gegen die überlebte mittelalterliche Ordnung hatte Adam Smith seine individualistische Gesellschaftsphilosophie konzipiert. In dieser neuen bürgerlichen Verfassung war der Staat nahezu inhaltslos geworden, die „bürgerliche Gesellschaft" zur Vielheit der staatsbürgerlichen Atome herabgesunken. Die Gesellschaft war so arm an Gliederungsformen geworden wie in keiner früheren Periode der Geschichte. „Nach der Seite der Gemeinschaft unverknüpft, geschah die Bewegung der wirtschaftlichen Güter nur in und durch den Willen des ‚freien Individuums'." Das trostlose Ergebnis dieser Entwicklung war die Ausbeutung von Menschen durch Menschen, der Schwachen durch die Starken. „Der sittliche Gehalt des Menschen, wie damit überhaupt der Mensch als solcher, wurde wertlos" [38]). Der Besitz wurde mehr zum Produkt eines Spiels des Zufalls als des redlichen Erwerbs. „Die Güterwelt selber, damit scheinbar nach eigener Schwere gravitierend, erhöhte auf der einen Seite die Zahl der Besitzlosen, um auf der anderen Seite den Reichtum der Besitzenden zu mehren."

Wenn auch nicht verkannt werden darf, daß er in diesen Gedankengängen von Schäffle, Ratzinger und letzthin auch von Karl Marx beeinflußt ist, so zeigt sich doch ein bemerkenswerter Wille, die soziale Entwicklung unter große, einheitliche Gesichtspunkte zu bringen.

Am Anfang seiner dritten Abhandlung in der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft" [39]) hatte Ruhland die Kritik, die sein erster Aufsatz in Schmollers „Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft" [40]) gefunden hatte, in der Annahme, daß Schmoller diese Besprechung geschrieben habe, etwas überempfindlich zurückgewiesen. Tatsächlich stammte sie aber von Th. Laves, wie Gustav Schmoller [41]) selbst richtiggestellt hat. Es ist zu bedauern, daß Ruhland den Irrtum später nicht aufgeklärt und so seine Biographen indirekt veranlaßt hat, immer wieder von einem „schulmäßigen Widerspruch" durch Professor Schmoller aus dem Jahre 1883 zu sprechen.

Von entscheidender Bedeutung für Ruhlands weiteres Fortkommen war die Art, wie Albert Schäffle in seiner „Inkorporation des Hypothekarkredits" zu den immerhin reichlich eigenartigen und revolutionären Vorschlägen des jungen Bauernsohnes Stellung nahm. Trotz grundsätzlicher Ablehnung zeigte er nicht nur starkes persönliches Interesse für Ruhland, sondern betrachtete dessen Vorschläge als wissenschaftlich durchaus bedeutsam.

---

[38]) Vorwort S. IX.

[39]) Vgl. Jahrg. 1883, S. 673.

[40]) Vgl. Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 1887, S. 576.

[41]) ebenda, Jahrg. 1887, S. 576.

Im Gegensatz zu Ruhland hält Schäffle[42]) die hypothekarische Belastung landwirtschaftlicher Grundstücke zu bestimmten Kreditzwecken langfristiger Natur sowie zur Sicherstellung der von Personalkreditgenossenschaften gewährten Kredite aus praktischen Gründen aufrecht und will demgemäß weiterhin zwischen Anlage- und Betriebskredit unterschieden wissen. Schäffle fordert sodann „Inkorporation des Hypothekarkredits", nicht Kommunalisierung des Kredits. Grundsätzlich betrachtet er den landwirtschaftlichen Kredit nicht wie Ruhland als reinen Personalkredit, sondern ist der Überzeugung, daß der Grundbesitz auch für andere als betriebswirtschaftliche Zwecke zur Sicherstellung Verwendung finden darf. Entgegen Ruhland behauptet er sodann, daß zweckmäßigerweise der landwirtschaftliche Produktivkredit nach seinen Hauptarten als Anlage- und Betriebskredit auch organisatorisch streng auseinandergehalten werden müsse und daß sich die politische Gemeinde als Organ des Hypothekar-, geschweige denn des Personalkredits nicht eigne. Wenn Ruhland statt des Hypothekarkredits reichlichen, durch kommunale Organisationen vermittelten Personalkredit verlangt, so tritt Schäffle dem ebenfalls entgegen. Er hält das Verbot der hypothekarischen Belastung zu betriebswirtschaftlichen Zwecken für falsch; denn für gewisse guts- und familienwirtschaftliche Transaktionen von langer Hand sei der Einsatz des Gutes als hypothekarisches Pfand ungefährlich. Auch eine ausschließliche Vermittlung alles Besitzwechsels durch korporative Organisationen hält Schäffle nicht für zweckentsprechend.

Was die Beurteilung der deutschen Landwirtschaft im Verhältnis zur „amerikanischen Konkurrenz" anbelangt, so teilt Schäffle den Standpunkt Ruhlands, daß es Aufgabe der deutschen Bauern sei, kostspielige Menschen- und Tierarbeit durch intensive Bewirtschaftungsweise zu ersparen, also Veredelungswirtschaft zu treiben und hochqualifizierte Produkte herzustellen[43]).

B. Der Theoretiker des „wahren Wertes"

Es wäre falsch, anzunehmen, Ruhland hätte sich im Jahre 1883 ausschließlich auf das Selbststudium und die schriftstellerische Tätigkeit geworfen. Er war auch weiterhin in der Landwirtschaft tätig.

Wieder war es ein Erlebnis in der eigenen Wirtschaft, das ihn zu theoretischen Erwägungen anregte. Auf dem elterlichen Hofe war die Kartoffelernte mißraten. Um trotzdem den vorhandenen Viehbestand durchzuhalten, mußten Kartoffeln und Mais zugekauft werden. Sofort mischte sich die Steuerbehörde ein und wollte auf Grund des bayerischen Gesetzes vom 25. Februar 1880 die bescheidene Brennerei des Ruhlandschen Gutes als „gewerbliche Brennerei" besteuern. Zu

[42]) Die Inkorporation des Hypothekarkredits, Tübingen 1883, S. 11—12.
[43]) Vgl. Schäffle: Die Inkorporation des Hypothekarkredits, S. 145 „Wie dies eben wieder Ruhland so schön nachgewiesen hat".

allem Unglück sollte auch noch als Strafe eine erhöhte Besteuerung hinzukommen. Ruhland, der sich durch diesen Eingriff der Finanzbehörde nicht nur als Privatmann gekränkt fühlte, sondern der sich auch als volkswirtschaftlicher Denker zu den geplanten steuerlichen Maßnahmen stärkstens in Opposition befand, reichte bei dem zuständigen Finanzamt eine umfassende Gegenvorstellung ein und ging bis an das Ministerium. Tatsächlich gelang es ihm, die höhere Steuerforderung abzuwenden.

Dieses stark von persönlichem Interesse und lebhaftem, innerem Protest getragene Vorkommnis nahm Ruhland zum Anlaß, um sich unter dem Titel: „Von welchem Punkte aus ist ein mit der Landwirtschaft verbundenes Gewerbe als ein „selbständiges" zu betrachten und deshalb einer besonderen Gewerbesteuer zu unterstellen?"[44]) ausführlich über diesen Gegenstand zu äußern.

Der Gedankengang ist folgender: Der rein landwirtschaftliche Charakter eines Betriebes ändert sich, sobald auf Grund größerer Einkäufe von außerhalb oder größerer Verkäufe von Rückständen gewerbsmäßige Betätigung vorliegt. Es kommt darauf an, festzustellen, wann die Grenzlinie zwischen sogen. landwirtschaftlichem Nebengewerbe und selbständigem Gewerbe überschritten wird. Ruhland behauptet: der regelmäßige Zukauf von Rohstoffen mache das mit der Landwirtschaft verbundene Nebengewerbe an sich noch nicht zu einem selbständigen Gewerbe. Er ist sogar der Ansicht, daß die landwirtschaftlichen Veredelungsgewerbe überhaupt nicht als „Nebengewerbe" zu betrachten seien, sondern als ein organischer Bestandteil der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion zu gelten hätten. Werde es notwendig, für solche Betriebe Rohstoffe hinzuzukaufen, so könne diese selbstverständliche Notwendigkeit nicht dazu führen, dem mit der Landwirtschaft unmittelbar verbundenen Gewerbe seinen ursprünglichen Charakter zu nehmen und es zu einem „selbständigen Gewerbe" zu machen.

Wenn in Bayern anders entschieden wird, so beruhen nach Ruhland die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen auf überlebten betriebswirtschaftlichen Vorstellungen, und da es eine der vornehmsten Aufgaben der Gesetzgebung sei, der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung zu folgen und sich ihr anzupassen, so müsse das Gesetz geändert werden. Dabei habe der Gesetzgeber von folgenden Erwägungen auszugehen: Da an und für sich jede Brennerei ein Gewerbe sei, so könne es sich nur um den Gegensatz von mit der Landwirtschaft organisch verbundenem Gewerbe und selbständigem Gewerbe handeln. Die Umbildung eines sogen. landwirtschaftlichen Nebengewerbes zu einem selbständigen Gewerbe könne aber nicht in dem rein quantitativen Maßstab der relativen Ausdehnung des Betriebes gesehen werden, sondern nur qualitativ in der Stellung des jeweiligen Gewerbes zum ganzen landwirtschaftlichen Wirtschaftsorganismus. Die landwirtschaftlichen Veredelungsgewerbe müßten nicht als Nebengewerbe, sondern als ein organischer Bestandteil der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion betrachtet werden, und da ein Zukauf von Rohstoffen für die Wirtschaft mit Rücksicht auf die Marktlage oft unbedingt notwendig sei, so dürfe das Kriterium der Unterscheidung zwischen landwirtschaftlichem Nebengewerbe und selbständigem Gewerbe nicht in der Ausdehnung des Betriebes erblickt werden, sondern müsse „in der Stellungnahme des jeweiligen Gewerbes dem ganzen Wirtschaftsorganismus gegenüber" gefunden werden. Dies aber sei bei den Brennereien der Verkauf von Fabrikationsrückständen.

Die Ausführungen Ruhlands erschienen derart einleuchtend, daß das neue bayerische Gesetz vom 20. November 1885 in seinen Ausführungsbestimmungen eine Definition des Begriffs „landwirtschaftliche Brennerei" brachte, die den Ruhlandschen Vorschlägen entsprach. Aber auch das Reichsgesetz vom 24. Juni 1887 hat im § 41 die Definition des bayerischen Gesetzes übernommen.

Ruhland hat sich in dieser Zeit eine gründliche Kenntnis der agrarpolitischen Literatur angeeignet und weiß zu den einzelnen Werken kritisch Stellung zu nehmen. Weiterhin beschäftigt ihn das Problem des Unterschiedes zwischen volkswirtschaftlicher und juristischer Be-

[44]) Zeitschrift des landw. Vereins in Bayern. 1883, S. 108—115.

trachtung. Eins steht für ihn fest: Jede Zeit hat entsprechend ihrer geschichtlichen Sendung und gemäß den in ihr zur Entwicklung drängenden Tendenzen die Aufgabe, neues Recht zu schaffen, das bestehende Recht den neuen sozialen und wirtschaftlichen Formen anzupassen.

In dem Aufsatz „Zur Kritik der heutigen agrarpolitischen Vorschläge"[45]) verschärft sich Ruhlands Stellungnahme zu der Behauptung, daß sich die Jurisprudenz in Formalien verliere, die Sozialwissenschaft dagegen auf Neuordnung des Rechts dränge, also der eigentlich vorwärtstreibende Faktor sei. Die Heiligkeit der Rechtsidee im Volksbewußtsein werde verletzt, wenn die Wirtschaftsgesetzgebung die Probleme nicht an der Wurzel packe, sondern in öde Beschwichtigungsgesetzgebung und juristischen Formalismus ausarte.

Stärker als früher betont er die Notwendigkeit einer Bauernpolitik, d. h. einer Vermehrung der mittleren und kleineren Güter, um „eine immer gleichmäßigere Verteilung in ökonomisch selbständigere Wirtschaftsobjekte" zu erreichen und so dem „Bauerngut der Zukunft" den Weg frei zu machen.

Die Auseinandersetzung mit anderen Autoren zeigt deutlich, wie radikal-doktrinär Ruhland in dieser Zeit denkt, wie wenig er zu Kompromissen geneigt ist, und wie scharf er die mehr den tatsächlichen Verhältnissen in der Wirtschaft Rechnung tragenden Werke Lorenz von Steins und Karl von Vogelsangs kritisiert. Die Einführung von Verschuldungsbeschränkungen und die Festlegung von Verschuldungsgrenzen bezeichnet er als Stückwerk. Ebenso hält er die Erweiterung des Anerbenrechts für unwirksam. Seine Parole lautet in dieser Zeit: „zu Ende denken", „an die Prinzipien heran".

Schäffles „Theorie des Monopols der nationalen Ernährung" lehnt er ab. Es liegt ihm durchaus fern, autarken Bestrebungen das Wort zu reden. Daher betrachtet er auch die Schutzzölle nur als einen Notbehelf und lehnt sie als agrarpolitisches Radikalmittel ab, ja, deckt ihren in der Grundrentenerhöhung liegenden Nachteil rücksichtslos auf. Er ringt sich zu dem wahrhaft ganzheitlichen Standpunkt durch, daß Agrarpolitik niemals gruppenegoistisch bestimmte Politik sein dürfe, sondern daß es darauf ankomme, den Funktionszusammenhang aller Glieder der Wirtschaft im Auge zu behalten.

Das Referat „Einiges über und aus der neuesten agrarpolitischen Literatur"[46]) schließt an die vorangegangenen Ausführungen an. Klar erkennt Ruhland das Ziel der Zeit: Gebundenheit und Freiheit miteinander in Einklang zu bringen. Die soziale Aufgabe der Gegenwart bestehe darin, „bei einer im Grunde unverrückbaren Beibehaltung der individuellen Selbständigkeit" stärker als bisher das Individuum und die einzelnen Berufsgruppen dem sozialen Ganzen einzugliedern. Lorenz

[45]) Zeitschrift des landw. Vereins in Bayern. 1883, S. 405—422.
[46]) Zeitschrift des landw. Vereins in Bayern. 1883, S. 725—734.

von Stein, Albert Schäffle, Rudolf Meyer und Georg Ratzinger, alle diese Sozialreformer stimmen trotz vielerlei Unterschiede im einzelnen darin überein, daß die Forderung des Tages sei, die Interessen des Individuums und die Forderungen der Gesamtheit besser miteinander zu verbinden.

An Rudolf Meyer, diesem „Erben von Rodbertus" und Hauptvertreter einer konservativen Sozialreform, imponiert Ruhland die „schneidige Kritik" an der deutschen Schutzzollpolitik, dagegen tadelt er die Analogiemethode, auf Grund deren Rudolf Meyer soziale Bedingungen der Jugendzeit eines Volkes, wie z. B. des nordamerikanischen, ohne weiteres auf alternde Völker, wie die europäischen, überträgt. Höchste Aufgabe einer jeden Wirtschaftspolitik müsse es sein, das nationale Volksleben in seiner ganzen Kontinuität zur höchsten Entwicklung zu bringen.

In der Besprechung von Albert Schäffles „Die Inkorporation des Hypothekarkredits" bezeichnet er die Erhaltung des Bauernstandes und damit des Mittelstandes als Hauptaufgabe aller Wirtschaftspolitik. Erstmalig sucht er seine mittelstandspolitischen Ideen dadurch zu vertiefen, daß er sich auf das klassische Vorbild aller Mittelstandstheoretiker, auf Aristoteles beruft. Allerdings: Ruhland ist sich darüber klar, daß die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zur Zeit des Stagiriten vor allem infolge der Institution der Sklaverei ganz andere gewesen sind. Es fehlten noch die hohe sittliche Schätzung der Arbeit und die rechtliche Freiheit des Einzelnen, Bedingungen, die die Verfolgung mittelstandspolitischer Ziele weit komplizierter gestalten als damals; denn es handelt sich in unserer Zeit nicht um eine bloße Erhaltung des Mittelstandes, sondern darum, die durch Industrialisierung und Verstädterung zusammengetriebenen Massen vor dem Verkommen zu schützen. Ein Hauptmittel zur Bekämpfung der Proletarisierung sieht er darin, möglichst viele Menschen zu selbständiger wirtschaftlicher Existenz zu bringen und demgemäß auch auf dem Lande möglichst viele Bauernbetriebe zu schaffen.

Von Anfang an hatte sich Ruhland zu den katholischen Sozialideen hingezogen gefühlt. Seine besondere Liebe gehört Georg Ratzinger, dessen „Erhaltung des Bauernstandes"[47]) er begeistert zustimmt. Während aber Ratzinger die Agrarschutzzölle auf die Dauer beibehalten will und für eine wesentliche Erhöhung derselben eintritt, wendet er sich auf Grund seines agrarpolitischen Radikalismus gegen derartige allzu kurzfristig wirkende Behelfsmittel.

Immer mehr drängt es ihn, sich über die Bedeutung der Statistik, insbesondere der Agrarstatistiken und Agrarenqueten, Rechenschaft abzulegen. Die von Adolf Buchenberger betreute, im Dezember 1883 erschienene badische Agrarenquete stellt für ihn das methodische Vor-

[47]) Ratzinger, G.: Die Erhaltung des Bauernstandes. Ein Reformprogramm des Hochsel. Grafen Ludwig zu Arco-Zinneberg. Freiburg i. Br., 1883.

bild dar. Deutlich tritt aber schon hier die später von Ruhland noch schärfer vertretene Ansicht zutage, daß aus Statistiken grundlegende agrarpolitische Einsichten nicht gewonnen werden können, sondern daß sie als Beleg für vorher rein gedanklich konzipierte Erkenntnisse zu dienen haben. Das Ergebnis der Buchenbergerschen Enquete bestätigt er weitgehend: Die bäuerliche Verschuldung gibt keinen Anlaß zu akuten Befürchtungen. Die Gerüchte von einer übermäßigen Verschuldung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes sind übertrieben. Das Maß der Verschuldung ist in den verschiedenen Gegenden, ja sogar von Hof zu Hof sehr unterschiedlich. Das Grundübel, das die Hauptmasse der Verschuldungen verursacht, ist die Überbezahlung des Hofs bei Käufen, Gutsübernahmen usw. Verkehrswert und Ertragswert gehen oft weit auseinander.

Die Abhandlung „Aus den bäuerlichen Verhältnissen einer typischen Spessartgemeinde"[48]) setzt die Debatte über den Wert von Statistiken fort und betont noch schärfer als früher die Mängel solcher Erhebungen. Keine noch so groß angelegte Statistik könne ein einwandfreies Bild von der Lage der Landwirtschaft vermitteln. Da bei Enqueten Sachverständige herangezogen würden, diese aber auf dem Lande nur sehr schlecht zu beschaffen seien, so müsse man Agrarenqueten gegenüber sehr skeptisch sein. Ruhland sucht seinerseits die typische Methode in Empfehlung zu bringen. Natürlich liegt die Schwierigkeit darin, diejenige typische Gemeinde herauszufinden, die „die mittlere Proportionale" zwischen den Extremen darstellt, mit anderen Worten: die den Durchschnitt sinngemäß zum Ausdruck bringt.

Für seine Heimatgemeinde Hessenthal erhebt Ruhland den Anspruch, daß sie für die südwestdeutschen Verhältnisse typische Bedeutung besitze. Im Spessart sei auf Grund von Parzellierungen der Kleinbesitz vorherrschend. Erbrechtlich gelte der Grundsatz der Naturalteilung. Da viele Leute infolge der schlechten landwirtschaftlichen Lage auswandern, so fänden oft Güterversteigerungen statt, und es gebe viele Parzellen herrenlosen Landes. Die Intensität der Verschuldung stehe im umgekehrten Verhältnis zur Größe des Besitzes. Infolge übermäßiger Auswanderung und sich häufender Güterverkäufe verringere sich die Zahl der Grundbesitzer immer mehr, da das frei werdende Land von den kapitalkräftigen größeren Grundbesitzern aufgekauft und so die Besitzkonzentration gefördert werde.

Im Vordergrund des Interesses standen damals immer noch die Schutzzölle. Der Artikel „Zur Frage der Getreidezölle"[49]) beansprucht besondere Beachtung, weil Ruhland in ihm erstmalig geschlossen zur Frage der Agrarschutzzölle Stellung nimmt. Wie früher betont er, daß ein Prohibitivzoll nicht das Allheilmittel für die Landwirtschaft sein

[48]) Zeitschrift des landw. Vereins in Bayern: 1. Artikel, Oktober 1884, S. 759—772, 2. Artikel, November 1884, S. 833—851.
[49]) Zeitschrift des landw. Vereins in Bayern. Dezember 1884, S. 895—902.

könne. Die Frage „Schutzzoll oder Freihandel" sei nicht absolut zu entscheiden, da sie nicht auf einem grundsätzlichen Gegensatz beruhe. Der Schutzzoll bleibe immer nur ein zeitweiliges Aushelfsmittel, beruhe auf dem Bemühen, momentane Nöte zu beseitigen, und müsse möglichst bald überwunden werden. Für 1879 sei die Einführung eines Agrarschutzzolls in Deutschland aus fiskalischen Gründen richtig gewesen, ob es aber im Augenblick angebracht sei, ihn zu erhöhen, das könne mit Recht bestritten werden. Er plädiert für einen mäßigen Finanzzoll in der Überzeugung, daß durch Agrarschutzzölle der Landwirtschaft auf die Dauer nicht geholfen werden könne. Im Laufe der Zeit werde jeder derartige Zoll von dem steigenden Grundwerte und der infolgedessen anwachsenden Grundverschuldung aufgesogen. Immer wieder müsse er erhöht werden, und es gebe dies eine Schraube ohne Ende.

Am Schluß des Aufsatzes kommt Ruhland zu einer ausgesprochen organisch-ganzheitlichen Fassung des Wertbegriffs: „Wert ist der geldmäßige Ausdruck für die Beziehung der volkswirtschaftlichen Gemeinschaft zu dem in Frage stehenden wirtschaftlichen Gute" [50]). Er spricht von nationalwirtschaftlichen Beziehungen im Gegensatz zu weltwirtschaftlichen Verflechtungen und vertritt die Ansicht, daß es sich bei dem Ruf nach Schutzzöllen um die Inanspruchnahme des Staates für den Schutz des nationalen Wertes handle.

Einen erheblichen Fortschritt in sachlicher und stilistischer Hinsicht bedeutet die in einer freihändlerischen Zeitschrift veröffentlichte Abhandlung „Über Faktoren der Preiserhöhung landwirtschaftlicher Produkte" [51]). Ruhland führt aus: Während das agrarpolitische Problem bis vor kurzem lediglich als ein solches der Ertragserhöhung bzw. der Ertragssicherung landwirtschaftlicher Produktion gegolten habe, sei es jetzt ein sozialpolitisches im eminenten Sinne des Wortes geworden. Alles komme darauf an, sich Rechenschaft über die Kostenlage in der Landwirtschaft abzulegen. Es genüge nicht zu sagen, der Preis werde durch Angebot und Nachfrage geregelt. Wenn der Ertrag einer Produktion gleich der Differenz zwischen Produktionskosten und Marktpreis ihrer Produkte sei, so müsse bei der Übertragung auf die Landwirtschaft die Eigenart der agrarischen Produktion volle Berücksichtigung finden. Allerdings: die Kostenfrage gewinne in der Landwirtschaft erst Bedeutung, wenn beabsichtigt wird, soviel wie möglich zu verkaufen und den Gesamtertrag kapitalmäßiger Bewirtschaftung zu unterstellen. Je mehr dies aber geschehe, desto mehr müßten alle Faktoren der Kostenbildung, z. B. auch die eigene Arbeit des Wirtschafters und die aus dem Betriebe stammenden Rohstoffe, in Rechnung gestellt werden. Da die Kapitalzinsen einen Teil des Ertrages ausmachen, so rechnet sie Ruhland nicht zu den Produktionskosten, wie dies beispielsweise Lorenz

[50]) a. a. O. S. 900.
[51]) Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft... 1884, S. 31—57.

von Stein tut. Er geht dabei von der richtigen Erwägung aus, daß nur so Betriebsvergleiche sinngemäß durchgeführt werden können, und stellt sich damit auf den betriebswirtschaftlichen Standpunkt im Gegensatz zur rein privatwirtschaftlichen Betrachtungsweise.

In der Bauernwirtschaft arbeitet der Besitzer selbst mit. Demgemäß geht ein Teil des Ertrages direkt als Einkommen in die Wirtschaft ein. Da dieser Kostenbestandteil aber nur schwer oder gar nicht festgestellt werden könne und zudem über die Rohstoffbewirtschaftung keine genaue Abrechnung bestehe, so sei für die Bauern die Kostenrechnung immer noch recht illusorisch.

Während sich Ruhland in seinen Schriften bisher nur hier und da abfällig über die Schutzzölle geäußert [52]), auf jeden Fall entsprechend seinen radikalen Forderungen wenig Wert auf sie gelegt hatte, spricht er sich in dem vorliegenden Aufsatz weit schärfer gegen die Schutzzollpolitik aus [53]). Von einer absoluten Notwendigkeit der Agrarzölle zur Erhaltung des Bauernstandes könne erst dann die Rede sein, wenn nachgewiesen sei, daß „die betreffenden Wirtschaftsbesitzer ihrerseits alles getan hätten, wodurch eine Ertragssteigerung aus eigenen Kräften herbeizuführen wäre" [54]). Der Bismarckschen Ansicht, daß das Ausland den Zoll trage, pflichtet er in dieser Abhandlung ebensowenig bei wie der Auffassung, daß das Inland um den vollen Zoll belastet werde. Er glaubt vielmehr, daß „die Wahrheit in der Mitte" liege und daß „das Inland höchstwahrscheinlich in gleichem Verhältnis den Zoll selbst zu tragen haben werde, als die eigne Produktion hinter dem Bedarfe zurückgeblieben" sei. Daher müsse zugegeben werden, daß bei Mißernten die brotkaufenden Klassen den Zoll zu tragen hätten und die Preiserhöhung in erster Linie denjenigen Grundbesitzern zugute komme, denen aus ihrer Ernte noch Überschüsse verbleiben, d. h. vorwiegend den Großgrundbesitzern.

Über Zollerhöhungen heißt es in diesem Zusammenhang: „Unsere vorhergehenden Erwägungen können zwar kaum einen Zweifel darüber offen lassen, daß wir eine Verwirklichung dieser Forderung für absolut unmöglich halten." Dennoch verfolgt Ruhland die Wirkungen einer Verdoppelung des Zollsatzes und glaubt nachweisen zu können, daß bei guter Ernte auch der höhere Zoll keine wesentliche Preissteigerung nach sich ziehen werde, namentlich deswegen nicht, weil gerade diejenigen Grundbesitzer, für die eine Ertragserhöhung am notwendigsten wäre, zu raschem Verkauf genötigt seien und demgemäß die Zeit besserer Preise nicht abwarten könnten. Anderseits werde bei Mißernten der Preis um den vollen Zollbetrag steigen, aber wieder nur im Interesse derjenigen Grundbesitzer, die am wenigsten höherer Preise bedürfen. So kommt Ruhland zu dem Ergebnis, daß ihm das Verständnis mangele

[52]) Agrarpolitische Versuche, S. 54—55.
[53]) Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft... S. 36 ff.
[54]) a. a. O. S. 45; Ruhland schreibt dies 1884. Der Zollsatz für Roggen und Weizen wurde 1885 auf 3.— M. erhöht.

für jenen Gesichtspunkt, „nach welchem sich die Grundbesitzer wie ein Mann unter der Flagge der Verdoppelung des heutigen Zollsatzes und damit der Umwandlung des Präventivzolls in einen wirklichen Schutzzoll vereinigen sollen“ [55]).

In einer den Tübinger Universitätsakten beigelegten, vom 22. Oktober 1886 datierten Erklärung bezeugt Ruhland, daß er seit zwei Jahren, also seit 1884 „eine von seiner Mutter in ökonomischer Hinsicht unabhängige Stellung als Schriftsteller einnimmt“. Daraus erklärt sich, daß er von nun ab seine Verbindungen mit Zeitschriften und Zeitungen immer zielbewußter ausbaut, seine Gedanken selbst auf die Gefahr hin, sich zu wiederholen, auch in kleineren Aufsätzen veröffentlicht und, was die politische Richtung der Blätter anbelangt, mit Rücksicht auf die dringend benötigten Einnahmen nicht sehr wählerisch ist.

Zunächst ist er bemüht, die betriebswirtschaftlichen Einsichten, die er als praktischer Landwirt gewonnen hat, wissenschaftlich zu formulieren. In der Abhandlung „Von dem Einfluß der ökonomischen Kapitalsarten auf den Erfolg des landwirtschaftlichen Betriebes [56]) setzt er die vorangegangenen Ausführungen fort und legt sich Rechenschaft über die Kapitalverhältnisse in der Landwirtschaft ab. Ausgehend von der Unterscheidung zwischen „eisernem Inventar“ (stehendem Betriebskapital) und „Superinventar“ (umlaufendem Betriebskapital) weist er darauf hin, daß der Pächter früher das „eiserne Inventar“ in Pacht übernommen habe, jetzt dagegen durchgängig Eigentümer des ganzen Inventars sei. Dementsprechend habe auch der jüngere Thaer [57]) in seinem „System der Landwirtschaft“ sinngemäß in Grund- oder Eigentümerkapital und Betriebs- oder Pächterkapital eingeteilt, wobei das Viehkapital zum Betriebskapital gezählt werde. Diese Gliederung hält Ruhland für unzweckmäßig, da sie nicht von einem wirtschaftlichen, sondern von einem rechtlichen Gesichtspunkt ausgehe und als Norm die Lage auf größeren Gütern annehme. Wie schon früher bei der Wertdebatte und insbesondere im Gegensatz zur Rodbertusschen Auffassung des landwirtschaftlichen Gutes als „immerwährenden Rentenfonds“ sucht Ruhland das landwirtschaftliche Denken von seiner Fixierung auf Großgutsbetriebe als Erfahrungsgrundlage loszulösen und auf Bauernbetriebe als die eigentliche Norm landwirtschaftlicher Betätigung umzustellen. Der Regelfall ist für ihn die Bauernwirtschaft, in der sämtliche Arbeit von dem Wirtschafter mit seiner Familie und den nötigen Hilfskräften geleistet wird, also die Arbeit und nicht das Kapital den Vorrang behauptet.

Für wirtschaftlich allein richtig hält er die Unterscheidung in stehendes oder Grund- und umlaufendes oder Betriebskapital. Den

[55]) a. a. O. S. 51.
[56]) Zeitschrift des landw. Vereins in Bayern. 1885, S. 431—444.
[57]) Thaer, Albrecht (Enkel des berühmten, 1828 gestorbenen Albrecht Thaer): „System der Landwirtschaft“, 1877; war bis 1901 Prof. für Landwirtschaft in Gießen, gest. 1906.

Stamm des Mastviehs rechnet er zum Grundkapital, während die Mastviehzunahme zum Betriebskapital gehören soll.

Kennzeichnend für die Lage des Bauern im Zeichen des Kapitalismus sei die Tatsache, daß er in wachsendem Maße ebenso wie der Gewerbetreibende und der Kaufmann neben dem stehenden Kapital auch Betriebskapital benötige. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist er in die Marktwirtschaft hineingewachsen und damit den Marktpreisschwankungen unterworfen. Im Gegensatz zu früher müssen daher die Bauern darauf bedacht sein, die verschiedenen Kapitalarten aufeinander abzustimmen, insbesondere auf Erhaltung und Vergrößerung des Betriebskapitals zu sehen. Die Schwäche der meisten landwirtschaftlichen Betriebe sieht Ruhland darin, daß das Betriebskapital im Verhältnis zum Grundkapital viel zu gering sei und demgemäß für Notfälle keine Reserven vorhanden seien.

Der deutsche Landwirt müsse unentwegt darauf halten, Veredelungsproduktion zu treiben, hochqualifizierte Artikel auf den Markt zu bringen. Die für nordamerikanische Verhältnisse klassische Regel Washingtons „viel Land wenig ist besser als wenig Land viel" hält er für unanwendbar auf die deutsche landwirtschaftliche Lage und setzt sich demgemäß für Intensivierung ein.

Im Hinblick auf die „überseeische Konkurrenz" entwickelt Ruhland diejenige Auffassung, die er dann später immer weiter ausgebaut und zum Eckpfeiler seines agrarpolitischen Programms gemacht hat. Er führt aus: Die schlechte Lage der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland ist keine vorübergehende, nur konjunkturell bedingte, sondern sie beruht auf einer chronischen Erkrankung, hängt mit Strukturwandlungen innerhalb des Betriebes zusammen. Demgemäß ist sie nicht erst mit der amerikanischen Getreidekonkurrenz aufgetreten, sondern durch sie nur stärker ausgelöst worden. Daß der landwirtschaftliche Betrieb nicht in der Lage war, die durch überseeische Konkurrenz bedingten Erscheinungen ohne Betriebsstockung zu überwinden, daran war die Schwere der Erkrankung zu erkennen. Daher ist es auch falsch anzunehmen, daß bei genügendem Schutzzoll und guten Erntejahren in der Landwirtschaft alles wieder in Ordnung sei. Immer kommt es Ruhland in dieser Zeit darauf an, nicht kurzfristig gedachten agrarpolitischen Maßnahmen das Wort zu reden, sondern das Übel an der Wurzel zu packen und radikale, langfristig wirkende Regelungen ins Auge zu fassen.

Kapitalwirtschaftlich gesehen sei die schlechte Lage der Bauern dadurch hervorgerufen worden, daß auf Grund von Restkaufgeldern usw. in früheren Jahren zu viel Kredit aufgenommen sei, der Betrieb als solcher aber über zu wenig Eigenkapital verfüge und der Wirtschaft nicht genügend Kapitalüberschüsse zugeführt werden.

Während die vorangegangenen Ausführungen die Kapitalbewirtschaftung in der Landwirtschaft betrafen, beschäftigt sich der kleine Aufsatz

„Von den ökonomischen Grundsätzen der Arbeitsgliederung in der Landwirtschaft“ [58]) in Fortführung des Bisherigen mit der Gliederung des Faktors Arbeit, fragt, wieweit Handarbeit durch Gespann- oder Maschinenarbeit ersetzt werden soll. Entscheidend sei auch für den landwirtschaftlichen Betrieb der privatwirtschaftliche Kalkül. Dies bedeutet: für den kleinbäuerlichen Betrieb ist Handarbeit am anpassungsfähigsten. Bei Gespann- und Maschinenarbeit ist die Belastung eine dauernde, insbesondere ist zu befürchten, daß Maschinen lange unbenutzt dastehen. Die Regel lautet: Gespann- und Maschinenarbeit vermögen Handarbeit mit wirtschaftlichem Erfolg nur da zu ersetzen, wo die zu bewältigende Arbeitsleistung groß genug ist, um den Vorteil der Billigkeit gegenüber den höheren Beschaffungskosten und der geringeren Nutzleistung zur Geltung zu bringen.

Der anschließende Artikel „Von der Ermittlung der ökonomischen Größe des Betriebserfolges in dem landwirtschaftlichen Unternehmen“ [59]) beendet die betriebswirtschaftlichen Ausführungen mit der Behandlung von Kalkulationsfragen. Entscheidend für den Erfolg eines Jahres könne auch für den Bauer niemals der Kassenerfolg als solcher sein. Es müsse eine Kostenaufstellung gemacht und bei dieser auch die Arbeit des Bauern in Anrechnung gebracht werden. Leider sei es üblich, den endgültigen Reinertrag nur zum Grundkapital in Beziehung zu setzen und ihn so als Kapitalverzinsung aufzufassen. Das landwirtschaftliche Gut sei aber als ein Ganzes, in dem Arbeit und Kapital zusammenwirken, zu betrachten. Wieder zeigt sich, daß Ruhland in der landwirtschaftlichen Betriebslehre der betriebswirtschaftlichen Betrachtung vor der rein privatwirtschaftlichen den Vorzug gibt und demgemäß die Kategorie der Wirtschaftlichkeit derjenigen der Rentabilität überordnet.

Alles in allem sind diese betriebswirtschaftlichen Studien ein Beleg dafür, wie der gesunde Nährboden eigener Erfahrungen im Verein mit fleißigem, autodidaktischem Studium eine starke Festigung des Ruhlandschen Denkens und eine innere Geschlossenheit bewirkt hat, die sich von der mit Zitaten belasteten und reichlich verstiegenen Ausdrucksweise der ersten Arbeiten vorteilhaft abhebt.

Die Fragen der Kreditreform drängten zu einer Auseinandersetzung mit dem Genossenschaftsrecht. Der kleine Beitrag „Über die Beschränkung der unbeschränkten Solidarhaft“ [60]) nimmt Stellung zur Revision des Genossenschaftsgesetzes vom 4. Juli 1868. Anfangs hatten die Raiffeisenschen und die Schulze-Delitzsch'schen Genossenschaften nach dem Grundsatz „Einer für alle, alle für einen“ die unbeschränkte Solidarhaft eingeführt. Die Schulze-Delitzsch'schen Genossenschaften waren zuerst von diesem Grundsatz abgewichen, da für große Vermögen die unbeschränkte Solidarhaft eine Gefahr bedeutet. 1881 hatte im Reichstag der Freiherr von Mirbach einen Antrag auf entsprechende Ände-

[58]) Zeitschrift des landw. Vereins in Bayern. 1885, S. 507—511.
[59]) ebenda, 1885, S. 562—565.
[60]) ebenda, 1885, S. 695—708.

rung des Genossenschaftsgesetzes gestellt. Aus seinen Erfahrungen bestätigt Ruhland, daß in den Gegenden mit größeren Gütern auch bei den Raiffeisenschen Darlehenskassen der Wunsch laut geworden sei, die Solidarhaft zu beschränken, dagegen nicht in den Gegenden mit ausschließlichem Mittel- und Kleinbesitz. Scharf hebt er den Unterschied zwischen den mehr städtisch-kapitalistisch gerichteten Schulze-Delitzschschen Genossenschaften und den mehr die sittliche Seite der gegenseitigen Hilfe betonenden ländlichen Raiffeisenschen Darlehenskassen hervor.

In dem für die „Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, Politik und Kulturgeschichte" geschriebenen Aufsatz „Zu den Streitfragen über die Wohlstandsermittlung des bäuerlichen Grundbesitzes" [61]) nimmt Ruhland das Thema der ländlichen Verschuldung und der zu diesem Zwecke veranstalteten statistischen Erhebungen wieder auf. Resigniert stellt er fest, daß sich eine ganze Reihe von Statistiken und Enqueten im In- und Ausland darum bemüht hätten, Klarheit über die agrarischen Verhältnisse zu schaffen, daß aber die Ergebnisse den aufgewendeten Kosten und Mühen nicht entsprochen hätten. Wieder offenbart sich deutlich, daß er der Methode der Wesenseinsicht in die zugrunde liegenden Erscheinungen den Vorzug gibt, also der Ansicht ist, daß ein einziger theoretisch begabter Kopf mit Hilfe einer Gesamtschau mehr erreicht als alle Statistiken zusammengenommen. Der Mangel von durch Sachverständigenurteile zustande gekommenen Enqueten liege darin, daß sich die Berichterstatter nicht von den örtlichen Bestimmtheiten loslösen könnten, also zu sehr auf das konkrete Erfahrungsobjekt fixiert seien.

Mit Rücksicht auf sein radikales Agrarreformprogramm war er bisher kein Freund der agrarischen Schutzzölle gewesen. Ihren Höhepunkt erreicht diese antiprotektionistische Stellungnahme in dem Aufsatz „Volkswirtschaftliche Blüten aus der Schutzzolldebatte" [62]). Ironisch stellt er fest, daß in landwirtschaftlichen Kreisen jeder als „Freihändler" verdammt werde, der nicht auf die Schutzzölle schwört. Niemand frage, ob nicht gerade diejenigen, die nicht ohne weiteres für die Schutzzölle eintreten, sondern radikaler und mit Rücksicht auf die fernere Zukunft über die agrarischen Probleme nachdenken, mehr für die landwirtschaftlichen Interessen tun.

Ruhland leitet seine Kritik mit einem scharfen Angriff gegen das „Recht auf Rente" ein. Da die Landwirte nicht in der Lage seien, sich durch Betriebsfortschritte aus der jetzigen Kalamität zu retten, so fordern sie vom Staate die Sicherung ihrer Rente durch Einführung von Schutzzöllen. Nach dem Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz habe dann auch der Kapitalist das Recht auf angemessenen Zins und der Arbeiter das Recht auf angemessenen Lohn.

[61]) Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft. 1885. 1. Bd., S. 68—86.
[62]) Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft . . . 1885, 3. Bd., S. 113—142.

Kein Zweifel: Ruhland steht in diesem Aufsatz stark unter dem Eindruck der Grundrententheorie David Ricardos und setzt sich mit den Folgen dieser Theorie auseinander. Er argumentiert: Wenn Ricardo die Grundrente als Preis für die ursprünglichen und unzerstörbaren Bodenkräfte bezeichnet, so ist dies deswegen falsch, weil die Natur auf allen Bodenarten in gleicher Weise wirkt, auf dem Grenzboden ebenso wie in der Nähe großer Städte. Wird Deutschland durch ein Korneinfuhrverbot gezwungen, die fehlende Getreidemenge im Inland zu beschaffen, so kann dies nur dadurch geschehen, daß bisher nicht landwirtschaftlich genutztes Land bebaut oder auf derselben Fläche mehr Kosten aufgewendet werden. In jedem Fall steigen die Produktionskosten. Wenn nun die zuletzt in Anbau genommenen Bodenarten über die Kosten hinaus keinen Gewinn mehr erbringen, so beziehen anderseits diejenigen Wirtschaften, die auf besserem Boden unter günstigeren Bedingungen produzieren, eine Differentialrente. „Mühelos, ohne jegliches Verdienst, fällt diese Rente der entsprechenden Klasse von Grundeigentümern in den Schoß als Ertrag des nationalen Monopols der Nahrungsmittelproduktion“ [63]). Es wird damit gewissermaßen eine Prämie auf die Unterlassung wirtschaftlicher Verbesserungen gezahlt. Die Grundbesitzer haben die Preisbildung für Nahrungsmittel in der Hand.

In diesem Sinne führt Ruhland die Ricardosche Grundrententheorie gegen die Verdreifachung des Zollsatzes, wie sie Bismarck im Jahre 1885 vornahm, ins Feld. Er geht sogar so weit, zu behaupten, daß durch die künstliche Grundrentensteigerung das Privateigentum an Grund und Boden seine sittliche Berechtigung verliere.

Noch eins: nach schutzzöllnerischer Logik müßten die größten Güter am stärksten verschuldet sein. Die Erfahrungen in Süd- und Südwestdeutschland lehren aber, daß die Verschuldung in umgekehrtem Verhältnis zur Größe des Besitzes steht. Daraus folge, daß die Ursache für die schlechte Lage der Landwirtschaft nicht in der überseeischen Getreidekonkurrenz gesucht werden dürfe, sondern daß sie in der Verschuldung beim Kauf bzw. beim Erbgang zu suchen sei.

Damit ist Ruhland in seine Gedankenführung aus früheren Schriften eingemündet. Mit doktrinärer Eindringlichkeit vertritt er die These: der Marktpreis für landwirtschaftlich genutzten Boden ist nicht geeignet, den wahren Wert zum Ausdruck zu bringen. Weder der Marktpreis noch der Rodbertus'sche Ertragswert sind in der Lage, diesem den sozialen Forderungen entsprechenden Wert zu genügen. Der Ertrag eines Gutes werde in erster Linie durch die Arbeit erzielt. Daher könne der Wert des Gutes nicht nur eine Funktion des Besitzes, sondern er müsse zugleich eine Funktion der Arbeit sein. Entscheidend für Ruhlands Stellungnahme ist die Erwägung, daß durch die Schutzzölle die Rente und damit das Besitzeinkommen vermehrt werde, nicht dagegen das Arbeits-

63) a. a. O. S. 119.

einkommen. Mit einem Worte: er will in seinen agrarpolitischen Erwägungen nicht vom rentebeziehenden Großgrundbesitzer, sondern vom Bauern ausgehen, der mit seiner Familie wirtschaftet, bei dem also Arbeit und Besitz eine Einheit bilden.

Einen wesentlichen Fortschritt in der inneren Entwicklung bedeutet die Abhandlung „Preis und Wert der Grundstücke mit Rücksicht auf Taxation, Grundrente und Arbeitslohn" [64]; denn er faßt in diesen Ausführungen erstmalig seine werttheoretischen Erkenntnisse einheitlich zusammen und offenbart sich in ihnen als der radikale Doktrinär, der die agrarischen Fragen von Grund auf lösen will.

Immer deutlicher tritt in Erscheinung: Ruhland ist in dieser Zeit ausgesprochener Werttheoretiker, und als Werttheoretiker ist er Wertabsolutist. Dies besagt: dem Marktpreis gegenüber ist der Wert das Primäre, und der wahre Wert eines landwirtschaftlichen Gutes kann nichts Bewegliches, dauernd Schwankendes sein. Auf dem Untergrunde des Strebens nach Erhaltung des Bauernstandes, nach Stabilisierung der landwirtschaftlichen Verhältnisse erhebt sich eine Wertlehre, die in dem Wert des Gutes eine feststehende Größe und damit eine Logik der stabilen Wirtschaftsverhältnisse schaffen will, die in charakteristischem Gegensatz zur weltmarktwirtschaftlich bestimmten Logik der nichtstabilen, dynamischen Wirtschaftsverhältnisse steht; denn unter „natürlichem Grundwert" versteht Ruhland einen nicht durch Marktpreisschwankungen veränderten Wert.

Als erster hatte Rodbertus die hiermit in Zusammenhang stehenden Fragen grundlegend in Angriff genommen und nach dem natürlichen Wertverhältnis des ländlichen Grundbesitzes geforscht. Nach Ruhland gilt die Rodbertus'sche Ertragswerttheorie aber nur für „Großgrundbesitz bei relativ extensivem Betrieb"; denn allein in diesem Falle sei der landwirtschaftliche Besitz wirklich immerwährender Rentenfonds, wesentlich weiter nichts als Besitzobjekt. Er greift Rodbertus mit seinen eigenen Waffen an, wenn er sagt, daß diese Rentenfondstheorie historisch bedingt sei, d. h. auf den sozialrechtlichen Erscheinungen einer bestimmten Zeit aufbaue. Mit anderen Worten: mag die Ertragswertauffassung zur Zeit des vorherrschenden Großgrundbesitzes und der feudalen Bodenbesitzverhältnisse sinnvoll gewesen sein, heute im Zeichen des vordringenden Bauerntums sei sie Unsinn geworden.

Um Rodbertus zu widerlegen, sucht Ruhland zu beweisen, daß der Boden auch schon an sich einen Wert habe, ohne Rücksicht auf den Ertrag. Gestützt auf die nordamerikanischen Verhältnisse hatte Carey behauptet, daß der Wert eines landwirtschaftlich genutzten Grundstücks gleich sei dem darin investierten Kapital. Rodbertus und Carey bilden also die beiden Pole der Auffassung über die Bewertung des Bodens. Rudolf Meyer hatte geltend gemacht, daß die Rentenfondstheorie nur

[64] Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 1885, S. 253—387.

für Perioden mit steigender Grundrente richtig sei. Ruhland fügt hinzu, bei fortschreitender Zivilisation steige die Grundrente immer, erst bei Niedergangserscheinungen falle sie.

Er folgert: Boden bringt an und für sich weder Ertrag noch Rente. Ein Gut ist seinem Wesen nach kein Rentenfonds, sondern es ist nur die äußere Bedingung zur Renten- bzw. Ertragserzielung. Der Mensch mit seiner Arbeit schafft den Ertrag. Sozialrechtlich gesehen bezeichnet der Ertragswert das natürliche Wertverhältnis in der Periode der Gutsherrschaft und der unfreien Arbeit. Die große Bedeutung der Bauernbefreiung liegt darin, daß der Grundsatz der Teilung des Bodenertrages zwischen Arbeit und Besitz auf der Grundlage der alten Feudalverhältnisse vernichtet und statt dessen der Grundsatz des Wirtschafters auf eigenem Boden zur natürlichen Form erhoben wurde. Damit ist der Erfolg der Arbeit dem Vorrecht des Besitzes übergeordnet und so das Gut aus einer Rentenquelle zur Arbeitsgrundlage gemacht worden.

Der Wert von Grundstücken ist das Produkt der gesamten nationalen Arbeit, der früheren wie der gegenwärtigen. Mit anderen Worten: der wahre Wert eines Grundstücks ist nicht der des „spielsüchtigen" Individuums in einem gegebenen Augenblick, sondern derjenige innerhalb der nationalen Gemeinschaft unter Einbeziehung der Arbeit aller früheren Generationen. Praktisch zielt diese Wertbestimmung darauf ab, die in dem Boden niedergelegten Arbeits- und Kapitalwerte vor den Zufälligkeiten des Marktpreises zu schützen.

Ertrag ist für Ruhland keine nur zum Besitz in Beziehung zu setzende Größe, sondern er ist wesentlich das Ergebnis der Bewirtschaftung und muß demgemäß auch zur Arbeit in Beziehung gesetzt werden. Im Zeichen stärkster Arbeits- und Kapitalintensivierung ist die Lehre vom Boden als Rentenfonds unhaltbar geworden.

Rücksichtslos deckt Ruhland den sozialen Widersinn der Rodbertusschen Bodentheorie auf: Jede durch Arbeitsaufwand erzielte Bodenwertsteigerung bewirkt einen höheren Gutswert, aber nimmermehr einen höheren Arbeitslohn. Immer ist es der Gutsbesitzer, der die Wertsteigerung einsteckt. Dagegen fällt nichts oder nur sehr wenig für denjenigen ab, der das Gut mit seiner Hände Arbeit tatsächlich bewirtschaftet. Der Ertragswertanschlag bezeichnet so in der Tat das „natürliche Wertverhältnis des Grundbesitzes" dort, wo bei Gutsherrschaft und unfreier Arbeit die Teilung des Wirtschaftsertrages zwischen Eigentümer und Arbeiter von vornherein rechtlich gegeben ist.

Rodbertus hat übersehen, daß mit der Bauernbefreiung das Rentenprinzip zugrunde gegangen und statt dessen der Grundsatz des Wirtschafters auf eigenem Grund und Boden zum „natürlichen" geworden ist. „Es ist das innerste Wesen der Freiheit des Grundeigentums, daß der Boden dem Arbeiter gehört" [65]). Boden wird erworben, um durch Ver-

[65]) a. a. O. S. 287.

bindung von Arbeit und Natur Ertrag im Dienste der nationalen Wirtschaftsgemeinschaft zu erzielen, nicht damit Renten bezogen werden. Auf diese Weise hat Ruhland sowohl die physiokratische Lehre von der Grundrente als „Geschenk der Natur" als auch die Ricardosche Knappheitstheorie überwunden und den Versuch gemacht, die Grundrente dem höheren, sittlichen Prinzip der Arbeit zu unterstellen.

Was er in diesem Zusammenhang über Ricardos Rententheorie sagt, ist außerordentlich eindringlich und straff zusammengefaßt. Kritisch bemerkt er zu der Annahme von „natürlichen Differenzen" des Bodens, daß sie weitgehend durch Bewirtschaftung ausgeglichen werden können. Der Schwerpunkt der Ricardoschen Grundrententheorie liege nicht bei den natürlichen Bodenunterschieden, sondern die Rente Ricardos beruhe letzthin auf dem nationalen Monopol der Nahrungsmittelproduktion im Verhältnis zur Bevölkerungsvermehrung. Es sei also Rodbertus recht zu geben, wenn er behauptet, sie gehöre nicht der wirtschaftlichen Entstehungs-, sondern der rechtlichen Verteilungsgeschichte der Güter an.

Ricardo hat seine Grundrentenlehre unter dem beherrschenden Einfluß der englischen Verhältnisse zu Beginn des 19. Jahrhunderts geschrieben. Abermals weist Ruhland darauf hin, daß es grundfalsch sei, in einer bestimmten Zeit und unter bestimmten Bedingungen entstandene Theorien ohne weiteres auf andere Zeiten und andere Völker zu übertragen.

Auf Deutschland angewendet bedeutet dies: Am Ende des 19. Jahrhunderts steht hinter der deutschen Landwirtschaft der Weltmarkt mit seinen Konjunkturen. Der Hauptunterschied gegenüber Ricardos Annahme liegt darin, daß jetzt nicht die höchsten, sondern die niedrigsten Kosten die für die Preise maßgeblichen Grenzkosten sind. Es kommt hinzu, daß auf Grund verbesserter Technik sich immer billigere Produktionsmethoden durchsetzen und damit der Übergang zu intensiverer Bewirtschaftung in den alten Kulturländern erzwungen wird.

Ricardos Theorie wird also in doppelter Weise umgekehrt: einmal insofern, als der Grenzboden der am billigsten produzierende Boden ist, und zweitens insofern, als in den Zentren der europäischen Kultur zu intensiveren Betriebsweisen übergegangen wird. Damit aber ist die Ricardosche Grundrententheorie nicht widerlegt, sondern nur modifiziert.

In der Schutzzollfrage nimmt Ruhland in dieser Abhandlung eine versöhnlichere Haltung ein. Langsam kündigt sich eine den realpolitischen Belangen stärker Rechnung tragende Änderung seines Standpunkts an. Zwar lehnt er weiterhin den Schutzzoll grundsätzlich als Radikalmittel ab und hebt die grundrentensteigernde, sozial schädliche Wirkung desselben hervor, aber er gibt bereits zu, daß dieser soziale Schutz als „goldene Mittelstraße" die einzig „korrekte" staatspolitische Maßnahme sei.

Was die Getreidekonkurrenz anbelangt, so leugnet er die „natürliche Überlegenheit" der überseeischen Gebiete. Werden Schutz-

zölle eingeführt, so handle es sich nicht um eine Sicherung gegen übermächtige Naturfaktoren, sondern um eine „qualitative Erziehung unserer volkswirtschaftlichen Arbeitskräfte", also um einen Erziehungszoll. „Der Schutzzoll kann nicht besser dabei mitwirken, als daß er sich in möglichst kurzer Zeit entbehrlich zu machen sucht" [66]).

Wenn Ruhland immer stärker den sittlichen Wert der Arbeit in den Vordergrund rückt, so hebt sich seine Lehre gleichwohl scharf von den Klassikern und den Sozialisten ab. An die sozialen Trennungen im Zeichen des vordringenden Industrialismus anknüpfend, hatte schon Adam Smith von vornherein zwischen Grundbesitzern, Kapitalisten und Arbeitern unterschieden. Anderseits hatten die Sozialisten den unselbständigen Fabrikarbeiter zum Ausgangspunkt ihrer sozialen Theorie genommen. Dagegen fußt Ruhlands sozialwirtschaftliche Betrachtungsweise auf dem selbständigen Arbeiter, d. h. auf demjenigen Wirtschafter, in dessen Hand Arbeit und Kapital oder Arbeit und Boden noch vereinigt sind. Diese Grundauffassung bildet den theoretischen Ausgangspunkt seiner Mittelstandstheorie und die gedankliche Grundlage seiner Mittelstandspolitik, die sich in seinen Schriften später immer mehr zu einer allgemeinen sozialpolitischen These erweitert und in den Mittelpunkt seines agrar- sowie gewerbepolitischen Programms rückt.

Stärker als bisher soll der Gesetzgeber den kleineren landwirtschaftlichen Besitz, bei dem das Gut vornehmlich Einkommensquelle und Arbeitsobjekt ist, schützen. Die Wurzel des Übels liegt beim Erwerb. Da nämlich der kleinere Landbesitz infolge allzu starker Nachfrage im Verhältnis zu größeren Gütern teurer ist, so ist der Gutskäufer bestrebt, ein möglichst großes Gut zu erwerben, muß dazu aber aus Mangel an genügendem Eigenkapital von vornherein Schulden aufnehmen.

Der Schutz des Bodens ist um so gerechtfertigter, als das Geldkapital Träger des extremsten Individualismus ist, das Grundkapital dagegen nach Ruhland Träger des nationalen und volksgemeinschaftlichen Einheitsbewußtseins. Der wirklich nationale Halt der volkswirtschaftlichen Entwicklung ist für ihn die selbständige Arbeit auf eigenem Grund und Boden. Daher muß die Bauernarbeit unmittelbare Trägerin fortschreitender Produktivität werden, und die rechtliche, soziale sowie wirtschaftliche Entwicklung muß darauf abgestellt sein, den Übergang zu intensiveren Formen der Bewirtschaftung zu ermöglichen. Die Tendenz, die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe zu vermehren, muß gestärkt werden und steigender Arbeitslohn gesichert sein; denn die Erhöhung der Kaufkraft des Landvolks ist in scharfem Gegensatz zu den Wirkungen der Industrialisierung das beste soziale Heilmittel.

Mit Rücksicht auf die sozial so schädlichen Wirkungen der Grundrentenbildung muß die höchste Idee aller agrarpolitischen Maßnahmen

[66]) a. a. O. S. 317.

die der sittlichen Verbindung des Grundeigentums mit der sozialen Arbeitsgemeinschaft sein.

Noch im Jahre 1885 hat Ruhland alle diese Gedanken zu einem Buch zusammengefaßt unter dem Titel „Das natürliche Wertverhältnis des landwirtschaftlichen Grundbesitzes in seiner agrarischen und sozialen Bedeutung" [67]). Diese Albert Schäffle gewidmete Veröffentlichung ist um so bedeutsamer, als sie die vor dem Universitätsstudium liegende Periode der agrarpolitischen Ideenbildung Gustav Ruhlands abschließt und seine werttheoretischen Gedanken noch einmal straff zusammenfaßt.

Subjekt der wirtschaftlichen Wertbildung sind für ihn nicht die einzelnen wertempfindenden Individuen, sondern die Volksgemeinschaft als solche. Anders ausgedrückt: der Wert eines wirtschaftlichen Gutes ist der güter- bzw. geldmäßige Ausdruck für dessen Beziehung zum volkswirtschaftlichen Ganzen.

Die für die Taxation richtunggebende Wertformel lautet: $W = R + K$, wobei R der Rentenwert bei relativ extensivem Betrieb ist und K die Kosten der „verständnisvollen Neuanlagen" darstellen.

Die kritische Beleuchtung der Ricardoschen und der Thünenschen Grundrententheorie ist ein Beleg dafür, wie sehr Ruhlands Schreibweise an Prägnanz des Ausdrucks und an Geschlossenheit der Gedankenführung gewonnen hat. Sie gipfelt in der Behauptung, daß Ricardo die volkswirtschaftliche Bedeutung des nationalen Monopols der Nahrungsmittelproduktion unter dem Andrang der Bevölkerungsvermehrung untersuche, während Thünen die Entfernung des Marktes in ihrem Einfluß auf den Ertrag und die Bewirtschaftungsweise des Bodens zum Gegenstand der Betrachtung mache [68]).

Das Problem der überseeischen Konkurrenz erblickt Ruhland darin, daß sich der Warenwert eines jungen Landes zum Despoten über die volkswirtschaftliche Entwicklung der übrigen Länder aufschwingt.

Die Auffassung über die Schutzzölle ist dieselbe geblieben. Er sieht in ihnen ein zur Wahrung der nationalen Selbständigkeit eingeführtes „Präventivmittel von zeitweiliger Bedeutung, kein Universalmittel gegen krankende Grundbesitzverhältnisse".

Das Urteil über die Grundrentenbildung ist noch schärfer als früher. Ruhland definiert: „Grundrente ist jener Teil des an den Besitz immobiler Arbeitsprodukte sich im Verkehre anschließenden, arbeitslosen Einkommens, dem ein gewisser sittlicher Makel anhängt" [69]).

---

[67]) Tübingen, H. Laupp, 1885.

[68]) a. a. O. S. 95.

[69]) a. a. O. S. 100.

Das Buch weist weitgehende, zum Teil wörtliche Übereinstimmung mit dem Aufsatz aus der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft („Preis und Wert der Grundstücke mit Rücksicht auf Taxation, Grundrente und Arbeitslohn") auf.

C. Die Münchener und Tübinger Studienjahre

Auf Grund seines Buches über „Das natürliche Wertverhältnis des landwirtschaftlichen Grundbesitzes" erhielt Ruhland vom Präsidenten der XXVI. Wanderversammlung bayerischer Landwirte zu Tölz die Aufforderung zur Übernahme des Referats in der landwirtschaftlichen Kreditfrage und gleichzeitig vom Exekutivkomitee in Budapest eine Einladung zur Teilnahme am internationalen landwirtschaftlichen Kongreß (1. bis 15. Oktober 1885).

In Tölz wurde auf Grund seines Antrags eine Kommission gewählt zur Ausarbeitung eines Reformprogramms des landwirtschaftlichen Kreditwesens, bestehend aus dem Freiherrn von Cetto, Freiherrn von Thüngen und Ruhland selbst. Im Einverständnis mit den beiden anderen Kommissionsmitgliedern übernahm Ruhland das Referat für die nächstjährige XXVII. Wanderversammlung bayerischer Landwirte zu Augsburg. Nach kurzer Verständigung über das Ziel der Kreditreform wurde beschlossen, daß er eine Denkschrift ausarbeiten sollte.

Daraufhin kehrte Ruhland nach Hessenthal zurück und fertigte dort in ländlicher Einsamkeit seine Abhandlung „Die Lösung der landwirtschaftlichen Kreditfrage im System der agrarischen Reform" [70]) an, die zwar im Manuskript den beiden anderen Kommissionsmitgliedern vorgelegt, ja auch Adolf Buchenberger und Albert Schäffle zur Durchsicht und Beurteilung unterbreitet wurde, aber dennoch als eine von Ruhland selbständig angefertigte Arbeit zu betrachten ist.

Da es geboten erschien, in ständiger Fühlung mit den maßgebenden Persönlichkeiten zu bleiben, siedelte Ruhland Mitte Oktober 1885 nach München über. Er benutzte die Gelegenheit, um im Wintersemester 1885/86 und im Sommersemester 1886 Vorlesungen an der Universität und an der Technischen Hochschule zu besuchen. Da er kein Abiturientenexamen gemacht hatte, so konnte er nur als Hörer zugelassen werden.

In beiden Münchener Semestern belegte er bei dem Nationalökonomen v. Helferich, dessen „Studien über württembergische Agrarverhältnisse" [71]) ihm von früher her bekannt waren, drei Vorlesungen (Finanzwissenschaft, ökonomische Politik und allgemeine Nationalökonomie). Wir wissen aus späteren Äußerungen Ruhlands, wie sehr er Helferichs agrarpolitische und geldtheoretische Ansichten geschätzt hat.

Hatte Ruhland schon durch seine früheren Schriften die Aufmerksamkeit führender Agrarpolitiker auf sich gelenkt, so gilt er jetzt in Bayern geradezu als Autorität in Fragen der Kreditreform. Die neue

[70]) Als Buch erschienen: Tübingen, H. Laupp, 1886.
Einen Teil seiner Hochschulferien verbrachte Ruhland bei seinem Freunde, dem Lehrer Ungemach in Wörth am Main. Auch seinen Jugendfreund, den Pfarrer Löffler in Kleinwallstadt, suchte er gern auf.

[71]) Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Tübingen 1853, S. 183—243 und S. 415—460; 1854, S. 123—167.

Veröffentlichung, die für die am 31. Mai 1886 in Augsburg beginnenden Verhandlungen der Wanderversammlung bayerischer Landwirte bestimmt war, hatte seinen Namen schnell bekannt gemacht.

Der Gedankengang der Denkschrift, die sich durch flotte und übersichtliche Darstellung auszeichnet, ist folgender: Bis zu den sechziger Jahren kam es darauf an, den Landwirten möglichst billigen und leicht zugänglichen Kredit zwecks „Befruchtung" des Grundkapitals durch Geldkapital zu verschaffen. Dagegen ist nach 1870 der privatwirtschaftliche Gesichtspunkt der Kreditbeschaffung immer mehr hinter dem sozialwirtschaftlichen der Verbesserung der Lage der Landwirte zurückgetreten. Die Not dieser Jahre hat gezeigt, daß die volkswirtschaftliche Gemeinschaft unendlich viel mehr ist als ein mechanisches Ineinandergreifen und gemeinsames Bewegen von Teilen durch äußere Kräfte, daß sie vielmehr „ein höheres organisches Gebilde", bei dem alle Teile zueinander wie zum Ganzen in lebendiger Wechselwirkung stehen, darstellt.

Statistiken und Enqueten können keine Wesenseinsichten vermitteln. Niemals, sagt Ruhland, könne man die „Qualität des Übels" dadurch ermitteln, daß man quantitative Erhebungen durchführt. Die eigentliche Erkenntnis muß der Statistik vorangehen.

Erstmalig bietet Ruhland eine Darstellung derjenigen Methode, auf Grund deren er am besten zur Erkenntnis der sozialen Übel und zu ihrer Heilung gelangen zu können glaubt. Er hat diese biologisch-organisch fundierte und in ihrer Logik an der Medizin orientierte Methode, die er hier noch mehr als „einen bloßen Vergleich" gewertet wissen will, später immer weiter ausgebaut, um sie schließlich in seinem „System der politischen Ökonomie" in ihre endgültige Form zu bringen.

Von Albert Schäffle übernimmt er die Ansicht, daß die Volkswirtschaft ein organischer Körper ist und daß alles darauf ankommt, sie gesund zu erhalten und vor Krankheiten zu bewahren. Da die volkswirtschaftliche Krankheit der damaligen Zeit in den mißlichen bäuerlichen Zuständen zu suchen ist, so muß die Untersuchung mit der „agrarischen Diagnose" beginnen. Diese kann auf dreierlei Weise unternommen werden: Erstens als sogenannte symptomatische Diagnose, „indem man als genialer Staatsmann es unternimmt, so von oben weg im kühnen Wurfe die innere Ursache des agrarischen Übels zu bezeichnen, gleich wie ein geübter und erfahrener Arzt nach der Gesichtsfarbe, dem Ausdruck der Mienen, nach der Haltung, der Lage und dem Gange des Kranken die Diagnose par distance stellt" [72]). Zweitens als sogenannte Anamnese, „wonach die Angabe des Patienten über seinen Zustand zusammengestellt und darauf das Urteil über die Art des Übels gegründet wird" [73]). Gegen diese Methode wendet Ruhland in Übereinstimmung mit früherem ein, daß das agrarische Übel nicht so sehr die gegenwärtige Generation als vielmehr die späteren Generationen treffe, also auch nicht der Landwirt der achtziger Jahre als „Patient" bei einer Enquete die richtige Antwort geben könne. Drittens als „objektive bzw. anatomische Diagnose", die Ruhland für die einzig zuverlässige Methode der Ermittlung von wirtschaftlichen Krankheitsursachen hält. Ihr Verlauf ist folgender: Zunächst muß tatsachenmäßig festgestellt werden, „wie das Übel nicht ist und wie es ist, um so annähernd zum Gesamtbilde der äußeren Erscheinungen der agrarischen Mißstände zu gelangen" [74]). Die zweite, schwierigere Aufgabe besteht darin, die so auf Grund einer Tatsachenanalyse gewonnenen Einzelerscheinungen „aus ihrer Ursache einheitlich zu erklären", mit Ruhlands Ausdrücken: dem „psychologischen Begriff" den „logischen Begriff" folgen zu lassen. „Daß aber der wahre Grund gefunden worden, dafür besitzen wir ein untrügliches Zeichen in der logisch konsequenten Erklärungsfähigkeit aller jener Erscheinungen, welche als die des agrarischen Mißstandes aufgezeichnet worden" [75]). Stellt sich heraus, daß mehrere Ursachen gewirkt haben, so muß sich unsere Erkenntnis dieser Einsicht fügen. A priori aber muß angenommen werden, daß nur eine Ursache gewirkt hat.

Die Gliederung der Schrift in zwei Teile (erster Teil: „Zur Erklärung der heutigen agrarischen Übelstände" und zweiter Teil: „Zur Abhülfe der heutigen agrarischen Übelstände") ist dem Buche von Rodbertus entnommen [76]).

Die Ergebnisse, zu denen Ruhland gelangt, sind folgende: Die kritische Lage des bäuerlichen Grundbesitzes ist territorial nicht gleichmäßig verbreitet. Die Ursache für diese Unterschiedlichkeit liegt nicht in den natürlichen Verhältnissen; denn auch unter sehr günstigen natürlichen Produktionsbedingungen finden sich schwere Krisenfälle. Da auch bei geschlossener Vererbung Fälle sehr ungünstiger wirtschaftlicher Lage vorkommen, so kann das Anerbenrecht ebenfalls nicht namhaft gemacht werden. Im

[72]) „Die Lösung der landwirtschaftlichen Kreditfrage . . .", S. 10.
[73]) a. a. O. S. 11.
[74]) a. a. O. S. 12.
[75]) a. a. O. S. 12.
[76]) Ruhland hatte diese Einteilung bereits in dem Artikel „Aus den bäuerl. Verhältnissen einer typischen Spessartgemeinde" verwendet.

Süden Deutschlands bei vorherrschendem Mittel- und Kleinbesitz nimmt die Verschuldung im umgekehrten Verhältnis zur Besitzgröße zu. Die ersten Anzeichen für die jetzt herrschende Krisis sind dort schon in den zwanziger Jahren in Erscheinung getreten.

Zur Feststellung der Ursache des Übels unterscheidet Ruhland zwischen der „privatwirtschaftlichen", d. h. die einzelne Wirtschaft ins Auge fassenden und die herrschende sozialrechtliche Verfassung beibehaltenden Betrachtungsweise, und der „sozialwirtschaftlichen", d. h. eine strukturelle, grundlegende Änderung anstrebenden Betrachtungsweise.

Die privatwirtschaftliche Betrachtungsweise ist gegenwartsgebunden darauf gerichtet, die Wirkungen der schlechten Konjunktur abzuschwächen und demgemäß vom Staat Schutzzölle, Steuererleichterungen, Aufhebung der Goldwährung sowie Übernahme der bäuerlichen Hypotheken zu fordern. Ruhland wendet hiergegen ein, daß derartige kurzfristig-konjunkturell gedachte Maßnahmen zwar der gegenwärtigen Generation der Landwirte Vorteile bringen, aber für die Zukunft von zweifelhaftem Werte sind. Die Anhänger der privatwirtschaftlichen Betrachtungsweise sind der Überzeugung, daß das Sinken der Getreidepreise unter die Erzeugungskosten infolge der überseeischen Konkurrenz die eigentliche Ursache des Übels sei. Demgegenüber stellt Ruhland fest, daß die überseeische Konkurrenz zwar der Anlaß zur augenblicklichen Verschlechterung der bäuerlichen Lage gewesen ist, daß aber die eigentliche Ursache des Übels tiefer zu suchen sei. Sie liegt nach Ruhland in der Verschuldung bei der Wirtschaftsgründung. Die Restkaufschillinge und Erbschaftsgelder bilden den Krisenherd. Wenn wirklich nur die überseeische Konkurrenz schuld sei, dann müsse die Verschuldung in den Großbetrieben am stärksten in Erscheinung treten. Tatsächlich steht sie aber im umgekehrten Verhältnis zur Besitzgröße.

Den Schutzzöllen steht Ruhland noch immer nicht freundlich gegenüber. Er fragt: „Ist ein entsprechender Schutzzoll, der noch beträchtlich über den augenblicklich zur Erhebung gelangenden Zollsatz hinausgeht, im Stande, die landwirtschaftlichen Übelstände durch seinen einkommensteigernden Einfluß zu beseitigen?" [77]).

Den Bimetallisten hält Ruhland entgegen: Die Behauptung, daß der Übergang Deutschlands zur Goldwährung die mißliche landwirtschaftliche Lage verursacht habe, werde durch die einfache Tatsache entkräftet, daß diese Währungsreform erst im Jahre 1873 erfolgt ist, die Anfänge der Krisis aber schon in den zwanziger Jahren zu suchen sind. Die bimetallistische Diagnose, die die Ursache der landwirtschaftlichen Mißstände in monetären Faktoren sucht, ist also nach Ruhland falsch [78]).

Alles in allem ist er der Überzeugung, daß sich Behelfsmaßnahmen wie Schutzzölle, Steuerentlastung und Bimetallismus auf eine „ganz und gar unhaltbare Auffassung des agrarischen Problems" stützen und daß sie als privatwirtschaftliche Auffassung gewertet werden müssen, weil sie zwar die Interessen bestimmter Berufsgruppen, nicht aber das Wohl der nationalen Gemeinschaft im Auge haben. Damit will er nichts gegen die zeitweilige Berechtigung solcher Mittel gesagt haben, wohl aber darauf hinweisen, daß sie die eigentliche Ursache des Übels nicht treffen. Deutlich zeigt sich, wie Ruhland immer mehr zwischen einer radikal-theoretischen und einer realpolitischen Auffassung unterscheidet.

Das Wesen einer halbsozialwirtschaftlichen Lösung der Agrarfrage erblickt Ruhland darin, daß sie sich nicht mit Palliativmitteln wie Zinsermäßigung und Erleichterung in der Kreditbeschaffung begnügt, sondern daß der landwirtschaftlichen Verschuldung durch Kreditaufnahmebeschränkung gesteuert wird. Sie fußt auf folgender Erwägung: Von der Reform der Pfandbriefinstitute in den zwanziger Jahren bis zur Gründung der Hypothekenbanken in den sechziger Jahren und bis zur Reform des preußischen Hypothekenrechts von 1872 sind zwar die Grundwerte immer mehr gestiegen, aber in entsprechender Weise ist auch die Verschuldung angewachsen. Als Ende der siebziger Jahre die Agrarkrisis zum Durchbruch kam, da stellte sich heraus, daß von der Kreditaufnahme viel zu stark Gebrauch gemacht worden war, und man forderte ein neues Agrarrecht. Jetzt kam alles darauf an, im Interesse einer Verminderung der landwirtschaftlichen Verschuldung die Kreditgebung nicht mehr zu erleichtern, sondern in Bahnen zu lenken, die für die nachfolgenden Generationen nicht erhöhte Grundpreise mit erhöhter Grundverschuldung bedeuten. Es wurde die Einführung einer Verschuldungsgrenze vorgeschlagen. Als Vertreter einer radikal sozialwirtschaftlichen Lösung verwirft Ruhland diese Kompromißpolitik. Er gibt den „Freihändlern" recht, wenn sie

[77]) „Die Lösung der landwirtschaftlichen Kreditfrage . . .", S. 48, vgl. dazu S. 121.

[78]) In der vorliegenden Schrift macht Ruhland dem Bimetallismus keinerlei Konzessionen. Dagegen hatte er 1883 in der Zeitschrift f. d. ges. Staatsw. (S. 187 Anm. 2) gesagt: „Wenn wir die Schäden der Einführung des Monometallismus auch keineswegs unterschätzen, so müssen wir es doch als inkorrekt betrachten, wenn Otto v. Bar die Übersetzung der beiden Laveleyeschen Abhandlungen „Der Kampf um die Währung" und „Der internationale Bimetallismus" unter dem Titel erscheinen läßt: „Der wahre Grund der seit 1873 bis jetzt anhaltenden wirtschaftlichen Krisis und das einzige Mittel zu ihrer Heilung!"

behaupten, daß der Staat nur wenig Mittel in der Hand habe, den Landwirten von sich aus zu helfen. Daher wendet er sich gegen künstliche gesetzgeberische Eingriffe und verlangt vom Staat, daß er großzügig im Dienste der Zukunft der Nation Gesetze schafft, die einer Gesundung der Landwirtschaft durch volksorganische Rechtsgestaltung die Wege ebnen.

Reichlich pessimistisch schreibt er: „Die ganze Tätigkeit der landwirtschaftlichen Betriebsverbesserungen gleicht der der Danaiden, welche in ein durchlöchertes Faß unaufhörlich Wasser trugen." „Der Abfluß des Wirtschaftsertrags aus den unverstopften Öffnungen der Grundpreise und Grundverschuldung hat nur zu vielfach den Erfolg der Wirtschaftsverbesserungen mehr als aufgewogen" [79]). Hierzu bemerkt Buchenberger: „So ganz abfällig, wie dieser Schriftsteller (gemeint ist Ruhland) es tut, wird man übrigens die Anbahnung von Betriebsfortschritten und sonstiger pfleglicher Maßnahmen praktischer Agrarpolitik nicht beurteilen dürfen. Denn wenn es auch im allgemeinen richtig sein mag, daß jeder Ertragszuwachs zunächst durch die demselben entsprechende Grundpreissteigerung und die unmittelbar daran sich anschließende Steigerung der Grundschulden aufgesogen wird, so daß dem Unternehmer (d. h. dem neuen Erwerber) nur oder nicht einmal das ursprüngliche Einkommen verbleibt, so wird bei der aus dieser Tatsache gezogenen Schlußfolgerung der Nutzlosigkeit der Betriebsfortschritte usw. doch übersehen, daß der Wirtschafter jedenfalls, solange er im Besitz verbleibt, des durch Verbesserungen erzielten Ertragszuwachses sich erfreut, also den vollen Vorteil seiner qualifizierten Arbeit genießt" [80]). Mit feinem Verständnis weist so Buchenberger darauf hin, daß Ruhland seine Betrachtungen allzusehr auf der Tatsache des Besitzwechsels und nicht auf der der Besitzerhaltung aufbaut.

Der Schwere der Probleme ist nach Ruhland nur die rein sozialwirtschaftliche Betrachtungsweise gewachsen. Während die „Schutzzöllner" die Ungunst der Zeitverhältnisse verantwortlich machen und die schlechten Wirkungen durch gesetzgeberische Hilfsmaßnahmen beseitigt oder herabgemindert wissen wollen, anderseits die „Freihändler" die unvorsichtige Wirtschaftsführung der einzelnen Wirtschafter verantwortlich machen und daher durch betriebswirtschaftliche Erziehung des Bauernstandes wirken wollen, fußt die sozialwirtschaftliche Betrachtungsweise auf der Erkenntnis, daß zunächst die wahre Ursache der inneren Schwäche der landwirtschaftlichen Betriebe erkannt werden müsse. Eine derartige Untersuchung aber kommt zu dem Ergebnis: Unter dem Einfluß der Freiheit des Grundeigentums hat der Auflösungsprozeß des landwirtschaftlichen Wohlstandes begonnen. Die Wurzel aller landwirtschaftlichen Übel liegt bei den Schulden, die im Augenblick des Erwerbs oder des Besitzwechsels eingegangen werden. Daher handelt es sich bei der Agrarfrage nicht um ein Produktions-, sondern um ein Verteilungsproblem. Die praktische Aufgabe der Abhilfe besteht demgemäß darin, dem Bauern sein selbstverdientes Einkommen gegenüber jenen vertragsmäßigen Verpflichtungen, die aus dem Grundbesitzverkehr erwachsen, zu sichern. Daß der Bauer dieses Einkommen nicht erhält, daran ist die Grundrente schuld, d. h. derjenige Einkommensabzug, der bewirkt, daß ein Teil des landwirtschaftlichen Arbeitsertrages durch das Grundeigentum als Wert bzw. Rentenzuwachs „fiktiv absorbiert wird". Mit anderen Worten: Die Existenz der Grundrente im Zusammenhang mit Besitzänderungen und Erbauseinandersetzungen hat eine fortwährende Verminderung des Einkommens der Landwirte zur Folge, eine Auffassung, die an Ricardos Pessimismus hinsichtlich der sozialen Wirkungen der Grundrentenbildung gemahnt.

Eine radikale Sicherung des „naturgemäßen Arbeitslohnes" kann nach Ruhland nur dadurch bewirkt werden, daß man die Grundrente beseitigt.

Unerläßliche Voraussetzung für die Lösung aller damit in Zusammenhang stehenden Fragen ist die Feststellung des wahren und naturgemäßen Wertes des landwirtschaftlichen Grundbesitzes. Eins steht fest: der Marktpreis der Grundstücke fällt nicht mit dem wahren Werte zusammen. Die Gesetze des Warenverkehrs widersprechen dem Wesen des Grund und Bodens; denn der Grundbesitz ist nicht wie die industrielle Ware „beliebig vermehrbar und beliebig übertragbar". Die Tragik der wirtschaftlichen Entwicklung in den alten Kulturländern liegt darin, daß er „unvermehrbar und immer unübertragbar" ist. „Vermehrt oder

[79]) a. a. O. S. 76 und 77.

[80]) Schmollers Jahrbuch, Leipzig 1887, S. 83 Anm. 1.

verdoppelt sich das Bedürfnis nach demselben, weil etwa die Bevölkerung sich verdoppelt hat oder die Nachfrage durch den Kredit z. B. künstlich erhöht wurde, so ist niemand imstande, Grund und Boden wie Besen und Zündhölzer zu fabrizieren“ [81]).

Bei den Ausführungen über den „wahren Wert“ wiederholt er seine Kritik an dem Rodbertus'schen Ertragswert. Der Ertrag eines Gutes ist für Ruhland Bewirtschaftungsertrag, nicht Besitzrente. Daher ist auch der „natürliche Wert“ für ihn Ausdruck der wirtschaftenden Arbeitskraft, der auf das Gut verwendeten Leistungen, eine Grundwertbestimmung, die der Tatsache immer intensiverer Bodenbestellung Rechnung zu tragen sucht.

Was nun die Vorschläge zur Lösung der landwirtschaftlichen Kreditfrage anbelangt, so gibt Ruhland — offenbar unter dem Eindruck von Schäffles Kritik [82]) — die 1883 in den „Agrarpolitischen Versuchen“ geplanten Maßnahmen auf und setzt sich rückhaltlos für den Schäffleschen Gedanken der „Inkorporation des Hypothekarkredits“ ein: nur den Zwangsberufsgenossenschaften der Grundeigentümer soll das Recht zustehen, Hypothekenkredit zu gewähren. Er fügt hinzu, praktisch sei diese Forderung nicht ohne die Errichtung einer Agrarbehörde durch alle Instanzen auf berufsgenossenschaftlicher Grundlage durchzuführen. Daß mit der Agrarbehörde auch die Errichtung einer Landesrealkreditanstalt gefordert werden müsse, verstehe sich von selbst.

In der Abhandlung „Der Gedanke korporativer Bodenkreditorganisation und seine Kritiken“ [83]) verteidigt er den Schäffleschen Plan gegen die Angreifer. Er gibt nur zu, daß die Inkorporation des Hypothekarkredits nicht plötzlich und unmittelbar, sondern erst innerhalb eines längeren Zeitraums durchgeführt werden könne.

Die im Jahre 1886 in der „Zeitschrift des landwirtschaftlichen Vereins in Bayern“ veröffentlichten Artikel zeigen, wie sehr Ruhland in dieser Zeit noch mit der Agrarfrage und der sie betreffenden Literatur beschäftigt ist. Beispielsweise wollen die „Notizen aus der älteren Literatur über die Reform des landwirtschaftlichen Kredits“ [84]) dartun, wie sich schon die „Versammlungen der deutschen Land- und Forstwirte“ seit den vierziger Jahren mit der landwirtschaftlichen Kreditfrage beschäftigt haben.

Auf Grund der Beziehungen zu Albert Schäffle war Ruhlands Verbindung mit der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“ seit dem Jahre 1886 eine innigere geworden, so daß sein Name von jetzt ab auch in den „Miscellen“ und im Besprechungsteil häufiger erscheint.

---

[81]) „Die Lösung der landwirtschaftlichen Kreditfrage . . .“, S. 113.

[82]) Schäffle, Albert: Die Inkorporation des Hypothekarkredits. Tübingen 1883, S. 11—12, S. 55 und S. 97.

[83]) Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 1886, S. 464—529.

[84]) Zeitschrift des landw. Vereins in Bayern, 1886, S. 555—562.

Bezugnehmend auf die Ausführungen von Lexis über den Handel in Schönbergs „Handbuch der politischen Ökonomie“ [85]), bringt Ruhland unter der Überschrift „Zur Frage der Entwicklung des Detailhandels“ [86]) eine Ergänzung, die im Keime seine Ansichten über die gewerbliche Mittelstandspolitik sowie über die Bedeutung des Kleinhandels enthält. Während Lexis auf Grund rein wirtschaftlicher Erwägungen den konzentrierten Großbetrieb als die rationellste Form des Einzelhandels bezeichnet, weist Ruhland auf folgendes hin: Die Großbetriebe des Einzelhandels setzen eine „gewisse nivellierende Tendenz des Volksgeistes“ voraus, während die oft von Frauen geführten Kleinbetriebe auf Grund einer gewissen konservativen Gesinnung („Kundschaftstreue“) und demgemäß auf Grund einer liebevolleren, individuelleren Behandlung in bestimmten gesellschaftlichen Schichten trotz wirtschaftlicher Nachteile einen Halt haben. Ruhland schließt daraus, daß sich diese Art von Geschäften gegenüber den Großbetrieben trotz der Konzentrationstendenz behaupten wird.

Ab Ende Oktober 1886 hält sich Ruhland in Tübingen auf. Am 30. November wurde er als „Hospitierender der Regiminalwissenschaft“ eingeschrieben. Im Wintersemester 1886/87 und im Sommersemester 1887 belegte er Vorlesungen bei den Staatsrechtslehrern Rümelin, Martitz und Jolly, bei den Nationalökonomen Gustav Schönberg und Fr. J. Neumann sowie bei dem Professor für Landwirtschaftslehre Weber. Nach dem Doktorbuch der Tübinger Staatswissenschaftlichen Fakultät promovierte er am 28. Juli 1887 mit dem Prädikat: magna cum laude. Ursprünglich hatte er die Absicht gehabt, eine besondere Dissertation anzufertigen. Da er aber durch andere Arbeiten stark in Anspruch genommen war, so reichte er seine bisherigen Veröffentlichungen ein und wurde daraufhin zum Examen zugelassen [87]).

In den Herbstferien 1886 hatte er die Abhandlung über „Die Agitation zur Verstaatlichung von Grund und Boden in Deutschland“ [88]) niedergeschrieben, eine „dogmatisch-kritische Studie“, die eine sehr sorgfältige Darstellung der neuesten Bestrebungen zur Verstaatlichung des Grund und Bodens sowie eine Widerlegung derselben enthält.

Durch die allgemeine agrarische Notlage veranlaßt, war in den achtziger Jahren nicht nur die offizielle agrarpolitische Literatur, sondern auch das revolutionär-radikale Schrifttum über die Verstaatlichung des Grund und Bodens stark angewachsen. Es handelte sich dabei um eine Gruppe von Autoren, die — sei es aus Gleichheitsfanatismus oder aus Sorge um das materielle Wohl der Lohnarbeiter oder auf Grund radikaler Verurteilung der Grundrente — in dieser oder jener Form eine Verwaltung des Grund und Bodens durch die Gemeinschaft herbeiführen wollen, um so die Menschheit von der Geißel der Grundrente zu befreien [89]).

[85]) 1. Band, Tübingen 1882, S. 1017—1132.

[86]) Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 1886, S. 387—389.

[87]) Schönberg hatte den Antrag gestellt, Ruhland auf Grund seiner bisherigen Veröffentlichungen unter Erlaß einer besonderen Dissertation zur Promotion zuzulassen, und hatte die verschiedenen Schriften Ruhlands in einem Votum sehr günstig beurteilt, während Neumann hinzufügte, die von ihm durchgesehene Schrift über „das natürliche Wertverhältnis“ (1885) habe auf ihn „einen wenig günstigen Eindruck“ gemacht.

[88]) Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 1887, S. 292—342.

[89]) Stöpel, Franz: Die freie Gesellschaft. Versuch einer Schlichtung des Streites zwischen Individualismus und Sozialismus. Chemnitz 1881.

Ders.: Soziale Reform. Beiträge zur friedlichen Umgestaltung der Gesellschaft. Leipzig 1884—85.

Flürscheim, Michael: Das Staatsmonopol des Grundpfandrechts als Weg zur Reform unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. Minden 1885.

In der Darstellung der „Geschichte, Literatur und Ideen der deutschen Landliga" geht Ruhland von den Schriften des Arztes Theodor Stamm aus, der auf Grund seiner Erfahrungen über das großstädtische Wohnungselend zur Forderung der Verstaatlichung des Grund und Bodens gekommen war und lange Zeit in Berlin den „Verein für Humanismus" und die „Deutsche Landliga" betreut hatte, Organisationen, in denen die bodenreformatorischen Ideen fanatische Vertreter fanden.

Ausführlich nimmt er sodann zu den verstiegenen Plänen Michael Flürscheims und des Rittergutsbesitzers von Helldorf-Baumersroda Stellung.

Seine Kritik an den Verstaatlichungsbestrebungen der Bodenreformer läuft auf vier Thesen hinaus:

Erstens: Die Erklärung der sozialen Frage, wie sie die Bodenreformer bieten, beruht auf einer falschen Analyse.

Zweitens: Die an die Verstaatlichung des Grund und Bodens geknüpften Versprechungen würden sich im Falle einer Durchführung dieser Maßnahme nicht erfüllen.

Drittens: Die Forderungen der Bodenreformer tragen — von falschen Voraussetzungen ausgehend — ausgesprochen utopischen Charakter.

Viertens: Die in Frage stehenden Übelstände können durch zweckmäßigere Maßregeln beseitigt werden.

Ruhland gibt zu, daß das Verdienst insbesondere der Flürscheimschen Schriften darin liege, auf die Macht des Großkapitals über den Grund und Boden hingewiesen zu haben. Erstmalig stellt er den Gesichtspunkt nationaler Wohlfahrtspolitik den Machtgelüsten internationaler Kapitalkreise entgegen und lenkt damit in Gedankengänge ein, die er dann später (vor allem seit 1893) in den Mittelpunkt seiner Ideenbildung gerückt hat.

Wieder setzt er sich energisch für Schäffles „Inkorporation des Hypothekarkredits" ein. Entgegen der früheren radikalen Tendenz tritt er jetzt mehr für vorsichtige Reformen ein und stellt daher auch den extravaganten Forderungen derjenigen, die den Grund und Boden verstaatlichen wollen, das „Prinzip der historischen Kontinuität" und damit die Forderung einer den realen Belangen der Wirtschaft Rechnung tragenden Sozialpolitik entgegen.

In Tübingen war Ruhland neben seinem Studium stark durch schriftstellerische Arbeiten in Anspruch genommen. Die landwirtschaftliche Abteilung der Münchener Technischen Hochschule hatte folgende Preis-

---

Ders.: Auf friedlichem Wege. 1884.
Ders.: Der einzige Rettungsweg. 1887.
Stamm, Theodor: Die Erlösung der darbenden Menschheit. 1870.
Ders.: Die sozialpolitische Bedeutung der Bodenreform. Minden 1886.
Helldorff-Baumersroda, C. von: Das Recht der Arbeit und die Landfrage. Berlin 1886.
Ders.: Verstaatlichung des Grund und Bodens oder Schutzzölle für die Landwirtschaft. Berlin 1885.

aufgabe gestellt: „Welchen Einfluß hat die seit Anfang dieses Dezenniums im Deutschen Reiche befolgte Wirtschafts- und Handelspolitik bis dahin auf die Landwirtschaft Bayerns gehabt?“ Professor Ewald Wollny, der hervorragende Vertreter der Agrikulturphysik an der genannten landwirtschaftlichen Abteilung, hatte ihn dringend ersucht, sich an dem Preisausschreiben zu beteiligen. Tatsächlich wurde Ruhlands Arbeit mit dem ersten Preise ausgezeichnet[90]). Er gab ihr das Motto mit auf den Weg: „Die beste Grundlage aller Wirtschaftspolitik ist die Wirtschaftsgeschichte“, ein Beleg dafür, wie er in dieser Zeit von seiner bisherigen doktrinär-theoretischen Haltung abgeht und in eine historisch-wirtschaftspolitische Betrachtung einlenkt.

Die Wirkung der Agrarschutzzölle beurteilt er folgendermaßen: Der Zoll von 1879 ist zu gering gewesen, als daß er in seiner Wirkung auf die Preise festgestellt werden könnte. Dagegen hat die Zollerhöhung von 1885 preissteigernd auf Roggen und Weizen gewirkt. In seinen Ausführungen beruft er sich auf die ausgezeichneten Untersuchungen Conrads und gibt dadurch zu erkennen, daß er in diesen Jahren dessen freihändlerischer Auffassung noch durchaus nahesteht.

Was die berühmte Frage der Wirkung des Zolles auf den Inlandspreis anbelangt, so vertritt Ruhland die Ansicht: Ist die Einfuhr groß, also die Nachfrage nach zu importierendem Weizen stark, so neigt der Preis zur Höhe Weltmarktpreis plus Zoll. Ist dagegen die Einfuhr gering und lastet starker Angebotsdruck auf dem Weltmarkte, dann ist „garnicht einzusehen, woher ein Zoll von 30.— M pro Tonne (es ist dies der Zollsatz von 1885) einen preissteigernden Einfluß ausüben soll.“ Trotzdem läßt sich nicht verkennen, daß er die Zollerhöhungen immer noch sehr skeptisch beurteilt.

Unmittelbar hiermit in Zusammenhang stehen die beiden Aufsätze aus der „Allgemeinen Zeitung“: „Über die Aufhebung des Identitätsnachweises beim Getreideexport“[91]). Mit Rücksicht auf die Exportfähigkeit der Mühlenindustrie tritt Ruhland für eine Aufhebung des Identitätsnachweises ein. Ausdrücklich weist er darauf hin, daß Deutschland Getreide einführen müsse, also seinen Getreidebedarf nicht im Inland decken könne. Auch in diesen Artikeln ist er immer noch kein Freund der Getreidezölle, neigt sogar dazu anzunehmen, daß Zollerhöhungen zur Steigerung der Getreidepreise führen, daß letzthin das Inland den Zoll tragen und ihn nach Beseitigung des Identitätsnachweises wahrscheinlich voll tragen müsse.

[90]) Veröffentlicht in der Zeitschrift des landw. Vereins in Bayern, 1887, S. 538—556 S. 617—632. Ruhland hatte sich am 18. April 1887 nochmals als Zuhörer an der landwirtschaftlichen Abteilung der Münchener Technischen Hochschule einschreiben lassen.

[91]) Allgemeine Zeitung, 1887, 2. Beilage, Nr. 299 vom 28. Oktober und Nr. 300 vom 29. Oktober.

II. Teil:

Die Weltreise und ihre Nachwirkungen

A. Die Jahre der Weltreise

In den achtziger Jahren war das Problem der „nordamerikanischen Konkurrenz" in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses gerückt. Trotz der zweimaligen Erhöhung der Getreidezölle (1885 und 1887) waren die Preise für Weizen, Roggen und andere landwirtschaftliche Produkte unter dem Druck des überseeischen Angebots immer mehr gesunken. „Rasch mehrte sich die Zahl der wissenschaftlichen Studienreisen nach Nordamerika namentlich und damit die Literatur über die internationale landwirtschaftliche Konkurrenz" [1]).

Für die Beurteilung aller hiermit in Zusammenhang stehenden Fragen erschien Ruhland die Beschränkung der Studienreisen auf Nordamerika ungerechtfertigt, zumal ja unterdessen die russische, die indische und die australische Konkurrenz hinzugekommen waren. Zudem stand es für ihn fest, daß nicht nur den landwirtschaftlichen Produktionsverhältnissen, sondern vor allem auch den Verkehrs- und Börsenverhältnissen Aufmerksamkeit zugewandt werden müßte.

In diesem Sinne entwarf er auf Grund einer Anregung des bayerischen Staatsministers des Innern, Freiherrn von Feilitzsch, den Plan zu einer großen Reise durch alle wichtigen Getreideproduktionsländer der Erde, um auf Grund persönlicher Beobachtungen und Erkundigungen an Ort und Stelle die wechselseitigen Beziehungen all derjenigen Volkswirtschaften kennenzulernen, die das Ganze des Weltmarktes für Getreide ausmachen.

Durch Vermittlung des Staatsministers des Äußern, des Grafen von Crailsheim, sowie der Grafen Hugo und Ludwig von Lerchenfeld wurde dieser Plan dem Reichskanzler übermittelt. Bismarck hatte schon früher von Ruhland gehört. Als ihm nämlich ein bayerischer Staatsminister Herbst 1887 in Bad Kissingen erzählte, ein Münchener Student, der als ehemaliger Landwirt von den Zöllen nicht viel halte, habe die Absicht, eine Studienreise durch die Getreidekonkurrenzländer der Erde zu unternehmen, um auf dieser Grundlage besser geeignete agrarpolitische Maßnahmen an Stelle der Schutzzölle ausfindig zu machen, da lautete die Antwort Bismarcks: „Der Kerl gefällt mir! Ich halte auch nicht viel von meinen Zöllen. Aber ich habe bis jetzt noch niemanden gefunden, der mir etwas besseres hätte vorschlagen können!"

---

[1]) „System", Bd. I, S. 8.

Ruhland trat mit Bismarck in Verbindung. Bei der Unterredung in Berlin legte er den Plan zu seiner Studienreise vor. Da der Kanzler offenbar großes Interesse dafür hatte, verschaffte er ihm die nötigen Reisegelder und Empfehlungen. In einem Handschreiben gab er ihm folgende Instruktion: „Sie sind mir empfohlen worden als ein Mann, der nicht nur eine wissenschaftliche Bildung, sondern auch praktisches Verständnis besitzt. Wenn Sie zurückkommen von Ihrer Reise und mir bestimmte Vorschläge unterbreiten können, von denen ich auch nur einen einzigen mir aneigne, dann werden die Resultate Ihrer Reise auch Sie persönlich bald in eine Position einrücken lassen, die Sie befriedigt. Wenn Sie aber zurückkommen und mir nur einen historisch interessanten Bericht erstatten, dann melden Sie sich nachher besser beim Kultusminister“ [2].

Von Ende 1887 bis 1890 unternahm Ruhland seine große Reise nach Rußland, den Donauländern, Ägypten, Indien, Australien, Nordamerika und schließlich nach England.

Demgemäß ist die Ausbeute an literarischen Veröffentlichungen in den Jahren 1888 und 1889 gering.

Der Aufsatz „Zur bimetallistischen Theorie“ [3]) ist beachtenswert, weil Ruhland in ihm ähnlich wie in den Schriften der Jahre 1885 und 1886 gegen die Einführung der Doppelwährung als agrarpolitisches Mittel Stellung nimmt. Denjenigen, die behaupten, die Preissenkung sei durch Einführung der Goldwährung verursacht, und die deswegen Einführung der Doppelwährung befürworten, weil dann die Landwirte mit derselben Arbeitsleistung mehr Schulden abbezahlen können, entgegnet Ruhland: „Diese Theorie ist ebenso einleuchtend wie unverblümt, sie ist aber auch ebenso kurzsichtig wie unberechtigt“ [4]). Mit anderen Worten: eine nationale Währungspolitik kann sich nicht nach den Interessen bestimmter Kreise richten, sondern muß dem Ganzen dienen. Auch läßt sich nicht nachweisen, daß infolge Geldmangels die Preise gesunken sind.

Im Sommer 1890 kehrte Ruhland über England von seiner Weltreise zurück. Unterdessen war Bismarck aus dem Amte geschieden und Caprivi an seine Stelle getreten. Als nun Ruhland in seinem Reisebericht darauf hinwies, daß eine weitere Senkung der Getreidepreise zu befürchten sei und deshalb weitere Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft getroffen werden müßten, verlangte Caprivi, daß er seinen Bericht „nach den Intentionen seiner Majestät“ ändere. Ruhland erklärte, daß er vom Fürsten Bismarck den Auftrag erhalten und übernommen habe, die volkswirtschaftlichen Zustände derjenigen Getreideproduktionsländer zu erforschen, die den Preissturz auf dem Weltmarkt hervorriefen. Er habe aber keinen Auftrag erhalten oder angenommen, die „Intentionen seiner Majestät“ zu erforschen und danach seinen Bericht abzufassen.

Die Enttäuschung Ruhlands über den Kanzlerwechsel und vor allen Dingen über die unfreundliche Art, mit der er abgeschoben wurde, war groß. Sie mußte um so bitterer wirken, als er sich nunmehr nach

[2]) „System“, Bd. I, S. 9.

[3]) Zeitschrift des landw. Vereins in Bayern, 1888, S. 254—262.

[4]) a. a. O. S. 255.

einer neuen Existenz umsehen mußte. Da es ihm an einer akademischen Verankerung fehlte und unter Caprivi, dem „Mann ohne Ar und Halm", keine Aussicht auf Förderung der landwirtschaftlichen Interessen bestand, so wandte er sich wieder seiner schriftstellerischen Tätigkeit zu und hielt Ausschau nach einer geeigneten Stellung in der Praxis.

Ruhlands literarische Pläne waren durch den Abgang Bismarcks durchkreuzt worden; denn er hatte sich darauf vorbereitet, der Regierung auf Grund des gesammelten Erfahrungsmaterials „bestimmte Vorschläge zu unterbreiten".

Da es ihm nun aber nicht vergönnt war, seinen Bericht und seine Vorschläge geschlossen zu veröffentlichen, so blieb nichts weiter übrig, als das in „vierzig Kisten" von der Reise mitgebrachte Material in Einzeldarstellungen zu verarbeiten.

Zugleich reifte in dieser Zeit der Plan heran, anstatt des Bismarck zugedachten Gesamtgutachtens, das mehr aktuell wirtschaftspolitischen Charakter getragen hätte, zusammen mit den früher gewonnenen theoretischen Erkenntnissen ein neues System der politischen Ökonomie zu schaffen, das unter Einbeziehung aller historischen und vergleichend geschichtsphilosophischen Gesichtspunkte eine wahrhaft nationalökonomische Lehre darstellen, im Gegensatz zu den herrschenden kathedersozialistischen und sonstigen Strömungen eine neue Art der Auffassung wirtschaftlicher Fragen im Dienste nationaler Politik und volksorganischer Betrachtung bieten sollte [5]).

Natürlich: es läßt sich nicht verkennen, daß durch das Mißgeschick des Jahres 1890 in Ruhlands Entwicklung ein Bruch auch insofern erfolgt ist, als er sich genötigt sah, Teilveröffentlichungen seiner Studien vorzunehmen, statt das Ganze zu bieten, und daß er aus Mangel an befriedigender akademischer Tätigkeit gezwungen wurde, in die landwirtschaftliche und dann später in die politische Praxis zu gehen. Um so stärker reifte aber auch der Wille in ihm heran, sich durch ein großzügig angelegtes, nicht nur den theoretischen Forderungen, sondern auch den wirtschaftspolitischen Belangen Rechnung tragendes „System" wissenschaftlich zu legitimieren.

Zunächst machte er sich daran, das von der Reise mitgebrachte Material in einzelnen Abhandlungen zu veröffentlichen.

Der Artikel „Über die Ursachen der niedrigen Preise für Zucker, Fleisch, Käse, Wolle und Weizen" [6]) ist eine Besprechung und teilweise Übersetzung des 1889 erschienenen Buches von David A. Wells „Über die ökonomischen Veränderungen unserer Zeit", in dem der hervorragende sozialwissenschaftliche Popularschriftsteller sehr anschaulich die wirtschaftlichen Wandlungen der damaligen Zeit schildert. Ruhland macht darauf aufmerksam, daß sowohl Wells als auch sein Landsmann Edward Atkinson Vertreter der Überproduktionstheorie sind, also die Preisrückgänge aus dem Überangebot infolge der Anbausteigerungen auf dem „jungfräulichen Boden" erklären.

---

[5]) R. berichtet, er habe schon 1885 an Schäffle die erste Disposition zu seinem „System" eingeschickt. Vgl. „System", Bd. III, S. 403.

[6]) Zeitschrift des landw. Vereins in Bayern, 1890, S. 62—69 und S. 103—111.

Die gründliche Darstellung „Über die Geschichte der Schafzucht in Australien und Tasmanien“ [7]) gibt einen sehr straff gehaltenen und materialgesättigten Überblick über die Entwicklung der australisch-tasmanischen Schafzucht. Fern aller früheren theoretisch-doktrinären Manier und schwülstig-übersteigerten Ausdrucksweise der ersten Jahre ist dieser Bericht ein guter Beleg dafür, wie die Überfülle konkreter Anschauung Ruhlands Denken und damit auch seine Darstellungsart klarer und wirklichkeitsnäher gemacht hat. Während er früher mehr mit Leidenschaft als mit klarer Überlegung, mehr theoretisch-verstiegen als praktisch-besonnen zu Werke gegangen war, gewinnt er jetzt als geschulter wissenschaftlicher Kopf bei der Behandlung konkreter Fragen eine erfrischende Sachlichkeit und eine strenge Gedankenzucht, die der Entwicklung seines volkswirtschaftlichen Verständnisses außerordentlich zugute kommen.

Um die amerikanischen Wirtschaftsverhältnisse kennenzulernen, hat er neben den Schriften von David A. Wells diejenigen von Edward Atkinson durchgearbeitet. Da Atkinson Agrarstatistiker war und Ruhland bei ihm wertvolle Ausführungen über die Brotversorgungsfrage in den USA. nachlesen konnte, so benutzt er ihn als Kronzeugen bei der Beurteilung nordamerikanischer Landwirtschaftsverhältnisse und liefert einen Bericht über Atkinsons Forderungen auf ernährungspolitischem Gebiet [8]).

In dem Artikel „Zur Verschuldungsstatistik des Grundbesitzes in Nordamerika“ [9]) begibt sich Ruhland wiederum auf ein ihm besonders vertrautes und wegen des Vergleichs mit Deutschland stark interessierendes Gebiet. Während noch Max Sering in seinem Buche über die nordamerikanische Konkurrenz nur Schätzungen über die Verschuldungsverhältnisse der Farmer geben konnte, war durch die Verbesserung der amerikanischen Statistik, vor allen Dingen durch den Beschluß der Bundesregierung, in dem Zensurbericht für 1890 die Hypothekenstatistik mit aufzunehmen, ein Wandel eingetreten und nunmehr für die Beurteilung der Verschuldungsverhältnisse auf dem Lande genügend Material zutage gefördert worden.

Aus den offiziellen Berichten einzelner Bundesstaaten liest Ruhland die von ihm bereits auf Grund deutscher Verhältnisse gewonnene Erkenntnis ab, daß die Verschuldung auch in Nordamerika starke Streuungen aufweist, die hypothekarische Belastung im umgekehrten Verhältnis zur Besitzgröße wächst und die Höhe der Verschuldung im umgekehrten Verhältnis zur Dichtigkeit der Ansiedlung steht.

Es ist wichtig festzustellen, daß er schon in diesen Ausführungen als die hinter allen Wandlungen stehende treibende Kraft das internationale Kapital, den von diesem bewirkten Aufbau des Eisenbahnnetzes und die große Kapitalbewegung vom Osten nach dem Westen betrachtet. Offenbar hat er auf seiner Reise tiefen Einblick in das Spekulationsfieber und die kapitalistischen Transaktionen, wie sie für Länder mit Kolonisationsmentalität typisch sind, gewonnen.

Es war Ruhland nicht entgangen, welche große Bedeutung dem 1887 erlassenen nordamerikanischen Bundesverkehrsgesetz beigemessen werden mußte. In der Artikelserie „Das Interstate Commerce Law in Nordamerika“ [10]) behandelt er die Bedeutung dieses Gesetzes für den amerikanischen Export und die internationale Konkurrenz. Mit wenigen Strichen zeichnet er das Bild der Geschichte des amerikanischen Verkehrswesens, schildert den Kanal- und Eisenbahnbau, die riesenhaften Gründungen, die Landschenkungen, die im Anschluß an die Krisis von 1873 erfolgten Zusammenbrüche der

[7]) ebenda, 1890, S. 197—203 und S. 254—265.

[8]) ebenda, 1890, S. 676—685: „Edward Atkinson und die Ernährungsfrage in Nordamerika“.

[9]) Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 1890, S. 473—508.

[10]) Bayerische Handelszeitung (Beiblatt zur Allgemeinen Zeitung), 1890, Nr. 5, 6, 7 und 8.

Eisenbahngesellschaften, den rücksichtslosen Konkurrenzkampf der Eisenbahnkönige und zeigt schließlich, wie die Farmer über die im Verhältnis zu den spottbilligen Ferntarifen überteuerten Lokaltarife Klage führten und in Nordamerika die Interessen der Farmer immer mehr durch die Handels-, Verkehrs- und Exportinteressen geknebelt wurden. Die Hauptbedeutung des Bundesverkehrsgesetzes sieht er darin, daß die Spezialtarife und Sondervergünstigungen beseitigt werden, die Vergünstigungen für weitere Entfernungen, vor allem das schreiende Mißverhältnis zwischen weiten und nahen Entfernungen, aufgehoben werden und keine Sonderabreden mehr getroffen werden dürfen. Was früher dem freien Verkehr, der privaten Initiative und dem Gang der Entwicklung überlassen war, das wird jetzt einheitlichen Staatsnormen unterstellt und die Durchführung von einer Kommission kontrolliert.

Der von Ruhland bei seiner Rückkehr nach Deutschland für das Auswärtige Amt verfaßte Bericht konnte infolge der ablehnenden Haltung Caprivis nicht ausgewertet werden. So blieb nichts weiter übrig, als ihn anderweitig zu veröffentlichen. Es geschah dies unter dem Titel „Wirkung und Bedeutung der Getreidezölle“ [11]).

Es ist Ruhland vielfach zum Vorwurf gemacht worden [12]), er habe in der Frage der Getreidezölle eine schwankende Haltung eingenommen und sich allzusehr dem jeweiligen Milieu angepaßt. Hierzu ist folgendes zu sagen: Ursprünglich stand er als „praktischer Landwirt“ auf seiten der Schutzzollpartei. Auch noch in seinen ersten Veröffentlichungen kann er eigentlich nicht als Gegner der Schutzzölle bezeichnet werden. In dem Aufsatz „Zur Frage der Getreidezölle“ (1884) hält er eine Erhöhung der Zölle nicht nur für wünschenswert, sondern den herrschenden Umständen gemäß sogar für notwendig. Aber: als radikaler Agrartheoretiker ist er der Ansicht, daß ein Schutzzoll niemals „vorzüglichstes Abhilfsmittel“ sein kann. Einen mäßigen Zoll betrachtet er in dieser Zeit zwar als einsichtige politische Maßnahme, spricht aber den Zöllen nur vorübergehende Bedeutung zu.

Zweifelsohne: die Aufsätze in der Wiss'schen „Vierteljahrschrift“ (1884, 1885) sind gegen die Schutzzölle gerichtet und erwecken den Eindruck, als ob der Verfasser freihändlerisch gesinnt sei. Die Abhandlung „Volkswirtschaftliche Blüten aus der Schutzzolldebatte“ enthält sogar außergewöhnlich scharfe Worte gegen die protektionistische Politik. Niemals darf aber verkannt werden, daß hinter diesen Angriffen nicht eine freihändlerische Gesinnung, sondern der radikale Agrarpolitiker steht. In den beiden Werken „Das natürliche Wertverhältnis“ (1885) und „Die Lösung der landwirtschaftlichen Kreditfrage“ (1886) entwickelt Ruhland sein Agrarprogramm, das ihn notgedrungen in immer schärfere Gegnerschaft zu Palliativmaßnahmen, wie Schutzzöllen usw., bringt. Demgemäß betont er auch in den Abhandlungen des Jahres 1887, daß Zölle zur Erhöhung der Getreidepreise führen, und er sieht darin einen Nachteil, weil es sich um eine künstliche Preissteigerung handelt. Wiederholt weist er darauf hin, daß bei der herrschenden Getreideversorgungslage Deutschlands das Inland den Zoll tragen müsse. In

[11]) Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Juni 1890, Nr. 248—263, und später im „Gegengutachten“ 1901, Anlage G.

[12]) Vgl. den Prozeß Ruhland contra Biermer.

dem Aufsatz „Über die Aufhebung des Identitätsnachweises beim Getreideexport" (1887) führt er aus, daß das Inland schon vor Abschaffung des Identitätsnachweises zum Teil den Zoll getragen habe, nach Beseitigung desselben müsse es ihn voll tragen. In dieser Zeit verneint er sogar, daß ein erheblicher Prozentsatz der landwirtschaftlichen Betriebe nennenswertes Interesse an einer Verdoppelung der Getreidezölle habe. Die Getreidepreiserhöhung führe zu einer Steigerung des Bodenpreises, künstlichen Erhöhung der Grundrente und Hand in Hand damit zu steigender Verschuldung. Den Vorteil heimsten die ihren Besitz dauernd behaltenden Landwirte ein. Dagegen müßten Neuerwerber die kapitalisierte Grundrentensteigerung mitbezahlen und verlangten daher nach neuer Zollerhöhung, so daß der Schutzzoll wie eine Schraube ohne Ende wirke. Noch 1887 verneint Ruhland, daß Deutschland imstande sei, seinen Getreidebedarf selbst zu decken, es bedürfe in steigendem Maße der Getreidezufuhr von außen. Somit erscheint für ihn die künstliche Steigerung der Getreidepreise durch die Schutzzölle als eine für die Volkswirtschaft und für die Landwirtschaft als Ganzes nutzlose, nur einem Bruchteil der Landwirte zugute kommende Maßnahme, mit deren Hilfe diese sich das Monopol der nationalen Nahrungsmittelversorgung sichern und den Gesamtbetrag des sonst bei steigendem Reichtum eintretenden Wachstums des Einkommens der Arbeiter und der Kapitalisten an sich reißen.

Sobald Ruhland nun aber weniger radikal-theoretisch denkt, sobald er mehr die gegenwärtigen Nöte der Landwirte im Auge hat, gibt er seine schutzzollfeindliche Haltung auf.

Der als Artikelserie veröffentlichte Bericht bildet insofern einen Wendepunkt, als in ihm erstmalig mit aller Deutlichkeit die realpolitischen Erwägungen zugunsten der Getreidezölle die Oberhand gewinnen. Kein Zweifel: Ruhland stellt sich auf den Boden der Bismarckschen Schutzzollpolitik. Er bestreitet nunmehr, daß durch die Einführung der Getreidezölle die Brotpreise gesteigert worden seien. Trotz der Zollerhöhung von 1887 behauptet er, es sei offenbar, „daß sich die Zölle voll und ganz auf das Ausland überwälzt und sogar eine Preisminderung auch im Inland herbeigeführt haben" [13]) und „daß bis zum Jahre 1888 in keiner Weise gesagt werden kann, der Weizenzoll habe das Brot im Inland verteuert" [14]).

Er steht in diesem Bericht auf demselben Standpunkt, den Bismarck in dem berühmten Schreiben an den Bundesrat vom 15. Dezember 1878 eingenommen hatte und in dem es heißt, daß normalerweise der ausländische Konkurrent genötigt sei, wenigstens einen Teil, oft sogar das Ganze des Zolles zu tragen und seinen bisherigen Gewinn um diesen Betrag zu vermindern. Ruhland schreibt: „Hätte ich den festen unbedingten Glauben an die absolute Wahrheit dieser Bismarck'schen Sätze

[13]) „Gegengutachten", S. 105.
[14]) a. a. O. S. 109.

immer gehabt, so hätte ich mir viel Zeit und viel Mühe und Arbeit ersparen können“ [15]). Und mit Rücksicht auf den Weltmarkt fügt er hinzu: „. . . so waren die Schutzzölle die notwendige Ergänzung für die Entwicklung des internationalen Verkehrs — notwendig, um in die Ausgestaltung der modernen Weltwirtschaft das rechte Maßhalten wieder hineinzubringen“ [16]). Für die Beurteilung der Konkurrenzfähigkeit der überseeischen Gebiete ist in dieser Zeit folgende Äußerung charakteristisch: „Die Reserven, welche noch unberührt den drei großen Getreide exportierenden Staaten der Welt zur Verfügung stehen, sind . . . gewaltig genug, um die prinzipielle Bedeutung unserer heutigen Schutzzölle auch für absehbare Zukunft unantastbar erscheinen zu lassen“ [17]).

Im Jahre 1890 erschien eine nach amtlichen Quellen bearbeitete Denkschrift „Die Landwirtschaft in Bayern“, in der Ruhland den VI. Abschnitt, „Handel und Verkehr“, verfaßt hat [18]). Ähnlich wie in dem für das Auswärtige Amt bestimmten Bericht schildert er unter besonderer Berücksichtigung der bayerischen Verhältnisse sehr anschaulich die Entwicklung des Verkehrs mit Agrarprodukten vom Mittelalter bis zum Aufkommen der modernen Transportmittel. Erstmalig fügt er dieser Abhandlung eine graphische Darstellung der Durchschnittspreise an der Münchener Schranne von 1780—1885 bei.

B. Als Güterdirektor im Salzburgischen

Da Ruhland nach seiner Rückkehr von der Weltreise weder von der Regierung unterstützt wurde, noch auf seiten der akademischen Kreise Entgegenkommen fand, mußte er sich notgedrungen wieder nach einer Stellung als praktischer Landwirt umsehen.

Unter den verschiedenen Angeboten, die er erhielt, war eins, das ihm Gelegenheit bot, im Salzburgischen einen Großgrundbesitz, der aus dem Aufkauf von 41 stark verschuldeten Bauernhöfen entstanden war, zu organisieren und daraus eine Musterwirtschaft zu schaffen. Besitzer war der Kaliindustrielle Schmidtmann-Aschersleben. Ruhland war ihm durch den Ökonomierat Toussaint-Karlsruhe empfohlen worden, und er hatte ihn nach kurzer Besprechung in Berlin als Generalsekretär seines österreichischen Besitzes engagiert. In dem Prozeß „Ruhland contra Biermer“ ist Ruhland später der Vorwurf gemacht worden, er habe sich als „Güterschlächter“ bei dem Aufkauf der Bauerngüter im Salzburgischen betätigt. Aus der Prozeßaussage Schmidtmanns geht aber hervor, daß der Aufkauf der Güter größtenteils beendet war, als Ruhland seinen Dienst antrat.

---

15) a. a. O. S. 110.
16) a. a. O. S. 116.
17) a. a. O. S. 117.
18) Die Landwirtschaft in Bayern, 1890, S. 593—629.

Die Hauptaufgabe bei der Bewirtschaftung dieses aus dem Ankauf von größeren und kleineren Bauerngütern zusammengefaßten Latifundienbesitzes, der einschließlich Waldungen und Alpenland etwa 10 000 Morgen umfaßte, sollte darin bestehen, aus dem Pinzgauer Rind eine Hochzucht zu schaffen und die Weide- sowie Milchwirtschaft auf einen möglichst hohen Stand zu bringen.

Darüber hinaus handelte es sich um ein höchst aktuelles und für den Bauernfreund Ruhland ganz besonders interessantes agrarpolitisches Experiment: es ging um die Frage, ob die von Karl Marx und Liebknecht vertretene These, daß die moderne Produktionstechnik auch in der Landwirtschaft auf den Großbetrieb zusteuere und demgemäß der Mittel- und Kleinbetrieb dem Untergang geweiht sei, den Tatsachen entspreche oder nicht.

Die Arbeit war von Anfang an dadurch erschwert, daß führende Politiker der dortigen Gegend eine Gesetzesvorlage eingebracht hatten, durch die der Ankauf von Bauerngütern für Ausländer untersagt werden sollte. Ruhland hatte sich sofort für Schmidtmann eingesetzt, indem er in einem offenen Briefe aus eigenem Antriebe eine Entgegnung brachte, in der er die Gutsankäufe als die unter den obwaltenden Umständen beste Lösung, um die Notlage des überschuldeten Bauernbesitzes zu heilen, bezeichnete. Tatsächlich war ein großer Teil stark verschuldeter Bauern durch die großzügigen Aufkaufssummen Schmidtmanns aus ihrer Bedrängnis befreit worden. Sie hatten sich mit den ihnen nach Bezahlung der Schulden verbleibenden Summen anderswo billig angekauft oder durch Errichtung von Hotelbetrieben infolge des zunehmenden Fremdenverkehrs einen guten Tausch gemacht. Als auch von klerikaler Seite gegen die Gutsankäufe Angriffe erhoben wurden, hat Ruhland sein möglichstes getan, um besänftigend und klärend einzuwirken. Eins ist sicher: Schmidtmann und Ruhland hatten als Ausländer und Protestanten, sowie Schmidtmann insbesondere als Großindustrieller einen schweren Stand.

Ruhland ist in seiner Stellung auf Schloß Grubhof bei Lofer im Salzburgischen etwa zweieinhalb Jahre (vom Februar 1891 bis zum 15. Juli 1893) verblieben. Mag man ihm verübeln, daß er sich als Bauernfreund und Mittelstandspolitiker an einem derartigen kapitalistisch aufgezogenen landwirtschaftlichen Großunternehmen beteiligt hat, die Erfahrungen, die er in dieser Zeit gesammelt hat, sind für ihn von großer Bedeutung gewesen, stand es doch für ihn von nun an unerschütterlich fest, daß die marxistische Theorie vom Sieg des Großbetriebes auf die Landwirtschaft nicht angewendet werden kann. Sodann: er hatte einsehen gelernt, daß eine intensive Zuchtwirtschaft in einem solchen Riesenbetrieb unrentabel sein muß, daß in der Viehwirtschaft dem Mittel- und Kleinbetrieb die Zukunft gehört.

In dem Prozeß „Ruhland contra Biermer" ist viel über das Verhältnis Ruhlands zu Schmidtmann gesprochen worden. Soviel läßt sich

sagen: Als Industrieller war Schmidtmann in landwirtschaftlichen Dingen Dilettant, und er mußte sich auf Ruhland verlassen. Da nun die Bewirtschaftung des Besitzes außerordentliche Schwierigkeiten machte und sich offenbar nicht diejenigen Erfolge zeigten, die Schmidtmann erhofft hatte, kam es im Laufe der Zeit zu einer Entfremdung zwischen beiden.

Im März 1893 nahm Ruhland Urlaub, um sich in Zürich nach den Möglichkeiten einer Habilitation zu erkundigen. Von dieser Absicht setzte er Schmidtmann nicht in Kenntnis, bedeutete doch dieser Schritt die Vorbereitung zur Lösung seines Dienstverhältnisses auf Schloß Grubhof.

Bald darauf veröffentlichte er unter dem Titel „Aus der Praxis eines neugegründeten landwirtschaftlichen Großbetriebes im Pinzgau“ [19]) einen ausführlichen Bericht über seine Tätigkeit im Salzburgischen. Bezugnehmend auf Roseggers Waldbauerngeschichte „Jakob der Letzte“, schildert er die Grundbesitzverschiebungen, wie sie sich in den Alpen bei vordringender kapitalistischer Bewirtschaftung vollziehen: Der Bauer muß weichen. Das Kapital dringt vor. Die Millionäre brauchen Jagdgründe. Ruhland folgert daraus: Im Gebirge sind die Weltanschauungskämpfe am härtesten. Bauerngeist und Geldgeist ringen in den Bergen am zähesten miteinander um die Herrschaft.

Er wendet gegen Rosegger ein, daß dieser als Dichter den wirtschaftlichen Hintergrund und zwar die drückenden Schulden der Bauern auf der einen sowie die Notwendigkeit des Vordringens technischer Fortschritte auf der anderen Seite nicht berücksichtigt habe. Die Einführung moderner technischer Errungenschaften in den bäuerlichen Betrieb gehe aber über den Hof des landwirtschaftlichen Großbetriebes. Auf diese Weise sucht er das Schmidtmannsche Unternehmen zu rechtfertigen, läßt sogar durchblicken, daß im Grunde genommen die schlauen Bauern bei der Bezahlung ihrer Höfe sehr gut abgeschnitten und sich so aus der Affäre gezogen hätten.

Heftige Angriffe führt er gegen die akademische Ausbildung auf den landwirtschaftlichen Hochschulen. Als Güterdirektor hatte er mit diesen jungen, gleich nach ihrem Examen von der Hochschule kommenden Akademikern schlechte Erfahrungen gemacht [20]).

Im Juni 1893 erhielt Schmidtmann beim Besuch der Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in München die Mitteilung, daß Ruhland über seine praktische Tätigkeit im Salzburgischen einen Aufsatz veröffentlicht habe. Da Schmidtmann der Ansicht war, von der Abfassung dieses Artikels nicht in Kenntnis gesetzt worden zu sein, entschloß er sich, ihm nach seiner Rückkehr auf Schloß Grubhof zu kündigen. Ruhland konnte allerdings nachweisen, daß er Schmidtmann die Korrekturbogen des Artikels vor der Veröffentlichung vorgelegt

[19]) Thiels Landwirtschaftliche Jahrbücher, 1893, S. 517—567.
[20]) a. a. O. S. 531.

hatte. Schmidtmann hatte sie nur nicht durchgesehen, mußte aber nach der Veröffentlichung feststellen, daß der Artikel verschiedene Stellen enthielt, die er bei vorheriger Kenntnis nie gebilligt hätte und die ihm eine unangenehme Polemik in der „Wiener landwirtschaftlichen Zeitung" mit Professor Wilckens von der Hochschule für Bodenkultur in Wien eintrugen [21]).

Später, gegen Ende 1895, hat Ruhland in der Zeitschrift „Vom Fels zum Meer" [22]) in novellenartiger Form drei Artikel unter dem Titel „Auf heimischer Scholle" veröffentlicht, in denen er aus seiner Jugendzeit, vor allen Dingen aber auch über seine Tätigkeit bei Schmidtmann berichtet, ohne allerdings Namen zu nennen. Es heißt da: „Ein kleiner Börsenkönig hatte sich in der schönsten Gegend von Tirol einige fünfzig Bauernhöfe als Jagdgründe zusammengekauft." Sicherlich: Er hat durch diese allzu hämische Darstellung seinen ehemaligen Brotherrn zu Unrecht gekränkt.

Die Jahre auf Schloß Grubhof hat Ruhland dazu benutzt, um einen Teil des von der Weltreise mitgebrachten Materials literarisch auszuwerten. Die so entstandenen Abhandlungen zeichnen sich durch sachliche Klarheit, Gediegenheit in der Darstellung und scharfsinnige Gedankenführung aus. Offenkundig ist ihnen zugute gekommen, daß der Verfasser aus der Fülle des Materials schöpft, in der Ruhe und Abgeschlossenheit des Aufenthalts im Salzburgischen die nötige schriftstellerische Ausreifung gewonnen hat.

Den Fragen der Arbeiterpolitik wendet er sich erstmalig in dem Aufsatz „Der achtstündige Arbeitstag in England, aus der Literaturbewegung" [23]) zu. Es handelt sich dabei um einen ausführlichen Bericht über die diese Fragen betreffenden englischen Werke. Ruhland bewundert die realistische, aller utopischen Verstiegenheit abgewandte Art der Engländer, ihre gemäßigten sozialpolitischen Forderungen und die durch das Wirken der Fabian Society gesicherte ruhige Entwicklung.

[21]) Auf Grund des Ruhlandschen Aufsatzes, der in Nr. 80 der Wiener Landwirtschaftlichen Zeitung (1893), S. 659 besprochen worden war, hatte Professor Wilckens-Wien einen Artikel „Die Erziehung und Behandlung des landwirtschaftlichen Beamten" (Wiener Landw. Zeitung, Nr. 81, S. 665—666) veröffentlicht, in dem er das Urteil Ruhlands über die Ausbildung auf den landw. Hochschulen zurückweist und Ruhland allerlei Vorwürfe macht. In einem weiteren Artikel „Ein Großbetrieb der Pinzgauer Rindviehzucht" (a. a. O. Nr. 83, S. 682—683) geißelt Wilckens die Ansichten Ruhlands über die Tierzucht und insbesondere über die Pinzgauer Rasse. Ruhland antwortete unter dem Titel „Die Erziehung und Behandlung der landwirtschaftlichen Beamten" (a. a. O. Nr. 83, S. 684): er nimmt sein hartes Urteil teilweise zurück; wichtig ist, daß er stark die Bedeutung der praktischen Ausbildung unterstreicht. Er weist sogar darauf hin, daß er in Zürich ein Praktikum für Nationalökonomen einrichten wolle. In Nr. 91 derselben Zeitschrift ließ Ruhland dann noch einen offenen Brief an Wilckens folgen: „Die landwirtschaftlichen Beamten und die landwirtschaftlichen Hochschulen" (S. 745—746), in dem er eine Reihe von Entschuldigungen wegen seiner Tätigkeit auf Schloß Grubhof vorbringt. Da auch Schmidtmann sich geäußert hatte und daraufhin wiederum Wilckens, so schloß Ruhland die Debatte mit dem kurzen Artikel „Die Güterbeamten im alpinen Großbetrieb" (a. a. O. Nr. 99, S. 814), in dem er nunmehr wiederum Schmidtmanns Behauptungen korrigierte. Vgl. hierzu „Agrarpolitische Leistungen" (1894), Anhang, S. 49—51.

[22]) Vom Fels zum Meer, 1895, S. 28—31, 130—134 und 388—394.

[23]) Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 1891, S. 136—153.

Unmittelbar hiermit in Zusammenhang steht die sehr ausführliche, eine Fülle von literarischem Material enthaltende Abhandlung „Der achtstündige Arbeitstag und die Arbeiterschutzgesetzgebung der australischen Kolonien“ [24]), ein Thema, das ihn ganz besonders fesselte, da in dem „Arbeiterparadies“ der Achtstundentag allgemein anerkannt war und die Arbeiter mit ihren Interessen den Staat beherrschten.

Am 1. September 1889 hatte Ruhland Gelegenheit gehabt, die große Feier des Achtstundentages, wie sie in Victoria seit 1856 begangen wurde, mitzuerleben. Es machte auf ihn einen tiefen Eindruck, wie an diesem Feiertage der Arbeit Arbeitnehmer und Arbeitgeber sich die Hände reichen und alle Gegensätze vergessen.

Die Abhandlung enthält den für seine spätere sozialpolitische Entwicklung so wichtigen Satz „Die Zukunft wird das Problem der gegerechten Arbeitsbelohnung lösen, ohne Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln“.

Weitaus die bedeutendste Abhandlung des Jahres 1891 ist der auch in dem Prozeßgutachten von Lexis als ganz besonders gelungen bezeichnete Artikel „Die Zukunft des Goldes und die Süß'sche Theorie [25]). Für die Entwicklung der geldtheoretischen Ansichten Ruhlands ist sie insofern wichtig, als er sich in ihr noch stärker als in den achtziger Jahren für die Goldwährung entscheidet. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß man ihn nach den Äußerungen in diesem Aufsatz für einen Anhänger der Goldwährung halten muß.

Der berühmte Wiener Geologe Eduard Süß, erste Autorität in Währungsfragen, bedeutendster Vertreter der Silberpartei, hatte behauptet [26]), die Goldproduktion werde immer mehr zurückgehen. Er stützte damit die Auffassung, daß auf Grund der Verknappung des Goldes die Preise sinken würden und der Übergang zur Goldwährung eine monetär bedingte Depression nach sich ziehen müsse. Indirekt wurde damit dem auch von den Landwirten angestrebten Bimetallismus das Wort geredet.

Ruhlands Beurteilung der Zukunft der Goldproduktion beruht auf einer Besichtigung von über zweihundert Gold- und Silberbergwerken an Ort und Stelle. Auf Grund seiner Feststellungen kommt er zu dem Ergebnis, daß die Goldförderung bald einen gewaltigen Aufschwung nehmen müsse, und damit indirekt zu dem Schluß, daß ein Abgehen von der Goldwährung unbegründet sei. „Für die Sicherstellung unserer Goldwährung wird . . . vieles auf die Beantwortung der Frage ankommen: Wie steht es mit der Zukunft des Goldes? Ist der Rückgang in den jährlichen Golderträgnissen ein Anzeichen, daß die innerhalb der Erdrinde eingelagerten und hier unserer menschlichen Hand erreichbar werdenden Goldlager ihrer Erschöpfung näher kommen? oder

[24]) ebenda, 1891, S. 279—371.

[25]) ebenda, 1891, S. 505—583.

[26]) Süß, Eduard: Die Zukunft des Goldes. 1877.

gibt es andere Ursachen, welche die Goldproduktion unserer Zeit quantitativ beeinflussen und welcher Art sind diese?“ [27]). Er weist nun auf Grund des ausführlichen, auf seiner Reise nach Australien gesammelten Materials nach, daß die Prognose von Süß über die Unergiebigkeit der Quarzgoldproduktion und die daher zu erwartende fortschreitende Verminderung der jährlichen Gesamtausbeute an Gold der Begründung entbehrt.

Die Stärke der Abhandlung liegt darin, daß Ruhland anders als beispielsweise Ludwig Bamberger den Angriff nicht gegen die währungspolitischen Ausführungen von Süß richtet, sondern daß er auf Grund genauer Kenntnisse über die australischen Bergwerke und die diesbezügliche Literatur die Grundgedanken der Süß'schen Schrift auf ihre Zuverlässigkeit hin prüft. Bis in die geologischen Einzelheiten hinein beweist er, daß Süß seine Untersuchungen auf höchst mangelhaften Unterlagen aufgebaut hat.

Um eine Verständigung zwischen den Goldproduktions- und den Goldwährungsländern herbeizuführen, hält er es für wünschenswert, eine internationale Sachverständigenkommission aller an der Goldwährung interessierten Staaten nach Australien zu entsenden. „Wir hatten staatliche Expeditionen zur Beobachtung des Venusdurchgangs, zur Erforschung der Polarmeere usw., weshalb sollte nicht auch eine Kommission sich rechtfertigen lassen, welche den Auftrag erhielt, die rechten technischen Anleitungen zur Weiterentwicklung des Goldbergbaues für junge Kulturländer zu geben?“ [28]).

Der Süß'sche Pessimismus erweist sich nach Ruhland durchweg als unzutreffend und haltlos. Süß verkennt die Möglichkeiten der Goldproduktionssteigerung und, was ebenso wichtig ist, den Umwandlungsprozeß, in dem sich die Unternehmungsformen insofern befinden, als sich mit Hilfe des europäischen Großkapitals immer mehr der rationellere Großbetrieb durchsetzt.

Mit dem Artikel „Die australisch-nordamerikanische Landgesetzgebung“ [29]) kehrt Ruhland zu den ihn seit Beginn der achtziger Jahre beschäftigenden Fragen des Rechts am Grund und Boden zurück. Aber es ist nicht mehr der fanatische Theoretiker und Doktrinär, der die Probleme behandelt, sondern auf Grund rechtsvergleichender Studien baut sich eine sozialwissenschaftliche Untersuchung auf, die bereits starke geschichtsphilosophische Züge aufweist. Der Verfasser hat andere Länder gesehen. Sein Blick hat sich erweitert, und auf Grund einer alle Erdteile umspannenden Betrachtung gewinnt seine Auffassung nicht nur an konkreter Fülle, sondern auch an sozialphilosophischer Vertiefung. In dieser Zeit reift in ihm der Gedanke einer die Völker auf Grund ihrer sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung vergleichenden Methode

[27]) Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 1891, S. 506.
[28]) a. a. O. S. 545.
[29]) Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 1892, S. 41—78 und S. 280—313.

heran. „Wer die Geschichte der Völker tiefer zu fassen versteht, als sie die Reihe der Regenten und Verfassungen, die Tage der Schlachten, Kriegserklärungen und Friedensschlüsse darstellen, der findet auf dem Grunde aller Bewegung ein großes Prinzip, das bestimmend und gestaltend, in heilsamer wie in verderbenbringender Weise auf alles einwirkt, was für das Leben der Völker Bedeutung hat — und dieses Prinzip ist die Rechtsordnung für die Beziehungen der Einzelnen und der Gesamtheit zum Grund und Boden“ [30]). Es folgt der für Ruhlands weitere Entwicklung und die Vorbereitung seiner systematisch-geschichtsphilosophischen Ansichten charakteristische Satz: „Das Grundeigentumsrecht war nach meiner Überzeugung in der deutschen Geschichte nicht bloß der Knochenbau für die Organisation der Gesellschaft, sondern es war, der Funktion nach, gleichzeitig der gesellschaftliche Lohnregulator aller produktiven Arbeit, . . .“. „Und daß diese Regulierung auf eine Steigerung und nicht auf eine Minderung des Arbeitsverdienstes abzielte, bleibt das letzte Geheimnis für unsere über Griechenland und Rom hinaus fortschreitende Entwicklung“ [31]). Scharf lenkt Ruhland in die sozialrechtliche Betrachtungsweise, wie er sie bei Rodbertus kennengelernt hatte, ein. Auch alle Kolonisation betrachtet er als eine Geschichte der Landpolitik. Daher erachtet er es als außerordentlich wichtig, sich sowohl in bezug auf Australien als auch in bezug auf Nordamerika über die Entwicklung der Grundeigentumsordnung Rechenschaft abzulegen. Die Literaturübersicht, die er gibt, ist ein Beleg dafür, mit welchem Bienenfleiß er sich gerade auf seiner Auslandsreise in das ihm zur Verfügung stehende Material vertieft hat.

Ausgehend von Wakefields „A letter from Sydney“ (1829), schildert er dramatisch die Entwicklung der australischen Kolonisation, die sich ihm als ein Gemisch aus Räuberromantik, kapitalistischer Spekulation, kolonisatorischem Ehrgeiz, rücksichtslosem Egoismus und hemmungsloser Genußsucht darstellt. Alles in allem interessiert diese journalistisch geschickt aufgemachte Schilderung deswegen, weil Ruhland hier am australischen Beispiel die beiden Gegenpole moderner Wirtschaft, großkapitalistische, gewissenlose Spekulation auf der einen und harte, um die Lebensexistenz ringende Arbeit auf der anderen Seite, in Reinkultur beieinander hatte und ihre dialektische Wechselwirkung unmittelbar erlebte.

Gegen die Bodenreformer wie Henry George, Flürscheim und Hertzka wendet er sich schärfer als früher. Er verlangt, daß man sich in allen kolonisatorischen Fragen auf den harten Boden der Tatsachen stelle. Ein ausgesprochen antiutopischer Zug kommt in diesen Ausführungen zum Durchbruch. Es ist der Bauer, der aus ihm spricht, wenn es heißt: „Was einer Kolonie zum Blühen und Gedeihen namentlich am Anfang not tut, das sind kernige, gesunde Arme, die die

[30]) a. a. O. S. 41.
[31]) a. a. O. S. 41.

Kraft in sich fühlen, Berge zu versetzen und durch die Betätigung dieser Kraft auf Grund und Boden sich Reichtümer erwerben wollen, gleichviel unter welchen Zonen“ [32]).

Den Abschluß der Weltreiseberichte bildet die Studie „Aus dem Verfassungs- und Verwaltungsrecht des britisch-indischen Kaiserreichs“ [33]). Ruhland war insbesondere in Indien zu einer großen Anzahl nicht nur wissenschaftlicher Fachleute, Praktiker und Spezialisten, sondern auch Journalisten und Politiker in Beziehung getreten. Er schreibt selbst: „Auf diese Weise bin ich in den Besitz einer stattlichen Anzahl von Manuskripten gelangt, die ich zum Teil natürlich bei den verschiedenen von mir bereits veröffentlichten Berichten fleißig benutzt habe, zum größeren Teile werden dieselben vorläufig keine Verwendung finden“ [34]).

Eins der wertvollsten Manuskripte war der Bericht von B. H. Baden-Powell über das Verfassungs- und Verwaltungsrecht des britisch-indischen Kaiserreichs. Baden-Powell war damals anerkannt erste Autorität über anglo-indische Rechtsverhältnisse und erhielt später die Professur für in Indien geltendes Recht an der Universität Oxford.

Ruhland vermittelt in dem vorliegenden Aufsatz einen zusammenfassenden Bericht der Baden-Powellschen Niederschrift. Es interessiert ihn die ausgesprochen staatszentralistische Organisation der Verwaltung des Bodens in Indien. Im Gegensatz dazu hatte seinerzeit Schäffle die Bedeutung einer berufsgenossenschaftlichen, ständischen Organisation des Bauernstandes betont. Auf Grund seiner indischen Studien ist Ruhland der Überzeugung, daß eine Kombination beider Grundsätze die beste Lösung darstellt.

Im Sommer 1893 habilitierte er sich in Zürich und gab seine Stellung auf Schloß Grubhof auf. Am 4. August 1893 hielt er seine Probevorlesung: „Über die Grundprinzipien aktueller Agrarpolitik“ [35]). Bereichert durch die vielfältigen Erfahrungen in den Getreideproduktionsländern und mit wesentlich stärkerem Verständnis für die geschichtlichen Zusammenhänge, kehrt Ruhland zu dem ihn von Anfang an am tiefsten beschäftigenden Problem, nämlich zur Agrarfrage, zurück.

Zu Beginn ist er wieder der radikale Denker aus den achtziger Jahren: es kann sich nicht darum handeln, den notleidenden Landwirt unserer Tage zum Ausgangspunkt der aktuellen Agrarpolitik zu machen und durch „Hausmittelchen“ zu helfen. Das eigentliche agrarische Übel ist eine konstitutionelle Krankheit des sozialen Körpers. Noch stärker als früher tritt der Einfluß von Schäffles biologisch-medizinischer Betrachtungsweise hervor. Immer aber ist es Ruhland darum zu tun, die sozialen Krankheiten nicht nur zu erkennen, sondern sie auch zu behandeln, mit einem Worte: die politische Wendung zu vollziehen. „Die

[32]) a. a. O. S. 307.
[33]) Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 1893, S. 223—252 und S. 408—456.
[34]) a. a. O. S. 224.
[35]) Tübingen, H. Laupp, 1893.

eigentliche Agrarfrage ist eine Frage grundlegender sozialer Organisation, die ich erst dann begreife, wenn ich einen Standpunkt einzunehmen weiß, von dem aus ich Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft unseres Volkes gleich gut überschaue . . ." [36]). Dieser Standpunkt kommt in den Worten zum Ausdruck: „Die eigentliche Agrarfrage ist die Frage nach der Funktion von Grund und Boden im Leben des Volkes" [37]), eine These, die er von nun ab in den Vordergrund rückt.

Bisher hatte er durchgängig die Ansicht vertreten, daß die Einfuhr von Nahrungsmitteln für Deutschland eine Notwendigkeit bedeute, höchstens hatte er die Wirkungen der Weltmarktpreise auf die landwirtschaftliche Kostenberechnung ins Auge gefaßt. Jetzt dagegen ist sein Ziel darauf gerichtet, nachzuweisen, daß es für jedes Volk darauf ankomme und bei allen Völkern in der Geschichte darauf angekommen sei, die Brotversorgung im Inlande zu sichern.

Ruhland gibt zu: in den sechziger und siebziger Jahren haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse durch die Entwicklung der Verkehrswege und durch die Herausbildung des Weltmarktes grundlegend geändert. „Das Volk erscheint auf einmal in seiner Ernährung von der heimischen Landwirtschaft emanzipiert" [38]). Auf Grund praktischer Erfahrungen und theoretischer Erkenntnisse aber sieht er sich gezwungen, die Überzeugung auszusprechen, daß „die agrarpolitischen Ideen von dem Freihandel und der Weltwirtschaft vielleicht zu den gefährlichsten Irrtümern gehören, die der menschliche Geist je geboren" [39]).

Kein Zweifel: der vollständige Bruch mit den freihändlerischen Ideen ist da. Ruhland hält es für einen schweren Fehler der deutschen Wirtschaftspolitik, wenn sie sich allzu sehr das Beispiel Englands vor Augen hält. Für England sei die im Anschluß an die Ideen von Adam Smith innegehaltene Politik durchaus richtig gewesen, aber es sei grundfalsch für Deutschland, sich die exportindustrielle Entwicklung Englands zum Vorbild zu nehmen. Er argumentiert: Die heute noch überwiegend ackerbautreibenden Staaten wollen von internationaler Arbeitsteilung nichts wissen und „mit einer Energie, die an Rücksichtslosigkeit nichts zu wünschen übrig läßt", suchen sie sich von der europäischen Industrie zu emanzipieren. Daraus aber ergibt sich: die sogenannte auswärtige Getreidekonkurrenz kann nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Er weist darauf hin, daß für Nordamerika selbst Sering zu dem Ergebnis kommt, die Zukunft habe entschieden mit einer rückläufigen Bewegung der Getreideausfuhrziffern zu rechnen. Während also Ruhland selbst noch in dem Bericht an das Auswärtige Amt die Ansicht vertreten hatte, daß an ein bevorstehendes Ende der überseeischen Konkurrenz nicht zu denken sei [40]), ist er jetzt in der

[36]) a. a. O. S. 7.
[37]) a. a. O. S. 7.
[38]) a. a. O. S. 8.
[39]) a. a. O. S. 8.
[40]) „Gegengutachten", S. 117.

Beurteilung dieser Möglichkeiten durchaus skeptisch, ja er behauptet sogar, „daß die heutige Entwicklung in all ihren Linien auf das baldige Verschwinden der auswärtigen Konkurrenz hindeutet“ [41]).

Dies aber besagt: Jeder Staat muß sich auf seine Wirtschaftskräfte im Innern des Landes besinnen. „Die Selbständigkeit eines Staates ist kein bloß juristischer Begriff. Die Selbständigkeit eines Staates muß einen wirtschaftlichen Kern umschließen, der der feste Körper ist, um den sich das Imperium schlingt“ [42]).

Er ist der Überzeugung: das Schwergewicht der wirtschaftlichen Versorgung eines Landes muß im Inland ruhen und darf nicht an die Enden der Welt verlegt werden. Vor allem eins: eine unverhältnismäßige Ausbreitung der Stockwerke für Industrie und Handel „bei gleichzeitiger Rückbildung des landwirtschaftlichen Parterres“ muß über kurz oder lang zum Zusammenbruch führen.

Jede Volkswirtschaft muß eine organische Einheit bilden. Alle Wirtschaftszweige sollen gleichmäßig zur Entwicklung gebracht werden. Damit ist er aber zugleich zu der seine Wirtschaftspolitik von nun an bestimmenden Forderung gelangt: „Das Land soll in der Regel das Brotgetreide für das Volk bauen“ [43]). Agrarpolitisch erfordert dies: die Landwirte stärkstens zu intensiver, den Ertrag steigernder Bewirtschaftung des Bodens anzuhalten und möglichst viel Boden für den Getreideanbau nutzbar zu machen.

Der Verfolgung dieser Ziele steht ein schweres Hemmnis im Wege: die Verschuldung des Grundbesitzes. Es ist grundfalsch anzunehmen, die auswärtige Konkurrenz sei die Ursache dieser Verschuldung; denn in Deutschland reichen die Wurzeln der landwirtschaftlichen Kapitalnot bis in die zwanziger Jahre zurück, und in allen übrigen Ländern der Erde treten genau die gleichen Krisenerscheinungen auf. Dabei handelt es sich zum weitaus überwiegenden Teil um bei der Wirtschaftsgründung entstandene Restkaufschillinge oder um Erbschaftsgelder. Da die Verschuldungsgefahr im umgekehrten Verhältnis zur Besitzgröße wächst, so trifft das Übel vor allem die mittleren und kleineren Betriebe.

Als die eigentliche Wurzel der agrarischen Schäden ist der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit bei fortschreitender Produktivität zu betrachten. Das Agrarrecht der Zukunft muß den natürlichen Grundsatz einführen: Der freien Arbeit auf eigenem Boden ungeschmälert ihren Arbeitsertrag als Arbeitslohn! Die Voraussetzung hierfür ist, daß bei jeder Handänderung des Grundbesitzes der wahre Wert des Bodens zur Geltung gebracht wird.

Es sind im Grunde die alten Forderungen Ruhlands, aber sie sind in größere und zum Teil neue Zusammenhänge hineingestellt.

---

41) Über die Grundprinzipien aktueller Agrarpolitik, S. 10.
42) a. a. O. S. 11.
43) a. a. O. S. 12.

Er schloß seine Züricher Probevorlesung mit den Worten aus Chamissos Gedicht „Das Riesenspielzeug“: „Es sproßt der Stamm der Riesen aus Bauernmark hervor“, Worte, die er auch später gern wiederholt hat.

C. Zwischen Politik und Wissenschaft

Am 9. August 1893 wurde Ruhland von der Erziehungsdirektion des Kantons Zürich die venia legendi für Nationalökonomie erteilt. Im Wintersemester 1893/94 war er beurlaubt. Im Sommersemester 1894 las er „Über aktuelle Agrarpolitik der mitteleuropäischen Staaten“.

Bereits am 8. Dezember 1893 war ihm mit Entziehung der venia legendi gedroht worden, wenn er seinen Wohnsitz nicht nach Zürich verlege. Er kam dieser Aufforderung zwar nach und gab eine Züricher Adresse an, aber er hat in den folgenden Semestern nicht mehr gelesen. Für das Sommersemester 1895 wurde er noch einmal beurlaubt, gleichzeitig aber darauf aufmerksam gemacht, daß weiterer Urlaub ohne zwingenden Grund nicht mehr erteilt werden könne. Am 13. Juli 1895 ist dann die venia legendi „als dahingefallen erklärt worden“.

Seine Antrittsvorlesung hat Ruhland am 3. März 1894 über das Thema „Das nahende Ende der auswärtigen Getreidekonkurrenz“ [44]) gehalten.

Die über die früheren Ausführungen hinausgehenden Gedanken sind folgende: Es ist nicht richtig, auf Grund der internationalen Arbeitsteilung zwischen Industriestaaten und Agrikulturstaaten zu unterscheiden. Jeder Agrikulturstaat entwickelt im Laufe der Zeit seine Industrien und sucht sich von der europäischen Industrie unabhängig zu machen. „Kein selbständiges Staatengebilde der Welt will länger als absolut notwendig auf der niedrigeren Entwicklungsstufe des Agrikulturstaates beharren. Daraus erwächst heute schon die ernste Frage: was soll aus der industriellen Konkurrenz bei dieser scharfen Schutzzollpolitik der aufstrebenden Staaten noch alles werden?“ [45]).

Streng unterscheidet Ruhland zwischen den Möglichkeiten der Entwicklung in Nordamerika einerseits und in Rußland, Indien, Südamerika sowie Kleinasien anderseits. Nur in Nordamerika habe die Verbindung von liberaler Gesetzgebung, moderner Verkehrstechnik und zur Verfügung stehendem Kapital diejenigen Exportmöglichkeiten geschaffen, die Europa für eine gewisse Zeit mit Getreide überschwemmen konnten. Während sich in Nordamerika die Anbaufläche immer mehr vergrößert habe, sei sie in Rußland und Indien so ziemlich dieselbe geblieben. Es sei anzunehmen, daß die russische und die indische Konkurrenz in nächster Zeit bei weitem nicht mehr die Rolle spielen werden wie jetzt. Er glaubt sogar nachweisen zu können, daß sich schon seit der Mitte der achtziger Jahre die „sichtbaren Vorräte“ auf dem Weltmarkte

[44]) „Über das nahende Ende der auswärtigen Getreidekonkurrenz“, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 1894, S. 659—671.
[45]) a. a. O. S. 660.

dauernd vermindert haben und daß für den Preisrückgang in erster Linie die Schutzzölle verantwortlich gemacht werden müßten, weil sie zu Stauungen der Getreidevorräte geführt hätten. Die Schutzzölle hätten den Weltmarktpreis um den vollen Zollbetrag geworfen. Alle Erscheinungen deuten nach Ruhland darauf, daß die auswärtige Konkurrenz auf dem Getreidemarkt bald zu Ende sei.

Über die Entwicklungsmöglichkeiten des Getreidebaues in Deutschland denkt er sehr optimistisch und führt als Beispiel das Klostergut Hadmersleben in der Provinz Sachsen an, „auf welchem diese Verbesserungen heute am weitesten gediehen sind" und dessen Besitzer Heine sich um die Intensivierung des Getreidebaues hervorragende Verdienste erworben hat. Ruhland geht sogar so weit, zu behaupten, der intensive Betrieb charakterisiere sich durch eine fortschreitende Emanzipation von den Witterungsverhältnissen und zeichne sich durch überraschende Stabilität aus. Er gibt zu: auch in Rußland und Indien seien die Ausdehnungsmöglichkeiten für den Getreidebau ganz enorm, aber der russische und der indische Bauer eignen sich nicht für eine derartige intensive Kultur. „Und so geht ein tiefer Unterschied zwischen der Produktionsmöglichkeit an sich und der Wahrscheinlichkeit in der Entwicklung durch die ganze Welt" [46]).

Die Periode der Industrialisierung und Verstädterung zieht bei allen Völkern die Krisis in der Brotversorgung nach sich. „Hat diese . . . Periode erst einmal begonnen, dann ist vom Getreideüberschuß zum Getreidemangel nur mehr ein Schritt. Und hat der Getreidemangel erst eingesetzt, dann wird das Defizit in raschem Tempo immer größer, wie die Erfahrungen von England und Deutschland genügend belegen" [47]).

Ruhland hatte sich zwar in Zürich habilitiert, aber es fehlte ihm an einer festen, ein genügendes Einkommen sichernden Lebensstellung. Daher sah er sich nach neuen Möglichkeiten der Betätigung um.

Im Herbst 1893 besuchte er in München Lujo Brentano, der ihn aufs freundlichste empfing. In der Zeit vom 12. bis 22. Oktober 1893 veröffentlichte dann aber Ruhland in den „Münchener Neuesten Nachrichten" diejenige Artikelserie, in der er den freihändlerischen und kathedersozialistischen Professoren den Kampf ankündigte und sie als verständnislos für die wahren Nöte der Landwirtschaft bezeichnete.

Der erste Artikel „Das nahende Ende der auswärtigen Getreidekonkurrenz" [48]) ist eine straffe Zusammenfassung der später in der Züricher Antrittsvorlesung vorgetragenen Gedanken. Hervorzuheben ist der Hinweis auf die moderne Technik des Welthandels, insbesondere auf die Organisation der Börsen. Erstmalig führt er an, daß in dieser Zeit die Getreidespekulation ihre Erfolge dem à la baisse-Spiel ver-

[46]) a. a. O. S. 667.
[47]) a. a. O. S. 669.
[48]) Münchener Neueste Nachrichten, 1893, 12. Oktober.

dankt habe, während die Bemühungen der à la hausse-Partei immer wieder kläglich zusammengebrochen seien. „In solchen Fällen nimmt die Börse förmlich dem Volk das Brot vom Munde weg, um am Ultimo den Corner niederzuwerfen." In der Beurteilung der auswärtigen Getreidekonkurrenz versteigt er sich sogar zu der Behauptung, daß vielleicht schon in den nächsten zehn Jahren deren Ende gekommen sei.

Der zweite Artikel „Die Agrarfrage und ihre Grundprinzipien" [49]) setzt die vorangegangenen Gedankengänge fort: Im Inland kann der Getreidebau noch ganz erheblich gesteigert werden, aber technische Möglichkeit und ökonomische Leistungsfähigkeit stehen einander entgegen. Haupthindernis sind die landwirtschaftlichen Schulden, so daß die Frage der Brotversorgung des Volkes zur Verschuldungsfrage der Landwirtschaft wird. Die sozialpolitische Forderung muß lauten: „Der freien Arbeit auf eigenem Grund und Boden ihr voller Arbeitsertrag als Arbeitslohn", der klassische Grundsatz bäuerlicher Mittelstandspolitik, die goldene Regel für den Bauer, der Arbeiter und Besitzer zu gleicher Zeit ist.

Der dritte Artikel „Das Agrarprogramm des Vereins für Sozialpolitik" [50]) ist ein Bericht über die am 20. und 21. März 1893 vom Verein für Sozialpolitik über die Agrarfrage geführten Verhandlungen. Begeistert stimmt Ruhland den Ausführungen Otto Gierkes zu, der sich auf dieser Tagung mit den Fragen des Eigentums an Boden „nach dem Geiste der germanischen Rechtsordnung" befaßte und scharf die „Vogelfreiheit der Handelsware" der völkischen Gebundenheit des Grundeigentums gegenüberstellte [51]). Eindringlich hatte Gierke darauf hingewiesen, daß durch die herrschende, wesentlich römischrechtlich bestimmte Privateigentumsordnung alles und damit auch der Boden dem internationalen Kapital in die Hände gespielt werde. Warnend hatte er verkündet: „Der Anfang vom Ende unseres Volkslebens" wäre gekommen, wenn „das Börsenkapital der oberste Herr des Landes und der Regulator der Besitzverteilung würde". Seine Forderung lautet: das Landgut muß als „soziale Position" behandelt werden. Damit gab er der sozialrechtlichen Auffassung des ländlichen Grundeigentums ihre Formulierung. Offenbar ist Ruhland durch die Ausführungen des berühmten Juristen in seinen eigenen Ansichten bestärkt worden. Das Jahr 1893 bedeutet für ihn insofern einen Wendepunkt, als er von nun ab in wachsendem Maße seine Angriffe gegen das internationale Kapital und die Börsen führt.

In dem vierten Artikel „Das Agrarprogramm der Agrarfrage" [52]) nimmt er Gierkes deutschrechtliche Gedanken auf und verfolgt ihre Konsequenzen für die Landwirtschaft.

Der letzte Artikel „Die Einführung der Agrarreform" [53]) verlangt eine großzügig angelegte, auf den Kern der Sache dringende, das

[49]) ebenda, 15. Oktober.
[50]) ebenda, 19. Oktober.
[51]) Vgl. Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik, Leipzig, 1893, S. 163—178.
[52]) Münchener Neueste Nachrichten, 1893, 20. Oktober.
[53]) ebenda, 22. Oktober.

agrarische und damit das allgemeine soziale Übel an der Wurzel packende Behandlung aller mit dem Boden und den Fragen nationaler Selbsterhaltung in Zusammenhang stehenden Probleme. „Für den landwirtschaftlichen Grundbesitz haben wir noch kein ähnliches grundlegendes Werk wie ‚Das Kapital'." „Wir haben auch deshalb heute zwar überall „Kathedersozialisten", aber noch keinen einzigen ‚Kathederagrarier" [54]). Am Schluß wendet er sich mit auffallender Schärfe gegen den agrarpolitischen Betrieb auf den deutschen Hochschulen und spricht den Professoren das Verständnis für eine vertiefte Behandlung agrarpolitischer Fragen ab.

Hatte Ruhland schon in diesem letzten Artikel den deutschen Hochschulprofessoren den Fehdehandschuh hingeworfen, so brach der Streit offen aus, als Lujo Brentano am 16. Dezember 1893 in der „Juristischen Gesellschaft" zu München einen Vortrag über das Thema „Gebundenheit und Teilbarkeit des ländlichen Grundeigentums" hielt, in dem er über Ruhland folgendes sagte [55]): „Unsere Gesellschaft nennt sich „Juristische Gesellschaft". Den Juristen aber versicherte unlängst Dr. Ruhland, daß sie ebenso inkompetent seien, sich über sein agrarpolitisches Programm ein Urteil zu bilden, wie der Apotheker über die Zweckmäßigkeit der von einem Arzt verschriebenen Rezepte" [56]).

Über die Durchführung der von Schäffle und Ruhland geforderten Inkorporation des Hypothekarkredits sagte Brentano: „Nach Ruhland soll es gänzlich verboten sein, einem Kauflustigen zum Erwerb eines Gutes zu leihen. Damit die Reicheren in den Monopolbesitz des Grund und Bodens billiger gelangen können, sollen die Ärmeren von jedem Wettbewerb um denselben ausgeschlossen sein. Dieses Projekt bedeutet also nichts anderes als eine Steigerung des Monopolcharakters des Grund und Bodens im Interesse der Besitzenden, als einen verstärkten Ausschluß deer Ärmeren unter den Befähigten". Damit hatte Brentano diejenige Stelle berührt, in der seine Ansichten über das Grundeigentum von denjenigen Ruhlands am stärksten abwichen. Während nämlich Ruhland die Gutskäufer davor bewahren will, beim Erwerb des Bodens übermäßig hohe Preise, was vor allem für den kleineren Grundbesitz gilt, zu bezahlen, sie vor allzu starker Kreditinanspruchnahme schützen und daher die landwirtschaftlichen Güter nur denjenigen, die genügend Eigenkapital zur Verfügung haben und in der Landwirtschaft bewandert sind, zusprechen will, ist das Ziel Brentanos darauf gerichtet, den Zu-

---

[54]) Es ist anzunehmen, daß im Anschluß an diese Äußerung Ruhlands seine Feinde, insbesondere Brentano, ihn als den „Karl Marx der Agrarier" bezeichnet haben.

[55]) Allgemeine Zeitung, 1893, Beilage Nr. 295 und 296.

[56]) In seiner Züricher Probevorlesung hatte Ruhland geschrieben: „Was ist ein Jurist? Ein Apotheker, bei dem der Sozialpolitiker als Arzt sein Rezept abgibt, um es nach den Grundsätzen der Arzneimittellehre zusammengestellt zu erhalten." Diese Bemerkung Ruhlands ist darauf zurückzuführen, daß ihm seinerzeit von einigen Juristen der Vorwurf der „Projektenmacherei" gemacht worden war. Er ist der Ansicht, daß ein reiner Jurist in der Agrarfrage nicht mitreden kann.

gang zum Grund und Boden jedem offenzuhalten, ob er genügend eigene Mittel besitzt oder nicht, ob er etwas von der Landwirtschaft versteht oder nicht.

Schwer mußte es Ruhland kränken, als Brentano von dem „handgreiflich utopischen Charakter" der Idee des wahren Wertes des Bodens sprach und mit den Worten schloß: „Fort mit allen Projekten, welche, indem sie in antisozialer Weise den Landbesitz zum Reservatrecht der jeweils kapitalkräftigsten Kreise machen, die Wirkung hätten, den natürlichen Monopolcharakter des Grund und Bodens noch mehr zu steigern!"

An den Vortrag knüpfte sich eine Diskussion, an der sich auch Ruhland beteiligte, und in der er zunächst rein sachlich konstatierte, daß Brentano seine agrarpolitischen Ansichten falsch verstanden habe.

Am 20. und 21. Dezember erschien der Brentanosche Vortrag in der Beilage der „Allgemeinen Zeitung" mit einer sehr gehässigen Bemerkung, in der auf das „geradezu klägliche Ergebnis" der Ruhlandschen Tätigkeit im Salzburgischen hingewiesen wurde. Diese von Brentano stammende Fußnote war ganz besonders verletzend, weil sie sich nicht auf Tatsachen, sondern nur auf Gerüchte stützte. Auf jeden Fall hat später Schmidtmann im Prozeß „Ruhland contra Biermer" diese Behauptung widerlegt.

Es ist durchaus zu verstehen, daß der um seine wissenschaftliche, aber auch um seine wirtschaftliche Existenz hart ringende Ruhland sich schwer beleidigt fühlen mußte, sprach doch aus den Worten Brentanos, der sonst wegen seiner Sachlichkeit geschätzt war, kalter Haß.

Ruhland war eine ausgesprochene Kämpfernatur. Daher zog er sich nicht grollend zurück, sondern nahm, nachdem die „Allgemeine Zeitung" seine „tatsächliche Berichtigung" nicht hatte aufnehmen wollen, Gelegenheit, in der Schrift „Agrarpolitische Leistungen des Herrn Professor Dr. Lujo Brentano oder die alte und die neue Schule kritisch beleuchtet" [57]) mit Brentano abzurechnen.

Abgesehen von der persönlichen Auseinandersetzung, enthält die Schrift sachlich einige Richtigstellungen und unter der Überschrift „Mein Agrarprogramm" eine gedrängte Zusammenfassung von Ruhlands agrarpolitischen Forderungen, die — offenbar unter dem Druck der Gegenargumente — an innerer Geschlossenheit und Reife der Darstellung gegenüber den früheren, oft etwas weitschweifigen Ausführungen stark gewonnen hat.

Er wendet gegen Brentano ein, daß seine Lehre vom „natürlichen Wert" („Buchwert") von der „unbestritten hervorragendsten Autorität auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Betriebs- wie Taxationslehre", Professor Krämer in Zürich, als eine „höchst beachtenswerte neue

[57]) München, 1894.

Idee" bezeichnet worden sei. Was den Vorwurf der „fortwährenden Änderung" anbelangt, so weist er darauf hin, daß er für alle aus seinem Agrarprogramm notwendig folgenden Funktionen zunächst die Gemeinde ausersehen habe, daß ihm aber dann der Schäfflesche Plan einer berufsgenossenschaftlichen Organisation des Bauernstandes einleuchtender erschienen sei.

Eine Bemerkung Ruhlands ist ganz besonders wichtig und aufschlußreich zur Beurteilung seiner inneren Entwicklung: er richtet an Brentano die Aufforderung, „in Zukunft eine Unterscheidung eintreten lassen zu wollen, die zwar seiner wissenschaftlichen Methode fremd ist, aber nichtsdestoweniger volle Beachtung verdient: ich meine die Unterscheidung zwischen dem theoretischen Prinzip und dem praktischen Programm der Einführung. Deutlich liegt hier eine Bestätigung für die Annahme vor, daß er nunmehr zwischen den idealen Setzungen und der Verwirklichung, zwischen dem, was eines Tages sein soll, und dem, was in der Gegenwart realpolitisch geschehen muß, streng scheidet, eine Feststellung, die umso bedeutungsvoller ist, weil sie geeignet erscheint, mancherlei Widersprüche in seinen Äußerungen zu klären.

Bereits in den „Agrarpolitischen Leistungen" hatte Ruhland auf das bevorstehende Erscheinen eines neuen Werkes hingewiesen. Es ist der „Leitfaden zur Einführung in das Studium der Agrarpolitik" [58]), das erste akademische Lehrbuch Ruhlands, das zweifelsohne zu seinen nicht nur am besten geschriebenen, sondern auch inhaltlich abgeklärtesten Veröffentlichungen gehört.

Ruhlands Programm will in zweifachem Sinne ein System sein: erstens theoretisch insofern, als „streng logisch" verfahren werden soll, und zweitens politisch insofern, als entsprechend dem Ausspruch des preußischen Finanzministers Miquel Nationalökonomie die Summe der Konsequenzen ist, die gezogen werden aus dem jeweiligen Zustande der gewerblichen, industriellen und sozialen Entwicklung, mit anderen Worten: Nationalökonomie eine politische Wissenschaft im eigentlichen Sinne des Wortes sein soll. „Eine Schule ohne Politik und zwar ohne weitaussehende praktische Politik erzeugt unreife Männer [59]).

Dem kurzen geschichtlichen Überblick über das Merkantilsystem, das physiokratische System, das englische Freihandelssystem und das sozialistische System liegt die schon früher geäußerte Überzeugung zugrunde, daß jede Zeit aus sich heraus die ihr adäquaten wirtschaftlichen Ideen entwickelt und daher die nationalökonomischen Systeme nicht ohne weiteres auf andere Völker sowie andere Zeiten angewendet werden können.

Ausführlich widerlegt er den sozialistischen Glauben an die technische Überlegenheit und den wirtschaftlichen Sieg des Großbetriebs in der Landwirtschaft.

[58]) Berlin, Verlag von Paul Parey, 1894.
[59]) Ruhland: Leitfaden zur Einführung in das Studium der Agrarpolitik. S. IV.

Die tragenden Gedanken des Buches sind in dem Abschnitt „Der Freihandel und die Agrarfrage" enthalten. Erstmalig gibt hier Ruhland eine zusammenfassende Darstellung seiner Auffassung über die Prinzipien der Freihändler und der Schutzzöllner.

Er führt aus: Der Gegensatz zwischen Freihandel und Schutzzoll ist kein grundsätzlicher. Es lassen sich danach die verschiedenen nationalökonomischen Systeme nicht gruppieren; denn grundsätzlich stehen die Schutzzöllner auf demselben theoretischen Boden wie die Freihändler.

Die Bezeichnung „Freihändler" gebraucht Ruhland im eigentlichen, ursprünglichen Sinne des Begriffs Freihandel, also „Freihandel" als ungebundener Handel, ungehemmter Verkehr, nicht in der handelspolitischen Einengung. Demgemäß versteht er unter Freihändler jeden Nationalökonomen, der „in der Agrarfrage grundsätzlich auf dem Boden der Adam Smithschen Schule steht", der also die theoretische Grundlage dieser Lehre nicht verläßt. Daher die Worte: „Unsere meisten Schutzzöllner sind Freihändler reinsten Wassers". Grundsätzlich betrachtet er sie als „abtrünnige und inkonsequente Brüder der Freihändler". Da sie die freie Konkurrenz auf dem Grundmarkte aufrechterhalten, den Boden wie eine Ware behandeln und nur mit Behelfsmitteln operieren, so wendet er sich in dem „Leitfaden", der ja die agrarischen Fragen grundlegend behandeln will, mit besonderer Schärfe gegen die Schutzzollpolitik. „Man verlangt Rechte und Begünstigungen für den Besitz, ohne auch Pflichten dafür in den Kauf zu nehmen. Man erstrebt von der Gesamtheit Opfer aus dem Interessengesichtspunkt der Landwirte! Das alles sind in der Tat Inkonsequenzen, welche sich nur dadurch erklären lassen, daß man sich der Schutzzollagitation mit einer gewissen Mißachtung der Wissenschaft und also des systematischen Denkens anfänglich hingegeben hat und jetzt glaubt, in dieser rein praktischen Weise die ganze Agrarfrage lösen zu können" [60]). Das Ergebnis lautet: Der Schutzzoll ist eine rein praktische Maßregel von vorübergehender Bedeutung. Ruhland sieht also weiterhin die alleinige „logische" Lösung der Agrarfrage in der Durchführung seines radikalen Programms, während er in der Einführung von Schutzzöllen nur eine realpolitische Maßnahme von kurzfristiger Wirkung erblickt.

Wie in den achtziger Jahren, so ist er auch noch zu Beginn des Jahres 1894 Gegner des Bimetallismus. Er gibt in dem „Leitfaden" eine eingehende Darstellung und Kritik aller damit zusammenhängenden Fragen [61]). Weder das Argument, daß die Golddecke für Währungszwecke zu kurz sei und daher die Preise sinken, noch dasjenige, daß die Goldwährung die Schuldenlast der Landwirte erschwere, läßt er gelten. Wie im Jahre 1891 macht er gegen die Süß'sche Theorie

[60]) a. a. O. S. 26—27.

[61]) Die Ausführungen (a. a. O. S. 29 ff.) stimmen weitgehend mit dem Artikel „Zwei bimetallistische Theorien" aus der Frankfurter Zeitung vom 5. Februar 1894 überein.

geltend, daß die Verbesserung der bergbaulichen Technik und vor allem die mit europäischem Großkapital betriebenen Unternehmungen eine wesentliche Steigerung der Goldgewinnung bewirken würden.

Das nationale Unglück schlechthin erblickt er darin, daß der Grundbesitz aufgehört hat, Grundlage der Brotversorgung des Volkes und damit der volkswirtschaftlichen Lohnregulierung zu sein. Er ist nicht mehr die Achse, um die sich das wirtschaftliche Leben der Nation dreht. An seine Stelle sind die Städte und hinter sie der Weltmarkt getreten.

Die agrarpolitische Kernfrage lautet: Soll die durch intensiveren Betrieb verursachte Ertragssteigerung als Zuwachs des Arbeitslohnes behandelt werden und sich der Wertzuwachs der Grundstücke auf das nachweisbar investierte Kapital beschränken? Oder soll die durch intensiveren Betrieb verursachte Ertragssteigerung immer wieder kapitalisiert zum Grundwert geschlagen werden, während der Arbeitslohn seine ursprüngliche durchschnittliche Höhe beibehält?

Weiterhin verteidigt Ruhland das Schäfflesche Inkorporationsprogramm. Eine Verschuldungsgrenze will er nur für den Erbfall zulassen. Er wendet sich gegen die Bevorzugung des Anerben. Rücksichten auf bevölkerungspolitische Erwägungen läßt er nicht gelten. Er behauptet, der Freihändler gefalle sich darin, den Bauer zu beschimpfen, er möchte ihn ins Schlepptau des kapitalistischen Wirtschaftsdenkens bringen. Demgegenüber will er die Trennung von Stadt und Land aufrechterhalten wissen. Er weist jede Art von Amerikanisierung der Landwirtschaft energisch zurück. „Unser Bauer soll bleiben, was er ist“ [62]).

Schäffle hatte für das in Ruhlands Denken heranreifende nationalökonomische System den Ausdruck „Agrarismus“ gebraucht, und Ruhland nimmt im „Leitfaden“ diese Bezeichnung für sein landwirtschaftsfreundliches System an [63]). Er fügt aber hinzu, damit seien die früheren Systeme nicht erledigt, sondern jedes gehe mit der ihm eigenen Teilwahrheit in die Gegenwart ein, bleibe ihr als Moment eingeschichtet.

„Die Adam Smith'sche Theorie von der Reichtum erzeugenden Kraft der Arbeit und von der internationalen Arbeitsteilung ist jener Entwicklungsepoche der englischen Volkswirtschaft entlehnt, in welcher man mit Hilfe einer besonders fortgeschrittenen Arbeitstechnik durch eine im großen Stile vorgenommene Stoffverschiebung aus anderen Ländern sich bereichert hat“ [64]).

Über die Sozialisten sagt er: „Der fast sachlich gewordene Begriff der Arbeit ist durch sie wieder zur Persönlichkeit der Arbeiter geworden, als dem Subjekt und Träger des Zweckes in der Wirtschaft gegenüber dem zugehörigen Objekt als Mittel. An die Stelle des selbstherrlichen

[62]) a. a. O. S. 54.
[63]) a. a. O. S. 58.
[64]) a. a. O. S. 59.

Einzelnen ist der Begriff der sozialen Gesamtheit getreten, welcher der Einzelne schlechthin unterworfen ist und von der er unbedingt beherrscht wird“ [65]).

Der Winter 1893/94 ist diejenige Zeit, in der Ruhland innerlich am stärksten hin- und hergeworfen war, politisch zwischen verschiedenen Richtungen schwankte. Eins trat deutlich zutage: sein Herz gehörte nicht der „reinen Wissenschaft“. Seinen Züricher Dozentenverpflichtungen ist er höchst ungenügend nachgekommen. Mögen ihn dabei auch pekuniäre Sorgen mit bestimmt haben, entscheidend war: es drängte ihn, sich in der Politik zu betätigen, für die Volksgemeinschaft zu wirken und als Nationalökonom den Weg der Verwirklichung seiner agrarischen Ideen zu beschreiten.

Die Entscheidung, wem er sich anschließen sollte, ist ihm schwergefallen.

Dem Zentrum stand er durch enge Freundschaftsbande mit führenden Katholiken, vor allem mit Georg Ratzinger, nahe. Auch war nicht zu verkennen, daß der immer stärker hervortretende sittliche Einschlag seiner volkswirtschaftlichen Ansichten auf die Verwandtschaft mit der christlichen Lehre hindeutete.

Anderseits schälte sich in seinem Denken immer mehr ein sozialistischer Kern heraus. Zweifelsohne: Ruhland war Sozialist, aber er war es in einem Sinne, der sich in keiner Weise mit dem Marxismus deckte, ging er doch nicht wie Karl Marx vom Industriearbeiter, sondern vom Bauern aus, war sodann sein Ziel nicht klassenegoistisch, sondern gemeinschaftspolitisch bestimmt.

Mit den Liberalen verbanden ihn die geldtheoretischen Ansichten, in denen er die Goldwährung gegenüber den bimetallistischen Forderungen verteidigte.

Die Erfahrungen auf den Schmidtmannschen Gütern [66]) hatten ihn gelehrt, daß die marxistische These von dem Siege des Großbetriebes für die Landwirtschaft keine Gültigkeit besitze. Damit war die Stellungnahme, wie sie Karl Kautsky als getreuer Anhänger von Karl Marx in seiner „Agrarfrage“ niedergelegt hatte, für Ruhland überwunden. Er wurde dadurch in der Verfolgung seiner mitttelstandspolitischen Zielsetzungen bestärkt, und es befestigte sich in ihm der Gedanke, daß der Sozialismus „revidiert“ werden müsse, ja er hat es offenbar eine Zeitlang für möglich gehalten, durch eine solche Schwenkung den Sozialismus mit seinen eigenen Ideen in Einklang zu bringen. Sicherlich: mochte dieser Plan gedanklich seine Berechtigung haben, politisch war er in Anbetracht der Haltung der damaligen Sozialisten verfehlt.

[65]) a. a. O. S. 59—60.

[66]) Eigentlich handelte es sich nicht um einen Großgrundbesitz im Sinne eines Großbetriebes. Tatsache war, daß 41 Bauerngüter in gemeinsamen Besitz gekommen waren und nach einheitlichen Grundsätzen bewirtschaftet wurden.

Da nun die sozialdemokratische Partei bei ihren Verhandlungen in Frankfurt a. M. (1894) auf Grund der Stellungnahme des Abgeordneten v. Vollmar zu der Agrarfrage von ihrer bisherigen radikalen Auffassung abging und so die „revisionistische Bewegung" aufkam, wurde Ruhland dazu verführt, sich als den „Vater des Revisionismus in der Sozialdemokratie" [67]) zu betrachten. In Wirklichkeit hatte der Revisionismus seinen historischen Ursprung in der sozialdemokratischen Bewegung selbst. Hierfür sind die Schriften von Eduard Bernstein und Eduard David der beste Beleg. Damit soll nicht in Abrede gestellt werden, daß in Ruhland während seines Münchener Aufenthalts ähnliche Gedanken herangereift sind, und daß er sich Sozialdemokraten gegenüber in diesem Sinne geäußert hat. Bereits in den achtziger Jahren hatte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" in einer Besprechung behauptet [68]), Ruhlands „wahrer Wert" sei auf sozialdemokratische Tendenzen zurückzuführen. Mit Recht hatte Ruhland damals diese Unterstellung zurückgewiesen. Er schrieb: „Was bei der Produktion sich ergibt, ist unseres Erachtens ganz Arbeitserfolg und damit im weiteren und eigentlichen Sinne Arbeitslohn." Diese Auffassung stimme aber nur scheinbar mit dem Grundsatze des wissenschaftllichen Sozialismus („nur die Arbeit ist wertbildend") überein; denn, so fährt er fort, „wir unterscheiden uns davon zunächst deshalb, weil wir nicht die englische Dreiteilung in Kapitalisten, Grundbesitzer und Arbeiter, sondern die Persönlichkeit des selbständigen Unternehmers voraussetzen" [69]).

Was nun die tatsächlichen Vorgänge im Winter 1893/94 anbelangt, so ist zunächst festzustellen, daß Ruhland trotz der Züricher Habilitation seinen Wohnsitz in München behielt. Er ist damals zu dem v. Vollmarschen Organ, der „Münchener Post", in Beziehung getreten. Die Verhandlungen im Prozeß „Ruhland contra Biermer" haben ergeben, daß Ruhland Ende 1893 oder Anfang 1894 des öfteren in das Geschäftslokal dieser Zeitung gekommen ist, um parteipolitische Broschüren zu kaufen. Daraus haben sich Gespräche und schließlich Verhandlungen entwickelt. Offenbar wollte Ruhland im Dienste eines Ausgleichs zwischen der Bismarckschen Wirtschaftspolitik und dem Sozialismus Artikel in die „Münchener Post" bringen. Auf jeden Fall suchte er die Verbindung mit der Sozialdemokratie nicht aus parteipolitischen Gründen, sondern irgendwie wollte er einer zu gleicher Zeit nationalen und sozialistischen Politik die Wege ebnen, war sich dabei allerdings über die einzuschlagende Richtung und die vorhandenen Möglichkeiten nicht im klaren.

Zur Verfolgung seiner Ziele hat er damals auch die Verbindung mit der „Frankfurter Zeitung" aufgenommen und gelegentlich über die Fragen der Getreideversorgung Deutschlands berichtet, traten doch gerade die agrarischen Fragen 1893 im Zeichen der beginnenden argentinischen

[67]) Vgl.: Der Privatbeleidigungsprozeß Ruhland contra Biermer. Gießen 1909, S. 159.
[68]) Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 1885, S. 253—254.
[69]) a. a. O. S. 329.

Konkurrenz und der verstärkten politischen Aktivität der Agrarier (Anfang 1893 war unter dem Freiherrn von Wangenheim der „Bund der Landwirte" gegründet worden) wieder in den Vordergrund. Ruhland muß sich damals auf Grund seines radikalen Agrarprogramms sehr skeptisch über die Getreidezölle geäußert und die Politik der „kleinen Mittel" verteidigt haben. Seine Bemühungen waren darauf gerichtet, unabhängig vom „Bund der Landwirte" eine landwirtschaftsfreundliche und dem sozialen Ganzen dienende Bewegung ins Leben zu rufen. Es war sogar eine Besprechung mit führenden Persönlichkeiten, unter denen sich Buchenberger befunden haben soll, nach Ulm anberaumt worden. Die unmittelbare Folge war, daß die „Frankfurter Zeitung" Ruhland mehr Interesse als bisher entgegenbrachte. Da er sich zudem bisher goldwährungsfreundlich gezeigt hatte, so stand der Verbindung nichts mehr im Wege[70]).

Unter dem Titel „Zur Agrarfrage"[71]) hatte Professor Heinrich Geffcken-München Ruhlands Artikel in den „Münchener Neuesten Nachrichten"[72]) einer Kritik unterzogen, die trotz Ablehnung im einzelnen auf einen wohlwollenden, sachlichen Ton abgestimmt war.

Ruhlands Behauptungen über das „nahende Ende der auswärtigen Getreidekonkurrenz" sucht Geffcken zu entkräften, indem er auf Grund der vorhandenen Literatur nachweist, daß Nordamerika noch auf lange Zeit hinaus ein getreideausführendes Land bleiben werde. Er tritt sodann der Annahme entgegen, als ob in Deutschland leicht das Drei- und Vierfache an Getreide geerntet werden könne. Auch hält Geffcken die Einführung des wahren Wertes für undurchführbar und betrachtet die Übernahme der Hypothekenschulden durch den Staat als ungerechtfertigte Begünstigung der Landwirte.

Ruhland hat Geffcken mit der ihm in kritischen Entgegnungen eigenen Ausführlichkeit geantwortet[73]). Der Hauptunterschied in der Auffassung beider bleibt das Urteil über die Dauer der auswärtigen Konkurrenz. Dagegen stimmen Geffcken und Ruhland darin überein, daß weder die schutzzöllnerische noch die bimetallistische Auffassung die wahre Natur des agrarischen Übels, das in dem Mißverhältnis zwischen Grundpreis und Reinertrag des Gutes einerseits sowie Arbeitseinkommen und Belastung mit unproduktiven Besitzschulden anderseits liegt, erkennt.

Erstmalig verwendet Ruhland die Form der kategorialen Gegenüberstellung, indem er die Begriffe und Grundsätze der atomistisch-individualistischen sowie die seiner volksorganischen Betrachtungsweise tabellarisch nebeneinander aufführt, eine Darstellungsart, wie er sie später in seiner „Orientierungstafel volkswirtschaftlicher Grundbegriffe" (1910) systematisch gehandhabt hat.

---

[70]) Der Privatbeleidigungsprozeß Ruhland contra Biermer. Gießen 1909, S. 88 ff.
[71]) Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Jena 1893, S. 814—850.
[72]) vom 12. bis 22. Oktober 1893.
[73]) Zur Agrarfrage. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 1894, S. 864—900.

III. Teil:

Der Agrarpolitiker und Organisator

A. Beim „Bund der Landwirte"

1. Der Schutzzöllner und Getreidepreispolitiker

Im Sommer 1894 wurde Ruhland als „wissenschaftlicher Berater" in die Getreidehandelskommission des „Bundes der Landwirte" nach Berlin berufen. Es geschah dies auf Empfehlung Adolph Wagners. In dem Gutachten zu dem Prozeß „Ruhland contra Biermer" hat Adolph Wagner ausgesagt: „Ich bin zuerst auf Ruhland aufmerksam gemacht worden durch denjenigen deutschen Nationalökonomen, den ich als den „allerersten" anerkannt habe; das war Schäffle, der zwar nicht viel älter war als ich, und den ich doch gerne „meinen Lehrer" nenne. Ein Teil meiner eigenen Arbeiten geht auf Anregung Schäffles zurück. So war sein sachliches und persönliches Urteil für mich von besonderer Bedeutung. Als Anfang der achtziger Jahre die ersten Arbeiten von Ruhland erschienen sind, habe ich im Briefwechsel oder mündlich über ihn gesprochen, und Schäffle stellte Ruhland wissenschaftlich sehr hoch." „Als die Anfrage aus den Kreisen des Bundes der Landwirte an mich herantrat: Können Sie eine Persönlichkeit aus wissenschaftlichen Kreisen empfehlen, welche die mehr wissenschaftlichen Arbeiten des Bundes mit erledigen könnte? da habe ich Herrn Professor Ruhland aus bester Überzeugung genannt, und in dem Gedanken, daß ich sonst eigentlich kaum noch einen wisse, der sich, bei allen Abweichungen im einzelnen, im großen und ganzen doch den Grundanschauungen nähere, die im Bund der Landwirte vertreten werden" [1]).

Im Juli 1894 arbeitete Ruhland erstmalig mit in der Kreditkommission des „Bundes". Allerdings gelang es nicht, zwischen den politischen Forderungen des Tages und den Programmpunkten Ruhlands eine Brücke zu schlagen. Für die vom 17. bis 19. Juli stattfindenden Verhandlungen waren zwei Referate über „Die Agrarkrisis und die Lösung der landwirtschaftlichen Kreditfrage" einverlangt worden: eins von Dr. von Skarzynski [2]), das andere von Ruhland [3]).

---

[1]) Vgl. Prozeßgutachten; dazu: „Ausgewählte Abhandlungen", 1910, S. X.

[2]) „Die Organisation des landwirtschaftlichen Kreditwesens". Verlag von G. Schuhr, Berlin 1894.

[3]) Die Agrarkrisis und die Lösung der landwirtschaftlichen Kreditfrage. G. Schuhr, Berlin, 1894.
Vgl. dazu Bericht in der Korrespondenz des Bundes der Landwirte, Nr. 64, vom 14. Juli 1894.

Ruhland stellte drei Forderungen auf. Erstens: der freie Grundverkehr soll aufhören, und alle Grundbesitzübertragungen sollen durch eine zu schaffende Agrarbehörde geregelt werden. Zweitens: auch beim Erbgang soll die Agrarbehörde den Wert des Gutes bestimmen. Drittens: für den Produktiv- und Notkredit soll keine Verschuldungsgrenze festgelegt werden. Die über das normale Maß hinausgehenden Schulden sollen von einer unter Aufsicht der Agrarbehörde stehenden Notenbank übernommen werden, die durch Bargeld und Getreidevorräte gedeckte Noten ausgibt [4]).

Eins ist deutlich zu erkennen: aus dem theoretisierenden Doktrinär wird immer mehr ein Realpolitiker, und es ist oft schwierig zu unterscheiden, was Ruhland als Mann der Wissenschaft und was als Beauftragter des Bundes der Landwirte sagt. Sicherlich: Die Grundlinie seiner Ansichten hat er auch in dieser Zeit beibehalten, ja: er hat seine Meinung sogar oft energisch gegenüber den Mitgliedern des Bundes verteidigen müssen. Bei den Verhandlungen der Kreditkommission im Juli 1894 wurde ihm gesagt, daß seine Ideen zweifellos wunderschön seien, daß aber mit ihnen für die Bedürfnisse der Gegenwart nichts anzufangen sei [5]).

Die erste größere Abhandlung, mit der sich Ruhland in die den Bund der Landwirte beschäftigenden Fragen einreihte, ist die Aufsatzreihe „Die Getreidepreise und die kulturelle Entwicklung der Völker“ [6]). Er führt darin aus: Es ist nicht richtig, darauf hinzuweisen, daß die Getreidepreise in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts noch niedriger als in den neunziger Jahren gewesen seien; denn die Zeit sei vorbei, „in der sich das platte Land noch länger ruhig über den einheitlichen Kamm des Kapitals scheren läßt“. Vordringliche Forderung ist die Sicherung der Brotversorgung des Volkes und damit die Erhaltung des Bauernstandes. Die entscheidende Frage lautet: „Welches ist die normale Bewegung der Getreidepreise?“, wobei unter „normal“ nach Ruhland „gesetzmäßig in Zeiten allgemeiner aufwärtsgehender kultureller Entwicklung“ zu verstehen ist.

Es erhärtet sich bei ihm die Auffassung, daß langsam, aber stetig steigende Getreidepreise und fortschreitende, aufwärtsstrebende Kultur einander entsprechen. Oder anders ausgedrückt: Bei sinkenden Getreidepreisen und sich verschlechternder Lage der Bauern geht es mit der kulturellen Entwicklung eines Volkes bergab. Um die entsprechenden Entwicklungslinien säkulär zu verfolgen, ist es notwendig, sich mit Hilfe der Statistik ein Bild von der Bewegung der durchschnittlichen

---

[4]) Skarzynski hatte Deckung durch Pfandbriefe vorgeschlagen, was Ruhland verwirft.

[5]) Vgl. Bericht über die Verhandlungen, Berlin 1895, S. 45.

[6]) Korrespondenz des Bundes der Landwirte, Nr. 109, vom 19. Dezember 1894, Nr. 110, vom 22. Dezember 1894 und Nr. 1, vom 1. Januar 1895.

Getreidepreise[7]) zu machen. Verfolgt man die Linie der Getreidepreise, so zeigt sie von Jahr zu Jahr starke Unregelmäßigkeiten. Das allgemeine Gesetz der Preisentwicklung tritt erst zutage, wenn auf Grund der Berechnung von Durchschnitten und einer entsprechenden Abglättung der Kurve die Hauptrichtung derselben herausgearbeitet wird. Dies gelingt Ruhland, indem er nach Art der Trendberechnung den einjährigen Durchschnitten fünfjährige und schließlich dreißigjährige Durchschnitte gegenüberstellt. So erst weist die Preislinie diejenige Bewegung aus, die das Gesetz erkennen läßt: In Zeiten normaler Entwicklung eines Volkes haben die Preise der Hauptbrotfrucht die Tendenz, langsam, aber stetig zu steigen.

Damit hat Ruhland eine seiner grundlegenden systematischen Einsichten gewonnen, die sich in schroffen Gegensatz zur niedrige Preise anstrebenden „Fabrikantennationalökonomie" im Stile Ricardos stellt. „Nicht die Verbilligung der Produkte, sondern das wachsende Einkommen aller produktiven, tätigen Arbeit ist der Maßstab, an dem allein wir die Fortschritte unserer allgemeinen Kultur messen sollen."

Er will damit beileibe nicht gesagt haben, daß Normalpreise für Getreide Hungersnotpreise sein sollen. Die Klagen über zu hohe oder zu niedrige Getreidepreise kommen einzig und allein daher, daß die Preise, sei es auf Grund von Mißernten, sei es auf Grund anderer die normale Entwicklung störender Ereignisse, von der goldenen Mittellinie abweichen. Ähnlich wie in der Wertfrage vertritt er so auch in der Auffassung über die Preise das Ideal der Stabilisierung auf der Mittellinie. Immer mehr hebt sich auf diese Weise eine im Dienste mittelstandspolitischer Forderungen stehende Wert- und Preislehre ab.

Ende 1894 hatte der Verlag Paul Parey-Berlin eine Jubiläumsnummer der „Deutschen landwirtschaftlichen Presse" herausgegeben mit einer Abhandlung von Max Sering über „Fünfundzwanzig Jahre deutsche Landwirtschaftspolitik", in der dieser als einzige und letzte Hilfe die vertragsmäßige internationale Doppelwährung empfahl. Demgegenüber ist Ruhland der Ansicht, daß der vertragsmäßige Bimetallismus nicht nur keine Besserung bedeute, sondern geradezu eine weitere Herabsetzung der Getreidepreise bewirken müsse"[8]). Wie in den achtziger Jahren, so ist er auch noch Ende 1894 Gegner des Bimetallismus.

Sehr energisch lehnt er Serings Lehre von der Überproduktion an Getreide ab und macht demgegenüber die von nun an in seinen Schriften

---

[7]) Ruhland verweist auf die Denkschrift „Die Landwirtschaft in Bayern", in der er 1890 die Durchschnittspreise an der Münchener Schranne von 1780—1885 graphisch dargestellt hat. Er wählte diese Preise, weil sich die an der Münchener Schranne offiziell notierten Preise in der Hauptsache auf die gleiche Weizensorte, auf den sog. bayerischen Landweizen beziehen, und weil bis dahin auf diesem Markte noch kein Terminhandel mit Weizen eingeführt worden war.

[8]) Das allerneueste Agrarprogramm. „Die Zukunft", Nr. 12, vom 22. Dezember 1894, S. 554 ff.

immer stärker vertretene Überzeugung geltend: eine Überproduktion an Getreide gibt es nicht, eine derartige Auffassung sei quantitätstheoretisch befangen.

Was die Regelung der Währungsverhältnisse anbelangt, so pflichtet er weitgehend den Vorschlägen des Unterstaatssekretärs M. von Schraut bei[9]). Der Grund ist einleuchtend: Schraut hatte behauptet, der Wert des Goldes sei zwar infolge der Silberentwertung gegenüber dem Silber, nicht aber gegenüber den übrigen Waren gestiegen, könne sonach auch nicht die unmittelbare Ursache eines allgemeinen Preisrückgangs sein. Ganz besonders mußte Ruhland die Behauptung Schrauts gefallen, daß sich die Währungsfrage als eine Frage des internationalen Bank- und Kreditwesens erweise; denn seit 1894 macht er selbst in wachsendem Maße den internationalen Kapitalismus und damit die Börsenmanöver sowie Banktransaktionen für die sozialen Schäden und damit auch für die schlechte wirtschaftliche Lage der Landwirte verantwortlich.

Noch eins: Immer mehr Völker machen sich die industrielle Fabrikation zu eigen, und so wird die industrielle Vorherrschaft Europas untergraben. Dem Freihandelsargument stellt Ruhland die Forderung nationaler Sicherung entgegen. „Das ist ja gerade das Charakteristische an den echten Freihändlern, daß sie sich um die Brotversorgung des Volkes nicht kümmern“[10]).

Während er selbst noch in den achtziger Jahren die Getreideeinfuhr nach Deutschland für notwendig gehalten hatte, will er jetzt die Nahrungsmittelversorgung des Volkes im Inland sichergestellt wissen. Der Gedanke der Brotversorgung und damit der Bedeutung des Brotes überhaupt erfährt in dieser Zeit bei ihm eine bis ins Religiöse gesteigerte Vertiefung.

Die Versorgung der europäischen Volkswirtschaften mit außereuropäischem Getreide hält er nicht nur aus politischen Gründen für einen außerordentlich unsicheren Faktor, sondern er sieht sie für die Zukunft in Frage gestellt. Die weltmarktwirtschaftliche Orientierung der Freihändler betrachtet er als Fatalismus.

Es beginnen in dieser Zeit die Angriffe gegen den Getreidehandel, und es kommt der Plan auf, die Getreidehändler korporativ zu organisieren, um auf diese Weise das spekulative Geschäft auszuschalten[11]). In dem für den Bund der Landwirte bestimmten Gutachten „Über die Reorganisation der Getreidebörse und des Getreidehandels in Deutsch-

[9]) Schraut, M. von: Die Währungsfrage. Vgl. auch: M. Sewen (Pseudonym für M. von Schraut): Studien über die Zukunft des Geldwesens. Leipzig 1892. Dazu: Besprechung Ruhlands in Deutsche landw. Presse vom 16. Juni 1894.

[10]) Das Dogma von der internationalen Arbeitsteilung und die Agrarfrage. Deutsche landw. Presse. 24. März 1894.

[11]) Vgl.: Ein Entwurf zur Reorganisation des Getreidehandels in Deutschland. Deutsche landw. Presse, 26. Mai 1894.

land"[12]) taucht erstmalig der Vorschlag auf, einen internationalen Bund aller Kulturvölker gegen das ausbeutende, vaterlandslose Geldkapital zu schaffen. „Solange dieser internationale Bund . . . nicht zustande gekommen ist, solange ist ein genügender Schutzzoll unerläßlich im Interesse der Sicherheit der nationalen Entwicklung"[13]). Diesmal tritt er also ohne kritische Vorbehalte für Schutzzollpolitik ein.

Im Jahre 1894 hatte Ruhland die gesellschaftsphilosophischen und nationalökonomischen Lehren der großen katholischen Theologen des Mittelalters näher kennengelernt. Da er nun in der bis auf Aristoteles zurückreichenden Äquivalenztheorie eine Bestätigung seines Wertbegriffs und seiner organischen Auffassung der Volkswirtschaft fand, so ging er daran, die bereits früher religiös vertieften Gedanken über die Brotversorgung des Volkes mit den sittlichen Ideen des Christentums zu vereinigen. Das Ergebnis war die Schrift „Unser täglich Brot gib uns heute! Die Wirtschaftspolitik des Vaterunser"[14]).

Seit der Züricher Probevorlesung, in der es heißt, daß alle agrarpolitische Weisheit der Menschen nicht über den alten einfachen Satz hinauskommen wird: das Land soll in der Regel das Brotgetreide für das Volk bauen, hat sich in Ruhland immer mehr der Gedanke heimatlicher Brotversorgung befestigt und wird zum archimedischen Ansatzpunkt seines Systems. Es gewinnt die wirtschaftspolitische These die Oberhand, daß das Schwergewicht der Versorgung eines Volkes mit den notwendigsten Gütern ins Inland verlegt werden müsse. Mit anderen Worten: Der Schwerpunkt des nationalen Daseins darf nicht an die Enden der Welt hinausgeschoben werden, sondern muß in der Heimat verbleiben. Die von ihm bereits im November 1894 abgeschlossene „Wirtschaftspolitik des Vaterunser" stellt den Versuch dar, diesem Gedanken seine religiöse Weihe zu geben.

Die eigenartige Erbauungsschrift bedeutet das stärkste Bekenntnis zu einer Nationalökonomie im Geiste des Christentums und das Einlenken in sozialethische Bahnen, die Ruhland den Engländern John Ruskin und Thomas Carlyle näherbringen.

Es ist später, vor allem von Magnus Biermer[15]), mit den schärfsten Worten gegen dieses Werk zu Felde gezogen worden. Der Hauptgrund lag wohl darin, daß man es dem Protestanten Ruhland schwer verübelte und als Bigotterie sowie Charakterlosigkeit auslegte, wenn er nunmehr zu den „Katholiken" überschwenkte. Es wurde aber vergessen, daß er schon in Hessenthal mitten unter gläubigen Katholiken aufgewachsen war und seit seinen frühesten Veröffentlichungen keinen Hehl aus seiner Zuneigung zu den katholischen Soziallehren gemacht hatte.

---

[12]) Als Manuskript gedruckt, Berlin, 1894: S. 38.
[13]) a. a. O. S. 39.
[14]) Berlin 1895, E. Hofmann & Co.
[15]) Vgl. Biermer: Ruhland, Köhler-Langsdorf & Co., Gießen 1903.

Den Stein des Anstoßes hatte folgender Satz gebildet: „Wenn nämlich . . . im Vaterunser der Kern aller nationalökonomischen Wissenschaft enthalten ist, und wenn die Lösung der modernen, wirtschaftspolitischen Aufgaben erst dann gelingen kann, wenn Wissenschaft und Christentum in der Weise sich miteinander vereinen, daß die Wissenschaft in demütiger Vertiefung in den Geist des Christentums sich selbst findet, dann kann es doch wohl gar keinem Zweifel unterliegen, daß für jeden gläubigen Katholiken in strittigen Fällen die Entscheidung der grundsätzlichen Frage: ob ein wirtschaftspolitisches Gesetz dem Geiste des Christentums entspricht oder widerstreitet, im Vatikan in Rom endgültig getroffen wird“ [16]).

Da nun Biermer in seiner Schmähschrift die Worte „für jeden gläubigen Katholiken“ weggelassen und damit Ruhland die Absicht unterstellt hatte, den Vatikan als höchste ethische Instanz auch für die Protestanten zu proklamieren, konnte es so aussehen, als ob der Verfasser seinem Glauben untreu geworden und zum Katholizismus übergetreten war. Tatsächlich hatte er nur den christlichen Gedanken als solchen voll zur Geltung bringen wollen.

Was Ideengehalt und Geistesrichtung anbelangt, so steht die „Wirtschaftspolitik des Vaterunser“ in der sozialwissenschaftlichen Literatur einzigartig da. Sie kann höchstens mit Adam Müllers Schrift „Von der Notwendigkeit einer theologischen Grundlage der gesamten Staatswissenschaften und der Staatswirtschaft insbesondere“ aus dem Jahre 1819 verglichen werden. Während aber Adam Müller es unternimmt, die gesamte Staatswissenschaft auf der Theologie aufzubauen, will Ruhland nur zeigen, daß die im Vaterunser ausgesprochenen ewigen Wahrheiten die Grundlage eines Wirtschaftssystems enthalten; denn die Bitte „Unser täglich Brot gib uns heute“ enthält seiner Meinung nach im Keim den Grundgedanken einer im Geiste des Christentums und der Heimatverbundenheit stehenden Wirtschaftspolitik. Er will auf diese Weise die Einheit zwischen Theologie und Nationalökonomie aufweisen. Die materiellen Güter erscheinen als Mittel zum Zweck einer möglichst menschenwürdigen Daseinssicherung aller, die Bitte um das tägliche Brot als Sinnbild der Gerechtigkeit im Geiste des Christentums.

Allerdings: der Begriff „Brot“ erhält in diesem Zusammenhang eine wesentliche Vertiefung; denn Brot wird nicht als Brotgetreide oder als Backware verstanden, sondern es wird auf den altdeutschen Sinn des Wortes zurückgegriffen: Brot als tägliche Nahrung, als Versorgung. Und indem er den Sinngehalt erweitert, die Idee des Brotes, der Nahrung auf ein ganzes Volk bezieht, versteht er darunter die Versorgung eines Volkes mit dem Allernotwendigsten auf eigener Scholle.

[16]) Unser täglich Brot gib uns heute! 2. Aufl., S. 79—80.

Der Kerngedanke der Ruhlandschen Schrift findet sich schon in Wilhelm Heinrich Riehls „Die deutsche Arbeit"[17]), wo es heißt: „Das Sinnbild der schlichten Leibesnotdurft ist uns das Brot, um welches wir ja schon im Vaterunser bitten."

Seit Beginn des Jahres 1895 ist Ruhlands Arbeitskraft in erster Linie durch den „Bund der Landwirte" in Anspruch genommen, und demgemäß gelten auch seine Veröffentlichungen hauptsächlich der Förderung desselben.

Die „auf Veranlassung des Bundes herausgegebene" Broschüre „Die internationale Notlage der Landwirtschaft, ihre Ursache und die Mittel zu ihrer Abhülfe"[18]) ist stärker als alle früheren Schriften darauf eingestellt, „das internationale beutegierige Großkapital als den Urheber aller Übelstände zu betrachten". Die mit Hilfe von Banken und Börsen bewirkten Eisenbahnbauten in den überseeischen Ländern haben die landwirtschaftliche Konkurrenz geschaffen. Es ist daher nach Ruhland grundfalsch, immer wieder von „Überproduktion auf jungfräulichem Boden" zu sprechen. In den Kapitalreorganisationen der amerikanischen Eisenbahngesellschaften sieht er nur eine Verschleuderung von Geldern der europäischen Sparer.

Durch die weltwirtschaftliche Verflechtung ist auch die Agrarfrage zu einem internationalen Problem geworden, aber es sei Händlerstandpunkt, die einzelnen Völker als Konkurrenten zu betrachten. „Nein! Die Staaten sind etwas besseres, sie sind selbständige Körper einer großen Menschengemeinschaft." Um diesen Zustand einer organischen Verbindung aller Volkswirtschaften miteinander herzustellen, bedürfe es eines internationalen Vorgehens, aber die Gründung eines derartigen internationalen Bundes liege noch in weiter Ferne. „Und deshalb bleibt der Antrag Kanitz eine unerläßliche Forderung unseres Agrarprogramms." Das heißt: einstweilen sind alle Maßnahmen gutzuheißen, die eine Gesundung der Getreidepreise herbeiführen, und daher sieht er auch in den Schutzzöllen sowie gegebenenfalls in der Einführung eines Getreidemonopols die einzige Möglichkeit, den Landwirten zu helfen. Mit anderen Worten: Der frühere Plan eines einheitlichen Agrarrechts ist in weite Ferne gerückt. Die radikalen Forderungen des theoretischen Doktrinärs sind beiseite gestellt, und Ruhland wendet sich als Realpolitiker den Forderungen des Tages zu.

Von der Taktik der Sozialdemokratie rückt er immer weiter ab. Er verwirft den Versuch, die soziale Frage durch Gewerkschafts- und gruppenegoistische Verbandsbildung lösen zu wollen[19]). Deutlich spricht er seine Antipathie gegen die Klassenkampfmethoden aus: „Die Erfahrungen der ganzen Menschheit schienen mir zu bestreiten, daß man

[17]) Stuttgart 1861, S. 141.

[18]) Berlin 1895, Verlag von Gustav Schuhr.

[19]) Die Agrarfrage als soziale Frage. „Die Gesellschaft", 1895, 1. Heft, S. 4—6.

den Frieden zwischen zwei feindlichen Parteien dadurch herstelle, daß man jeder einzelnen derselben eine möglichst gute, kampfesdienliche Organisation gebe“ [20]).

Von Schrift zu Schrift werden die Ausfälle gegen das internationale Kapital und die Börsen schärfer. Die propagandistisch-politische Tonart gewinnt gegenüber der sachlich-wissenschaftlichen die Oberhand. Der im Rahmen der Veröffentlichungen der Wiener Leo-Gesellschaft erschienene Vortrag „Die Agrarfrage und das internationale Großkapital“ [21]) bezeichnet als Krankheitsträger einzig und allein das internationale Großkapital. Am Beispiel Argentiniens wird gezeigt, wie mit Hilfe von Banken und Börsen den „kleinen Sparern Mitteleuropas“ die Gelder aus der Tasche gezogen, als Anleihen den überseeischen Ländern gegeben, dafür Häfen, Städte und Eisenbahnen gebaut werden, die Kapitalisten sich durch spekulative Manöver den Löwenanteil am Gewinn sichern, dann der große Krach kommt, die Sparer ihr Geld verlieren, schließlich mit Hilfe von Eisenbahnen und Schiffen das billige Getreide herantransportiert und so den heimischen Bauern Konkurrenz gemacht wird. „Die würdige Krönung erfährt dieses Raubsystem in der Warenbörse und hier speziell in der Getreidebörse.“

Am 19. und 20. Februar 1895, auf der XX. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer hielt Ruhland zwei Referate: eins über Währungsfragen und eins über Deutschlands handelspolitische Beziehungen zu Amerika.

In den Ausführungen über die Währungsfrage [22]) rückt er zum erstenmal scharf von der Goldwährung ab. Er sagt: „Ich bin gewiß weit davon entfernt, für die Goldwährung einzutreten, im Gegenteil! das ist vielleicht eine Auffassung, die mir von seiten meiner Gegner mit Unrecht in die Schuhe geschoben wird. Ich habe niemals Veranlassung genommen, für die Goldwährung einzutreten“ [23]). Er setzt sich für eine Überführung der deutschen Goldwährung in bimetallistische Formen ein, da dafür „wesentliche oder unüberwindliche Schwierigkeiten kaum gefunden werden können“, aber er ist gegen einen plötzlichen Übergang; denn: „wenn wir plötzlich zu einem festen Wertverhältnis zwischen Gold und Silber wie 1:15½ übergehen, begeben wir uns insbesondere von Indien aus in die Gefahr hinein, daß eine wesentliche Zunahme der indischen Getreidekonkurrenz eintreten wird“ [24]).

Sofort nach diesen Ausführungen wandte sich von Sydow-Dobberphuhl energisch gegen Ruhland und machte darauf aufmerksam, daß dieser doch „seit mehreren Jahren eine Reihe von Arbeiten gegen den Bimetallismus“ veröffentlicht habe. Auch wies von Sydow darauf hin, Ruhland habe früher behauptet, daß eine Steigerung der indischen und russischen Getreidekonkurrenz mit Rücksicht auf die „Armut“ und „intellektuelle Hilflosigkeit“ der indischen und russischen Bauern [25]) nicht möglich sei, jetzt dagegen sei er gegenteiliger Ansicht.

In dem Referat „Deutschlands handelspolitische Beziehungen zu Amerika“ [26]) hebt Ruhland scharf hervor, daß sich die nordamerikanische Getreidekonkurrenz nur auf der Verkehrspolitik großkapitalistischer Bankkreise aufbaue. Auch die argentinische Konkurrenz, die ja seit 1893 im Vordergrund des Interesses stand, sei durch die mit Hilfe europäischen Kapitals erbauten Eisenbahnen künstlich großgezogen.

---

[20]) a. a. O. S. 4.

[21]) Wien 1895, Verlag von Mayer & Co.

[22]) Vgl. Bericht über die Verhandlungen, Berlin 1895, S. 72—79.

[23]) a. a. O. S. 73—74.

[24]) a. a. O. S. 78.

[25]) Vgl. Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 1894 („Über das nahende Ende der auswärtigen Getreidekonkurrenz“), S. 668.

[26]) Vgl. Bericht über die Verhandlungen, Berlin 1895, S. 112—124.

Im Jahre 1895 hatte Gustav Schmoller sein Agrarprogramm veröffentlicht[27]). Er unterschied darin einen „chronischen" und einen „akuten" agrarischen Notstand: der chronische Notstand sei verursacht durch die starke überseeische Konkurrenz, durch die stabilen oder rückgängigen Reinerträge der Güter, durch die längst vorhandene und neuerdings stark zunehmende Verschuldung ländlicher Besitzer sowie durch die zu langsame Anpassung unserer Landwirte an die modernen welt- und kreditwirtschaftlichen Verhältnisse; dagegen sei der akute Notstand verursacht durch überreiche Ernten, die zusammenfielen mit einer allgemeinen weltwirtschaftlichen Stockung und einer momentanen Anschwellung der argentinischen Konkurrenz durch Papiergeldwirtschaft.

Diese Erklärung der Agrarnot mußte Ruhlands Widerspruch herausfordern[28]). Zunächst wandte er sich gegen den Vorwurf einer zu langsamen Anpassungsfähigkeit der deutschen Bauern, vertrat er doch den Standpunkt, daß die deutsche Bauernwirtschaft in der Art, wie sie von jeher bestanden hat, erhalten bleiben müsse, und daß es nicht richtig sei, wenn nach amerikanischem Muster je nach der Marktlage der Anbau dieser oder jener Frucht stärker betrieben und je nach der Konjunktur die Anbaufläche weiter ausgedehnt oder eingeengt würde.

Sodann bekämpft er das Schmollersche Argument, als ob die Schutzzölle nicht wieder erhöht werden dürften. Er verspottet ihn, weil er aus der Rumpelkammer seiner historischen Kenntnisse einige früher erprobte kleinere Mittel heraushole. Als „historischer Kathedersozialist" betrachte Schmoller die Grundpreise und die Getreidepreise als etwas historisch Gewordenes und dementsprechend „Natürliches". Dagegen sehe er die Hauptschuld für das Sinken der Getreidepreise nicht in dem Wirken natürlicher Gesetze, sondern in der künstlichen Beeinflussung durch das internationale Großkapital. Die trostlose landwirtschaftliche Lage habe ihren Grund vor allem in dem polaren Gegensatz zwischen dem beutegierigen internationalen Großkapital und der redlichen Bauernarbeit, der ihr gerechter Lohn aus der Hand gewunden werde.

Die zweite Polemik des Jahres 1895 gilt dem alten Gegner, dem „hochberühmten" Professor Lujo Brentano. Im Rahmen seiner nach Queteletscher Methode durchgeführten Korrelationen[29]) hatte der Münchener Statistiker Georg von Mayr auf Grund bayerischer Statistiken den Nachweis erbracht, daß bei Steigerung der Getreidepreise über einen bestimmten mittleren Durchschnitt hinaus die Verbrechen und Vergehen gegen das Eigentum sowie bei Verbilligung der Getreidepreise diejenigen gegen die Person zunehmen[30]). Schneidend höhnt Ruhland

[27]) Vgl. Schmollers Jahrbuch 1895, S. 611—629.

[28]) „Professor Schmoller und sein Agrarprogramm", Korrespondenz des Bundes der Landwirte, Nr. 39, vom 15. Mai 1895.

[29]) Mayr, Georg: Die Gesetzmäßigkeit im Gesellschaftsleben. München 1877, S. 343 ff.

[30]) Am 8. Dezember 1895 hatte Georg von Mayr in den „Münchener Neuesten Nachrichten" bekanntgegeben, daß die schweren Körperverletzungen im Jahre 1894 gegenüber 1893 um 6% zugenommen und die Zahl der Angriffe gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und die Religion gestiegen seien.

darüber, daß sich Brentano in einem Artikel der „Neuen freien Presse" vom 23. März 1895 aus „sittlichen Gründen" gegen eine Hebung der Getreidepreise ausspricht, weil es statistisch nachgewiesen sei, daß die Zahl der Verbrechen und Vergehen gegen das Eigentum mit den Getreidepreisen wachse.

Hauptthema der Veröffentlichungen in dieser Zeit ist die Getreidepreisbildung. Der Artikel „Das Gesetz der Preisbildung für Getreide" [31]) enthält eine für Ruhlands theoretische Auffassung grundsätzliche Auseinandersetzung über diese Fragen. Bereits in der Abhandlung „Preis und Wert der Grundstücke mit Rücksicht auf Taxation, Grundrente und Arbeitslohn" [32]) hatte er ausgeführt, daß der Marktpreis nicht, wie die Ricardosche Lehre annehme, „der unpersönliche Ausgleichspunkt mathematisch-mechanisch wirkender Kräfte" sei, sondern das Produkt „bestimmt wirkender Kalküle". Zur Bestätigung hatte er die „trefflichen Nachweise" von Lexis angeführt [33]).

Ruhlands Kritik an der herrschenden Preislehre führt folgendes ins Feld. Es ist nicht richtig, in der Beurteilung der Preisbildung von quantitätstheoretischen Erwägungen auszugehen. Man denkt fälschlicherweise physikalisch-mechanisch, operiert mit Kräften, die eine bestimmte Energie in sich haben, tut so, als ob Angebot und Nachfrage selbständig wirkende Kräfte seien, während sie „organisch sich bedingende Teile der Weltwirtschaft sind". Die preismechanistische Betrachtungsweise ignoriert die eigentlichen, hinter den Erscheinungen stehenden Kräfte. Die wichtigste Aufgabe aller Untersuchungen über Preisbildung muß die sein, sich zunächst einmal durch Analyse der tatsächlichen Vorgänge bei der Preisbildung ein klares Bild zu machen. Er weist auf Gregory King hin, der ein gutes Beispiel für diese Methode gegeben habe und nur so zu der der „Kingschen Regel" zugrunde liegenden Erkenntnis gelangt sei.

Was die Getreidepreisbildung anbelangt, so ist für Ruhland der Umstand entscheidend, daß die Weltmarktaustauschmengen im Vergleich zu den gesamten Erntemengen gering sind, also ein sehr niedriger Prozentsatz den Preis diktiert und so durch sehr kleine Mengen starke Preisänderungen bewirkt werden können. Das Gesetz der Preisbildung für Getreide formuliert er folgendermaßen: „Auf dem weltwirtschaftlich organisierten ausgeglichenen Getreidemarkt sind es die letzten neu hinzukommenden Quantitäten, welche die Preise stören, und zwar in geometrischer Progression ihres Zuwachses." Er kombiniert so den Ricardo-Thünenschen Gedanken der Grenzproduktivität mit der Kingschen Preisregel. Für die systematische Gestaltung ist entscheidend, daß er jetzt die Einsichten der achtziger Jahre mit den Erfahrungen

[31]) Korrespondenz des Bundes der Landwirte, 12. Oktober 1895.
[32]) Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 1885, S. 315—16, Anm. 1, wörtlich wiederholt in „Das natürliche Wertverhältnis . . .", 1885, S. 84—85.
[33]) Schönbergs Handbuch der politischen Ökonomie, 1. Bd., Tübingen 1882, S. 1115 ff.

über die Weltmarktwirtschaft verbindet und so den Bogen von den ersten theoretischen Erkenntnissen über „das natürliche Wertverhältnis" bis hin zur Kritik an den Weltmarktpreisen spannt. Damals hatte er geschrieben: „Nicht der Ertrag von Arbeit und Kapital am Rande des „isolierten Staates" (v. Thünen), noch der Ertrag des Rodungslandes am Rande der Zivilisation in Kolonialländern (H. George) ist als die naturgemäße Vergeltung produktiver Arbeit und produktiver Kapitalnutzung anzusehen, sondern der wirkliche Ertrag dieser beiden auf jedem einzelnen Gute ist die „naturgemäße" Vergeltung der produktiven Arbeit und Kapitalnutzung gerade auf diesem Gute" [34]). Damit war zugleich der mittelstandspolitische Gedanke zum Ausdruck gebracht, daß „der wirkliche Ertrag des selbständigen Wirtschafters in seiner Wirtschaft die naturgemäße Vergeltung seiner Arbeitstätigkeit" ist.

In der Beurteilung der Schutzzölle vertritt Ruhland nunmehr ganz entschieden den Standpunkt, daß die Überwälzung des Zolles von 1885 und 1887 auf das Ausland „mit einer geradezu akademischen Exaktheit" nachgewiesen werden könne.

Mit anderen Worten: die Getreidepreise im deutschen Zollinland sind ebenso hoch, wie sie sein würden, wenn es keine Agrarzölle gäbe.

In den vom Weltmarkt ausgehenden preissenkenden Tendenzen sieht er eine schwere Gefahr, weil, wenn sie sich durchsetzen, die Preise auf der Grundlage der niedrigst entwickelten und nicht auf derjenigen der höchst entwickelten Kulturvölker bestimmt werden. Warnend macht er darauf aufmerksam, daß in den schlimmsten Zeiten aus Nordamerika das Getreide zu Frachtsätzen exportiert wurde, die kaum die Kosten für die Heizung der Lokomotiven deckten.

Für die Baissebewegung auf dem Getreidemarkte macht er von nun ab in erster Linie das „Differenzspiel in Getreide" verantwortlich, das mit seinen riesenhaften Umsätzen und börsenmäßigen Transaktionen in der Lage sei, unabhängig von den Produzenten- und Konsumenteninteressen die Getreidepreisbildung entscheidend zu beeinflussen, und zwar habe seit Mitte der achtziger Jahre die Baissebewegung gegenüber der Haussebewegung die Oberhand gewonnen. Er sagt: „Sobald die Zahl der erfolgreichen Baissespiele die Zahl der erfolgreichen Haussespiele übersteigt, muß die tatsächlich heute bestehende Herrschaft der Differenzspekulation mit mathematischer Notwendigkeit Roggen und Weizen in den Abgrund hineinzerren" [35]). Daher müsse alles darauf gerichtet sein, die Börsentermingeschäfte für Agrarprodukte zu beseitigen.

2. Der Bank- und Börsenreformer

Schon im Dezember 1894 hatten die Beratungen der Kreditkommission des Bundes der Landwirte zur Ausarbeitung eines Entwurfs zwecks

[34]) Vgl. „Das natürliche Wertverhältnis...", 1885, S. 57. Dazu: „System", Bd. I, S. 6—7.

[35]) Deutsche landw. Presse. 18. Dezember 1895, Nr. 101, S. 915—16.

Errichtung einer zentralen Geldausgleichsstelle für die Kreditgenossenschaften in Berlin geführt. Der von Ruhland stammende Plan wurde im Januar 1895 dem Finanzminister Miquel vorgelegt. Ruhland selbst berichtet hierüber: „. . . am 16. Januar 1895, früh acht Uhr, sprach ich bei dem damaligen Finanzminister Miquel vor, um ihm meine neuen Vorschläge zur Verbesserung des landwirtschaftlichen Kredits zu unterbreiten." „Miquel interessierte sich sofort außerordentlich für diese Idee." Ruhland hat dann sein Memorandum über die zu gründende zentrale Geld- und Kreditausgleichsstelle am 1. Februar 1895 niedergeschrieben, und schon am 1. Oktober 1895 begann die daraufhin gegründete „Preußenkasse" ihre Geschäftstätigkeit [36]).

Am 30. November 1895 hatte er die Anfang 1896 als Heft 1 der „Stimmen aus dem agrarischen Lager" erschienenen „Grundsätze einer vernunftgemäßen Getreidepreispolitik", „wie sie den Beschlüssen des Bundes der Landwirte bereits im Dezember vorigen Jahres zugrunde gelegen haben", in der Korrespondenz des Bundes der Landwirte veröffentlicht. Auf der Grundlage seiner graphischen Darstellung der durchschnittlichen Weizenpreise an der Münchener Schranne weist er nach, daß die starken Abweichungen der Preise von der normalen mittleren Preislinie die krisenhaften Erscheinungen bewirkt haben. Alles komme daher darauf an, einen Preisausgleich nach der Mitte zu bewirken, ein Oszillieren um die Durchschnittspreise sicherzustellen. Die statistische Methode der dreißigjährigen Durchschnitte läßt die säkuläre Tendenz der Entwicklung deutlich erkennen, nämlich: unter normalen Bedingungen aufwärts steigende Getreidepreise. Da in den achtziger Jahren diese Gesetzmäßigkeit durchbrochen wurde, so muß der Anschluß an die normale Entwicklung wiedergewonnen werden. Es kann dies aber nur dadurch geschehen, daß der Getreidepreis auf der Grundlage eines Durchschnittspreises [37]) stabilisiert wird.

Die Tätigkeit beim Bund der Landwirte brachte Ruhland mit führenden Politikern zusammen und gewährte ihm Einblick in das Werden der Staatsgesetze und die Problematik von Rechtsreformen. Im Brennpunkt des Interesses stand damals der Entwurf eines „Bürgerlichen Gesetzbuches" [38]). Zusammen mit Dr. N. Kroidl verfaßte er im Auftrage des Bundes eine „Kritik des Entwurfes eines Bürgerlichen Gesetzbuches" [38]). Wie bereits früher [39]), so macht er auch jetzt geltend, daß ein solcher Entwurf nicht lediglich vom juristisch-politischen Gesichtspunkt, sondern mehr „von den Bedürfnissen unseres ganzen Erwerbslebens aus" betrachtet werden müsse. Er wendet sich gegen die

[36]) Ein Dokument zur Entstehungsgeschichte der „Preußenkasse". Deutsche Agarzeitung, 31. Heft, 1904, S. 477—480.

[37]) Nach den Beschlüssen des Bundes der Landwirte sollte der Durchschnittspreis der letzten vierzig Jahre zugrunde gelegt werden.

[38]) Stimmen aus dem agrarischen Lager. Heft I: „Zur Kritik des Entwurfes eines Bürgerlichen Gesetzbuches". Von Dr. G. Ruhland und Dr. N. Kroidl, Berlin 1896.

[39]) Vgl. „Über die Grundprinzipien aktueller Agrarpolitik". 1893, S. 19.

Ansicht Rudolph Sohms, unsere Gesellschaft baue sich in erster Linie auf dem Besitz auf. „Nach schon seit langem anerkannter nationalökonomischer Auffassung ruht die heutige Gesellschaft zuerst auf der Arbeit und dann erst auf dem Besitz" [40]). Deutlich offenbart sich, wie er seine nationalökonomische Überzeugung, daß die wirtschaftlichen Wertverhältnisse und die Einkommensbildung auf der gerechten Entlohnung der Arbeit aufgebaut werden müssen, nunmehr auch rechtspolitisch auswertet und seinen Rechtsideen im Gegensatz zum Besitzdenken des „Bürgerlichen Gesetzbuches" eine ausgesprochen sozialrechtliche Wendung im Sinne des „Schutzes der redlichen Arbeit" gibt.

Mit Rücksicht auf die Agrarfrage sieht Ruhland die Gefahr der Neuschöpfung eines Bürgerlichen Gesetzbuches darin, daß es allzusehr städtisch-gewerbliches Recht wird und in ihm die landwirtschaftlichen Interessen nicht in genügendem Maße berücksichtigt werden. Scharf betont er, geschult an den rechtspolitischen Ideen Otto Gierkes, die innere Verwandtschaft zwischen der freihändlerisch-kapitalistischen Nationalökonomie und dem römischen Recht. Im Gegensatz zur privatrechtlichen Denkweise des Kapitalismus und des Sozialismus verlangt er eine stärkere öffentlich-rechtliche Orientierung des neuen Gesetzes. Gerade um der Erhaltung des Privateigentums willen sei eine organische Verbindung zwischen öffentlichem Recht und Privatrecht notwendig. „Will das deutsche Volk ein römischrechtliches Bürgerliches Gesetzbuch, in welchem das Prinzip der absoluten Herrschaft des Einzelwillens im Mittelpunkte aller juristischen Konstruktionen steht, das keinerlei organische Beziehungen und Verbindungen zum öffentlichen Rechte kennt und in dessen Eigentumsbegriff nichts als die individuelle Verfügungsmacht des Eigentümers über eine Sache enthalten ist? oder will das deutsche Volk ein christlich-germanisches Bürgerliches Gesetzbuch, in welchem der vernünftige sittliche Wille des Einzelnen sich mit dem Willen der Gesamtheit vereint, in welchem die organische Überleitung aus dem Privatrecht in das öffentliche Recht durchweg gegeben ist und welches eben deshalb den Besitz als ein „Quasiamt" und das Vermögen als ein „anvertrautes Gut" behandelt?" [41]).

Das Interesse Ruhlands konzentriert sich in dieser Zeit immer mehr auf die Bekämpfung des internationalen Kapitals und der vom „Differenzspiel" beherrschten Börse. Er sieht in den entsprechenden Bank- und Börseninstitutionen die Inkarnation des von rücksichtslosem Gewinnstreben beherrschten kapitalistischen Geistes und demgemäß die Exponenten einer Gesinnung, die in ihren Auswirkungen den Belangen der Bauern immer schädlicher werden muß. Die Kapitalisten, Bankiers und Börsianer betrachtet er als die großen Gegenspieler jeder ehrlichen, anständigen Arbeit, insbesondere als die ausgesprochenen Feinde des in fleißiger Arbeit seinen Pflug führenden Landmanns.

---

[40]) Stimmen aus dem agrarischen Lager. Heft I, S. 1.

[41]) ebenda, S. 35.

Im Jahre 1896 veröffentlichte er das im Auftrage des Bundes der Landwirte verfaßte wissenschaftliche Gutachten „Zur Aufhebung der Blanko-Termingeschäfte in Getreide“ [42]), mit dem er in den Kampf um die Regelung der Termingeschäfte im Börsengesetz eingriff.

Die zu Anfang des Jahres 1892 von der Reichsregierung eingesetzte Börsenenquetekommission, der Gustav Schmoller angehörte, hatte den Schwerpunkt ihrer Feststellungen in eine allgemeine Beschreibung der Börsenverhältnisse gelegt. Das Differenzspiel in Getreide sollte „als ein in der modernen Volkswirtschaft unentbehrliches Präzisionsinstrument zum vollständigeren Ausgleich des Wellengekräusels der Getreidepreise“ beibehalten werden. Dank den Bemühungen der „Agrarier“ beschloß dann aber die Börsengesetzkommission, die Termingeschäfte in Getreide zu beseitigen.

In seinen Ausführungen über den Blankoterminhandel arbeitet Ruhland mit einem außerordentlichen Aufwand an Tatsachenmaterial und Belegen aus der Praxis. Die Beurteilung der Börsenspekulation in Getreide lautet noch pessimistischer als früher: „Wer mit offenem, weitschauendem Blick mitten in dieser Art des Geschäftslebens steht, . . . der zögert nicht, seine Überzeugung dahin auszusprechen, daß in dem Hausse- und Baissespiel des Blankoterminhandels für das internationale Großkapital der Schlüssel liegt zur Weltherrschaft“ [43]).

Es ist die Stärke der Ruhlandschen Ausführungen, daß sie zu diesen Ergebnissen nicht auf Grund theoretischer Erwägungen oder ethischer Postulate gelangen, sondern daß in erster Linie die Urteile von Praktikern auf dem Gebiete des Getreideterminhandels herangezogen werden.

Während das „Gutachten“ die „weltwirtschaftlichen“ und die „nationalwirtschaftlichen“ Gründe für das Verbot der Blankotermingeschäfte in Getreide entwickelt hatte, soll die Abhandlung „Zur Ausführung des § 50 Abs. 3 des Börsengesetzes vom 22. Juni 1896, betreffend die Aufhebung der Börsentermingeschäfte in Getreide und Mühlenfabrikaten“ [44]) die praktisch-juristische Seite der Durchführung dieses Verbots behandeln, ist also gewissermaßen ein zweiter, praktischer Teil der vorangegangenen Schrift und mutet mit ihren vielerlei Definitionen sowie juristischen Interpretationen wie eine Art Kommentar zu § 50 des Börsengesetzes an.

Zu der vielumstrittenen Frage der Definition der Börsentermingeschäfte nimmt Ruhland Stellung, indem er ausführt: „Börsentermingeschäfte in Waren sind in die Form von Lieferungsgeschäften gekleidete Spekulationsverträge mit fest bestimmter Lieferzeit bzw. Lieferfrist und einem Leistungsinhalte, der zunächst auf Lieferung von Ware gegen ein bestimmtes Entgelt gestellt ist, sich aber im Falle des Ver-

[42]) Stimmen aus dem agrarischen Lager. Heft II.
[43]) a. a. O. S. 53.
[44]) Stimmen aus dem agrarischen Lager. Heft V. § 50 Abs. 3 lautete: „Der börsenmäßige Terminhandel in Getreide und Mühlenfabrikaten ist untersagt.“

zuges eines der beiden Kontrahenten in eine alternative Geldforderung umändert, welche entweder besteht aus der Differenz zwischen dem durch üsancenmäßige Selbsthülferegelung sich ergebenden Geldbetrage und dem Vertragspreise, oder aus der Differenz zwischen dem Vertragspreise und dem Durchschnittspreise der Ware am Erfüllungstage und am Erfüllungsorte, und für welche Alternative dem nichtsäumigen Kontrahenten das Wahlrecht zusteht" [45]). Die Tendenz dieser Definition ist darauf gerichtet, die Termingeschäfte gegen die Effektivgeschäfte auf Zeit mit fixen Terminen scharf abzugrenzen.

Schon im Sommer 1895 hatte Ruhland vom Vorstand des Bundes der Landwirte Auftrag und Vollmacht erhalten, sich mit den landwirtschaftlichen Organisationen in Österreich, Ungarn und anderen Ländern in Verbindung zu setzen, um sich mit ihnen über ein gemeinsames Agrarprogramm auf der Grundlage der „Ruhlandschen Thesen" [46]) zu verständigen und Fühlung zu nehmen zwecks Gründung einer internationalen landwirtschaftlichen Entente mit dem Ziele, eine gründlichere Aufklärung der Landwirte über die Marktlage und die Preisentwicklung der Agrarprodukte herbeizuführen.

Das nächste Ziel war die Vorbereitung des vom 17. bis 20. September 1896 in Budapest stattfindenden „Internationalen landwirtschaftlichen Kongresses". Ruhland selbst berichtet: „Die gleichzeitig angestrebte Gründung eines „Internationalen landwirtschaftlichen Organes", das speziell der Preisbildung der landwirtschaftlichen Produkte gewidmet sein sollte, gelang noch nicht. Berlin war als Sammelpunkt der internationalen landwirtschaftlichen Vereinigung noch zu wenig beliebt" [47]).

Von deutscher Seite nahmen an dem Budapester Kongreß neben Ruhland teil: Otto Arendt, Edmund Klapper, W. Lexis, Rudolf Meyer, Roesicke, Gustav Schmoller und Max Sering.

Ruhland hat bei den Sitzungen verschiedentlich das Wort ergriffen, zunächst zu der Frage, „welche Vorkehrungen zu ergreifen wären zwecks Wahrung der Interessen der landwirtschaftlichen Produktion bei Aufrechterhaltung des Prinzips der Verkehrsfreiheit behufs Regulierung des internationalen Verkehrs in landwirtschaftlichen Produkten", eine Fragestellung, die mit seinen grundlegenden Thesen zweifelsohne schwer in Einklang zu bringen war; denn Aufrechterhaltung der Verkehrsfreiheit auf der einen und Regulierung des Verkehrs auf der anderen Seite stehen einander wie Freiheit und Gebundenheit gegenüber. Er deutete daher auch in seiner Rede [48]) „Verkehrsfreiheit" so, daß es sich nicht um das laisser faire-Prinzip, sondern um eine Verkehrsfreiheit handle, „bei der wir das verwirklicht finden, was wir sonst als die sittliche Freiheit zu bezeichnen gewohnt sind", in der also die Interessen des Einzelnen denen der Gesamtheit untergeordnet sind.

[45]) a. a. O. S. 39—40.
[46]) Vgl. „System", Bd. III, S. 405.
[47]) „System" Bd. III, S. 406.
[48]) Comptes Rendus Bd. II, S. 152—157.

Was die Lösung der verschiedenen auf Grund der Krisenlage zur Debatte stehenden Fragen anbelangt, so verficht er seinen Lieblingsgedanken, nicht aus allen Fragen Spezialfragen zu machen und dafür Spezialisten großzuziehen, sondern in erster Linie das große Ganze im Auge zu behalten und auf die eigentliche Ursache aller Übel zu dringen. Dies aber besagt: „die Beschneidung und Zurückdrängung der heutigen Freiheit des Verkehrs darf nicht bloß auf einem Gebiete Platz greifen. Sie muß möglichst auf der ganzen Linie der komplizierten Tätigkeit des Großkapitals durchgeführt werden. Dazu gehört in erster Linie die Warenbörse, in zweiter Linie aber insbesondere auch die Geld- und Fondsbörse, dann die Währung, die Eisenbahntarife, die Besteuerung in bezug auf Zucker und Spiritus, wenigstens indirekt und die Behandlung der großen Mühlen“ [49]).

Ruhland gibt zu: die Freihandelsepoche habe „mit dem schönen und gewaltigen Buche von Adam Smith“ begonnen, und es habe sicherlich eine Entwicklungsperiode der europäischen Völker gegeben, für die diese Anschauungen „vollständig richtig und wahr“ waren. Die Zeiten ändern sich aber, und für die heutige Zeit, insbesondere für die deutschen Verhältnisse, sei der Freihandel nicht mehr die richtige Lösung.

Über die Fragen der Preissenkung agrarischer Produkte äußert er sich in Budapest noch entschiedener als früher in dem Sinne, daß an die Stelle der Überproduktionstheorie die Theorie der kapitalistischen Ausbeutung durch das internationale Großkapital zu treten habe.

In dem Kampfe gegen die Warenbörsen wurde er wirksam von seinem englischen Freunde, dem Liverpooler Makler Charles W. Smith, unterstützt, der für den Kongress ein Gutachten geliefert hatte über „Das internationale Börsenspiel in fiktivem Weizen und Silber als die unmittelbare Ursache des Niederganges der Weltgetreidepreise“ [50]).

Rechtsgeschichtlich stellt Ruhland fest, daß der Kampf gegen den Terminhandel im Grunde der Kampf gegen das Dardanariat sei, wie er in allen großen Gesetzen der Vergangenheit eine Rolle gespielt habe. Dardanus sei ein phönizischer Zauberer gewesen, der seinerzeit das Kunststück fertiggebracht habe, den Landwirten ihr Getreide und ihre Feldfrüchte aus den Äckern herauszuholen und zu Wuchergeschäften zu mißbrauchen.

Das vornehmste Ziel einer auf das Ganze gerichteten Agrarreform erblickt er nunmehr in der internationalen Organisation des Getreidemarktes. Die nationalwirtschaftliche Voraussetzung dazu ist die berufsgenossenschaftliche Organisation der Landwirte. In Bekämpfung des Freihandels drängt er auf planvolle Gestaltung des gesamten Außenhandels mit Hilfe berufsgenossenschaftlicher Organisationen und internationaler Bindungen hin.

Den die Interessen der Landwirte schädigenden Banktransaktionen will er dadurch entgegengetreten wissen, daß zwischen Emissions- und Depositenbanken eine strenge Scheidung durchgeführt und eine im nationalen Sinne treuhänderische Verwaltung der Einlagegelder garantiert wird.

Unmittelbar anschließend an den Budapester „Internationalen landwirtschaftlichen Kongreß“ fand in der Zeit vom 21. bis 26. September 1896 zu Luzern der erste praktisch-soziale Kursus der Schweizer Katholiken statt. Durch sein offenes, freimütiges Eintreten für die katholische

[49]) a. a. O. S. 157.

[50]) Vgl. Hauptbericht Bd. I, S. 541—564, in dem Smith erwähnt, daß er die englische Übersetzung der „Broschüre Ruhlands über diesen Gegenstand“ (gemeint ist die Schrift „Zur Aufhebung der Blankotermingeschäfte in Getreide“) vor kurzem in England und Amerika verbreitet habe.

Auffassung der sozialen Frage in seiner „Wirtschaftspolitik des Vaterunser" hatte sich Ruhland die Sympathie katholischer Sozialpolitiker erworben und war daher als Referent für die Luzerner Kurse verpflichtet worden. In vier Vorträgen behandelte er damals die Hauptprobleme der Agrarpolitik und damit zusammenhängend die Grundthesen seiner Nationalökonomie [51]).

Der Sekretär des Verbandes ungarischer landwirtschaftlicher Genossenschaften, Stephan Bernat, der für den Budapester Kongreß ein Gutachten über „Das Sinken der Preise und die Genossenschaften" geliefert hatte, veröffentlichte 1896 ein Buch: „Das verpfändete Ungarn", dem Ruhland ein Vorwort mit auf den Weg gab [52]), in dem er darauf hinweist, daß zum ersten Male im Jahre 1851 ungarisches Getreide direkt nach Böhmen und Bayern verfrachtet worden sei und daß sich nach Eröffnung der Ofen-Pragerhofer Bahn im Jahre 1861 rasch die sogenannte „ungarische Konkurrenz" entwickelt habe.

Der Aufsatz „Der Geldmarkt den produktiven Ständen" [53]) nimmt den Kampf gegen die Banken, die aus dienenden Gliedern zu Herrschern im Wirtschaftsleben geworden seien, wieder auf. Es heißt darin: Das Kapital dient nicht mehr der Wirtschaft, sondern es beherrscht sie. Der Konzentrationsprozeß im Bankgewerbe lehrt, wie auch hier der Bankier alten Schlages verschwindet, der Mittelstand aufgerieben wird. Stark tadelt Ruhland den spekulativen, die Interessen der produktiven Stände und des Publikums schädigenden Charakter der Großbanken; denn sie schaffen durch Auslandsanlagen der eigenen Volkswirtschaft die schärfsten Konkurrenten. Sie haben aufgehört, „ein vermittelndes Glied der volkswirtschaftlichen Gesamtheit zu sein".

Am 8. Januar 1897 hielt Ruhland vor der „Ökonomischen Gesellschaft im Königreiche Sachsen" zu Dresden einen Vortrag: „Über den Einfluß des Großkapitals" [54]), der der beste Beleg dafür ist, wie er in dieser Zeit, was schon die Budapester Äußerungen hatten erkennen lassen, unter dem Einfluß von Karl Marx steht [55]).

Zweifelsohne: er mußte sich mit ihm auseinandersetzen, da er ja mit seiner Ausbeutungstheorie des internationalen Großkapitals in die Nähe marxistischer Gedankengänge gekommen war. Auch nimmt er in dieser Zeit eine Reihe von begrifflichen Wendungen aus dem „Kapital", die er dann später in seinem „System der politischen Ökonomie" verwendet, herüber, zum Beispiel die „Expropriation der Expropriateure".

---

[51]) Vgl. hierzu die Skizzen der Vorträge, abgedruckt in: Monatsschrift für christliche Sozialreform, 1914, Heft 2, S. 59—60. Die Themen der Vorträge waren folgende: I. Die Nationalökonomie unserer Zeit; II. Von unseren Getreidepreisen; III. Der moderne Kapitalismus und die Agrarfrage; IV. Die Agrarfrage als soziale Frage.

[52]) Berlin 1896, Ernst Hofmann und Co.

[53]) Die Zukunft. 11. April 1896, S. 63—70.

[54]) Dresden 1897.

[55]) Den zweiten Band des „Kapitals" von Karl Marx hatte Ruhland 1887 in der Zeitschr. f. d. ges. Staatsw. ausführlich besprochen.

Was die Auffassung über die Krisen anbelangt, so stimmt er mit Karl Marx darin überein, daß sie nicht etwas Naturnotwendiges und Normales, sondern etwas durchaus Krankes sind. Er unterscheidet sich von ihm aber grundlegend insofern, als er das Warendenken ablehnt, also seinen Ausgangspunkt nicht wie die klassische Schule und der Marxismus von der Ware, die für den freien Markt produziert wird, nimmt, sondern im Gegensatz zum industriellen Denken vom Boden aus die volkswirtschaftlichen Probleme aufrollt. Dem Sozialismus von Karl Marx macht er zum Vorwurf, sich in philosophisch-begriffliche Abstraktionen verloren zu haben, so daß der konkrete Zusammenhang mit den realen Bedürfnissen der Völker, nämlich mit dem täglichen Brot, abhanden gekommen sei.

B. Als Professor an der Universität Freiburg (Schweiz)

1. Die Lösung der Agrarfrage als Problem der internationalen Organisation

Im Frühjahr 1898 wurde Ruhland als ordentlicher Professor der Nationalökonomie an die Universität Freiburg in der Schweiz berufen.

Professor Joseph Beck schreibt über diese Freiburger Zeit: „Mit der Theorie verband Ruhland als Mann der Aktion allezeit die Praxis. Zu den Bauern des deutschen Sensebezirkes trat er in freundschaftliche Beziehungen und war unter ihnen bald eine populäre Persönlichkeit. Auf dem Schönberge bei Freiburg, wo er seine Wohnung aufgeschlagen hatte, schmiß er am sonnigen Morgen im Heuet und in der Ernte die Bücher und statistischen Tabellen in einen Winkel, eilte hemdärmlig hinaus auf Wiese und Feld, und bald sah man ihn in der kräftigen Mähderreihe mit der Sense tüchtig dreinhauen“ [56]).

Die Freiburger Jahre gehören zu den glücklichsten in Ruhlands Leben. Am 17. Mai 1898 hatte er die Försterstochter Maria Jand aus Jachenau (Bezirksamt Tölz) geheiratet und in Freiburg seinen eigenen Hausstand gegründet [57]).

Seine Vorlesungstätigkeit an der Universität Freiburg dauerte vom Sommersemester 1898 bis zum Sommersemester 1901. In dieser Zeit hat er neben seinen Vorlesungen stets Seminare und seit dem Wintersemester 1899/1900 praktische Übungen in der „Getreidepreiswarte“ abgehalten.

In seiner Antrittsvorlesung behandelte er „Die Überproduktionstheorie und die Getreidepreise“ [58]), ein Thema, das er schon 1893 in der Züricher Antrittsvorlesung, als er sich gegen das Dogma von der internationalen Getreidekonkurrenz wandte, gestreift hatte.

---

[56]) Monatsschrift für christliche Sozialreform. 1914, S. 60.

[57]) Der Ruhlandschen Ehe entsprossen zwei Töchter, Maria und Gabriele.

[58]) Monatsschrift für christliche Sozialreform. 1898, S. 302—313.

Das Jahr 1897/98 hatte den berüchtigten Leiter-Corner[59]) mit seinen wesentlich höheren Getreidepreisen gebracht und viel dazu beigetragen, der Getreideüberproduktionstheorie den Boden zu entziehen.

Mit der Berufung nach Freiburg beginnt diejenige Zeit, in der sich Ruhland immer konkreter mit den Fragen der Getreidepreisbildung, der Getreidepreispolitik und vor allen Dingen den Möglichkeiten des internationalen Zusammenschlusses der Landwirte befaßt. Die Leiteraffäre hatte ihn in der Ansicht bestärkt, daß den Machenschaften des internationalen Großkapitals feste Organisationen der Landwirte aller Länder entgegengestellt werden müßten.

Um seine Kenntnisse über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Verhältnisse zu allen Zeiten und bei allen Völkern zu vertiefen, beginnt er 1898 auf breiter historischer Grundlage diejenigen wirtschaftsgeschichtlichen Studien, die später das Material für den geschichtsphilosophischen Teil seines „Systems der politischen Ökonomie" bilden sollten.

1898 war die deutsche Übersetzung von Umberto Benignis „Getreidepolitik der Päpste"[60]) erschienen und von Ruhland mit einem Vorwort sowie einem Schlußwort betreut worden.

Im Vorwort geht Ruhland davon aus, daß in W. Naudés „Getreidehandelspolitik der europäischen Staaten vom 13. bis zum 18. Jahrhundert"[61]) die Getreidehandelspolitik der Päpste nicht befriedigend dargestellt sei und daß schon Werner Sombart in seiner Schrift „Die römische Campagna" auf das „großartige agrarpolitische System der Kurie" hingewiesen habe. Um diese wissenschaftliche Lücke zu schließen, hatte Ruhland Professor Benigni-Rom zur Bearbeitung der Getreidepolitik der Päpste aufgefordert.

Im Schlußwort faßt er die für seine, die Weltgeschichte unter den wirtschaftlichen Gesichtspunkt rückende Auffassung bedeutsamen Gedanken des Benignischen Buches zusammen. Hatte sich schon früher gezeigt, wie er hier und dort historische Parallelen zieht und bemüht ist, die Entwicklung der deutschen Agrarverhältnisse mit ähnlichen geschichtlichen Situationen anderer Völker und vergangener Kulturen zu vergleichen, so offenbart sich jetzt immer deutlicher sein Wille, unter Heranziehung von Fachgelehrten die weltgeschichtlichen Materialien zu einer Gesamtschau der Wirtschaftsentwicklung aller Völker zusammenzuziehen und unter einheitlich systematische Gesichtspunkte zu bringen.

Aus der Geschichte der Getreidepolitik der Päpste hebt er folgendes hervor: Der Übergang von der stadtwirtschaftlichen zur volkswirtschaftlichen Periode hat sich in Rom unter Papst Alexander VII. von 1689 bis 1691 vollzogen. Vom Standpunkt

[59]) In Chicago hatte der Millionär und Spekulant Leiter einen erfolgreichen Corner durchgeführt. Dagegen war der Versuch, dieses Börsenmanöver im Mai 1898 zu wiederholen, zusammengebrochen. Sein Gegner in diesem Börsenkampf war der Chicagoer Packer Armour, der, da er möglichst billiges Viehfutter brauchte, an der Börse die Baissepartei stärkstens stützte.

[60]) Berlin 1898, Wilhelm Issleib. Irrtümlicherweise im „System" Bd. III, Anhang als selbständige Schrift Ruhlands bezeichnet.

[61]) Berlin 1896, Paul Parey.

der Brotversorgung aus ist das römische Beispiel von besonderem Interesse, weil in Rom auf Grund seiner geschichtlichen Bedeutung stets große Volksmengen zusammengezogen gewesen sind und daher schon in der Römerzeit sowie verstärkt im Mittelalter das Problem der Getreideversorgung nicht rein stadtwirtschaftlich gelöst werden konnte.

Innerhalb des Gemeindebezirks der Stadt Rom [62]) waren nicht genügend Bauern ansässig, da das Land um Rom in Latifundien aufgeteilt war, und daher konnte die Stadt nicht aus unmittelbarer Nähe mit Getreide versorgt werden. Um die Abhängigkeit von auswärtigen Getreidegebieten herabzumindern, war die Politik der Päpste darauf gerichtet, den Getreidebau in der römischen Campagna wieder einzuführen. Die Bulle vom Jahre 1476 legt jedem Grundbesitzer die soziale Pflicht auf, mindestens ein Drittel des Bodens mit Getreide zu bestellen. Geschieht dies nicht, so hat jeder römische Bürger das Recht, auf den betreffenden Grundstücken Getreide zu bauen und sie zu besitzen. Auch die Oberaufsicht über den Getreidemarkt und die Brotversorgung Roms bis hin zum Brotverkauf übte die Kurie aus. Was die Preise anbelangt, so behauptet Ruhland, daß die Brotversorgungspolitik der Päpste auf die Innehaltung mittlerer Getreidepreise abgestellt war.

Dies alles änderte sich mit dem Heraufkommen des „Kapitalismus". Seit dem Ende des siebzehnten Jahrhunderts gelangen von Danzig aus Getreidetransporte bis nach Italien, so daß also Rom erstmalig von Nordeuropa aus mit den fehlenden Getreidemengen versorgt werden kann. Die Schiffbarmachung des Tibers bis nach Rom unter Papst Paul V. hängt mit alledem aufs engste zusammen. Durch das Edikt vom Jahre 1689 ging Alexander VIII. zur kapitalistischen Getreidepolitik über, indem er freien Handel, freie Produktion und freies Brotausbacken gestattete. Auf diese Weise wurde die enge Verbindung zwischen Stadt und Land zerrissen, und der private Getreidehandel dominierte immer mehr. In wachsendem Maße spielte von nun ab ausländisches Getreide eine Rolle auf dem Markte in Rom. Aus der alten Zeit blieben nur die Brottaxen. In den Hungerjahren 1798—1801 war man allerdings gezwungen, noch einmal auf das Edikt von 1476 zurückzugreifen.

Wie stark Ruhland schon im Jahre 1898 an der Entwicklungsgeschichte der Völker und damit an dem endgültigen Ausbau seines „Systems" arbeitete, belegt die Tatsache, daß er Ende 1898 eine erste Probe seiner neuen Forschungen und der dabei befolgten Methode in der Abhandlung „Jüdische Wirtschaftsgeschichte" [63]) vorlegte. Der erste Eindruck, den gerade diese Studie auf den Leser machen mußte, wurde in einer Besprechung der „Deutschen Agrarzeitung" vom 25. Dezember 1898 gut wiedergegeben: Es falle dem Leser dieser geschichtlichen Rückblicke der diametrale Gegensatz der wirtschaftlichen Anschauungen zwischen dem Volke, „das einst der Welt ein Musterbild agrarischer Wirtschaftsverfassung gegeben hatte", und dem heutigen jüdischen Volke auf.

Während der Freiburger Jahre ist von richtunggebender Bedeutung für die weitere Entwicklung Ruhlands die Anknüpfung internationaler Beziehungen und damit die Verwirklichung derjenigen Pläne, die er seit seinem Eintritt in den Bund der Landwirte, verstärkt seit dem Budapester Kongreß, verfolgt hatte. Die Berufung nach der Schweiz bot eine ausgezeichnete Gelegenheit, von diesem neutralen Boden aus die Verbindung mit den Agrariern aller Länder aufzunehmen.

Im Gegensatz zu den früheren, sei es doktrinär-theoretischen oder programmatisch-politischen Arbeiten, sucht er nunmehr auf breiter,

[62]) Rom verfügt noch heute, wie viele italienische Städte, über einen sehr weiten, bis zum Meere reichenden Gemeindebezirk.

[63]) „Die Zukunft", 10. und 17. Dezember 1898. Ruhland bediente sich bei diesen Ausarbeitungen fachmännischer Mitarbeiter. Die Entwicklungsgeschichte der Juden hatten der Münchener Privatdozent Franz Walter und der Rabbiner Unna aus Mannheim vorbereitet.

empirisch gesicherter Grundlage und nach preisstatistisch verfahrender Methode zur Bestätigung seiner Ansichten zu gelangen, um so sein internationalen Bindungen zustrebendes wirtschaftspolitisches Programm — tatsachenmäßig gefestigt — auszubauen. Offenkundig hat er in diesen Jahren zu allen hervorragenden Sachkennern, Börsenmaklern und Preisstatistikern der wichtigsten Länder Beziehungen aufgenommen, um ein weitgespanntes Netz von Berichterstattern und sonstigen Verbindungen zu Informationszwecken zu schaffen.

Das wissenschaftliche Ziel ist darauf gerichtet, mit Hilfe eines möglichst umfangreichen und sorgfältig zusammengestellten Zahlenmaterials den Nachweis zu erbringen, daß die Getreidepreisbildung an den Börsen in keiner Weise der tatsächlichen Lage von Erzeugung und Bedarf entspricht. Um die Übereinstimmung zwischen beiden wiederherzustellen, soll die Initiative der Preisbildung den Landwirten zurückgegeben werden. Dazu aber bedarf es volkswirtschaftlich berufsgenossenschaftlicher Zusammenschlüsse und weltwirtschaftlich internationaler Verbände [64]).

In der Ende 1897 gegründeten „Deutschen Agrarzeitung" veröffentlichte er Anfang 1898 seine Kritik an Brentanos soeben erschienener „Agrarpolitik" [65]). Im Gegensatz zu früheren Verlautbarungen Ruhlands über Lujo Brentano zeichnet sich diese Kritik durch besonnene Sachlichkeit und starke Mäßigung im Urteil aus. Sie läßt zudem die Ruhlandschen Thesen in wirksamem Kontrast zu Brentanos Ansichten erkennen.

Es heißt in dieser Besprechung: Die Erfahrungsgrundlage des Brentanoschen Denkens bildet der englische Industrialismus mit seinen sozialen Folgeerscheinungen, den Arbeiterverbänden. Von den Manchesterleuten unterscheidet sich Brentano durch seine ausgesprochen sozialpolitische Haltung, d. h. durch das Eintreten für hohe Löhne. Die Verbindung von sozialen und liberalen Forderungen ist möglich auf Grund einer Theorie der steigenden Arbeitsleistung bei steigenden Arbeitslöhnen und verkürzter Arbeitszeit.

Nach Brentanos Auffassung kann die landwirtschaftliche Produktion nur dazu nütze sein, in Konkurrenz mit dem Auslande der Bevölkerung möglichst billiges Brotgetreide zu liefern. Kann sie dies infolge von sinkenden Getreidepreisen nicht mehr, so muß sie sich umstellen oder den Anbau einstellen. In freihändigem Verkehr soll der Grund und Boden einer möglichst großen Zahl von Menschen zugängig gemacht werden. Daher sind Beschränkungen in der Übertragung des Grundeigentums unangebracht.

Zum Ausgangspunkt seiner theoretischen Ausführungen nimmt Brentano geschickt die Natur des Bodens und macht so das „Gesetz vom

[64]) Vgl. hierzu: Über die Weltweizenernte von 1898—99. Monatsschrift für christliche Sozialreform, 1898, S. 328—331; und: Werden die Landwirte die Getreidepreise wieder mitbestimmen lernen. Deutsche landw. Presse, 1898, S. 803.

[65]) Brentanos Agrarpolitik. Deutsche Agrarzeitung, 1898, 4. Heft, S. 73—79.

abnehmenden Bodenertrag" zum Eckstein seines agrarpolitischen Systems. Daran schließt sich die Behandlung der Grundrente, wobei Brentano Andersons Grundrententheorie mit derjenigen Ricardos verschmilzt. Andersons Grundrente ist die Prämie für Verbesserungen im Anbau, die auch bei sich gleichbleibenden und selbst bei fallenden Getreidepreisen infolge einer Steigerung des Rohertrages dem Grundeigentümer verdientermaßen zufällt, weshalb sie Brentano „gesellschaftsfreundlich" nennt. Ricardos Grundrente dagegen ist das unverdiente Einkommen aus dem Monopolcharakter des Grundeigentums, das bei wachsender Bevölkerung, gleichbleibender Bearbeitung des Bodens und steigenden Getreidepreisen aus deren Überschuß über die aufgewendeten Kosten den Grundbesitzern zufällt, weshalb sie Brentano „gesellschaftsfeindlich" nennt.

Daraus folgt Schlag auf Schlag: Der Preis des landwirtschaftlichen Grund und Bodens muß möglichst niedrig sein. Jede künstliche Erhöhung des Preises der Bodenfrüchte muß vermieden werden. Die Freiheit des Grundeigentums ist in vollem Umfange aufrechtzuerhalten. Die bestehenden Schutzzölle sind aufzuheben.

Bei der Kritik verfährt Ruhland äußerst vorsichtig. Es sei leicht, die Brentanosche Agrarpolitik in Einzelheiten anzugreifen, insbesondere was die betriebswirtschaftlichen Grundlagen anbelange. Es komme aber darauf an, sie aus dem Ganzen zu beurteilen. Brentano behaupte zu Unrecht, die schlechteren Böden mit geringeren Erträgen seien notleidender als die besseren Böden mit höheren Roherträgen. Mit einem Worte: es sei nicht richtig anzunehmen, daß derjenige, der einen intensiveren Betrieb habe, auch rentabler wirtschafte. In diesem Zusammenhang macht Ruhland darauf aufmerksam, daß Professor Howard in Leipzig[66]), der seit 1872 für die verschiedensten Güter in Nord- und Mitteldeutschland die Rechnungsführung übernommen hatte, zu Ergebnissen über die tatsächlichen Rentabilitätsverhältnisse landwirtschaftlicher Betriebe gekommen sei, die den Behauptungen Brentanos widersprechen.

Im Sinne der Theorie des Exportindustrialismus und des Systems der Handelstarifverträge sei die Brentanosche Agrarpolitik durchaus konsequent. Wer sie wissenschaftlich widerlegen wolle, der müsse sie auf der ganzen Linie einschließlich ihres exportindustriellen Ausgangspunktes verwerfen. An dieser Stelle tritt der Unterschied in den Anschauungen Ruhlands und Brentanos am deutlichsten in Erscheinung.

Ruhland will den Ansatzpunkt seines volkswirtschaftlichen Systems ganz anders wählen, als dies Brentano getan hat. Er verwirft es, den Ausgang vom städtisch-industriellen Denken zu nehmen, um schließlich

[66]) Howard hatte erstmalig im Jahre 1872/73 auf dem ihm durch seine Lehrzeit genau bekannten Gute Mockau bei Leipzig einen Jahresrechnungsabschluß durchgeführt und gleichzeitig in seiner Dissertation „Zur Reform landwirtschaftlicher Rentabilitätsberechnungen" seine neuen Einsichten niedergelegt. Im „System" Bd. I, S. 6 führt Ruhland an, daß bereits Professor Howard den von ihm bevorzugten Buch- oder Sachwert in die Praxis der landwirtschaftlichen Buchführung eingeführt habe.

die letzten Linien auf dem Lande, beim Bauern enden zu lassen. Er will umgekehrt vom bäuerlich-landwirtschaftlichen Denken ausgehen, um schließlich die letzten Linien in der Exportindustrie verlaufen zu lassen.

„Für die theoretische Konstruktion des volkswirtschaftlichen Körpers ergibt sich daraus zunächst die Notwendigkeit, ihn nicht, wie Brentano, auf der Exportindustrie, sondern auf der nationalen Landwirtschaft aufzubauen." Ruhland stützt seine Behauptungen durch den Hinweis darauf, daß sich unterdessen Professor Oldenberg seiner seit 1893 vertretenen Anschauung angeschlossen habe, wonach die mitteleuropäische Exportindustrie den Höhepunkt ihrer Entwicklung schon überschritten habe und die Industriestaaten darauf bedacht sein müßten, die Brotversorgung im eigenen Lande zu festigen, da sie auf dauernde überseeische Getreidezufuhr nicht rechnen könnten.

Ruhland schließt: Das Schwergewicht der volkswirtschaftlichen Vorgänge muß ins Innere des Landes verlegt werden. Die Preise und Löhne darf nicht der Weltmarkt bestimmen, sondern der Boden im Lande selbst soll die Funktion des volkswirtschaftlichen Lohnregulators übernehmen, und zwar nicht, wie dies noch Rodbertus getan hatte, auf der Grundlage des Großgrundbesitzes, sondern gestützt auf den bäuerlichen Mittelstand.

Die Hochschätzung, die sich Ruhland während seiner Freiburger Zeit in der Schweiz erworben hatte, zeigt sich am besten darin, daß er von der Kommission des Schweizerischen Bauernbundes zu den Vorarbeiten für das neue Schweizerische Zivilgesetzbuch gutachtlich herangezogen wurde [67]).

Unter dem Titel „Möglichst billiger Kredit, rationelle Verschuldungsbeschränkung und richtige Wertschätzung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes [68]) veröffentlichte er 1899 sein „wirtschaftspolitisches Gutachten zum Entwurfe eines schweizerischen Grundpfandrechtes an den Vorstand des Schweizerischen Bauernverbandes".

Fußend auf dem, was er bereits 1882 [69]) über das Wesen des Kredits ausgeführt hatte, fordert er: Ziel des Gesetzgebers darf nicht Erhöhung und rechtliche Festigung der Sicherungen sein, sondern zweckdienliche Ausgestaltung der Kreditorganisationen. Er empfiehlt der Schweiz zur Verbilligung des landwirtschaftlichen Kredits die Errichtung einer Zentralaktienbank mit einer Organisation nach Art der 1895 auf seinen Vorschlag hin gegründeten preußischen Zentralgenossenschaftskasse.

---

[67]) In der Monatsschrift für christliche Sozialreform 1898 hatte Laur, der Sekretär des Schweizerischen Bauernbundes, die Verdienste Ruhlands um die Aufhebung der Blankotermingeschäfte in Getreide hervorgehoben.

[68]) Bern 1899.

[69]) Zeitschrift des landw. Vereins in Bayern, 1882: „Gedanken über die künftige Organisation des landw. Personalkredits", S. 671—691.

Allerdings: die Verbilligung und Erleichterung der Kreditaufnahme muß durch eine rationelle Verschuldungsbeschränkung ergänzt werden, weil sonst die Bauern viel zu leichtsinnig Schulden aufnehmen. Von den vielerlei Vorschlägen gibt Ruhland dem vom preußischen Finanzminister Miquel bei der preußischen Zentralgenossenschaftskasse eingeführten Modus den Vorzug, wonach der von der Kasse gewährte billige Kredit nur für kurzfristige Betriebszwecke, niemals aber als Hypothekarkredit gewährt werden darf.

Aus Ruhlands Züricher Praktikum waren die Untersuchungen von Dr. Schneebeli über „Die Konkursstatistik als Mittel zur Erkennung der Ursachen des Notstandes in der Landwirtschaft“ [70]) hervorgegangen, aus denen zu ersehen war, daß in 98% der Fälle die Bauern deshalb zugrunde gehen mußten, weil sie ihren Besitz mit viel zu hohen Schulden übernommen oder gekauft hatten, eine Feststellung, die Ruhlands schon in den achtziger Jahren geäußerten Ansichten entsprach. Daher wiederholt Ruhland: „Von dem freien Grundmarkt und seinen Verpflichtungen träufelt das Gift der ruinösen Verschuldung in die Erbverträge hinein“ [71]). Je kleiner die Grundparzelle ist, die verkauft wird, desto höher ist ihr Preis und desto höher in den meisten Fällen der Restkaufschilling. „Auf diesem ökonomischen Gesetze beruhen alle Gewinne der Güterschlächter, die sich bekanntlich darauf beschränken, größere Bauernhöfe zu erwerben und in kleineren Stücken zu verkaufen“ [72]). Der Grund für die übermäßige Preissteigerung liegt darin, daß sich für die kleineren Parzellen auf dem Grundmarkte auch die Besitzlosen als Käufer andrängen, „um sich mit nichts als Schulden in Besitzende zu verwandeln“. Statt kurzsichtiger Proletarierpolitik verlangt er weitblickende Bauernpolitik, d. h. auf dem Lande sollen nicht verschuldete Proletarierexistenzen großgezüchtet, sondern der bäuerliche Mittelstand soll gestärkt werden.

Zur Bekräftigung seiner Ansichten verweist er auf den später [73]) von ihm häufig erwähnten hervorragenden Vertreter des klassischen römischen Rechts, Marcus Antistius Labeo, der zur Zeit des Kaisers Augustus den wirtschaftlichen Unterschied zwischen dem proletarischen Lohnarbeiter und dem selbständigen Arbeiter, der zugleich Eigentümer seiner Produktionsmittel ist, in die Rechtsformen der locatio conductio operarum und der locatio conductio operis gefaßt hat [74]).

Ruhland vertritt den Standpunkt, daß der vom Marxismus auf das Lohnarbeiterverhältnis angewandte Satz „Das Arbeitsprodukt ist der natürliche Arbeitslohn” entsprechend der Labeoschen Unterscheidung nur auf den selbständigen Arbeiter, d. h. auf den Mittelstand, angewendet werden könne. Demgemäß ist er der Überzeugung, daß das Ziel einer

---

[70]) Zürich 1897. Vgl. Ruhland „System“ Bd. I, S. 41.
[71]) „Möglichst billiger Kredit . . .“, S. 15.
[72]) a. a. O. S. 15.
[73]) Vgl. „System“ Bd. I., S. 373—374.
[74]) Vgl. Pernice, Alfred: Marcus Antistius Labeo. Halle 1873—92, 1.—3. Band.

Sozialreform nicht in einer Verstaatlichung der Produktionsmittel, also in einer Änderung der Eigentumsordnung liegen könne, sondern nur in einer Stärkung des Mittelstandes.

Eine Weiterführung der Ruhlandschen Werttheorie ist darin zu erblicken, daß er in diesem Gutachten nicht mehr nur einen wahren Grundwert anerkennt, sondern zugibt, daß je nach dem Zweck der Bewertung ein verschiedener Grundwert in Frage käme. Er führt aus: Der Verkehrswert landwirtschaftlicher Grundstücke gibt an, was für ein bestimmtes Gut im Verkaufsfalle erlangt werden kann. Wo es sich um die Interessen eines Großgrundbesitzers handelt, der seine Besitzungen verpachtet oder durch Beamte verwalten läßt, da ist der Ertragswertanschlag am Platze. Wo es sich aber um einen Grundbesitz in der Hand des selbstwirtschaftenden Bauern handelt, da kann der wahre Wert nur nach den Grundsätzen des Buch- oder Sachwertanschlages gefunden werden. Damit gibt er zu, daß auch der Boden keinen Wert an sich hat, sondern daß der Grundwert je nach dem Zweck ein verschiedener sein kann. Er verläßt seinen in den achtziger Jahren stark wertabsolutistisch gerichteten Standpunkt, ohne den sogenannten „natürlichen Wert" (Buch- oder Sachwert) für die von ihm gemeinten Fälle aufzugeben.

2. Die Getreidepreiswarte

Unentwegt setzt sich Ruhland dafür ein, den starken täglichen und saisonmäßigen Getreidepreisschwankungen sowie der strukturell bedingten allgemeinen Senkung der Getreidepreise durch berufsgenossenschaftliche Organisation der Produzenten unter Einbeziehung der der Landwirtschaft nahestehenden Berufsgruppen mit Hilfe internationaler Bindungen entgegenzutreten.

Die Verfolgung dieses Ziels hatte sehr genaue und langjährige Beobachtungen aller Getreidepreisschwankungen, insbesondere der täglichen Preisbewegungen zur Voraussetzung. Um die nötigen preisstatistischen Daten zu sammeln, zu gleicher Zeit aber auch um die Ergebnisse praktisch auswerten und so den schon in Zürich gehegten Wunsch eines wirtschaftspolitischen Praktikums verwirklichen zu können, errichtete er im Sommer 1899 in Freiburg eine Getreidepreiswarte. Sie trug von vornherein insofern internationalen Charakter, als sich der „Bund der Landwirte" und bald darauf noch andere agrarische Organisationen in Frankreich und der Schweiz daran beteiligten.

Die Aufgabe dieser Getreidepreiswarte bestand darin, an der Hand zuverlässiger Informationen aus allen Ländern täglich alle Ereignisse der wichtigsten Märkte zu notieren, in Tabellen zusammenzufassen, graphisch darzustellen, sodann auf Grund der Diagnose die Prognose zu stellen und so den Landwirten Gelegenheit zu geben, besser disponieren zu können.

Als Organ erschien vom 3. Juni 1899 bis zum 4. März 1900 zunächst die „Vertrauliche Preisprognose von der Getreidepreiswarte an der Universität Freiburg (Schweiz)“ [75]).

Noch im Jahre 1899 veröffentlichte Ruhland in Paris eine Werbeschrift unter dem Titel „Un office international pour l'observation du marché des céréales", in der er den Plan seiner Freiburger Preiswarte entwickelte.

Die sinngemäße Fortsetzung dieser Werbeschrift war das ebenfalls im Jahre 1899 in Freiburg erschienene „Projekt eines internationalen Weizenverkaufssyndikats"[76]), in dem er zur Gründung einer internationalen Entente der großen landwirtschaftlichen Verbände zwecks besserer Regulierung der Getreidepreise aufforderte.

In Deutschland hatte er zu Beginn des Jahres 1899 einen Aufsatz veröffentlicht: „Wie werden die Weizenpreise im Frühjahr 1899 sein?“ [77]), der zeigen sollte, auf welchen Grundlagen und nach welcher Methode in seiner Getreidepreiswarte gearbeitet wurde.

Anfang Februar 1900 reist Ruhland nach Berlin, um dort vor dem Gesamtausschuß des „Bundes der Landwirte“ über seine berufsgenossenschaftlichen Pläne zu sprechen.

Am 11. Februar hält er seinen Vortrag über „Bestrebungen auf dem Wege zu einem Weizen-Verkaufssyndikat der Landwirte“. Er führt aus: Nicht mehr die Börsen, nicht mehr Menschen, die artfremd und ohne Kenntnis der Produktionsverhältnisse sind, sollen den Haupteinfluß auf die Getreidepreisbildung haben, sondern diejenigen, die das Getreide bauen. War Ruhland schon in den werttheoretischen Schriften der achtziger Jahre deutlich vom Marktprinzip abgerückt und hatte er mit Rücksicht auf die Lage der Landwirte das Kostenprinzip zum wesentlichen Preisbestimmungsgrund erhoben, hatte er sodann auf Grund seiner weltwirtschaftlichen Erfahrungen über Banken und Börsen immer schärfere Kritik an der Marktwirtschaft geübt und hatte er schließlich in den Börsen die satanische Aufgipfelung des Marktprinzips mit allen seinen Zufälligkeiten, Willkürlichkeiten und persönlichen Hintergründen (die antisemitische Spitze fehlte nicht) gesehen, so zieht er jetzt rückhaltlos die Konsequenzen und strebt gebundenen Formen der Preisbildung zu.

Der schon früher hier und da geäußerte Gedanke der berufsgenossenschaftlichen Organisation und der Syndikatsbildung, den er zuerst systematisch in dem „Syndicat international pour la vente du froment“ prägnant und thesenartig formuliert hatte, wird nunmehr in rednerischer Breite vor dem „Bund der Landwirte“ unter Berücksichtigung der deutschen Verhältnisse entwickelt. Er zählt eine Reihe von Ansätzen zu be-

[75]) Freiburg (Schweiz) 1899, Nr. 1—6.
[76]) Freiburg (Schweiz) 19. Oktober 1899.
[77]) Fühlings landwirtschaftliche Zeitung, 1899, S. 35—39.

rufsgenossenschaftlichen Bildungen auf, unter anderen die nordamerikanische „Grangerbewegung", die in ihren Anfängen eine ausgesprochene agrarische Gemeinschaftsbewegung gewesen war, dann aber durch egoistisches Strebertum und Quertreibereien um ihre Erfolge gebracht wurde.

Ruhland verkennt nicht, daß diese Bewegungen im Grunde genommen die großkapitalistisch-industrielle Form der Syndikats- und Trustbildung für die Landwirtschaft nutzbar zu machen suchten. Auch er benutzt die Idee dieser auf Marktbeherrschung gerichteten Organisationsform als Vorspann für seine agrarpolitischen Ziele, die letzthin auf eine berufsgenossenschaftliche, ständische Organisation gerichtet sind.

Ohne Bedenken bedient er sich des Mittels der internationalen Zusammenschlüsse, wie er sie aus den großen internationalen Kartellbildungen und aus dem marxistischen Plan der internationalen Vereinigung aller Proletarier kannte. Immer mehr sieht er in dem Syndikatsprinzip die Organisationsidee der Zukunft.

Um die Landwirte international zusammenzufassen, genüge es nicht, internationale landwirtschaftliche Kongresse abzuhalten. Es müßten festere Verbandsformen geschaffen werden. Mit seinem persönlichen Lieblingswunsch tritt er hervor, wenn er verlangt, die organisierten landwirtschaftlichen Verbände der verschiedenen Kulturländer müßten „ein Spezialbüro zur besseren Regulierung der Getreidepreise" auf dem neutralen Boden der Schweiz errichten.

Das noch an demselben Tage gehaltene Referat über das „Projekt einer Organisation der deutschen Landwirte für den Getreideverkauf" wendet sich der nationalen berufsgenossenschaftlichen Organisation der deutschen Landwirte zu. Drei Mängel, sagt Ruhland, weist die deutsche Getreideverkaufsorganisation auf: erstens die Selbständigkeit der Lokalmärkte, zweitens das Fehlen einer bestimmten Preismeinung auf seiten der Landwirte und drittens die einseitige Feststellung der Getreidepreise durch Börse und Handel.

Deutlicher als in den früheren Verlautbarungen tritt in diesem Referat die Spitze gegen den spekulativen Handel hervor. Syndikatsbildung und Ausschluß des „unsoliden" Handels verbinden sich miteinander. Anders ausgedrückt: die Preisnormierung soll in die Hand der Produzenten gelegt werden unter Einbeziehung des „soliden" Handels. Großhandel und Börsen sollen ausgeschaltet werden.

Anschließend an die Referate vor dem Gesamtausschuß des „Bundes der Landwirte" hielt Ruhland auf der XXV. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer zu Berlin am 13. und 14. Februar 1900 einen Vortrag „Über eine internationale Entente der großen landwirtschaftlichen Verbände zur besseren Regulierung der

Getreidepreise“ [78]). Noch schärfer als bisher betont er die Notwendigkeit einer Preisbildung nach dem Kostenprinzip und die Möglichkeit, eine Sicherung solcher Preise durch syndikatsmäßige Organisation zu erreichen.

Er schloß diesen Vortrag mit den Worten: „Soll unsere moderne Kultur wirklich vor dem Untergange gerettet werden, dann muß an Stelle der heute bestehenden unheilvollen Weltherrschaft der Banken und Börsen die Weltherrschaft der Bauern treten, und zwar der Bauern in dem Sinne, in dem auch ein Fürst Bismarck sich als „Bauer“ bezeichnete.“

Nach Freiburg zurückgekehrt, mußte Ruhland nicht nur seine Getreidepreiswarte weiter ausgestalten, sondern auch die Anknüpfung internationaler Beziehungen vorwärtstreiben.

Am 26. Juni 1900 erscheint die erste Nummer der schon in den Berliner Vorträgen in Aussicht gestellten Monatsschrift unter dem Titel „Monatliche Nachrichten aus dem internationalen Büro zur Regulierung der Getreidepreise“ [79]).

Ruhland eröffnet die Zeitschrift mit seinem „Programm für die internationale Getreidepreiswarte“ [80]). Es heißt darin: Die Getreidepreise sollen auf mittlerer Linie stabilisiert, d. h. die allzu starken Schwankungen nach oben und nach unten beseitigt werden. Die Höhe der Getreidepreise bestimmen, heißt für die Getreidebauern die Höhe ihres Arbeitslohnes festlegen; denn der Bauer ist ein Arbeiter, für den das Getreide Arbeitsprodukt und Arbeitslohn zugleich ist.

Damit will er zum Ausdruck bringen: Die Adam Smithsche Trennung der Einkommensarten in Grundrente, Kapitalzins und Arbeitslohn beruht soziologisch auf der Klassengesellschaft, wie sie sich im industriellen Zeitalter herausgebildet hat. Ihr stellt er seine mittelstandspolitische These entgegen, daß für möglichst viele Menschen die Einheit von Arbeit und Boden sowie von Arbeit und Kapital wiederhergestellt werden müsse. Alle mittelstandspolitischen Maßnahmen sind darauf abzustellen, diejenigen sozialen Schichten, in denen diese Einheit noch besteht, zu stärken.

Das Ziel der Sozialpolitik darf nicht auf eine einseitige und im Grunde sozial wirkungslose Unterstützung der Industriearbeiter gerichtet sein, sondern die Agrarpolitik im Sinne der Bauernpolitik ist der wahre Kern der Sozialpolitik.

Der Hauptinhalt der Zeitschrift gilt den Fragen der Getreidepreisstatistik. Auf Grund der statistischen Untersuchungen in der Getreidepreiswarte hat sich in Ruhland die Überzeugung herausgebildet, daß die Börsenpreise und damit die Weltmarktpreise für Getreide in erster Linie durch diejenigen Getreidemengen bestimmt werden, die sich in der Hand des Handels befinden und als „sichtbare Vorräte“ bezeichnet

[78]) Berlin 1900.

[79]) Der Getreidepreiswarte ist von nun ab ein internationales Büro zur Regulierung der Getreidepreise eingegliedert.

[80]) Monatliche Nachrichten. 1. Jahrg. Nr. 1, vom 26. Juni 1900, S. 1—3.

werden. Im Vergleich zur gesamten Welternte sind diese Mengen überraschend klein. Sie schwanken zwischen 2½ und 7% der Welternte. Ihre Zunahme oder Abnahme um nur ½% verändert die allgemeine Preislage vollständig. Indessen sind die Landwirte Besitzer von durchschnittlich etwa 95% der Welternte. Daraus schließt er: es ist unbedingt notwendig, daß sich die Landwirte organisieren, damit nicht die 5% in der Hand des Handels die Preise bestimmen für die 95% in der Hand der Landwirte. „Das Jahrhundert, dem wir entgegengehen, wird das Jahrhundert der großen Organisationen sein."

In den Zeiten vor der weltwirtschaftlichen Verflechtung hat die Jahressituation der Ernten die Getreidepreise beherrscht. Irrtümlicherweise wird noch immer angenommen, daß auch jetzt für die Preisbildung und für die Preistendenzen der Börse die Jahressituation maßgebend sei. Diese Ansicht, behauptet Ruhland, ist grundfalsch; denn der moderne Weltmarkt hat bewirkt, daß nunmehr die durch die Börsenlage bestimmte Tagessituation des Marktes die Getreidepreise beherrscht[81]). Obendrein sei es gänzlich verfehlt, zu den Börsen und den dahinterstehenden Personengruppen als zu denjenigen Instanzen emporzuschauen, die aus der Höhe ihrer Perspektive einen genauen Überblick haben. „Die reich gewordenen Getreidespekulanten haben immer dann ihre besten Geschäfte gemacht, wenn sie sich ganz genau berechneten, wie die Preise nach einer vernünftigen Berechnung sich bewegen sollten und dann in der gerade entgegengesetzten Richtung spekulierten."

Die Statistik der sichtbaren Vorräte kann nur höchst ungenau sein, und, was wichtiger ist, sie ist durch die Maßnahmen des nordamerikanischen Elevatorenringes manipuliert. Auf Grund amerikanischer Berichte kommt Ruhland zu dem harten Urteil: „Die Statistik der sichtbaren Vorräte Nordamerikas ist gefälscht."

Vom 28. bis zum 30. Juni 1900 tagte im Zusammenhang mit dem Pariser internationalen Agrarkongreß in Versailles der „Internationale Kongreß über die Organisation der Landwirte zum Getreideverkauf", auf dem Ruhland die Genugtuung erfuhr, daß seine Gründung eines internationalen Büros zur besseren Regulierung der Getreidepreise und seine Herausgabe einer internationalen Monatsschrift volle Anerkennung fanden. Seinen praktischen Ausdruck fand dieser Kongreß in dem von Roesicke gestellten und von dem Kongreß angenommenen Antrag auf Schaffung einer permanenten internationalen Kommission, die aus Delegierten der landwirtschaftlichen Organisationen der verschiedenen Staaten gebildet werden sollte.

Die Artikel in den „Monatlichen Nachrichten"[82]) sind immer schärfer darauf abgestellt, weder den „jungfräulichen Boden", noch die Farmer

[81]) Vgl. die Artikel: „Die Tagessituation des Marktes beherrscht die Getreidepreise" und „Ist die Statistik der sichtbaren Vorräte Nordamerikas gefälscht?" in Nr. 1, der „Monatlichen Nachrichten" vom 26. Juni 1900.

[82]) „Aus der Entwicklungsgeschichte der nordamerikanischen Weizenkonkurrenz" und „Die sog. argentinische Weizenkonkurrenz" in Nr. 2, vom 21. Juli und Nr. 3, vom 27. August 1900.

als die Träger der landwirtschaftlichen Konkurrenz zu betrachten, sondern die europäischen Banken und Börsen, die mit Hilfe von Anleihen, Gesellschaftsgründungen usw. die Konkurrenz allererst möglich gemacht haben, verantwortlich zu machen.

Ruhland stellt nunmehr die Frage: Auf welche Weise ist es den Großbanken gelungen, so große Geldmengen aus Mitteleuropa nach Argentinien zu verschieben? Im wesentlichen hat dies seinen Grund in der Konzentrationsbewegung des Bankgewerbes. Aber dahinter stehen andere, persönlich bestimmte Kräfte: „Wer die einschlägigen Materialien durchsieht, stößt auf einen solchen Rattenkönig schamloser Bestechungen durch die Großbanken, daß die Antwort auf die Frage: wer für die argentinische Konkurrenz eigentlich verantwortlich ist? nicht mehr zweifelhaft sein kann."

In den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts drohte die „Erschließung" neuer Getreidegebiete in Kleinasien: die sogenannte anatolisch-mesopotamische Konkurrenz. In der Abhandlung „Die drohende Gefahr der kleinasiatischen Weizenkonkurrenz" [83]) nimmt er gegen diese Pläne Stellung und sieht in ihnen nicht so sehr das „alldeutsche" und kolonialpolitische Moment als vielmehr die Machenschaften großkapitalistischer Bankengruppen, die für die Bauern weitere Senkung der Getreidepreise bedeuten.

Der Artikel „Wie verhüten wir die drohende kleinasiatische Weizenkonkurrenz?" [84]) ist für die Entwicklung Ruhlands von richtunggebender Bedeutung, weil sich in ihm die Vorwürfe gegenüber Banken und Großkapital erstmalig zu positiven wirtschaftspolitischen Vorschlägen zwecks Abstellung der Übel verdichten. Da die letzten großen Agrarkrisen als Preiskrisen alle gleichmäßig verlaufen sind und sie in dem Eingreifen des internationalen Kapitals ihre Ursache haben, so muß nach Ruhland eine Agrarpolitik, die auf Abstellung der Schäden für die Landwirtschaft bedacht ist, das zu bewältigende Problem in erster Linie als kapitalistische Erscheinung werten. Im Dienste dieser Aufgabe stellt er drei Forderungen: Nationalisierung der Depositengelder, Nationalisierung der Reichsbank, Beseitigung der Wucherfreiheit aus dem Aktienrecht. Neu ist der Gedanke der Nationalisierung der Depositengelder; denn Ruhland verlangt damit nicht mehr und nicht weniger, als daß die in einem Lande aufgebrachten Kapitalien auch in dem Lande selbst produktiven Zwecken zugeführt werden, daß sie, woran ihm in erster Linie liegt, „für das produktive Bedürfnis des nationalen Mittelstandes" reserviert bleiben.

Bis zum Jahre 1900 hatte er in seinen mittelstandspolitischen Forderungen allzu einseitig immer nur an die Bauern gedacht. In dem Vortrag „Das Syndikat: die Innung der Zukunft" [85]) wendet er sich den

[83]) Monatliche Nachrichten, 1. Jahrg. Nr. 4, vom 22. September 1900.
[84]) Monatliche Nachrichten, 1. Jahrg. Nr. 5, vom 22. Oktober 1900.
[85]) Ausgewählte Abhandlungen, S. 52—57.

Fragen der gewerblichen Mittelstandspolitik zu und unterstellt sie ebenfalls dem Syndikatsgedanken. Auf Grund eines halbjährigen Studiums der Lage in der deutschen Müllerei sei er zu dem Ergebnis gekommen, daß das deutsche Mühlengewerbe „an den Folgen der freien Konkurrenz leide". Er verlangt daher auch für dieses Gewerbe eine berufsgenossenschaftliche Organisation in der Form eines Mühlensyndikats, das aber nicht ein Syndikat von Großkapitalisten, sondern ein Mittelstandssyndikat werden soll. Erstmalig hebt er den mittelstandserhaltenden Sinn seines Syndikatsgedankens im Gegensatz zu den großkapitalistischen Syndikatsbildungen in der Industrie hervor. Er fordert den Anschluß des Mühlensyndikats an die Einkaufsorganisation der Bäcker in Verbindung mit den „soliden Mehlhändlern". Deutlich offenbart sich, wie Ruhland durch vertikale Ausgestaltung der berufsgenossenschaftlichen Organisationen zu einer planvollen, die Schäden der freien Konkurrenz beseitigenden Organisation der Volkswirtschaft gelangen will.

Vom Zentralverband des deutschen Bäckergewerbes hatte er sich die Materialien zur Beurteilung der Lage des Bäckerhandwerks schicken lassen und sie nach der sich nunmehr immer deutlicher abhebenden, seiner „Krankheitslehre des sozialen Volkskörpers" entsprechenden Methode durchgearbeitet, um sich ein Krankheitsbild von diesem Gewerbe zu machen und dann „streng logisch" diejenigen Maßnahmen abzuleiten, die geeignet sind, die Notlage desselben zu beseitigen. Sein Urteil lautet: „Das deutsche Bäckergewerbe scheint heute zwischen zwei Mühlsteine geraten zu sein: davon ist der eine die kapitalistische Entwicklung unserer Gesellschaft, der andere die Proletarierpolitik der Regierung und der Sozialisten." Die einzige Möglichkeit der Heilung sieht er in mittelstandspolitischen Maßnahmen.

Ruhlands Auffassung über den Mittelstand hebt sich scharf von derjenigen Gustav Schmollers ab, wie dieser sie auf dem evangelisch-sozialen Kongreß 1897 geäußert hatte und die Ruhland als „Einkommensteuerbegriff" bezeichnet. Er versteht unter Mittelstand nicht wie Schmoller die Gesamtheit derjenigen, die über ein mittelhohes Einkommen verfügen, sondern alle diejenigen, die zugleich „ihr erster Arbeiter und ihr Kapitalist" sind, die also Arbeit und Kapital in einer Hand vereinigen. Ruhlands mittelstandspolitische These lautet: „Nur wenn sich so Kapital und Arbeit in einer Person vereinigen, herrscht der soziale Friede." Der Mittelstand ist die Grundzelle des gesunden Volkskörpers, „zersetzen sich diese Grundzellen in der Weise, daß Kapital und Arbeit sich nach verschiedenen Personenreihen trennen, dann mag die Regierung durch Versicherungsgesetze und Organisationen aller Art den Proletariern schenken, was sie will, die Zufriedenheit der Strebsamen in der Volksmasse wird damit nie erreicht, solange diesen das Aufsteigen in den selbständigen Mittelstand verschlossen bleibt".

IV. Teil:

Der Systematiker

A. Die Ausarbeitung des „Systems"

Zu Beginn des Jahres 1901 war Ruhland wiederum nach Berlin gezogen und hatte seit April 1901 sein „Büro" aus der Schweiz nach Berlin verlegt, so daß er nunmehr von dort aus seine Pläne weiterverfolgen konnte.

In dem „Vorwort" zu der Kampfschrift „Die internationale landwirtschaftliche Konkurrenz ein kapitalistisches Problem"[1]) gibt er das nunmehr gewonnene Stadium seiner gedanklichen Entwicklung in prägnanter Kürze wieder. Es heißt da: Nicht mit natürlichen billigen Produktionskosten, sondern mit einer fortgesetzten Bankrottwirtschaft in den überseeischen Gebieten haben die mitteleuropäischen Landwirte zu konkurrieren. Der Krisenherd ist die volkswirtschaftlich schädliche Verwendung der Kapitalien, und daher ist eine Neuordnung in der Verwendung der Depositengelder sowie eine Reform der Banken-, Börsen- und Aktiengesetzgebung vordringlich notwendig. Das Bankwesen einer Nation hat sich in den Dienst der Gesamtinteressen zu stellen. Die Kreditwirtschaft eines Volkes darf nicht dem rücksichtslosen Gewinnstreben internationaler Bank- und Börsenleute ausgeliefert sein.

In dem Vortrage, den er am 1. Februar 1901 zu Dresden in der „Ökonomischen Gesellschaft im Königreiche Sachsen" gehalten hat[2]), werden neue Wege beschritten. Hatte Ruhland bisher die säkuläre Entwicklung der Getreidepreise an der Hand der Durchschnittspreise bei der Münchener Schranne nachgewiesen, so bedient er sich jetzt auf Grund neuer statistischer Erhebungen der „fast lückenlosen Zusammenstellung der Weizenpreise in Straßburg von 1401 bis 1901"[3]). Hätte er nun wie Conrad fünfzigjährige Durchschnitte berechnet, so hätte er für diese langen Perioden nur je einen Vergleichspunkt, aber keine durchlaufende Preislinie erhalten. Seine neue Methode besteht darin, daß er für jedes einzelne Jahr den einunddreißigjährigen Durchschnitt berechnet und diesen Durchschnitt auf das sechzehnte Jahr der Reihe einträgt. Indem er so von Jahr zu Jahr fortschreitet, also nach Art der heute in der Konjunkturstatistik üblichen Methode des beweglichen

[1]) Berlin 1901.

[2]) „Der internationale Markt und die Getreidepreise", Dresden 1901.

[3]) Vgl. die dem Bd. I des „Systems" beigegebene graphische Darstellung.

Durchschnitts (moving average) verfährt, erhält er eine mittlere Preislinie, die die säkuläre Bewegung der Preise zum Ausdruck bringt und um die die Jahresdurchschnittspreise oszillieren.

Auf Grund seiner preisstatistischen Untersuchungen kommt er zu dem Ergebnis, daß nicht Nachfrage und Angebot, sondern „18 verschiedene Faktoren" die Preisbildung für Getreide beherrschen. Dieser Pluralismus der verursachenden Faktoren erinnert an die Art, wie F. B. W. Hermann in seinen „Staatswirtschaftlichen Untersuchungen" (1832) die einzelnen Preisbestimmungsgründe aufgewiesen hatte.

Die Aufgabe der Nationalökonomie besteht nach Ruhland nicht nur darin, die Preisbestimmungsgründe so genau wie möglich zu registrieren, sondern es muß auch Kritik geübt, dem Sein das Sollen entgegengestellt werden. Eine solche Kritik kann sich aber nur auf zuverlässiger Nachrichtenorganisation und auf rücksichtsloser Aufdeckung all der Hintergründe kapitalistischer Machinationen aufbauen.

In Hinblick auf die Erneuerung der Handelstarifverträge stand im Jahre 1901 wiederum die Debatte über die Agrarzölle im Vordergrund des Interesses. In dem „Gegengutachten zu Prof. Dr. Conrad's ‚Stellung der landwirtschaftlichen Zölle in den 1903 zu schließenden Handelsverträgen Deutschlands'" [4]) liegt die umfangreichste und eindringlichste Behandlung des Agrarschutzzollproblems durch Ruhland vor. Conrad-Halle hatte 1887 in den „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik" dessen agrarpolitische Schriften aus den Jahren 1883, 1885 und 1886 einer ziemlich scharfen Kritik unterzogen. Ruhland seinerseits hatte Conrad in der ersten Zeit als Nationalökonomen geschätzt, ja sogar in Freiburg den Conradschen Grundriß einer seiner Vorlesungen zugrunde gelegt. Er hat dann aber in wachsendem Maße Conrad ähnlich wie Brentano und Schmoller zur Zielscheibe seines Spottes gemacht und ihn schließlich als ausgesprochenen „Freihändler" behandelt.

Man fühlt die Nähe des „Systems", wenn Ruhland im Vorwort zum „Gegengutachten" schreibt: „Mir will es scheinen, als ob wir heute die Nationalökonomie wissenschaftlich auffassen müßten als die Lehre von dem Großwerden und Vergehen der Völker oder — weil die Nationalökonomie es mit der ganz bestimmten wirtschaftlichen Seite des Volkslebens vor allem zu tun hat — als die Lehre von der materiellen Entwicklung der Völker."

Ruhland ist der Ansicht, daß sowohl Schmoller als auch Conrad auf Grund ganz veralteter Methoden an die volkswirtschaftlichen Probleme der Gegenwart herangehen. „Die Conradschen Argumente gegen den Schutzzoll datieren aus England und aus dem Jahre 1776".

Auf Schritt und Tritt merkt man, daß er nebenher an dem „System der politischen Ökonomie" arbeitet. Es ließe sich sogar nachweisen,

[4]) Neuwied 1901.

daß in den beiden Abschnitten „Die alte Schule" und „Die neue Schule" bereits ein kurzer Aufriß der ersten beiden Bände des „Systems" vorliegt. Besonders deutlich geht dies aus dem welthistorischen Überblick hervor [5]).

Das Kapitel „Die Lehre von der Überwälzung der Zölle" setzt sich mit Conrad auseinander, der behauptet, der Zoll werde vom Inland getragen, während Ruhland die Bismarcksche These vertritt, daß der Zoll vom Ausland getragen werde.

Der Abschnitt über „Die sozialpolitische Bedeutung der Zölle" sucht die Conradschen Argumente über die sozialen Wirkungen der Schutzzölle, insbesondere die Wirkung auf die Brotpreise zu entkräften. Wieder führt er eine große Reihe historischer Parallelen an, die auf den zweiten Teil seines „Systems" (Entwicklungsgeschichte der Völker) hindeuten.

Zu Anfang des Jahres 1901 war in Berlin die Gesellschaft mit beschränkter Haftung „Der Getreidemarkt" auf Anregung und unter starker Beteiligung des „Bundes der Landwirte" gegründet und Ruhland zum Geschäftsführer ernannt worden.

Am 11. und 12. März 1901 traten in Paris die Delegierten von 29 landwirtschaftlichen Verbänden aus Deutschland, Frankreich, der Schweiz, Dänemark, Spanien, Österreich-Ungarn und Portugal unter dem Vorsitz des französischen Ministers Méline zu dem Zweck zusammen, ein internationales Komitee zu gründen, dessen Aufgabe zunächst darin bestehen sollte, die auf den wichtigsten Märkten notierten Getreidepreise zu verfolgen und zu veröffentlichen. Diesen provisorischen Maßnahmen folgte dann am 16. Juni 1902 die konstituierende Sitzung, bei der als endgültiger Name „Internationale landwirtschaftliche Vereinigung für Stand und Bildung der Getreidepreise" gewählt wurde. In den Vorstand wurde als Präsident Prinz Schönaich-Carolath gewählt. Ruhland selbst wurde zum Sekretär dieses Komitees für Deutschland ernannt.

Am 25. März 1901 hielt Ruhland in München einen Vortrag über das Thema „Ist es gerechtfertigt, angesichts der bevorstehenden Zollerhöhung die städtische Bevölkerung gegen das Land zu verhetzen?" [6]) Auf Grund der in dieser Zeit besonders scharf in Erscheinung tretenden Angriffe gegen die „Agrarier" setzt er sich mit Brentano und Conrad auseinander. Er gelangt zu dem Ergebnis, daß von einer nennenswerten Mehrbelastung der städtischen Bevölkerung durch die Zollerhöhung nicht die Rede sein kann.

In dem an diese Gedankengänge anschließenden Aufsatz „Was sagt die Statistik als Wissenschaft von den Wirkungen hoher und niedriger Getreidepreise?" [7]) weist er mit der ihm eigenen Akribie an Hand der

[5]) „Gegengutachten" S. 11 ff.
[6]) Monatliche Nachrichten. 1. Jahrg. Nr. 11, vom 23. April 1901.
[7]) Monatliche Nachrichten. 1. Jahrg. Nr. 12, vom 23. Mai 1901.

vorhandenen Literatur den Einfluß der Getreidepreise auf die Arbeitslöhne, auf die Preise der wichtigsten Lebensmittel, auf die Bevölkerungsbewegung und auf die Moralität des Volkes nach.

Seit dem 8. Oktober 1901 erschienen die „Monatlichen Nachrichten zur Regulierung der Getreidepreise", die schon seit dem 29. Juni 1901 in Berlin herausgegeben waren, als Wochenschrift unter dem Titel „Getreidemarkt".

Im Dienste einer Verifizierung theoretisch gewonnener Erkenntnisse sind Ruhlands preisstatische Untersuchungen darauf gerichtet, die durch logische Analyse und kausale Betrachtungsweise gewonnenen Einsichten an die Wirklichkeit heranzubringen, sie durch Auseinandersetzung mit dem konkreten Tatsachenmaterial zu bestätigen und so einen „statistischen Beweis" zu geben.

Als Beispiel für diese Methode sei folgendes angeführt: Die Gegner der Aufhebung des Börsentermingeschäfts in Getreide und Mühlenprodukten hatten behauptet, seit dem 1. Januar 1897 habe Berlin seine Stellung als Weltmarktplatz in Roggen eingebüßt. Ruhland führt den statistischen Gegenbeweis [8]), indem er die Zahlen der amtlichen Statistik der Güterbewegung auf deutschen Eisenbahnen sowie in der Binnenschiffahrt vor und nach Aufhebung der Börsentermingeschäfte für die Jahre 1893 und 1896 sowie 1897 und 1899 untersucht (die Jahre 1894 und 1895 werden als unter dem Hochdruck der argentinischen Konkurrenz stehend ausgeschaltet, ebenso das Leiter-Cornerjahr 1898). Er kommt zu dem Ergebnis, daß sich der Rückgang nicht auf den soliden Getreidehandel mit wirklicher Ware, sondern nur auf spekulative Umsätze bezieht. Er folgert sodann, daß Berlin zwar Zentralproduktenbörse sei, nicht aber Zentralplatz für den Effektiv-, sondern nur für den Börsenhandel, also auch nicht von Riesenumsätzen in Berlin die Rede sein könne.

Ruhlands emsige Tätigkeit für die Durchführung seiner Pläne und die scharfen Angriffe, die er 1901 gegen seine wissenschaftlichen Feinde führte, hatten auch seine Gegner auf die Beine gebracht. Die Angriffe gegen ihn mehrten sich.

Es kam hinzu, daß seine organisatorischen Arbeiten nicht so fortschritten, wie er sich dies gewünscht hatte. Die neugegründete Gesellschaft „Der Getreidemarkt" hatte vom Reich Zuschüsse erbeten, aber offenbar aus politischen Gründen nicht erhalten. Unter dem Druck der verschärften Angriffe gegen Ruhland, insbesondere infolge der Agitation der Sozialdemokraten gegen ihn, stellten sich die Regierungsvertreter auf den Standpunkt, daß das Reich einem Interessenunternehmen der Agrarier seine Unterstützung versagen müsse. Daraufhin

[8]) Vgl. Die Bedeutung der Berliner Börse für den deutschen Getreidemarkt. Deutsche Agrarzeitung, 37. Heft 1901.

hatte sich Ruhland darum bemüht, die Getreidehändler und Müller für seine Sache zu gewinnen. Als Grundlage der Verhandlungen mit den Kaufleuten hatte er ein „Memorandum" entworfen, das nach den ersten Rücksprachen am 11. Februar 1903 in Druck gegeben und dem Deutschen Handelstage überreicht wurde. Während die Verhandlungen mit dem Deutschen Handelstage noch schwebten, erschien am 12. März 1903 in einer Zeitung, die den Titel „Landwirtschafts- und Handelsanzeiger" führte, ein Leitartikel mit der Überschrift „Getreidepreisprognosen", in dem Ruhland heftig angegriffen wurde. Als Verfasser stellte sich ein Dr. W. Mancke heraus. Im Anschluß an diese Angelegenheit entwickelte sich eine langwierige Streitsache, aus der zwar zweifelsfrei hervorging, daß Dr. Mancke aus egoistischen Motiven den „Getreidemarkt" bekämpft hatte, die aber Ruhland höchst ungelegen kam, weil seine Feinde Kapital daraus zu schlagen suchten [9]).

Auch mehrten sich damals wieder die Zeitungsangriffe gegen Ruhland. Seine Beziehungen zur Sozialdemokratie aus den Jahren 1893/94 wurden ans Licht gezogen. Am 28. Juni 1901 brachte die „Münchener Post" unter der Überschrift „Professor Ruhland" eine gehässige Darstellung dieser Vorgänge [10]).

Am 25. April 1901 hatte Lujo Brentano in den „Münchener Neuesten Nachrichten" mit ihm abgerechnet [11]) und war seiner Auffassung über die Wirkung der Getreidezölle energisch entgegengetreten.

Auf jeden Fall machten alle diese Vorgänge Ruhland das Leben schwer und zehrten an seiner Gesundheit.

Im Oktober 1902 erschien, datiert auf 1903, der erste Band des langerwarteten „System der politischen Ökonomie" [12]). Wenn Ruhland auch, wie er selbst angibt [13]), schon seit der Mitte der achtziger Jahre im Innern an diesem Werk gearbeitet und es in Opposition zu den herrschenden „kathedersozialistischen" Theorien immer weiter ausgebaut hatte, so läßt sich doch nicht verkennen, daß er allererst durch die Weltreise, durch die praktisch politischen Erfahrungen der neunziger Jahre und schließlich durch die 1898 einsetzenden welthistorischen Studien diejenige Erweiterung der Gesichtspunkte erfahren hat, die ihn in den Stand setzte, ein derart umfassendes System in Angriff zu nehmen.

---

[9]) Vgl. hierzu „Der Privatbeleidigungsprozeß Ruhland contra Biermer". Gießen 1909, S. 84 ff. Dazu: „Zur Streitsache Dr. Mancke-Ruhland". Sonderdruck des Bundes der Landwirte.

[10]) Noch schärfer war der Artikel „Ein Irrender" vom 2. Juli 1901, in dem Ruhland mit beleidigenden Worten seine „Wandlungsfähigkeit" vorgeworfen wurde.

[11]) Vgl. dazu „Eine neue Erklärung des Herrn Dr. Ruhland" in den „MNN." vom 4. Mai 1901 und „Professor Ruhland und die Münchener Post" in den „MNN." vom 27. Juni 1901, dazu: „Dr. Ruhlands Erklärung und die Sozialdemokratie" in den „MNN." vom 28. Juni 1901.

[12]) Der I. Bd. ist Anfang Oktober 1902 erschienen; denn die „Deutsche Tageszeitung" brachte am 13. Oktober und die „Deutsche Agrarzeitung" am 19. Oktober 1902 eine Besprechung.

[13]) Vgl. „System", Bd. III, S. 403.

Da es sich bei dieser Veröffentlichung zugleich um ein Problem von eminent politischer Tragweite handelte, war Ruhland bemüht, die Öffentlichkeit schon 1902 möglichst eindringlich auf das Erscheinen des ersten Bandes hinzuweisen [14]).

Im Auftrage der „Internationalen landwirtschaftlichen Vereinigung für Stand und Bildung der Getreidepreise" verfaßte er im Jahre 1903 das für die Verwendung in Landwirtschafts-, Handels- und Müllerschulen gedachte Lehrbuch: „Die Lehre von der Preisbildung für Getreide" [15]), das wie in einem Brennpunkt die Ansichten Ruhlands zusammenfaßt und pädagogisch auswertet. Da es in einem Anhang praktische Anweisungen und schließlich sogar „Übungsaufgaben zur Bildung einer Marktmeinung" enthielt, so erwies es sich als vorzüglich geeignet, seine Bestrebungen einem breiteren Kreise zu vermitteln. Das Buch erschien bald in ungarischer, französischer, italienischer sowie russischer Übersetzung und wurde Ruhlands populärste Schrift, war doch selbst den Bauern — fern von den Städten und Marktplätzen — Gelegenheit geboten, sich über die Getreidepreisbildung ein Bild zu machen und mit Hilfe eigener Ermittlungen eine Marktmeinung zu bilden.

Ruhland sollte seines Lebens nicht froh werden: Im Jahre 1903 hatte der Gießener ordentliche Professor der Staatswissenschaften Magnus Biermer unter dem Titel „Ruhland, Köhler-Langsdorf und Co." [16]) eine Streitschrift gegen ihn veröffentlicht, die das Problem „Ruhland" in voller Breite aufrollte und vor die Öffentlichkeit brachte.

Die Hintergründe waren folgende: In den Jahren 1902 und 1903 rangen die „Agrarier" zähe darum, Gustav Ruhland, in dem sie den besten wissenschaftlichen Vertreter ihrer agrarpolitischen Forderungen sahen, einen Lehrstuhl zu erobern. Die Propaganda hatte mit dem wahrscheinlich von Ruhlands Mitarbeiter und Freund Edmund Klapper stammenden Artikel „Der Ackerbau in der Nationalökonomie" [17]), in dem Ruhlands Verwandtschaft mit der Physiokratie hervorgehoben wurde, begonnen. Am 19. Dezember 1902 reichte der antisemitische Abgeordnete Köhler-Langsdorf eine „Anfrage" bei der zweiten Hessischen Kammer ein, die darauf abzielte, in Gießen eine die Interessen der hessischen Bauern wahrende Professur neben derjenigen von Biermer zu errichten. Gegen diese Art, für Ruhland einzutreten, wandte sich Biermer am 28. Januar 1903 in den Gießener Neuesten Nachrichten [18]). Am 7. Februar d. J. veröffentlichte dieselbe Zeitung Ruhlands Antwort. Daraufhin er-

[14]) In der „Gegenwart" veröffentlichte Ruhland aus dem „System" Bd. I den Abschnitt „Die griechische Literatur über das Entwicklungsproblem der Völker" (1902, Nr. 42, S. 251/53). Vgl. auch: „Deutsche Agrarzeitung" vom 23. November 1902 (Deutsche Agrarkorrespondenz: „Der Ackerbau in der Nationalökonomie" S. 629—631).

[15]) Berlin 1904.

[16]) Gießen 1903.

[17]) „Deutsche Agrarkorrespondenz" in der „Deutschen Agrarzeitung" vom 23. November 1902.

[18]) Nr. 23: „Die lex Köhler-Langsdorf".

schien — offenbar von Biermer in kurzer Zeit niedergeschrieben — die berüchtigte Broschüre, in der sich Biermer zu außerordentlich schweren Beleidigungen gegen Ruhland hinreißen ließ.

Unter dem 25. März 1903 hat Ruhland beim Schöffengericht in Berlin Klage angestrengt. Aber erst am 19. und 20. November 1908 kam es zur Verhandlung. Wissenschaftliche Gutachten über Ruhland waren von Lujo Brentano, Johannes Conrad und Wilhelm Lexis abgegeben worden. Zweifelsohne am sachlichsten und gerechtesten war die Aussage von Lexis. In dem Urteil, das auf Grund dieser Verhandlung gefällt wurde, war Biermer zwar der Beleidigung für schuldig, aber für straffrei erklärt worden. Von der sozialdemokratischen und von einem großen Teil der liberalen Presse wurde diese Entscheidung zu Ungunsten Ruhlands politisch ausgeschlachtet. Die „Frankfurter Zeitung" brachte eine Notiz: „Ein toter Mann" und stellte sich einseitig auf seiten Magnus Biermers.

Ruhland legte gegen das Urteil Berufung ein. Aber erst am 10. und 11. Januar 1910 fand vor der Berufungskammer des Landgerichts Berlin-Mitte die zweite Verhandlung statt. Abermals mußte ein großer Apparat von Sachverständigen, Zeugen usw. aufgeboten werden, um in dieser höchst unerquicklichen Angelegenheit Klarheit zu schaffen. Entscheidend wurden die Gutachten von Adolph Wagner und Werner Sombart.

Adolph Wagner sagte aus, Ruhland habe an seinen Grundanschauungen unentwegt festgehalten. Die Wandlungen in seiner Auffassung über den Schutzzoll und die Währungsfrage könne man ihm nicht zum Vorwurf machen; denn er sei dabei stets von einer festen agrarisch-mittelständlerischen Überzeugung ausgegangen. Ruhlands wissenschaftliche Entwicklung habe zweifelsohne etwas in sich Einheitliches und Geschlossenes.

Sehr eingehend entwickelte Werner Sombart seine Auffassung über die wissenschaftliche Persönlichkeit und das „System" Ruhlands. Trotzdem er Gegner der volkswirtschaftlichen Ansichten des Verfassers sei, müsse er offen bekennen, daß Ruhland augenblicklich der ausgesprochenste und tatkräftigste Vertreter der ethischen Nationalökonomie sei. Was die Beurteilung anbelange, so dürfe eine Kritik an ihm nicht auf sporadischen und künstlich zusammengestellten Äußerungen aufbauen. Gerade Ruhlands volkswirtschaftliche Meinungen müßten aus dem Ganzen heraus begriffen werden. Betrachte man seine Ansichten als Äußerungen einer ganz bestimmten wissenschaftlichen Grundauffassung, so schwänden die Widersprüche und stellten sich als Bekundung einer ausgesprochen antikapitalistischen, mittelstandspolitischen Gesinnung dar. Wörtlich fügte Sombart hinzu: „Wenn man die Frage nach der Konstanz seiner Weltanschauung aufwirft, so bin ich der Meinung, daß der Standpunkt des Privatklägers, seine Bewertung wirtschaftlicher Phänomene, eine über das normale Maß hinausgehende Konstanz aufweist."

Am 14. Januar 1910 kam ein Vergleich zustande, auf Grund dessen Biermer zugeben mußte, daß der Hauptvorwurf, den er gegen Ruhland erhoben hatte, nämlich, daß er persönlich, wissenschaftlich sowie politisch charakter- und gesinnungslos gehandelt habe, von ihm nicht aufrechterhalten werden könne. Ebenso mußte er die übrigen sachlichen Behauptungen zurücknehmen, da sie von ihm nicht bewiesen werden konnten. Ruhland seinerseits erklärte, daß es ihm ferngelegen habe, durch den Aufsatz in den „Gießener Neuesten Nachrichten" die persönliche oder wissenschaftliche Qualität des Professors Biermer in Zweifel zu ziehen.

Die „Frankfurter Zeitung" fand das Entgegenkommen Biermers „kaum begreiflich" und sah in dem zustande gekommenen Vergleich eine „Ehrenerklärung" für Ruhland, „zu der sich dieser nur gratulieren könne" [19]).

Dieser Prozeß, der beinahe sieben Jahre gedauert hatte und in dem die Gegner Ruhlands unter Aufwand aller ihnen zur Verfügung stehenden Mittel über ihn hergefallen waren, hat zweifelsohne die Gesundheit des Mannes stark angegriffen. Die Klage „Ruhland contra Biermer" gehört zu den für die nationalökonomische Lage der Vorkriegszeit bezeichnendsten Streitfällen, spiegelt sie doch im Rahmen von zwei Gerichtsverhandlungen die damalige Situation wider und beleuchtet bis in die letzten persönlichen Invektiven hinein schlaglichtartig die wissenschaftlichen Spannungen.

Durch seine Arbeiten an der Getreidepreiswarte und durch die Veröffentlichungen in den „Monatlichen Nachrichten" sowie im „Getreidemarkt" war Ruhland immer mehr in die statistische Problematik hineingewachsen. In der Abhandlung „Über die Notwendigkeit einer systematischen Organisation der Getreidestatistik" [20]) legt er über die wissenschaftlichen Grundlagen seiner praktischen Arbeit an der Getreidepreiswarte Rechenschaft ab. Er ist der Ansicht, daß sich die Statistik in erster Linie in den Dienst der praktischen volkswirtschaftlichen Aufgaben zu stellen habe. Als solche habe sie außerordentlich große Bedeutung; denn an die Stelle der Ware sei heute die Nachricht über die Ware, an die Stelle des Marktes die Marktmeinung getreten. Alles komme darauf an, den gesamten Nachrichtendienst, soweit er die Getreidepreisbildung betrifft, zu organisieren und die Ergebnisse systematisch in einer Getreidestatistik zu verarbeiten. Die Nachrichten aller Länder müssen zusammengefaßt werden. Es muß ein Überblick gewonnen werden über die Vorräte in erster und in zweiter Hand, d. h. über die Vor-

[19]) In dem Artikel „Für die Getreidezölle" vom 23. Oktober 1910 der „Deutschen Tageszeitung" hat Ruhland dem Vorsitzenden des Gerichtshofes, Landgerichtsdirektor Dr. Neuenfeld-Berlin, das Zeugnis ausgestellt, er habe sich der Riesenmühe unterzogen, nicht nur die berghohen Aktenstöße, sondern obendrein auch noch Ruhlands sämtliche Schriften mit solcher Sorgfalt durchzuarbeiten, daß er über Ruhlands Theorien besser unterrichtet gewesen sei als er selbst.

[20]) Allgemeines Statistisches Archiv. Band 6, Halbband 2, S. 63—102, 1904

räte in der Hand der Landwirte und in der Hand des Handels. Die Getreidestatistik darf sich nicht mit einer Produktionsstatistik begnügen, sondern sie muß ergänzt werden durch eine Statistik der Vorräte. Um der praktischen Auswertung willen muß alles darauf gerichtet sein, nicht nur die Vergangenheit zu schildern, sondern die gegenwärtige Lage zu begreifen und die für die Zukunft bedeutsamen Tendenzen aufzuweisen. Im Dienste dieser letzteren Aufgabe hatte Ruhland seit dem 3. Juni 1899 seine „Vertraulichen Preisprognosen" veröffentlicht.

Im Herbst 1904 kam der Nordamerikaner David Lubin, der in den Vereinigten Staaten die Fruchtfarmer genossenschaftlich organisiert hatte, auf seiner Reise nach Italien durch Paris, wo ihm H. Hailer über Ruhlands internationale landwirtschaftliche Bestrebungen berichtete. Die bereits ausgearbeiteten Vorschläge Ruhlands zu einer Weltgetreidestatistik ergänzten den Lubinschen Plan einer internationalen Organisation der Landwirtschaftsstatistik aufs trefflichste.

Lubin legte sein Projekt dem Könige von Italien vor. Dieser richtete am 24. Januar 1905 seine „Initiative betreffs Anregung des David Lubin" an den italienischen Ministerpräsidenten, auf Grund deren das Internationale Agrarinstitut in Rom gegründet wurde und zur Weltagrarkammer ausgestaltet werden sollte, ein Plan, der die Krönung der Ruhlandschen Idee der internationalen Berufsorganisation der Bauern bedeutete. Die offizielle italienische Denkschrift, die von der Leitung des zur Gründung des Internationalen Agrarinstituts in Rom versammelten Kongresses am 28. Mai 1905 veröffentlicht wurde, hat die Mitarbeit Ruhlands ausdrücklich anerkannt.

Wie sehr Ruhland in dieser Zeit — angewidert durch die vielen persönlichen Angriffe — über sein eigenes Schicksal (es fehlte ihm immer noch die seinen Lebensunterhalt sichernde und seine Arbeit befriedende Stellung) mit sich zu Rate ging, dafür ist der Artikel „Was lehrt List" [21]) der beste Beleg. Ruhland schreibt: Es gibt ein Patentrecht, einen Schutz für Erfindungen aller Art, aber es gibt keinen Schutz für geistiges Eigentum. „Wäre eine ähnliche Einrichtung nicht auch für neue wirtschaftspolitische Gedanken zu schaffen?" „Warum sollen soziale Erfindungen nicht denselben Rechtsschutz genießen wie technische?"

Neue Pläne tauchen in ihm auf: Die Finder neuer Gedankenpfade sollen an höchste Stellen berufen werden, um sich ganz der sozialen Gemeinschaft zur Verfügung stellen zu können. Kein Zweifel: es spricht starke Bitterkeit und Enttäuschung aus diesen Äußerungen, die harte Lebenserfahrung eines Mannes, der in der Vollkraft seiner schöpferischen Jahre immer noch — ähnlich wie List — durch den Kampf um das tägliche Brot in der vollen Entfaltung seiner Ideen behindert ist.

Das „System" harrte der Vollendung. 1904 sind Ruhlands nach einem ruhigeren Aufenthaltsort, nach Wittenberg a. E., übergesiedelt, damit der II. und III. Band vollendet werden konnten.

[21]) Die Zukunft. 10. September 1904.

In einer längeren persönlichen Aussprache hatte Buchenberger schon im Sommer 1901 Ruhland darauf aufmerksam gemacht, daß ein durchgreifendes Agrarprogramm für sich allein nicht bestehen könne. Ruhland sah ein, daß seine Lehre, gegen die leicht der Vorwurf eines einseitigen Interessenprogramms erhoben werden konnte, als „Reformprogramm für das ganze Volk" zu Ende gedacht werden müsse. Damit war zu gleicher Zeit die Ausdehnung der mittelstandspolitischen Pläne auch auf das Gewerbe ausgesprochen.

Im Herbst 1903 war der „Internationale Verband zum Studium der Verhältnisse des Mittelstandes" gegründet worden, und die erste konstituierende Konferenz hatte zu Brüssel im Frühling 1904 stattgefunden. Dieser Verband, der nicht nur die bedeutendsten Mittelstandsorganisationen umfaßte, sondern auch Vertreter der Wissenschaft aus allen Weltteilen zu seinen Mitgliedern zählte, trat mit dem ersten Internationalen Mittelstandskongreß vom 16. bis 18. August 1905 in Lüttich vor die breite Öffentlichkeit.

In demselben Jahre wandte sich Ruhland dem Studium der „Bestrebungen zur Errichtung eines deutschen Mühlensyndikats" [22]) zu. Die mittelstandspolitisch gerichtete Syndikatsbildung unter den Müllern mußte ihn aufs lebhafteste interessieren, sah er doch im Syndikat die Organisationsform der Zukunft. Von Anfang an war er sich über die Schwierigkeit der Gründung eines solchen deutschen Mühlensyndikats im klaren; denn, da Deutschland für Getreide bald Import-, bald Exportland ist, so hat es mit einem wenig einheitlichen Getreide- und Mehlmarkt zu rechnen.

Nach Vollendung des II. Bandes [23]) seines „Systems der politischen Ökonomie" war er Anfang 1906 wieder von Wittenberg nach Berlin gezogen und wohnte von nun ab in Steglitz.

Die Hauptarbeit des Jahres 1906 war dem Studium der verschiedenen Mittelstandsgruppen und ihrer Organisationsformen gewidmet. Ruhland hatte selbst die verschiedenen Verbände aufgesucht und sich in die diese Berufsgruppen bewegenden Fragen eingearbeitet. Es handelte sich dabei vor allen Dingen um die Verkaufsorganisationen der Landwirte, der Müller und der Bäcker, also solcher Gewerbe, die der Brotversorgung des Volkes dienen.

Der politische Kampf ging damals in erster Linie um die Mühlenumsatzsteuer. Da die Interessen der verschiedenen Müllergruppen stark gegeneinander standen (es handelte sich um den Gegensatz zwischen Großmühlen auf der einen und mittleren sowie kleineren Mühlen auf der anderen Seite), so konnte es nicht ausbleiben, daß auch diesmal

[22]) Vgl. Landwirtschaftliche Marktzeitung. 18. August 1905, Nr. 66, S. 225.

[23]) Berlin, Wilhelm Issleib, 1906. Aus diesem Bande veröffentlichte er gesondert in der „Monatsschrift für christliche Sozialreform" den Abschnitt: „Die Entstehung der Geldwirtschaft und des Kapitalismus im christlichen Abendlande". Auch der Aufsatz „Kaiser und Papst im Lehnsstaat" in der „Zukunft" (13. Januar 1906) ist aus den histor. Studien zu diesem Bande hervorgegangen.

wieder der Verdacht ausgesprochen wurde, Ruhland stehe im Solde des an der Erhaltung der mittleren und kleineren Mühlen interessierten Verbandes.

Hatte er schon 1905 und 1906 in der „Landwirtschaftlichen Marktzeitung“ [24]) die hiermit in Zusammenhang stehenden Fragen angeschnitten, so behandelte er in dem Aufsatz „Die Mühlenumsatzsteuer ohne oder mit Kontingentierung der Mühlen“ [25]) erstmalig das Mühlenproblem in seiner ganzen volkswirtschaftlichen und finanzpolitischen Bedeutung. Natürlich: als Mittelstandspolitiker tritt Ruhland für eine progressive Besteuerung ein, aber wesentlich wichtiger ist ihm, im deutschen Müllergewerbe für seinen Syndikatsgedanken Propaganda zu machen. In der Syndizierung sieht er das Mittel, um die deutsche Müllerei von den Wirkungen ruinöser Konkurrenz zu befreien und eine planvolle Angleichung der Produktion an den Bedarf zu erreichen.

Unterdessen hatte sich der Leiter des mittelständlerischen „Deutschen Müllerbundes“, Theodor Fritsch-Leipzig, mit Rücksicht auf das Drängen der mittleren und kleineren Mühlen für beschleunigte Einführung einer Mühlenumsatzsteuer mit scharfer Progression eingesetzt. Sehr bald wird aber auch Ruhland auf Grund seiner Mittelstandsstudien in seinen Forderungen radikaler.

Von dem „Ausschuß zur Vorbereitung von Verkaufsvereinigungen der deutschen Müller“ war er auf Grund eines Beschlusses der Versammlung in Leipzig vom 30. September 1905 beauftragt worden, eine alle Gesichtspunkte zusammenfassende Denkschrift auszuarbeiten. Diese erschien Anfang 1907 [26]). Die alle Fragen des Mühlengewerbes geschickt zusammenfassende Arbeit verrät die Nähe des „Systems“, denn sie ist umrahmt von historischen und wirtschaftsphilosophischen Betrachtungen, wie sie für dieses konkrete Thema eigentlich eine Belastung bedeuten.

Mit dramatischer Spannung schildert Ruhland die Entwicklung der Mühlen im Zeichen der kapitalistischen Entwicklung: das veränderte Verhältnis zu den Bäckern, den Übergang von der Kunden- zur Handelsmüllerei und die Konkurrenz der großen, mittleren und kleineren Mühlen untereinander. Unter dem Eindruck der Karl Marxschen Lehren sei bisher viel zu leichtfertig angenommen worden, der technische Fortschritt vernichte naturgemäß die mittleren und kleineren Mühlen. Ruhland weist nach, daß auch diesen die Vorteile der Maschinentechnik zugute gekommen seien.

Entscheidend sei das kapitalistische Moment: der Müller von heute sei Getreide- und Mehlhändler geworden, der den Landwirten vielfach auf ihr später zu lieferndes Getreide Vorschüsse gibt und den Bäckern

[24]) Seit 1905 erschien die Zeitschrift „Getreidemarkt“ unter dem Titel „Landwirtschaftliche Marktzeitung“.

[25]) Deutsche Agrarzeitung, 1906.

[26]) „Über die Organisation von Verkaufsvereinigungen der deutschen Müller“, Berlin 1907.

für das abgenommene Mehl Stundung gewährt. All die Mißstände, die sich im Müllergewerbe aus den Wirkungen der freien Konkurrenz ergeben haben, können nach Ruhland nur durch eine Gesamtorganisation für den Ein -und Verkauf der Mühlenprodukte beseitigt werden. Der Marxismus spricht von einer Anarchie der Produktion. Viel richtiger sei es, von einer Anarchie des Verkaufs zu sprechen, und es sei notwendig, diese durch Syndikatsbildung zu beseitigen.

Wie stark Ruhlands Gedankenführung in dieser Zeit von geschichtsphilosophischen Erwägungen beeinflußt ist, dafür ist der am 1. März 1907 auf einem Vortragskursus der Landwirtschaftskammer für die Provinz Posen in der Stadt Posen gehaltene Vortrag über „Kolonialpolitik und Bauernpolitik in den letzten zweieinhalb Jahrtausenden" [27]) ein guter Beleg.

Ruhland steigert hier seine Darstellung zu einer großen wirtschaftsphilosophischen Gesamtschau der ökonomischen Entwicklung aller Kulturen und kommt zu dem Ergebnis, daß ein wohlhabender Bauernstand der sicherste Ausdruck jener Politik ist, die auf das Glück und die Zufriedenheit der Völker abzielt. Ist erst einmal das Bauerntum in einem Lande verschwunden, so gibt es keine Rettung vor dem Untergang mehr.

Immer deutlicher hebt sich die wirtschaftspolitische Grundforderung Ruhlands ab: den zentrifugalen, den Volkskern aushöhlenden und die Träger der nationalen Existenz immer weiter aus dem Lande herausrückenden Kräften entgegenzutreten und ihnen eine zentripetale, auf die Erhaltung der wirtschaftlichen Kräfte im Innern, auf planvolle Gestaltung gerichtete und von der eigenen Scholle aus denkende Politik entgegenzustellen, mit anderen Worten: der Volkswirtschaftspolitik als regulative Idee die Brotversorgung und damit die Erhaltung der Lebenskraft des Volkes zu geben.

Das Jahr 1908 bringt den lange herbeigesehnten Abschluß des „Systems der politischen Ökonomie" mit der Veröffentlichung der „Speziellen Volkswirtschaftslehre" [28]), die Ruhland als „Krankheitslehre des sozialen Volkskörpers" bezeichnet, damit die organische Betrachtungsweise, die er bei Albert Schäffle kennengelernt hatte, im Sinne einer großzügigen wirtschaftlichen Diagnose und Therapie auswertend.

B. Die Weiterentwicklung der Ideen nach Veröffentlichung des „Systems"

Die Vollendung des „Systems der politischen Ökonomie" war seit den achtziger Jahren Ruhlands größter Wunsch gewesen. Stets hatte er darin die Erfüllung seiner wissenschaftlichen Hoffnungen erblickt. Aber auch das „System" erwies sich nur als eine Station. Die Ruhlandschen Gedanken drängten vorwärts.

[27]) Posen 1907.
[28]) Berlin 1908.

Hatte er seit 1893 als die Hauptursache der wirtschaftlichen und sozialen Schäden die Tätigkeit der internationalen Bank- und Börsenkreise erkannt und demgemäß immer schärfere Angriffe gegen das herrschende Bankensystem erhoben, so geht er in dem Aufsatz „Die internationalen Kapitalverschiebungen als eine Ursache der periodischen landwirtschaftlichen Krisen“ [29]) einen Schritt weiter: er behauptet, die Banktätigkeit sei, richtig verstanden, ein soziales Amt, nicht ein Geschäft. „Jedenfalls geht unverkennbar der Entwicklungsgang der Zeit dahin, von unseren Kreditbanken heute schon mindestens zu verlangen, daß sie ihre geschäftlichen Dispositionen in Einklang zu bringen haben mit jenen amtlichen Pflichten, die sie dem volkswirtschaftlichen Ganzen gegenüber zu erfüllen haben.“

Mit finanzwissenschaftlichen Fragen hatte sich Ruhland bereits in den achtziger Jahren und zuletzt aus Anlaß der Debatte über die Mühlenumsatzsteuer beschäftigt. Der „Entwurf einer allgemeinen Wertzuwachssteuer“ [30]) zeigt, wie er auch auf diesem Gebiet Neuland zu erobern sucht. Im Sinne der modernen, durch Adolph Wagner begründeten sozialen Auffassung der Steuer will er die juristische Steuerdefinition durch eine nationalökonomische ersetzen, den Begriff derselben aus dem Begriff der Arbeit ableiten. Den Fehler des marxistischen Arbeitsbegriffs erblickt er darin, daß — streng individualistisch — das Produkt der Arbeit so betrachtet wird, als ob es durch den einen Arbeiter geschaffen worden sei. Im Gegensatz dazu behauptet er, daß jede menschliche Arbeit die Arbeitsgemeinschaft nicht nur aller gleichzeitig Lebenden, sondern auch aller derer, die früher gelebt haben, zur Voraussetzung habe. „Wie klein und bescheiden ist mithin die Arbeit des einzelnen Lohnarbeiters im Vergleich zur Mitwirkung der großen sozialen Arbeitsgemeinschaft. Und wie gedankenlos anmaßend zeigt sich hier die sozialistische Theorie, die das fertige Arbeitsprodukt als die Leistung des Lohnarbeiters und deshalb als seinen natürlichen Arbeitslohn anspricht.“

Demzufolge ist nach Ruhland „die Steuer der gütermäßige Ausdruck für die Tatsache, daß bei der Erwerbstätigkeit eines jeden die soziale Arbeitsgemeinschaft in ganz ausschlaggebender Weise mitwirkt und daß sie deshalb für diese ihre stille Teilhaberschaft durch den Staat, die Provinz und die Gemeinde einen bestimmten Anteil aus dem ökonomischen Erfolg der Einzelnen zurückfordert“.

Im Dienste dieser Auffassung müssen die einzelnen Steuerbegriffe weitergebildet werden und die verschiedenen Forderungen, die das Gerechtigkeitsempfinden des Volkes in die Steuerdebatte hineingeworfen hat, in einer gemeinsamen volkswirtschaftlichen Formulierung zum Ausdruck kommen. Ruhland will dies erreichen durch den Begriff einer „allgemeinen Wertzuwachssteuer“, die alle diejenigen Einkommen treffen

[29]) Bankarchiv. VIII. Jahrg. 1908/09, Nr. 2.
[30]) Deutsche Agrarzeitung, 1908.

soll, bei deren Verursachung die Tätigkeit des Einkommenbeziehers im Vergleich zu den produktiv Schaffenden eine wesentlich kleinere war und sich der Einkommensanspruch nicht auf eigene Leistung, sondern auf „juristische Gründe" (wie z. B. Besitz) stützt. Er sucht also dem Adolph Wagnerschen sozialpolitischen Prinzip der Besteuerung eine tiefere volkswirtschaftliche Begründung und eine einheitliche finanzpolitische Ausgestaltung zu geben.

Im Juni 1908 hatte das Reichsamt des Innern eine Bankenquetekommission einberufen. Das Ziel dieser Bankenquete sollte darauf gerichtet sein, darüber zu beraten, wie man die Wiederkehr von Geld- und Kreditkrisen verhüten könne. Ruhland bemerkt hierzu: „Es ist richtig: man gab sich reichlich Mühe, diese große gewaltige volkswirtschaftliche Frage durch allerlei banktechnisches Detail zu verhütten" [31]). Während die „Freihändler" in den Krisen eine periodisch wiederkehrende Konjunkturerscheinung, also im Grunde genommen etwas nicht sonderlich Anormales erblicken, sieht er auf Grund seiner Mittelstandsauffassung in den Krisenerscheinungen die Symptome einer schweren Erkrankung des Volkskörpers. Insbesondere hebt er nunmehr hervor, daß nach jeder Krisis die Vermögens- und Einkommensverteilung ungleicher werde und sich die sozialen Gegensätze verschärfen.

Das Problem der plutokratischen Einkommens- und Vermögensentwicklung wurde damals besonders lebhaft diskutiert, da die steuerstatistischen Ergebnisse selbst von den kompetentesten Männern der Wissenschaft nicht in dem gleichen Sinne gedeutet wurden. Ruhland hatte im III. Bande seines „Systems" [32]) eine „entschieden plutokratische Entwicklungstendenz für Preußen-Deutschland" angenommen. Er ist der Überzeugung, daß sich diese Plutokratisierung dauernd fortsetzt und sich die sozialen Verhältnisse infolge der großkapitalistischen Entwicklung immer trostloser gestalten. Die Politik wird immer mehr von den Geldleuten beherrscht, und daher wird auch der Ausbruch der Kriege von ihnen diktiert werden. Er beruft sich dabei auf die Vorrede zu Moltkes Volksausgabe der Geschichte des deutsch-französischen Krieges.

Unverkennbar: nach der Veröffentlichung des „Systems" wendet er sich in wachsendem Maße den sozialen Fragen, den Wirkungen wirtschaftlicher Entwicklungstendenzen im Kapitalismus und dem Problem der Erhaltung der Volksgemeinschaft zu.

Bereits in seinen früheren Äußerungen war die Ansicht zutage getreten, daß eine Sozialpolitik nur in der Erhaltung und Förderung des Volksganzen ihre Richtschnur haben könne, daß dagegen jede einseitige Interessenpolitik, wie beispielsweise eine Sozialpolitik als bloße

[31]) „Die Ergebnisse der Bankenquete nach agrarischer Auffassung." Stimmen aus dem agrarischen Lager, 1909, Heft 7.

[32]) S. 204 ff.

Arbeiterpolitik, zu verwerfen sei, da sie aus dem klassenkämpferischen Interessendenken und nicht aus einer organischen Betrachtung der Volkswirtschaft geboren ist.

Als Mittelstandspolitiker ist Ruhland Gegner einer einseitigen Proletarierpolitik, Feind aller Verhätschelung der Arbeiter durch Fürsorgemaßnahmen[33]). Mit dem Marxismus verbindet ihn die ausgesprochen antikapitalistische Tendenz, aber er sieht das Heil und damit die Lösung der sozialen Frage nicht wie dieser in Klassenkampfpolitik, in interessenbestimmten Regelungen, sondern einzig und allein in einer die Probleme an der Wurzel packenden Agrarpolitik, in volksorganischem Handeln. Er will nicht, daß den Arbeitern Almosen in Form von Unterstützungen usw. gegeben werden, sondern daß ein soziales System geschaffen wird, das auch den Arbeiter organisch in die Volkswirtschaft eingliedert. Die Möglichkeit hierzu sieht er allerdings nur in mittelstandspolitischen Maßnahmen.

Immer mehr kritisiert er die Grundlagen des kapitalistischen Systems. Immer schärfere Formen nehmen seine Angriffe an. Er schreibt: „Mit dem heute im Geschäftsleben allein herrschenden freihändlerischen Grundsatz „möglichst billig einkaufen und möglichst teuer verkaufen" wird schon der Idee nach die soziale Revolution in unsere Reihen getragen. Was wir statt dessen brauchen, das ist die Einführung des altpreußischen Grundsatzes: „suum cuique: Jedem das Seine!"

Es vollzieht sich in ihm die Wendung zum Sozialpädagogen und politischen Erzieher. „Nur auf diesem Wege werden wir auch zu einer besseren allgemeinen Gesinnung der Bevölkerung kommen, als wir heute vor uns haben. Und nur auf dieser Basis gestaltet sich eine gute Ordnung unserer heimischen Volkswirtschaft, die im Frieden wie im Kriege gleich unerschütterlich ist."

Es kommen die Jahre, in denen Ruhland mit ganz besonderer Zähigkeit und leidenschaftlicher Eindringlichkeit um die Verbreitung seiner Ideen kämpft. Zu seinem Leidwesen hatte er erfahren müssen, daß auch die landwirtschaftlichen Organisationen und schließlich die Kreise, die sich um den „Bund der Landwirte" scharten, ihn verließen, sobald es ernst wurde. Graf E. Reventlow schreibt: „Das erste, was ich über Ruhland hörte, waren Äußerungen des Mißfallens im Kreise der Deutschen Tageszeitung und des Bundes der Landwirte: man müsse sich baldmöglichst Ruhlands entledigen, denn er werde jetzt „geradezu sozialistisch". Das sei ja leider der gewöhnliche Verlauf: wer einmal den klar und streng abgegrenzten Boden der konservativen Weltanschauung verlassen habe, der gleite unaufhaltsam nach links ab und ende mit Naturnotwendigkeit beim Sozialismus, bei der Sozialdemokratie"[34]).

---

[33]) „Zur Kritik unserer bisherigen sozialen Gesetzgebung", Deutsche Agrarzeitung, 1909, 3. Heft.

[34]) Der Weltkampf. 1930, Juni, S. 241—42.

Diese Worte sind ungemein charakteristisch für die Tragik der Ruhlandschen Stellung: Er war mit Leib und Seele Agrarier, aber er war Bauernfreund, nicht Anhänger des Großgrundbesitzes.

Zweifelsohne: in der Zeit seiner Zugehörigkeit zum Bund der Landwirte war seine Stellung eine zwiespältige; denn er teilte nicht die konservativ-feudale Weltanschauung dieser Herren. Er war Mann des Volkes, Arbeiter, Bahnbrecher eines neuen Sozialismus im Sinne volksorganischer Auffassung.

Es lag ihm in dieser Zeit daran, die großen bäuerlichen Organisationen, vor allem die Raiffeisenverbände, zu gewinnen, aber es wurde ihm von den Presseleuten und auch von den Kreisen des Bundes der Landwirte das Leben schwer gemacht. 1909 war sein Freund und langjähriger Beschützer Edmund Klapper gestorben, der ihm so oft zur Seite gestanden hatte.

In einem Briefe vom 25. November 1909 an W. von Müffling heißt es: „Sonst muß ich mich leider von Vorträgen ziemlich fern halten. Die vielen Aufregungen haben mir eine Nervosität der Blutgefäße besorgt, die auf Verkalkung loszielt. Jetzt wo Klapper nicht mehr ist, weiß man schon garnicht mehr, wo in unserer Presse auf Unterstützung zu hoffen ist" [35]).

Die Weiterentwicklung seiner Ideen tritt in der großen Abhandlung „Der freihändlerische Individualismus und die organische Auffassung der Volkswirtschaft" [36]) am klarsten zutage. Im Kapitalismus sieht Ruhland nunmehr das auf individualistisch-egoistischen Grundprinzipien aufgebaute Wirtschaftssystem, das sich infolge seiner inneren Dynamik mit Hilfe des Kapitals die ganze Welt dienstbar macht, so daß die Staaten schließlich nur noch dazu da sind, den immer großartiger angelegten Beutezügen der Banken und Großkapitalisten soviel Schutz und Ansehen wie möglich zu gewähren. Dieser Kapitalismus blickt in die Welt hinaus, weil ihn der durch Ausbeutung anderer Völker erlangte Gewinn lockt. Er sieht nicht die Schäden in der Heimat, die Zerstörung der organischen Wirtschaftseinheit.

Die Rettung kann wissenschaftlich nur kommen durch ein grundlegend neues System der Nationalökonomie, durch einen vollständigen Bruch mit allen individualistischen und marxistischen Grundsätzen. Ein solches System hat auf der Grundauffassung aufzubauen, daß der einzelne Mensch nur ein „Abgesplittertes vom Ganzen" ist, daß der wahre Mensch der „ganze Mensch" ist, d. h. die soziale Gesamtheit und ihre konkrete Form: die Volksgemeinschaft. Ruhland beruft sich dabei auf denjenigen Denker, der ihn in seinem ganzen Leben am nachhaltigsten beeinflußt hat, auf Albert Schäffle.

---

[35]) Deutschlands Erneuerung. Januar 1934, S. 28.

[36]) Deutsche Agrarzeitung. 26. September 1909, 39. Heft.

Platon, Aristoteles, die Kirchenväter, die deutschen idealistischen Philosophen: sie alle werden herangezogen, um die Ansicht zu bekräftigen, daß allein die volksorganische Auffassung diejenige ist, auf der Glück und Aufstieg der Völker beruhen. In diesen Jahren, in denen er immer mehr die „sittliche Gemeinschaft" in den Mittelpunkt seines Denkens rückt, gedenkt er dankbar der Anregungen, die er bei dem Engländer John Ruskin, dem hervorragendsten Vertreter der ethischen Schule, gefunden hat.

Ruhland verfällt nicht in den Fehler, diese volksorganische Auffassung zum Gedanken der Selbstgenügsamkeit eines Volkes zu steigern. So sehr er bemüht ist, das Schwergewicht der Volkswirtschaft ins Innere des Landes und die tragenden Säulen auf heimischen Boden zu verlegen, so sehr ist er sich dessen bewußt, daß jeder Mensch nur einen Tag seines Lebens durchzugehen brauche, um festzustellen, „wie jeder vom Morgen bis zum Abend in seinem Konsum abhängig ist von der Arbeit der ganzen Menschheit".

Die Hauptaufgabe der künftigen Nationalökonomie sieht er in der Vertiefung der volksorganischen Auffassung; denn man dürfe nicht glauben, „daß die Spielereien unserer Soziologen mit dem Begriff „organisch" schon die organische Auffassung in der Volkswirtschaft ersetzen könnten". Alles kommt darauf an, der organischen Denkweise konkreten sozialen und wirtschaftlichen Inhalt sowie politische Gestalt zu geben.

Mit Ruhlands Gesundheit ging es in dieser Zeit stark bergab. Zu Beginn des Jahres 1910 flüchtete er in ein Sanatorium (Schierke im Harz). Erstmalig mußte er eine Reihe von Vorträgen, die er in Mitteldeutschland vor bäuerlichen Organisationen halten sollte, absagen. Der „Bund der Landwirte" enttäuschte ihn immer mehr, waren doch die „Richtlinien", die er eingereicht hatte, als „zu wissenschaftlich" beiseite gelegt worden.

Ein Neues kommt in dieser Zeit hinzu: die wachsende Besorgnis um das Schicksal Deutschlands. Ruhland ahnte den Weltkrieg und trat daher für eine Verstärkung der Wehrmacht ein. In seiner eigenen Arbeit zeigte sich diese Fortführung der Ideen darin, daß er von nun an das erzieherische Moment, die Erziehung des Deutschen zum politischen Menschen, die Bedeutung nationaler, wahrhaft politischer Gesinnung und die vaterländische Tätigkeit in den Vordergrund rückt.

Mehr als bisher kümmerte er sich um die Belange des „Internationalen Verbandes zum Studium der Verhältnisse des Mittelstandes". Auf seinen Einfluß ist es zurückzuführen, wenn dieser Verband, der noch 1905 in Lüttich die Mitarbeit der Warenhäuser, Konsumvereine usw. „als erwünscht" betrachtet hatte, nunmehr stärkstens in mittelstandspolitische Bahnen einlenkte und heftige Angriffe gegen das Großkapital führte. Bereits auf dem zweiten internationalen Mittelstandskongreß in Wien hatte Ruhland für seine volksorganischen Ideen geworben.

Zu der im September 1910 in Augsburg stattfindenden Hauptversammlung des Verbandes arbeitete er eine dem „Internationalen Verbande zum Studium der Verhältnisse des Mittelstandes" gewidmete „Kategorientafel" [37]) aus, in der er den Versuch machte, das begriffliche Grundgefüge der Freihandelslehre, des wissenschaftlichen Sozialismus, des Kathedersozialismus und der organischen Mittelstandsauffassung synoptisch einander gegenüberzustellen.

Es gelingt ihm, in klarer Formulierung die theoretischen Grundgedanken seiner Volkswirtschaftslehre herauszustellen. Durch Kontrastierung mit den anderen Systemen wird die Darstellung prägnanter, abgeklärter, so z. B., wenn Ruhland den Begriff der Arbeit aus seiner individualistisch-atomistischen Befangenheit, aus der einseitigen Gerichtetheit auf die Arbeitsteilung loslöst und einen Gemeinschaftsbegriff der Arbeit gewinnt, der sich scharf von der Arbeitstheorie der Klassiker abhebt: „Das konstituierende Merkmal des Begriffes „menschliche Arbeit" ist die Tatsache der sozialen Arbeitsgemeinschaft, zunächst innerhalb der nationalen Volkswirtschaft, dann aber auch innerhalb der Weltwirtschaft, und zwar nicht nur innerhalb der Gegenwart, sondern auch zurück in die ganze historische Vergangenheit." „Arbeit im objektiven Sinne ist der fortschreitende gewaltige Vereinigungsprozeß von Materie und Geist, wobei die jetzt tätigen Menschen die anwesenden lebenden Bindeglieder sind zwischen den von einer Jahrtausende alten Arbeitsgemeinschaft vorbereiteten Stoffen und Kräften." Nach Ruhland ist jede Arbeit als Dienst am Ganzen, als ein „Quasiamt" zu betrachten und als Leistung innerhalb der Gemeinschaft zu werten.

Immer radikaler und zielbewußter zieht er die Konsequenzen aus seinem neugewonnenen Standpunkt. In der Abhandlung „Die organische Auffassung des Menschen" [38]) kennt er nur noch zwei große Gegensätze in der Nationalökonomie: die individualistische und die volksorganische Auffassung. Er läßt sowohl den Marxismus als auch den Kathedersozialismus als eklektische Systeme fallen. Immer energischer drängen seine Gedanken in Richtung auf eine volksorganische Auffassung aller nationalökonomischen Fragen vorwärts. Das wirtschaftspolitische Ziel ist „eine organische Gliederung des ganzen Volkes und Ordnung der ganzen Volkswirtschaft". Dem Preismechanismus stellt er die rangmäßige Ordnung, die sinnvolle Gliederung und die planvolle Gestaltung gegenüber [39]).

Die Abhandlungen und Briefe der letzten Jahre lehren, wie sich Ruhland nach einer mehr realpolitischen Periode wieder seinen radikalen Forderungen der achtziger Jahre zuwendet, sie in den Rahmen seiner neuen volksorganischen Auffassung einspannt, aber mit unheimlicher Konsequenz an ihnen festhält.

---

[37]) Berlin 1910.

[38]) Monatshefte für Landwirtschaft. Wien 1910.

[39]) Vgl. „Für die Getreidezölle". Deutsche Tageszeitung, 1910.

Zu Beginn des Jahres 1911 trat Ruhland mit dem Volkserzieherverlag von Wilhelm Schwaner in Verbindung und schlug damit die Brücken zum Volksbildungswesen, zur Volkshochschulbewegung [40]).

Die systematische Entwicklung schreitet fort im Sinne einer Vertiefung des volksorganischen Denkens. Hatte er noch in den letzten Jahren die Idee der Menschheitsentwicklung neben oder über die der nationalen Gemeinschaft gestellt, so denkt er jetzt immer stärker volkspolitisch und will auch in der Volkswirtschaftslehre den Menschen vor allem in seinem nationalen Leben, in seiner Bindung an Volk und Staat erfaßt wissen.

Im Vordergrund steht nunmehr der völkische Gedanke, der in der Unterordnung des Wirtschaftlichen unter die Forderung der Erhaltung und Mehrung des Volkes sein politisches Ziel hat. Während die Freihandelslehre den Menschen für ein „zweibeiniges Wesen" gehalten hatte, dessen höchste Bestimmung es war, billig zu kaufen und teuer zu verkaufen, ist nach volksorganischer Auffassung höchste Idee die Erhaltung der Lebenskraft der Völker [41]).

Zugleich gewinnt der Plan der berufsgenossenschaftlichen Organisation an Klarheit. Hatte Ruhland früher das Syndikat als die Organisationsform der Zukunft betrachtet und sich noch nicht genügend Rechenschaft abgelegt über den Unterschied zwischen den aus dem Kapitalismus hervorgewachsenen Integrationsformen und den neuen volksorganischen Bindungen, so sieht er jetzt in den neuen Organisationsformen einen berufsständischen Neuaufbau, „weil die organisatorische Verwirklichung der sittlichen Freiheit der Arbeit die Organisation der Berufsstände auf der ganzen Linie des volkswirtschaftlichen Erwerbslebens zur Voraussetzung hat".

So verbindet sich der volksorganische Gedanke mit dem ständischen. War noch im „System" [42]) der Bismarcksche Plan eines Reichsvolkswirtschaftsrates allzustark parlamentarisch und zentralistisch gedacht übernommen worden, so erkennt Ruhland jetzt, daß die aus seinen Forderungen erwachsenen Organisationsziele auf eine ständische Neuordnung abzielen. Grundlage dieses Neuaufbaus müsse die politische Erziehung im Dienste der nationalen Volksgemeinschaft sein; denn alles laufe darauf hinaus, in jedem Einzelnen volksorganisches Pflichtbewußtsein zu erzeugen [43]).

Die sozialpädagogische Seite dieses letzten Entwicklungsstadiums bringt die Abhandlung „Randglossen zur staatsbürgerlichen Erziehung" [44])

---

[40]) Das erste Ergebnis dieser für die Verbreitung der Ruhlandschen Ideen wichtigen Verbindung war die Anfang 1911 erschienene völkstümliche Darstellung seiner Lehre: „Aufstieg und Niedergang der Völker nach volksorganischer Geschichtsauffassung".

[41]) „Für die Getreidezölle. Eine Antwort an sämtliche Freihändler". Berlin 1911.

[42]) Vgl. „System", Bd. III, S. 351.

[43]) „Für die Getreidezölle. Eine Antwort an sämtliche Freihändler", S. 15.

[44]) Politisch-anthropologische Revue. 10. Jahrg. Nr. 1, April 1911.

am besten zum Ausdruck. Als die eigentlich treibende Kraft des Lebens betrachtet Ruhland jetzt den Idealismus, so daß sich seine volksorganische, auf einen Gemeinschaftssozialismus hindrängende Auffassung scharf vom Materialismus des Marxismus abhebt. Das Kernübel des durch die Französische Revolution heraufbeschworenen Individualismus sieht er darin, daß mit ihm nicht eine Entfesselung der idealen Kräfte bewirkt wurde, sondern mit dem wirtschaftlichen Materialismus in den Völkern die Raubtiernatur zur Entwicklung kam. Aller Materialismus aber zerstöre die Lebenskraft der Völker, habe die Auflösung und den Untergang der Nationen zur Folge.

Soll das Volksganze erhalten bleiben, so ist ein Neuaufbau der Gesellschaft notwendig. Es bedeutet dies jedoch nicht Wiedereinführung des alten Ständewesens. Das Vereinzelte muß beseitigt, ein neues System von Bindungen geschaffen werden. Nicht richtig ist es, zentralistische Zwangsorganisationen im staatssozialistischen Sinne zu errichten, sondern die Aufgabe besteht darin, unter „Schonung der freien Entschließung des Einzelnen" ein überindividuelles Ordnungssystem des sozialen Ganzen zu schaffen.

Um eine dementsprechende Volksordnung zu verwirklichen, sei es nicht nur erforderlich, neue Institutionen zu errichten, sondern — und dies habe Fichte in einzigartiger Weise gelehrt — die Nation müsse auch mit neuem Geiste erfüllt werden, eine „zielbewußte Einwirkung auf die Lebenskräfte unseres nationalen Volkskörpers" sei die unbedingte Voraussetzung der sozialen und wirtschaftlichen Gesundung. Dazu aber, lehrt Ruhland, ist politische Schulung notwendig. Es sei wichtig, in diesem Leben wieder Freudigkeit, Glück und innere Anteilnahme zu erwecken.

Er wendet sich gegen die deterministische Auffassung, als müßten Völker sterben, als seien auch sie, wenn ihre Zeit erfüllt ist, dem Untergange geweiht. Ein Volk braucht nicht zu sterben. Die Entwicklung von zweiundzwanzig Kulturvölkern hat ihm gezeigt, daß es nur darauf ankommt, rechtzeitig denjenigen Krankheiten des Volkskörpers entgegenzutreten, die die idealen Kräfte und damit die Lebenskraft der Nation zerfressen. Unter allen Reformen aber (und darin kommt ein Kerngedanke Ruhlandscher Weltanschauung zum Ausdruck) sind diejenigen auf wirtschaftlichem Gebiet am wichtigsten.

Mit Karl Marx stimmt Ruhland darin überein, daß „der Kern der Menschheitsgeschichte wirtschaftlicher Natur" ist. Während aber Karl Marx materialistisch die Produktionsverhältnisse als die bewegende Ursache der Geschichte betrachtet und darüber das eigentliche Leben des Volkes vergißt, will Ruhland die Geschichte nur insofern wirtschaftlich begriffen wissen, als sich in der Wirtschaft die Lebenskräfte eines Volkes in ihrer elementaren, für das tägliche Dasein des Einzelnen, aber auch für das Schicksal des Ganzen entscheidenden Weise entfalten [45]).

[45]) Vgl. „Von der volksorganischen Geschichtsauffassung". Konservative Monatsschrift, 1911, S. 789 ff.

Als das Grundgesetz der Wirtschaftsentwicklung hatte Karl Marx die Expropriation der Expropriateure hingestellt, und insofern dies das Grundgesetz jeder kapitalistischen Ordnung sein soll, gibt ihm Ruhland recht Aber politisch kommt es nicht darauf an, eine soziale Revolution und eine Neuschaffung des Zukunftsstaates vorzubereiten, sondern „den Vorrat an idealeren Empfindungen, den die Bevölkerung besitzt", zur Geltung zu bringen und so die Lebenskraft sowie die Seele des Volkes organisch sich weiterentwickeln zu lassen. Der kapitalistischen Geldgier, die alles nationale und völkische Leben tötet, stellt Ruhland den Idealismus entgegen, der aus der Lebenskraft der Völker geboren ist und der ihren Lebensnerv darstellt.

Der „egoistische Individualismus" ist mit der Rezeption des römischen Rechts sowie dem Aufkommen des kapitalistischen Erwerbsgeistes ins Abendland eingedrungen. Von ihm ist der idealistische Individualismus streng zu unterscheiden. Ruhland verfällt also nicht in den Fehler, individualistische und volksorganische Auffassung als einander sich ausschließende Gegensätze zu behandeln und damit jede Art von Individualismus zu bekämpfen. Das Wesen der sozialen Arbeitsgemeinschaft liegt darin, daß jeder Einzelne seine berechtigten Interessen zur Geltung bringen kann, daß er sich aber als Glied dem sozialen Ganzen einzufügen hat. Der egoistische Individualismus trägt Schuld daran, wenn Marktanarchie herrscht, wenn ohne Ordnung und Organisation produziert wird. Statt des irrigen Individualegoismus muß in den Menschen Gemeinschaftsbewußtsein großgezogen werden, damit sie reif werden für die „organische Auffassung des Kulturmenschen" [46]).

Kulturpolitisch soll alles den Interessen des sozialen Ganzen untergeordnet werden: es darf keine Pressefreiheit, keine Freiheit von Kunst und Wissenschaft geben, die den Lebensinteressen des nationalen Volkskörpers widerstreitet.

In den letzten Jahren seines Lebens ist Ruhland offenbar der Zusammenhang der volksorganischen Betrachtungsweise mit Goethes organischem Denken zu Bewußtsein gekommen. Dafür ist der Aufsatz „Goethe und unsere Volkswirtschaftslehre" [47]) der beste Beleg. Zu Beginn weist er zustimmend auf Ludwig Pohles 1911 erschienene Schrift „Die gegenwärtige Krisis in der deutschen Volkswirtschaftslehre" hin. Die Bedeutung derselben sieht er darin, daß Pohle allen Streit in der Volkswirtschaftslehre auf den Gegensatz zwischen Individualismus und Nationalismus zurückführt. Volksorganisch ist nach Ruhland das, was „in der Falte zwischen Individualismus und Nationalismus liegt". Er vertritt also die Überzeugung, daß in der volksorganischen Betrachtungsweise dieser Gegensatz unter Einbeziehung der berechtigten Interessen des Individuums überwunden, die Antinomie zwischen Individuum und Gemeinschaft aufgehoben ist. Goethes organische Betrachtungsweise müsse auf das

[46]) Vgl. „Die wiederkehrende (periodische) Brot- und Fleischnot." 1911. Vgl. auch „Über die organische Auffassung des Kulturmenschen", 1911.

[47]) Deutsche Tageszeitung, 9. September 1912.

gesamte Gebiet der sozialen und wirtschaftlichen Erscheinungen angewendet werden; denn auch die Wirtschaft sei aus dem Lebensbegriff zu verstehen.

Wie stark Ruhland in dieser Zeit die Bedeutung eines richtig verstandenen Individualismus und damit der Einzelinitiative für die Wirtschaft anerkannt sowie anderseits in dem schöpferischen Einzelmenschen die gemeinschaftserzeugenden Kräfte wertet, geht aus dem Aufsatz „Was lehrt Alfred Krupp die Nationalökonomie?“ [48]) hervor, den Ruhland an der Hand der damals erschienenen Kruppschen Festschrift verfaßte und in dem er dem für das Volksganze schaffenden Unternehmergenie ein Denkmal setzte.

Am 4. Januar 1914 ist Ruhland nach längerer Krankheit in Bad Tölz gestorben und liegt auf dem dortigen Friedhof begraben. Die ihm feindlich gesinnte liberale und sozialdemokratische Presse brachte auch aus Anlaß seines Todes noch gehässige Artikel.

In dem Nachruf der „Zeitfragen“ [49]) hieß es mit schlichten Worten: „Ruhlands Andenken steht rein und makellos da, und die deutsche Landwirtschaft, deren Sicherstellung auf alle Zeit all sein Denken und rastloses Arbeiten gewidmet war, wird dankbaren Herzens seiner noch oft gedenken als eines Mannes, dem die Sache und vor allem die Sache der Landwirtschaft alles war.“

C. Charakteristik des „Systems der politischen Ökonomie“

Das „System der politischen Ökonomie“ ist Ruhlands Hauptwerk. Sicherlich: seine anderen Schriften sind gediegener und für sein Denken charakteristischer. Aber: wer seine Ideen und ihre systematische Ausgestaltung kennenlernen will, wird stets nach dieser sich zur Geschichts- und Wirtschaftsphilosophie sowie zur Sozialpolitik im eminenten Sinne des Wortes steigernden Zusammenfassung seiner in langer Gedankenentwicklung und harter Lebenserfahrung herangereiften Erkenntnisse greifen.

Dennoch: so sehr der Verfasser bemüht gewesen ist, seine ganze Lebensarbeit in diese drei Bände hineinzuzwingen, das Studium derselben reicht bei weitem nicht aus, die Fülle und Tiefe der Ruhlandschen Einsichten kennenzulernen. Vor allem eins: es fehlt dem „System“ die Perspektive, der dramatische Aufbau der inneren Problemgestaltung und die für alle Systematik notwendige Gedankenarchitektonik. Wer Ruhland von Grund auf verstehen will, der muß seine innere Entwicklung und den zeitlichen Aufbau seiner Schriften heranziehen. Im „System“ hat er alles das, was er sich im Laufe seines Lebens an wissenschaftlichen Erkenntnissen erarbeitet hat,

[48]) Die Arbeiterbewegung. 1912.

[49]) „Zeitfragen“, 1914, Nr. 3: „Gustav Ruhland und sein Werk“ von Dr. Willy Senkel. Vgl. dazu: Deutsche Volkskorrespondenz, Nr. 4, vom 6. Januar 1914, Nachruf von Fritz Bley.

mosaikartig zusammengefügt und unter den beherrschenden Gesichtspunkt seiner Systematik gestellt. Daher kommt es, daß alle ihm bedeutsam erscheinenden Gedankenmotive, Vergleiche, Zitate, Aussprüche usw. aus früheren Schriften wiederkehren. Wer jedoch den Entwicklungsgang des Denkens nicht kennt und wer ohne Kenntnis der früheren Veröffentlichungen an dieses Werk herangeht, dem fehlt sehr oft der Schlüssel zum Verständnis. Er wird Ruhland nicht immer gerecht werden können. Das „System" bleibt frostig und starr, wenn es nicht aus der lebendigen Fülle seines geschichtlichen Werdens begriffen wird.

Zeit seines Lebens hat Ruhland darum gerungen, an die Stelle der bisherigen „freihändlerischen" und „kathedersozialistischen" Systeme etwas ganz Neues zu setzen, die Nationalökonomie auf vollkommen neuer Grundlage aufzubauen. Der Kerngedanke des neuen Systems war von vornherein der volksbiologische, aber nicht in dem soziologischen Sinne, daß organische Analogien auf die Volkswirtschaft angewendet werden, sondern in dem vertieft politisch-eugenetischen Sinne, daß Ruhland Krankheiten des Volkskörpers kennt, die in der wirtschaftlichen und sozialen Fehlentwicklung ihre Ursache haben und die es um der Erhaltung der Volksgesundheit willen zu heilen gilt. Seine organische Betrachtungsweise ist kein Spiel mit Analogien, sondern beherrscht von dem Gesichtspunkt, daß der Nationalökonom der Arzt der Volkswirtschaft ist. Nationalökonomie ist die Forschung nach den Ursachen der Erkrankung und nach den Mitteln zur Heilung des Volkskörpers. Damit ist zugleich anerkannt, daß Wirtschaft die Lebensgrundlage bildet und schwere Erkrankungen derselben unabwendbar zum Untergang der Völker führen, wenn ihnen nicht mit den Mitteln der Politik entgegengetreten wird.

Ruhland kannte die organische Methode aus Schäffles „Bau und Leben des sozialen Körpers", d. h. aus dem Werke desjenigen Gelehrten, den er sein Leben lang als seinen Lehrer bezeichnet hat. Aber sein ureigenstes Verdienst liegt darin, auf der Grundlage vergleichend-geschichtsphilosophischer Betrachtungen den volksbiologischen Sinn dieser Methode herausgearbeitet und politisch zu Ende gedacht zu haben.

Immer wieder hat er sich gegen diejenigen Nationalökonomen gewandt, die in einer bloßen Beschreibung und Analyse der wirtschaftlichen Tatsachen das Ziel der Volkswirtschaftslehre sehen und für die diese Wissenschaft eine Lehre von dem, was ist und was gewesen ist, nicht aber von dem, was sein soll, darstellt. Ruhland ist von vornherein und von Grund auf politischer Denker. In allen seinen wissenschaftlichen Forschungen vollzieht er die politische Wendung, ist bloßer Feststellung der Tatsachen und schicksalsmäßiger Determiniertheit abhold. In diesem Sinne ist für ihn die Wissenschaft von der Wirtschaft vornehmlich Volkswirtschaftspolitik, Politik im Dienste volksorganischer Gestaltung. Von der „reinen Wissenschaft", die nur um ihrer selbst willen betrieben wird und die sich von aller praktischen Anwendung sowie politischen Auswertung fernhält, hat er niemals viel gehalten.

Sicherlich: Was am Anfang des ersten Bandes des „Systems" über die Methodologie der politischen Ökonomie gesagt wird, das kann wissenschaftlicher Kritik nicht standhalten. Aber es muß bedacht werden: Alle diese methodischen Bemerkungen dürfen nur vom Standpunkt des Verfassers aus begriffen werden, sind Randbemerkungen eines Denkers, der um eine neue Auffassung in der Volkswirtschaftslehre ringt.

Ruhlands Bemühen war stets auf das Ganze gerichtet. Er wollte nicht, wie so viele vor ihm, diese oder jene Krankheit in der Wirtschaft behandeln, sondern er drang von vornherein auf den Kern der Sache und wollte dem Übel rücksichtslos an die Wurzel gehen. Von diesem radikalen Standpunkt aus sah er die Agrarfrage und war für ihn die Agrarfrage die soziale Frage schlechthin. Mehr als genug hat er sich darüber lustig gemacht, wie in Conrads „Handwörterbuch der Staatswissenschaften" Hunderte von Krankheiten aufgezählt und Hunderte von Mitteln sowie Mittelchen zur Abhilfe ersonnen werden, niemals aber das Übel an der Wurzel gepackt wird.

Es ist eine der grundlegenden Einsichten Ruhlands, daß die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Abendlandes unter den Wirkungen des Kapitalismus in den Abgrund führt, daß sich Krankheitserscheinungen zeigen, die den Untergang bedeuten und die dem Volkskörper den Tod bringen können. Aber er ist überzeugt, daß Völker nicht, wie einzelne Menschen, zu sterben brauchen. Er ist nicht sozialer Determinist, verfällt nicht einem Denken, das in dem Nachweis schicksalsmäßiger Bestimmtheit das Ziel der Wissenschaft sieht. Im Gegenteil: seine nationalökonomischen Lehren sind von einem ausgesprochenen Indeterminismus diktiert, stehen unter dem Herrscherwillen einer Geistigkeit, die mit derjenigen Fichtes und Lists vergleichbar ist, der die politische Meisterung des Schicksals über alles geht. Auch Wirtschaft ist nicht Schicksal, sondern politische Aufgabe.

Für Ruhland ist Wissenschaft die Magd, die der Praxis, der Politik mit der Fackel der Erkenntnis voranleuchtet. Selbstverständlich: Am Anfang steht der Gedanke, über allem die Idee. Aber es muß die Tat folgen. Bei der Behandlung aller wissenschaftlichen Probleme wendet Ruhland den Gedanken politisch. Niemals läßt er ihn in theoretischer Unfruchtbarkeit erstarren. Er ist der Überzeugung: Alle Wissenschaft muß politisch im edelsten Sinne des Wortes, muß Dienst an der Volksgemeinschaft sein.

Ruhland selbst hat seine Methode als naturwissenschaftlich und als historisch-kairologisch bezeichnet.

Sie ist „naturwissenschaftlich", aber nicht im Sinne der mathematisch-physikalischen Naturwissenschaft. Die Anwendung der mechanistischen Betrachtungsweise auf das Gebiet der Wirtschaft hat Ruhland stets bekämpft. Seine Methode ist „natur"wissenschaftlich im biologisch-medizinischen Sinne. Sie geht von der organischen Natur und von dem

Gedanken der Heilung des Kranken aus. Darüber hinaus ist sie „natur"-wissenschaftlich insofern, als die Natur, der Boden, zur Grundlage des völkischen Lebens, zum wahrhaft natürlichen Ausgangspunkt der Volkswirtschaft gemacht wird.

„Historisch-kairologisch" ist sie auf Grund folgender Erwägungen: Kairos war für die Griechen der Genius des entscheidenden Augenblicks, der günstigen Gelegenheit. Der Vergleich besagt: Es ist Aufgabe der Wissenschaft, nicht nur in die Vergangenheit zu blicken, sondern der Gegenwart gerecht zu werden und der Zukunft zu dienen. Auch die Nationalökonomie ist eine ausgesprochen politische Wissenschaft in diesem „kairologischen" Sinne. Der Schwerpunkt der volkswirtschaftlichen Denkarbeit liegt nach Ruhland in der Volkswirtschaftspolitik, d. h. in der Unterstellung der Wirtschaftsbetrachtung unter politische und soziale Forderungen.

Das soziale und wirtschaftliche Leben ist dasjenige Objekt der wissenschaftlichen Betrachtung, das sich uns am unmittelbarsten erschließt, weil wir uns in ihm selbst wiederfinden. Die Wissenschaft von diesem Leben ist deswegen die „exakteste", weil alles aus unserem eigenen Fühlen, Wollen und Denken und damit aus sicherster Erkenntnisquelle erklärt werden kann. Wiederholt betont Ruhland: In der Wirtschaft haben wir ein Forschungsgebiet vor uns, auf dem „das subjektive Empfinden mit dem objektiven Vorgang zusammenfällt". Daher ist auch Wirtschaftsgeschichte diejenige Erfahrungsgrundlage, auf der wir am leichtesten „exakt" aufbauen können, wobei Ruhland unter Exaktheit nicht Genauigkeit im Sinne der mathematischen Naturwissenschaft versteht, sondern auch diesem Begriff eine ausgesprochen volksorganisch-politische Wendung gibt.

Was die Arbeitsweise im zweiten Teil des „Systems" (Entwicklungsgeschichte der Völker) anbelangt, so brauchte Ruhland für ein so großes Unterfangen „Baumaterial-Lieferanten". Bei dem Zustandekommen dieser vergleichenden Wirtschaftsgeschichte von zweiundzwanzig Völkern ist wissenschaftliche Gemeinschaftsarbeit geleistet worden.

Ruhland verfuhr folgendermaßen: Er suchte die betreffenden Spezialgelehrten auf, gab ihnen bekannt, worum es sich handeln sollte, ließ sich die Tatsachen zusammenstellen und verarbeitete dann selbst das Material systematisch. Für die römische Geschichte beispielsweise ging er zu Theodor Mommsen. Er berichtet, daß die römische Gesamtschau erst nach fünfzehnmaliger Durcharbeitung glückte.

Der Kern der vergleichend geschichtsphilosophischen Betrachtungsweise ist folgender: Wirtschaft ist Grundlage des Lebens und damit auch der Geschichte der Völker. Ruhland will jedoch die Geschichte nur insoweit aus der Wirtschaft begriffen wissen, als in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung die Lebenskräfte eines Volkes sich betätigen. Diese Lebenskräfte sind seiner Ansicht nach nicht etwa materieller,

sondern auf Grund der in ihnen nach Gestaltung ringenden seelischen Form ausgesprochen idealer Natur, bedürfen aber starker politischer Antriebe.

Auf Grund seines Vergleichs der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der verschiedenen Völker kommt er zu dem Ergebnis, daß der Krankheitskeim, der zum Untergang der verschiedenen Kulturen führte, immer wieder derselbe gewesen ist: das Eindringen kapitalistischer Formen. Daher betrachtet er auch den Begriff des „Kapitalismus“ als den grundlegenden Begriff seiner volkswirtschaftlichen Krankheitslehre. Was er in seiner großangelegten Entwicklungsgeschichte bietet, das sind typische Verläufe kapitalistischer Zersetzung. Es ist ihm darum zu tun, zu zeigen, wie gleiche Ursachen gleiche Wirkungen erzeugen, wie sich bei allen Völkern im Zeichen kapitalistischer Gesinnung und kapitalistischer Wirtschaftsformen der Niedergang vollzieht, der Untergang droht.

Ruhland hat so ein einheitliches Entwicklungsgesetz der Völker gewonnen, bei dem bewußt von allen politischen, kulturellen und religiösen Geschehnissen in der Geschichte abgesehen wird. Durchaus neu ist die Auffassung, daß der Kapitalismus nicht zu Beginn der Neuzeit im Abendlande aufgekommen ist, sondern seine Heimat im Orient hat. Die Darstellung der Entwicklungsgeschichte des arabisch-islamischen Weltreichs läßt dies mit aller Deutlichkeit erkennen. Über diese rein historische Feststellung hinaus ist Ruhland der Überzeugung, daß der Kapitalismus überhaupt keine einmalige historische Erscheinung ist, sondern in allen Kulturen dann auftritt, wenn die Voraussetzungen für seine Entwicklung, wie sie in der „Entwicklungsgeschichte der Völker“ so eindringlich geschildert werden, gegeben sind.

Insbesondere wendet er sich gegen die Rodbertus-Büchersche These, daß bis zum Entstehen der modernen Staaten ausschließlich haus- und stadtwirtschaftliche Verhältnisse geherrscht hätten und dann erst die volkswirtschaftliche Entwicklung eingesetzt habe. In Griechenland, Rom und in allen großen Weltreichen habe es bereits eine Entwicklung zur Volkswirtschaft, zu großen verkehrswirtschaftlichen Zusammenhängen gegeben.

Als den Ausgangspunkt seines „Systems“ bezeichnet Ruhland das Getreide. Diese Formulierung ist irreführend; denn er meint nicht das Getreide als Sammelbegriff für Weizen, Roggen usw., sondern das Brot im Sinne der heimatlichen Versorgung, d. h. in dem Sinne, den er selbst seiner „Wirtschaftspolitik des Vaterunser” zugrunde gelegt hatte. Er hätte besser daran getan, auch im „System” diesen vertieften, sozialethisch und religiös gesteigerten Sinn zur Geltung zu bringen, zumal da in ihm nicht nur als Ausdruck der Angst und Sorge um das Dasein der Nation, sondern zugleich als Ausdruck der politischen Vorsorge der sozial- bzw. mittelstandpolitische Kern seiner Nationalökonomie beschlossen liegt.

Zusammenfassung

Friedrich Bülow: Gustav Ruhland. Ein deutscher Bauerndenker im Kampf gegen Wirtschaftsliberalismus und Marxismus.

Vor dem Weltkriege, in der Zeit des überwiegenden Industrialismus, hat Gustav Ruhland die volkswirtschaftlichen Fragen vom Bauern und vom Boden her zu lösen versucht. Er ist der wichtigste Vorläufer der agrarpolitischen Ideen Darrés.

Ruhland ist als Bauernsohn geboren und aufgewachsen. Er hat die durch die überseeische Getreidekonkurrenz verursachten niedrigen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und die damit verbundene Verschuldung der Bauern zum Ausgangspunkt seines Nachdenkens genommen. Er wird zum Theoretiker des „wahren Wertes" und der Verteidiger desjenigen Preises, der die Arbeit gerecht entlohnt. Die Agrarschutzzölle betrachtet er als bloße Behelfsmaßnahme und stimmt hinsichtlich dieser Auffassung mit Bismarck überein, der ihn in den Jahren 1888 bis 1890 auf eine Weltreise schickt, damit er die Bedingungen des überseeischen Getreideanbaus an Ort und Stelle studieren kann. Als Ruhland von der Reise zurückkehrt, ist Bismarck aus dem Amte geschieden, und Caprivi, der Mann des Exportindustrialismus, ist am Ruder.

Wohl oder übel geht Ruhland wieder in die landwirtschaftliche Praxis, wird schließlich Syndikus des „Bundes der Landwirte" und sucht unter den Großagrariern für seine bauernfreundlichen Ideen zu werben. Sein Denken nimmt starke sozialethische Züge an. Immer mehr beschäftigt ihn der Gedanke, daß eine Volkswirtschaft das Allernotwendigste auf eigener Scholle anbauen, daß die Brotversorgung der Nationen im Inland gesichert sein muß, daß der Bezug von überseeischem Getreide ein sehr unsicherer Faktor ist. Er gewinnt die Überzeugung, daß hinter den weltmarktwirtschaftlichen Preisschwankungen die Machenschaften der Bank- und Börsenleute stehen, daß es die großkapitalistischen Manöver sind, die die Bauern und damit die Völker ruinieren. Die soziale und wirtschaftliche Krankheit, an der letzten Endes alle in der Geschichte zugrunde gegangenen Völker gelitten haben, heißt Kapitalismus.

1898 als ordentlicher Professor nach Freiburg in der Schweiz berufen, macht sich Ruhland daran, in großzügiger Weise alle Getreidepreise der Welt und ihre Bewegungen zusammenzustellen, systematisch

zu verarbeiten und von seiner „Getreidepreiswarte" aus zu veröffentlichen. Es gelingt ihm, internationale Kreise für seine Pläne zu gewinnen. Als der Amerikaner Lubin das Internationale Agrarinstitut in Rom gründet, da werden Ruhlands Ideen weitgehend berücksichtigt.

Das Ziel, auf das Ruhland nunmehr lossteuert, ist die berufsgenossenschaftliche Organisation zunächst auf nationaler und dann auf internationaler Grundlage. Während er sich am Anfang seiner Laufbahn lediglich für die Bauern eingesetzt hatte, nimmt er jetzt auch auf gewerblichem Gebiete seine mittelstandspolitische Propagandatätigkeit auf. Kein Zweifel: Ruhland ist einer der bedeutendsten Mittelstandspolitiker gewesen und hat als solcher auch in den internationalen Mittelstandsorganisationen eine wichtige Rolle gespielt.

Den Höhepunkt erreicht Ruhlands Schaffen, als er sich daranmacht, auf Grund einer vergleichenden Betrachtung der Entwicklung und des Schicksals aller ihm erreichbaren Völker zu einem Gesamtbild über das Werden, Blühen, Erkranken und Vergehen von Kulturen zu gelangen. Das von 1902 bis 1908 erschienene „System der politischen Ökonomie" erweitert den nationalökonomischen Gesichtspunkt und wird zu einer geschichts- und wirtschaftsphilosophischen Gesamtschau, wie sie in dieser Art einzig dasteht. Das Leben und die Kraft einer Nation zeigt sich nach Ruhland nicht nur in den politischen Taten und kulturellen Leistungen, sondern auch in der Wirtschaft. In ihr betätigen sich die Lebenskräfte eines Volkes in urwüchsiger Weise und geben dem Ganzen seine Grundlage. Diese Kräfte sind — und dies unterscheidet Ruhland von Karl Marx — nicht materieller, sondern ideeller Natur, bedürfen aber starker politischer Antriebe.

In der letzten Zeit seines Lebens hat sich Ruhland sozialpädagogischen und gemeinschaftspolitischen Fragen zugewandt. Hatte er früher im Syndikat die berufsgenossenschaftliche Organisationsform gesehen, so vertieft er jetzt seine wirtschaftsorganisatorischen Gedanken im Sinne ständischer Neuordnung. Der stark nationalerzieherische Zug bringt ihn in unmittelbare Nähe von Fichte und List. Im Jahre 1914 ist Ruhland gestorben.

Wer die Ansicht teilt, daß wir einer Zeit wachsender politischer und sozialer Organisationen entgegengehen, der muß zu diesem Denker greifen.

Die vorliegende Darstellung fußt auf dem gesamten literarischen Material, berücksichtigt erstmalig neben dem „System" alle Aufsätze, Artikel und Broschüren Ruhlands, stellt den Gedanken der inneren, ideenmäßigen Entwicklung in den Mittelpunkt, behandelt auch die Zeit nach dem Erscheinen des „Systems" und stellt Ruhland im Gegensatz zu Liberalismus und Marxismus als einen Klassiker volksorganischen Denkens dar, weist die inneren Triebkräfte und äußeren Notwendigkeiten auf, die zu einer solchen Auffassung geführt haben.

Summary

F. Bülow: Gustav Ruhland. A German peassant thinker in the fight against economic Liberalism and Marxism.

Before the War, at the time when industrialism was predominant, Gustav Ruhland endeavoured to solve the problems of national economy from the point of view of the peasant and the soil. He was the most important forerunner of Darré's ideas on agrarian policy.

Ruhland was born and grew up as the son of a peasant. He adopted as the starting point of his studies the low prices for agricultural produce, caused by the competition of oversea grain, and the consequent indebtedness of the peasantry. He became the theoretician of th "true value" and the advocate of the price which is a suitable return for the work done. He regarded the agrarian protective duties merely as a makeshift measure, agreeing in this respect with Bismarck who sent him on a world tour from 1888 to 1890, so that he could study the conditions of oversea grain-growing on the spot. When Ruhland returned from his tour Bismarck was no longer in office, and Caprivi, the advocate of export industrialism, was at the helm.

Ruhland had to resume his agricultural practice, whether he liked or not, and finally became syndic of the "Farmers' League" and endeavoured to gain adherents for his pro-peasant ideas among the big landowners. His ideas assumed marked social ethical features. He was constantly more occupied with the idea that a national economy must grow what is absolutely necessary on its own soil, that nations must be provided with bread in their own countries, and that the obtaining of grain from overseas is a very uncertain factor. He became convinced that the world market economic price fluctuations were due to the manoeuvres of bankers and speculators, and that it is these big capitalistic manoeuvres that ruin the peasants and hence the nations. He considered that the social and economic disease from which all nations have perished in history is capitalism.

In 1898 Ruhland went to Freiburg in Switzerland as regular professor, and set about tabulating all the grain prices in the world and their fluctuations, dealing with them systematically and publishing them from his "grain price observatory". He succeeded in interesting international circles in his plans. When the American Lubin founded the International Institute of Agriculture in Rome, Ruhland's ideas were adopted to a large extent.

The goal that Ruhland was then aiming at was co-operative organization, first on a national, and then on an international, basis. While he had merely been the advocate of the peasantry at the beginning of his career, he now extended his propaganda activities for a middle-class policy to the domain of industry. There can be no doubt that Ruhland was one of the principal supporters of the middle-class policy, and that, as such, he also played an important part in the international middle-class organizations.

Ruhland's achievements reached their height when he undertook the preparation of a work giving a general survey of the rise, prosperity, decline and disappearance of civilizations, based on a comparative study of the development and history of all peoples for which data were available. The "System of Political Economy" which appeared between 1902 and 1908 extended the range of vision of national economy, and became a historical and economic philosophical general survey, unique of its kind. According to Ruhland, the life and strength of a nation are demonstrated not only by political acts and cultural achievements, but also by national economy. In it the vital forces of a nation are employed in the most natural way and provide the foundation for the whole structure. Ruhland differs from Karl Marx in saying that the nature of these forces is not material but ideal, but that they require powerful political incentives.

During the last part of his life Ruhland took up questions of social pedagogics and communal policy. While he had previously regarded the syndicate as the co-operative form of organization, he now went further in his ideas of economic organization, in the sense of reorganization by estates. This strongly marked national educational feature places him next to Fichte and List. Ruhland died in 1914.

Anyone who shares the view that we are approaching a time of growing political and social organizations will have to have recourse to the works of this thinker.

The present description is based on the entire literary material, taking into account, for the first time, all Ruhland's essays, articles and pamphlets, in addition to the "System", and placing the idea of inner, ideal development in the centre of the picture. It also deals with the period subsequent to the publication of the "System", and represents Ruhland as a classical example of organic national thought, in contrast to Liberalism and Marxism, pointing out the internal incentives and external necessities which led to the adoption of such a point of view.

Résumé

F. Bülow: Gustave Ruhland. Penseur paysan allemand et sa lutte contre le libéralisme économique et le marxisme.

Avant la guerre mondiale, alors que prévalait l'industrialisme, Gustave Ruhland a tenté de résoudre les problèmes économiques en partant de l'idée du sol et du paysan. C'est surtout lui qui a préparé les voies à la politique agraire de Darré.

Ruhland est issu d'une famille terrienne. L'avilissemant que les prix des produits agricoles avaient subi du fait de la concurrence des céréales d'outre-mer et l'endettement qui en était résulté pour les entreprises paysannes donnèrent la première impulsion à ses méditations. Il se fit le théoricien de la «vraie valeur» et le défenseur du prix justement rémunérateur du travail. Il jugea que la protection douanière de l'agriculture ne constituait qu'un simple expédient, d'accord en cela avec Bismarck qui l'envoya, de 1888 à 1890, étudier sur place les conditions de la production des céréales dans les pays d'outre-mer. Lorsque Ruhland rentra en Allemagne, Bismarck avait donné sa démission et avait été remplacé par Caprivi, l'homme de l'industrialisme exportateur.

Ruhland se vit ainsi contraint de retourner à la pratique agricole, il devint finalement syndic de la «Ligue des agriculteurs» et tâcha de conquérir les grands propriétaires agrariens à ses théories en faveur des paysans. Ses idées sont fortement empreintes d'un caractère éthique et social. Il est constamment préoccupé par l'idée que l'économie nationale a le devoir de tirer de son propre sol ce qui lui est absolument nécessaire, que la nation doit s'assurer par sa propre production son apprivisionnement en pain et que le recours aux céréales d'outre-mer représente un élément des plus précaires. Il se convainc que les fluctuations de prix sur les marchés mondiaux sont provoquées par les machinations de la spéculation et de la banque et que ces manoeuvres du gros capital ruinent les paysans et les peuples. Le mal social et économique dont ont souffert en définitive tous les peuples qui ont péri au cours de l'histoire, n'est autre que le capitalisme.

Appelé en 1898 a une chaire universitaire à Fribourg en Suisse, Ruhland entreprend une vaste synthèse de tous les prix des céréales dans le monde, il en suit les mouvements, les soumet à une analyse systématique et publie les résultats de ses recherches dans sa «Getreidepreiswarte» (observatoire des prix des grains). Il réussit à intéresser à ses projets les milieux internationaux, et lorsque l'Américain Lubin fonde

à Rome l'Institut international d'agriculture, il y est largement tenu compte des doctrines formulées par Ruhland.

Le but que se propose dès lors Ruhland consiste à créer une organisation coopérative professionnelle, d'abord sur le plan national et, ultérieuremment, sur une base internationale. Tandis qu'au début de sa carrière il ne s'était occupé que des paysans, il étend maintenant aux corps de métiers sa propagande en faveur des classes moyennes. Il est certain que Ruhland a été un des défenseurs les plus actifs de ces dernières et qu'il a joué comme tel un rôle considérable dans les organisations internationales représentatives de leurs intérêts.

L'oeuvre de Ruhland atteignit son couronnement lorsqu'il entreprit une vaste comparaison de l'évolution et de la destinée de tous les peuples accessibles à ses investigations afin de montrer, dans un tableau d'ensemble, la naissance, le progrès, la décadence et la disparition des civilisations. Son «Système d'économie politique» paru de 1902 à 1908 ouvre à l'oeil de nouveaux horizons et constitue une philosophie véritablement unique de l'histoire et de l'économie. Selon Ruhland, la vie et la force d'une nation ne se traduisent pas seulement dans ses actes politiques et dans les productions de sa culture, mais aussi dans son économie. C'est en elle que se manifestent clairement les forces vives d'un peuple, sur lesquelles repose l'ensemble de l'existence nationale. Pour Ruhland ces forces ne sont cependant point, comme le pensait Marx, d'ordre matérial mais elles ont un caractère idéal; toutefois elles ont besoin d'une forte impulsion politique.

A la fin de sa vie Ruhland s'est occupé de questions de pédagogie sociale et d'organisation politique. S'il avait considéré d'abord le syndicat comme l'expression idéale de l'organisation coopérative, ses recherches orientèrent désormais son esprit dans le sens d'une réforme à base corporative. Ses tendances nettement affirmées en faveur d'une éducation nationale le rapprochaient en même temps très étroitement de Fichte et de List. Ruhland est mort en 1914.

Quiconque est d'avis que le monde évolue vers des formes de plus vastes d'organisation politique et sociale, ne manquera pas de se sentir attiré par l'oeuvre de ce penseur, qu'il désirera connaître.

Le présent exposé s'appuie sur l'ensemble de la bibliographie relative à Ruhland; il y est tenu compte pour la première fois non seulement du «Système d'économie politique» mais de tous les essais, articles et opuscules publiés par Ruhland. On y suit notamment l'évolution de ses idées, on y étudie l'époque consécutive à la publication du «Système», on y montre comment Ruhland est devenu, par opposition au libéralisme et au marxisme, un classique de la conception organique du peuple et on indique quelles sont les forces intérieures et les nécessités extérieures qui l'ont conduit à ses conclusions.

Resumen

F. Bülow: Gustav Ruhland. Un pensador agrario alemán frente al liberalismo económico y el marxismo.

Antes de la guerra, en la época del esplendor del industrialismo, intentó Gustav Ruhland resolver las cuestiones de economía política partiendo del campesino, de la tierra. Ruhland es el precursor más importante de las ideas político-agrarias de Darré.

Ruhland es hijo de labradores y creció entre ellos. La baja de los precios que la competencia ultramarina produjo en los productos agrícolas y el endeudamiento consiguiente del labrador fueron el punto de partida de sus reflexiones. Se convierte en el teórico del „verdadero valor" y en el defensor del precio que sea justo pago del trabajo. Las aduanas protectoras para los productos agrícolas las considera como meras medidas transitorias coincidiendo en esto con Bismarck quien en los años de 1888 a 1890 le envió a hacer un viaje a los países ultramarinos para estudiar las condiciones del cultivo de los cereales. Cuando vuelve Ruhland del viaje, Bismarck ha sido sustituido por Caprivi, el hombre de la exportacion industrial.

Mal o bien se reintegra Ruhland a la agricultura, llega a ser síndico de la „Federación de labradores" (Bund der Landwirte) y trata de ganar partidarios entre los terratenientes para sus ideas en pro del labrador. Su pensamiento adopta un fuerte carácter ético-social. Cada vez le ocupa más la idea de que la Economía de un pueblo debe cultivar en el propio suelo todo lo indispensable, que el abastecimiento de pan de las naciones debe estar asegurado en el interior y que el aprovisionamiento de cereales extranjeros es un factor muy inseguro. Llega a convencerse de que tras de las oscilaciones de los precios en los mercados mundiales está la Banca y está la Bolsa, de que se trata de maniobras del gran capitalismo que arruinan a los labradores y, por consiguiente, a los pueblos. La enfermedad social y económica de la que, en último extremo, han perecido en la historia todos los pueblos, es el capitalismo.

Nombrado en 1898 profesor de Friburgo en Suiza, Ruhland se dedica a computar con toda amplitud los precios de los cereales en todo el mundo y sus oscilaciones, estudiandolos sistemáticamente y publicándolos en su „Observatorio del precio de los cereales". Logra ganar para sus planes círculos internationales y cuando el norteamericano Lubin funda en Roma el Instituto agrario internacional, se tienen en cuenta las ideas de Ruhland.

La finalidad a la que tiende ahora Ruhland es la organización cooperativista, primero sobre base nacional y luego internacional. Mientras que al principio de su carrera no se preocupó más que del labrador, extiende ahora al artesanado también su propaganda política en pro de la clase media. No hay duda: Ruhland ha sido uno de los políticos de la clase media más importantes y como tal ha desempeñado un papel considerable en las organizaciones internacionales de dicha clase.

La obra de Ruhland alcanza su apogeo cuando acomete la empresa de trazar a base del estudio comparativo en la evolución y en el destino de todos los pueblos que puede abarcar, un cuadro general del nacimiento, florecimiento, enfermedad y muerte de las culturas. El „Sistema de Economia política" aparecido de 1902 a 1908 amplía el punto de vista de la economía nacional y se convierte en una síntesis de filosofia de la historia y de la economía, única en su género. La vida y la fuerza de una nación no se manifiesta para Ruhland ûnicamente en los hechos políticos ni en la obra cultural sino también en la Economía. En esta actúan las fuerzas vitales de un pueblo en forma elemental constituyendo el fundamento del todo. Estas fuerzas — y aquí se diferencia Ruhland de Karl Marx — no son de naturaleza material sino ideal y necesitan un fuerte estímulo político.

En la última época de su vida se aplicó Ruhland a las cuestiones de pedagogía social y de política de la comunidad. Si en un principio vió en el Sindicato la forma de organización cooperativista, su pensamiento organizador y económico ahonda ahora en una reorganización corporativa. Su nota intensamente educadora y nacional le acerca a Fichte y a List. Ruhland murió en 1914.

El que comparta la opinión de que vamos hacia una época de intensificación de las organizaciones políticas y sociales tiene que volver la vista a este pensador.

Esta exposición se basa en todo el material literario y por primera vez, además del „Sistema", tiene en cuenta todos los trabajos, artículos y folletos de Ruhland, coloca en el centro el pensamiento de la evolución interna, ideológica, trata también el tiempo que sigue a la publicación del „Sistema" y coloca a Ruhland en oposición al liberalismo y al marxismo como un clásico de mentalidad orgánica arraigada en el pueblo, y muestra los secretos impulsos y las necesidades extrínsecas que han conducido a una concepción así.

Anhang

I

Ruhlands Veröffentlichungen

1881

1. Zur Wasserregulierungsfrage.	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 71. Jahrg. S. 74—75

1882

1. Über den Ertrag von Gemeindegrundstücken.	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 72. Jahrg. S. 10—16
2. Die Preisbildung für landwirtschaftliche Grundstücke. Volkswirtschaftliche Skizze.	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 72. Jahrg. S. 345—355
3. Zur bäuerlichen Erbfolge.	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 72. Jahrg. S. 597—603
4. Gedanken über die künftige Organisation des landwirtschaftlichen Personalkredits.	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 72. Jahrg. S. 671—691

1883

1. Gesellschaftliche Organisation des landwirtschaftlichen Personalkredits.	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. 39. Bd. S. 166—194
2. Gedanken und Vorschläge über die Regulierung der Grundschulden.	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. 39. Bd. S. 432—485
3. Agrarpolitische Vorschläge auf Grund unserer geschichtlichen Rechtsbildung.	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. 39. Bd. S. 673—750
	Die drei Aufsätze aus der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft (1883) sind als Buch veröffentlicht unter dem Titel: „Agrarpolitische Versuche vom Standpunkt der Sozialpolitik", Tübingen, Laupp, 1883. Neu darin ist das Vorwort: S. VII—XVI.

1883

4. Von welchem Punkte aus ist ein mit der Landwirtschaft verbundenes Gewerbe als ein „selbständiges" zu betrachten und deshalb einer besonderen Gewerbesteuer zu unterstellen?	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 73. Jahrg. S. 108—115 Vgl. auch: Ausgewählte Abhandlungen, S. 185—191
5. Zur Kritik der heutigen agrarpolitischen Vorschläge.	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 73. Jahrg. S. 405—422
6. Einiges über und aus der neuesten agrarpolitischen Literatur. Bücherbesprechungen: I. Meyer, Rudolf: Heimstätten- und andere Wirtschaftsgesetze der Vereinigten Staaten.	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 73. Jahrg. S. 725—734
7. Einiges über und aus der neuesten agrarpolitischen Literatur. Fortsetzung. Bücherbesprechungen: II. Schäffle, Albert: Die Inkorporation des Hypothekarkredits. III. Ratzinger, Georg: Die Erhaltung des Bauernstandes. Ein Reformprogramm. IV. Literatur zur Reform des landwirtschaftlichen Kredits.	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 73. Jahrg. S. 819—829

1884

1. Aus der badischen Agrarenquete. Bem.: In der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft hatte Albert Schäffle 1884 (2. Heft, S. 413—450) eine ausführliche Besprechung dieser Enquete veröffentlicht, auf der Ruhland fußt.	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 74. Jahrg. S. 351—363 und S. 430—442
2. Aus den bäuerlichen Verhältnissen einer typischen Spessartgemeinde.	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 74. Jahrg. S. 759—772 und S. 833—851
3. Zur Frage der Getreidezölle.	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 74. Jahrg. S. 895—902
4. Über Faktoren der Preiserhöhung landwirtschaftlicher Produkte.	Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, Politik und Kulturgeschichte. Herausg. v. Dr. Eduard Wiss, Berlin. 21. Jahrg. 1. Bd. S. 31—57
5. Über den Marktpreis landwirtschaftlicher Rohprodukte und sein Bildungsgesetz.	Zeitschrift für die landwirtschaftl. Vereine des Großherzogtums Hessen. 54. Jahrg. Nr. 9, 1. März, S. 65—67
6. Die Lehre von der Wertberechnung der Futtermittel und ihre Irrtümer.	Zeitschrift für die landwirtschaftl. Vereine des Großherzogtums Hessen. 54. Jahrg. Nr. 47, 22. November, S. 369 bis 371

1885

1. Die Lehre von der Wertberechnung der Futtermittel und ihre Irrtümer. Replik zur Entgegnung des Herrn Prof. Dr. Paul Wagner.	Zeitschrift für die landwirtschaftl. Vereine des Großherzogtums Hessen. 55. Jahrg. Nr. 5, 31. Januar S. 34-35
2. Von dem Einfluß der ökonomischen Kapitalsarten auf den Erfolg des landwirtschaftlichen Betriebes.	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 75. Jahrg. S. 431-444
3. Von den ökonomischen Grundsätzen der Arbeitsgliederung in der Landwirtschaft.	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 75. Jahrg. S. 507-511
4. Von der Ermittlung der ökonomischen Größe des Betriebserfolges in dem landwirtschaftlichen Unternehmen.	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 75. Jahrg. S. 562—565
5. Über die Beschränkung der unbeschränkten Solidarhaft.	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 75. Jahrg. S. 695—708
6. Zu den Streitfragen über die Wohlstandsermittlung des bäuerlichen Grundbesitzes.	Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, Politik und Kulturgeschichte. 22. Jahrg. 1. Bd. S. 68—86
7. Volkswirtschaftliche Blüten der Schutzzolldebatte. Bem.: Mit dem Hegelzitat „Die wahre Widerlegung muß in die Kraft des Gegners eindringen und sich in den Umkreis seiner Stärke stellen" als Motto, Worte, die Ruhland später häufig wieder anführt.	Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, Politik und Kulturgeschichte. 22. Jahrg. 3. Bd. S. 113—142
8. Preis und Wert der Grundstücke mit Rücksicht auf Taxation, Grundrente und Arbeitslohn.	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. 41. Bd. S. 235—387
9. Das natürliche Wertverhältnis des landwirtschaftlichen Grundbesitzes in seiner agrarischen und sozialen Bedeutung. Untersucht von G. Ruhland, praktischer Landwirt.	Tübingen, Verlag der H. Laupp'schen Buchhandlung.

1886

1. Die Lösung der landwirtschaftlichen Kreditfrage im System der agrarischen Reform. Im Auftrage der XXVI. Wanderversammlung bayerischer Landwirte.	Tübingen, Verlag der H. Laupp'schen Buchhandlung.
2. Der Gedanke korporativer Bodenkreditorganisation und seine Kritiken. Eine Antikritik.	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. 42. Bd. S. 464—529
3. Zur Frage der Entwicklung des Detailhandels.	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. 42. Bd. S. 387—389

1886

4. Replik zu vorstehendem Artikel. (Zu dem Artikel von Pröbst über beschränkte und unbeschränkte Solidarhaft).	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 76. Jahrg. S. 14—15
5. Randglossen zu den Untersuchungen der agrarischen Zustände in Frankreich und England.	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 76. Jahrg. S. 175—189
6. Notizen aus der älteren Literatur über die Reform des landwirtschaftlichen Kredits.	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 76. Jahrg. S. 555—562
7. Einige Materialien zur Beurteilung der amerikanischen Konkurrenz.	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 76. Jahrg. S. 680—691
8. Tatsachen und Aussichten der ostindischen Konkurrenz im Weizenhandel. Bem.: Es handelt sich um eine Besprechung des gleichlautenden Werkes von Julius Wolf, erschienen Tübingen 1886. Irrtümlicherweise im „System der politischen Ökonomie", Bd. III, im Verzeichnis der Ruhlandschen Schriften als Zeitschriftenabhandlung Ruhlands angegeben.	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 76. Jahrg. S. 741—751
9. Landwirtschaftliche Erhebungen und kein Ende.	Die Nation. 3. Jahrg. Nr. 31, 1. Mai S. 456—457
10. Die Aussichten der ostindischen Konkurrenz im Weizenhandel. Bem.: (Vgl. 1886, Nr. 8). Auch dieser Artikel ist eine Besprechung des Julius Wolfschen Buches. „Und so wird es mir denn nicht schwer halten, mit Hülfe desselben Materials eine wesentlich entgegengesetzte Meinung, wie ich glaube, zureichend zu begründen, wonach die ostindische Konkurrenz in ihrer Entwicklung nicht etwa erst recht am Anfange, sondern bereits so ziemlich am Ende angelangt ist."	Zeitschrift für die landwirtschaftl. Vereine des Großherzogtums Hessen. 56. Jahrg. Nr. 51, 18. Dezember S. 405—407

1887

1. Aus der großherzoglich hessischen Agrarenquete.	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 77. Jahrg. S. 355—360
2. Zur landwirtschaftlichen Frage der Gegenwart. Bem.: Besprechung des gleichnamigen Buches von Buchenberger, Leipzig, Dunker u. Humblot, 1887.	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 77. Jahrg. S. 450—459

1887

3. Welchen Einfluß hat die seit Anfang dieses Dezenniums im Deutschen Reiche befolgte Wirtschafts- und Handelspolitik bis dahin auf die Landwirtschaft Bayerns gehabt? Von der landwirtschaftlichen Abteilung der K. Technischen Hochschule München gekrönte Preisschrift.	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 77. Jahrg. S. 538—556 und S. 617—632
4. Die Agitation zur Verstaatlichung von Grund und Boden in Deutschland. Eine dogmatisch-kritische Studie.	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. 43. Bd., S. 292—342
5. Über die Aufhebung des Identitätsnachweises beim Getreideexport.	Allgemeine Zeitung. (Früher in Augsburg, dann in München erschienen.) Stuttgart und München, Verlag der Cottaschen Buchhandlung. 4. Quartal, 2. Beilage, Nr. 299, vom 28. Oktober und Nr. 300 vom 29. Oktober.

1888

1. Zur bimetallistischen Theorie.	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 78. Jahrg. S. 254—262
2. Aus der Literatur der Getreidepolitik in den zwanziger Jahren.	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 78. Jahrg. S. 603—611
3. Die Controverse über das Mitwirkungsrecht der Einzellandtage bei der Instruktion der Bundesratsbevollmächtigten.	Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland. 101. Bd. S. 161—170

1889

1. Von der Weihnachtsvichausstellung in London.	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 79. Jahrg., S. 149—153
2. Der Sozialismus in Australien.	Allgemeine Zeitung. Nr. 363, 31. Dezember

1890

1. Über die Ursachen der niedrigen Preise für Zucker, Fleisch, Käse, Wolle und Weizen.	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 80. Jahrg. S. 62—69 und S. 103—111
2. Über die Geschichte der Schafzucht in Australien und Tasmanien.	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 80. Jahrg. S. 197—203 und S. 254—265

1890

3. Edward Atkinson und die Ernährungsfrage in Nordamerika.	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 80. Jahrgang. S. 676—685
4. Zur Verschuldungsstatistik des Grundbesitzes in Nordamerika.	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. 46. Bd. S. 473—508
5. Das Interstate Commerce Law in Nordamerika.	Bayerische Handelszeitung. (Beiblatt zur Allgemeinen Zeitung, redigiert von Julius Kahn). 20. Jahrg. Nr. 5, 6, 7 und 8.
6. Wirkung und Bedeutung der Getreidezölle. Bem.: Es ist dies der für das Auswärtige Amt in Berlin bestimmt gewesene Reisebericht.	Norddeutsche Allgemeine Zeitung. Juni, Nr. 248—263 (8 Artikel). Vgl. auch: Anlage G zu „Gegengutachten" (1901)
7. Handel und Verkehr. Mit den Durchschnittspreisen an der Münchener Schranne von 1780—1885.	„Die Landwirtschaft in Bayern". Denkschrift nach amtlichen Quellen bearbeitet. München, Verlag von R. Oldenbourg. VI. Abschnitt, S. 593—629

1891

1. Aus den Verschuldungsverhältnissen der nordamerikanischen Farmer.	Zeitschrift des landwirtschaftl. Vereins in Bayern. 81. Jahrg. S. 172—177 und S. 243—252
2. Der achtstündige Arbeitstag in England, aus der Literaturbewegung.	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. 47. Bd. S. 136—153
3. Der achtstündige Arbeitstag und die Arbeiterschutzgesetzgebung der australischen Kolonien.	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. 47. Bd. S. 279—371
4. Die Zukunft des Goldes und die Süßsche Theorie.	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. 47. Bd. S. 505—583
5. Die Ausfuhr an Fleisch und lebendem Vieh von Nordamerika nach Europa.	Deutsche landwirtschaftliche Presse. Berlin, Paul Parey. Nr. 25, vom 28. März, S. 233—235

1892

1. Die australisch-nordamerikanische Landgesetzgebung.	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. 48. Bd. S. 41—78 und S. 280—313

1893

1. Aus dem Verfassungs- und Verwaltungsrecht des britisch-indischen Kaiserreichs.	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. 49. Bd. S. 223—252 und S. 408—456
2. Aus der Praxis eines neugegründeten landwirtschaftlichen Großbetriebes im Pinzgau.	Landwirtschaftliche Jahrbücher. Zeitschrift für wissenschaftliche Landwirtschaft und Archiv des Königlich Preußischen Landesökonomiekollegiums. Herausgegeben von H. Thiel. 22. Bd. S. 517—567 Auch als Sonderdruck erschienen: Berlin, Paul Parey, 1893.
3. Über die Grundprinzipien aktueller Agrarpolitik. Vortrag, gehalten vor der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich zur Erlangung der venia legendi. Herrn Dr. Georg Ratzinger zur Erinnerung an unser zehnjähriges Kämpfen für die Durchführung einer zeitgemäßen Agrarreform freundschaftlichst gewidmet. Bem.: Es ist dies Ruhlands am 4. August 1893 in Zürich gehaltene Probevorlesung.	Tübingen, Verlag der H. Laupp'schen Buchhandlung.
4. Das nahende Ende der auswärtigen Getreidekonkurrenz.	Münchener Neueste Nachrichten. Nr. 467, 12. Oktober.
5. Die Agrarfrage und ihre Grundprinzipien.	Münchener Neueste Nachrichten. Nr. 473, 15. Oktober.
6. Das Agrarprogramm des Vereins für Sozialpolitik.	Münchener Neueste Nachrichten. Nr. 479, 19. Oktober.
7. Das Agrarprogramm der Agrarfrage.	Münchener Neueste Nachrichten. Nr. 481, 20. Oktober.
8. Die Einführung der Agrarreform.	Münchener Neueste Nachrichten. Nr. 485, 22. Oktober.
9. Die Erziehung und Behandlung der landwirtschaftlichen Beamten.	Wiener landwirtschaftliche Zeitung. Gegründet 1851, herausg. von Hugo Hitschmann. Nr. 83, S. 684
10. Die landwirtschaftlichen Beamten und die landwirtschaftlichen Hochschulen. Offener Brief an Herrn Prof. Dr. M. Wilckens.	Wiener landwirtschaftliche Zeitung. Nr. 91, S. 745—746
11. Die Güterbeamten im alpinen Großbetrieb. Berichtigung zu den Ausführungen des Herrn Schmidtmann. (Unterschrieben: Dr. G. Ruhland, München, 9. Dezember 1893.)	Wiener landwirtschaftliche Zeitung. Nr. 99, S. 814

1894

1. Über das nahende Ende der auswärtigen Getreidekonkurrenz. Antrittsvorlesung an der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich, gehalten am 3. März 1894.	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. 50. Bd. S. 659—671
2. Agrarpolitische Leistungen des Herrn Prof. Dr. Lujo Brentano oder die alte und die neue Schule kritisch beleuchtet.	München, J. Schweitzer Verlag.
3. Leitfaden zur Einführung in das Studium der Agrarpolitik.	Berlin, Paul Parey Verlag.
4. Zur Agrarfrage. Entgegnung zu den Ausführungen des Herrn Staatsrat Prof. Dr. Heinrich Geffcken. Bem.: Geffcken hatte unter dem Titel „Zur Agrarfrage" im 61. Band der „Jahrbücher" (1893, S. 814—850) Bezug genommen auf Ruhlands fünf Aufsätze in den Münchener Neuesten Nachrichten vom Oktober 1893. Im „System der politischen Ökonomie", Bd. III, ist der Ruhlandsche Artikel „Zur Agrarfrage" irrtümlicherweise auf das Jahr 1895 datiert.	Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. 62. Bd. S. 864—900
5. Zwei bimetallistische Theorien.	Frankfurter Zeitung. Nr. 36, 5. Februar (Morgenblatt)
6. Die Agrarkrisis und die Lösung der landwirtschaftlichen Kreditfrage. Korreferat für die „Grundkreditkommission des Bundes der Landwirte". Bem.: Das erste Referat hatte geliefert Dr. von Skarzynski: „Die Organisation des landwirtschaftlichen Kreditwesens"; Berlin, G. Schuhr, 1894.	Berlin, G. Schuhr. Vgl. auch Bericht darüber in: Korrespondenz des Bundes der Landwirte. Nr. 64, vom 14. Juli.
7. Prof. Dr. Robert Wallace über die Vieh- und Fleischeinfuhr aus Nordamerika.	Korrespondenz des Bundes der Landwirte. Nr. 96, vom 3. November. Vgl. auch: Deutsche landwirtschaftliche Presse, Nr. 25, vom 28. 3. 1891, unter dem Titel „Die Ausfuhr an Fleisch und lebendem Vieh von Nordamerika nach Europa".
8. Die Getreidepreise und die kulturelle Entwicklung der Völker. I. und II.	Korrespondenz des Bundes der Landwirte. I. Nr. 109, vom 19. Dezember II. Nr. 110, vom 22. Dezember Deutsche landwirtschaftliche Presse. I. Nr. 102, v. 22. Dezember S. 987 II. Nr. 103, v. 29. Dezember S. 996—97
9. Das allerneueste Agrarprogramm.	Die Zukunft. Berlin, 22. Dezember, S. 554—559 Vgl. auch: Ausgewählte Abhandlungen, S. 145—151
10. Das Dogma von der internationalen Arbeitsteilung und die Agrarfrage.	Deutsche landwirtschaftliche Presse. Nr. 24, vom 24. März, S. 229—230

1894

11. Ein Entwurf zur Reorganisation des Getreidehandels in Deutschland. Vgl. zur Ergänzung: das als Manuskript gedruckte, für den Bund der Landwirte bestimmte Gutachten „Über die Reorganisation der Getreidebörse und des Getreidehandels in Deutschland". (Ruhland contra Biermer, S. 179)	Deutsche landwirtschaftliche Presse. Nr. 42, vom 26. Mai S. 409
12. Zur Währungsfrage.	Deutsche landwirtschaftliche Presse. Nr. 48, vom 16. Juni, S. 473—474
13. Der Sozialismus und die Agrarfrage.	Deutsche landwirtschaftliche Presse. Nr. 78, v. 29. September, S. 739—740 u. Nr. 79, v. 3. Oktober, S. 751
14. Berichtigung der Ausführungen des Herrn Heine über die Getreidezucht zu Kloster Hadmersleben. Bem.: In Nr. 82, vom 13. Oktober, S. 783 hatte Heine — Kloster Hadmersleben eine „Berichtigung der Ausführungen des Herrn Dr. G. Ruhland über die Getreidezucht zu Kloster Hadmersleben" veröffentlicht, in der er die Angaben Ruhlands in dem Artikel „Der Sozialismus und die Agrarfrage" korrigiert.	Deutsche landwirtschaftliche Presse. Nr. 83, vom 17. Oktober, S. 787
15. Das Texasfieber in Deutschland.	Deutsche landwirtschaftliche Presse. Nr. 89, vom 7. Oktober, S. 833

1895

1. Unser täglich Brot gib uns heute! Die Wirtschaftspolitik des Vaterunser. Vorwort datiert: Berlin, im November 1894. Bem.: In Nr. 99 der „Korrespondenz des Bundes der Landwirte" v. 14. November 1894 steht eine Besprechung der Schrift, die also bereits Anfang November 1894 erschienen sein muß; Ruhland selbst zitiert die Schrift öfter als vom Jahre 1894 stammend.	Berlin, Ernst Hofmann & Co.
2. Auf heimischer Scholle.	Vom Fels zum Meer. XV. Jahrg. 1. Bd. 3 Artikel: S. 28—31, S. 130—134 und S. 388—394
3. Die Agrarfrage als soziale Frage.	Die Gesellschaft. Monatsschrift für Litteratur, Kunst und Sozialpolitik. Begründet von M. G. Conrad. Leipzig. XI. Jahrg. Heft 1, S. 4—6
4. Die internationale Notlage der Landwirtschaft, ihre Ursache und die Mittel zu ihrer Abhülfe. Herausgegeben auf Veranlassung des Bundes der Landwirte.	Berlin, Verlag von Gustav Schuhr.

1895

5. Die Agrarfrage und das internationale Großkapital. Mit einer graphischen Darstellung der Normalpreise.	Wien, Verlag von Mayer & Co. Vorträge und Abhandlungen. Herausg. von der Leo-Gesellschaft, Heft 1.
6. Reden auf der XX. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer (19. u. 20. Februar 1895): a) über Währungsfragen, b) Deutschlands handelspolitische Beziehungen zu Amerika.	Bericht über die Verhandlungen der XX. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirtschafts-Reformer zu Berlin, am 19. und 20. Februar 1895, erstattet vom Bureau des Ausschusses. Berlin, Verlag des Bureaus der Steuer- und Wirtschafts-Reformer.
7. Die Getreidepreise und die kulturelle Entwicklung der Völker. III.	Korrespondenz des Bundes der Landwirte. Nr. 1, Berlin, 1. Januar. Deutsche landwirtschaftliche Presse. Nr. 2, vom 5. Januar, S. 10 Fühlings landwirtschaftliche Zeitung. 44. Jahrg. S. 33—42
8. Prof. Schmoller und sein Agrarprogramm.	Korrespondenz des Bundes der Landwirte. Nr. 39, vom 15. Mai. Vgl. auch: Ausgewählte Abhandlungen, S. 141—144
9. Der „hochberühmte" Professor Lujo Brentano.	Korrespondenz des Bundes der Landwirte. Nr. 40, vom 18. Mai. Vgl. auch: Ausgewählte Abhandlungen, S. 136—140
10. Wirkung und Bedeutung der Getreidezölle.	Korrespondenz des Bundes der Landwirte. Nr. 88, vom 2. Oktober.
11. Das Gesetz der Preisbildung für Getreide.	Korrespondenz des Bundes der Landwirte. Nr. 82, vom 12. Oktober.
12. Wirkung der Schutzzölle.	Korrespondenz des Bundes der Landwirte. Nr. 83, vom 16. Oktober.
13. Bedeutung der Getreidezölle für die Landwirtschaft.	Korrespondenz des Bundes der Landwirte. Nr. 86, vom 26. Oktober.
14. Ein Mahnwort gegen das Kornhaus.	Korrespondenz des Bundes der Landwirte. Nr. 87, vom 30. Oktober.
15. Das Differenzspiel in Getreide — eine wesentliche Ursache des Rückganges unserer Getreidepreise.	Korrespondenz des Bundes der Landwirte. Nr. 100, vom 14. Dezember. Vgl. auch: Deutsche landwirtschaftliche Presse. Nr. 101, vom 18. Dezember, S. 915—916
16. Grundsätze einer vernunftgemäßen Getreidepolitik. Mit einer graphischen Darstellung. (Weizenpreise auf dem Münchener Lokalmarkt pro 50 Kilo in Mark von 1780—1894).	Korrespondenz des Bundes der Landwirte. Nr. 96, vom 30. November. Vgl. auch: Stimmen aus dem agrarischen Lager. 1896, Heft 1, S. 1—15 Ausgewählte Abhandlungen. 1910, S. 1 bis 12 Deutsche Landwirtschaftliche Presse. Nr. 98, vom 7. Dezember 1895, S. 889 bis 890

1895

17. Handelsvertragspolitik und Agrarfrage.	Deutsche landwirtschaftliche Presse. Nr. 29, vom 10. April, S. 273
18. Gibt es eine Überproduktion in Getreide?	Deutsche landwirtschaftliche Presse. Nr. 61, vom 31. Juli, S. 558
19. Die Ursachen der niedrigen Getreidepreise.	Deutsche landwirtschaftliche Presse. Nr. 76, vom 21. September, S. 685—686

1896

1. Zur Kritik des Entwurfes eines Bürgerlichen Gesetzbuches. (Von Dr. G. Ruhland und Dr. N. Kroidl.)	Stimmen aus dem agrarischen Lager. Aufsätze und Reden gesammelt vom Bund der Landwirte. Berlin, W. Issleib. Ab Heft VI: Verlag der Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte, später: Puttkammer und Mühlbrecht. Heft I, S. 16—36
2. Zur Aufhebung der Blanko-Termingeschäfte in Getreide. Ein wissenschaftliches Gutachten.	Stimmen aus dem agrarischen Lager. Heft II.
3. Zur Ausführung des § 50 Abs. 3 des Börsengesetzes vom 22. Juni 1896, betreffend die Aufhebung der Börsentermingeschäfte in Getreide und Mühlenfabrikaten.	Stimmen aus dem agrarischen Lager. Heft V.
4. Von den Prinzipien einer durchgreifenden Börsenreform.	Deutsche landwirtschaftliche Presse. I. Nr. 13, vom 15. Februar, S. 102 II. Nr. 14, vom 19. Februar, S. 112
5. Nach Aufhebung der Blanko-Termingeschäfte in Getreide.	Korrespondenz des Bundes der Landwirte. Nr. 46, vom 13. Juni. Vgl. auch: Deutsche landwirtschaftliche Presse. Nr. 50, vom 24. Juni, S. 443—444.
6. Reden auf dem „Internationalen landwirtschaftlichen Kongreß", abgehalten in Budapest, 17. bis 20. September 1896.	II. Comptes Rendus. S. 152—157, 161—163, 181—19 und 198—208 Congrès International d'Agriculture tenu à Budapest du 17 au 20 septembre 1896 sous la présidence de M. Ignace de Daránvi, ministre royal hongrois de l'agriculture: Comptes-Rendus rédigés par le Dr. Eugène de Rodiczky, secrétaire général du congrès. Actes préliminaires. — Séances. — Appendice. Budapest 1897.
7. Vorwort zu Bernat, Stephan: Das verpfändete Ungarn. Bem.: Irrtümlicherweise im „System der politischen Ökonomie", Bd. III, als Abhandlung Gustav Ruhlands angeführt.	Berlin, in Kommission bei Ernst Hofmann & Co. (Budapest 1896.)

1896

8. Landwirtschaft und Sozialismus in England.	Die Zukunft. 29. Februar, S. 406—409
9. Der Geldmarkt den produktiven Ständen.	Die Zukunft. 11. April, S. 63—70

1897

1. Uber den Einfluß des Großkapitals auf die Gestaltung der Getreidepreise. Vortrag, gehalten in der Ökonomischen Gesellschaft im Königreich Sachsen, Dresden, am 8. Januar 1897.	Dresden, G. Schönfeld's Verlagsbuchhandlung.
2. Getreideterminhandel.	Die Zukunft. 20. Februar, S. 351—360
3. Die Reform der Getreidebörsen.	Die Zukunft. 23. Oktober, S. 161—166

1898

1. Die Überproduktionstheorie und die Getreidepreise. Antrittsrede, gehalten an der Universität Freiburg in der Schweiz.	Monatsschrift für Christliche Sozialreform. XX. Jahrg., Wien und Leipzig, S. 302 bis 313 Vgl. auch: Fühlings landwirtschaftliche Zeitung. 47. Jahrg., S. 483—486 u. 527—529
2. Vorwort und Schlußwort zu: Die Getreidepolitik der Päpste, nach den Quellen bearbeitet von Prof. Umberto Benigni-Rom, nach dem Originalmanuskript ins Deutsche übertragen von Pater Dr. Raymund Birner. Bem.: Irrtümlicherweise sowohl im „System der politischen Ökonomie", Bd. III, als auch in den „Ausgewählten Abhandlungen" 1910 als selbständige Schrift Ruhlands bezeichnet.	Berlin, Wilhelm Issleib.
3. Über die Weltweizenernte von 1898 bis 1899.	Monatsschrift für Christliche Sozialreform. XX. Jahrg., S. 328—331
4. Das Dauernde und das Vergängliche an der Sozialdemokratie. „Diesen Aufsatz schrieb Prof. Ruhland vor vier Jahren, nach der großen Debatte über den Zukunftsstaat im deutschen Parlament ..."	Monatsschrift für Christliche Sozialreform. XX. Jahrg., S. 382—387
5. Brentanos Agrarpolitik.	Deutsche Agrarzeitung. 4. Heft, S. 75—79 Vgl. auch: Ausgewählte Abhandlungen, S. 128—135

1898

6. Werden die Landwirte die Getreidepreise wieder mitbestimmen lernen?	Deutsche landwirtschaftliche Presse. Nr. 75, vom 17. September, S. 803 Vgl. auch: Fühlings landwirtschaftliche Zeitung. 47. Jahrg., S. 692—695
7. Jüdische Wirtschaftsgeschichte.	Die Zukunft. 10. Dezember, S. 447—458 17. Dezember, S. 496—507
8. Eine agrarische Beurteilung der englischen Getreidehandelspolitik.	Fühlings landwirtschaftliche Zeitung. Zentralblatt für praktische Landwirtschaft. Herausg. von Max Fischer in Halle a. S., Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart. 47. Jahrg., S. 45—50 und S. 94—96
9. Wissenschaftliche Getreidepreisprognose	Fühlings landwirtschaftliche Zeitung. 47. Jahrg., S. 781—791

1899

1. Möglichst billiger Kredit, rationelle Verschuldungsbeschränkungen und richtige Wertschätzung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes. Ein wirtschaftspolitisches Gutachten zum Entwurfe eines schweizerischen Grundpfandrechtes an den Vorstand des Schweizerischen Bauernverbandes.	Bern, Buchdruckerei K. J Wyss.
2. Vertrauliche Preisprognose von der Getreidepreiswarte an der Universität Freiburg (Schweiz). Erntejahr 1899—1900, Nr. 1—6 vom 3. Juni 1899 bis 4. März 1900.	Freiburg (Schweiz), Buchdruckerei u. Buchhandlung des Werkes vom hl. Paulus.
3. Un office international pour l'observation du Marché des céréales. Projet présenté par le Docteur Gustave Ruhland Professeur ordinaire d'Economie sociale à l'Université de Fribourg (Suisse), Directeur de l'Observatoire des Prix des Céréales établi à la même Université.	Paris, Imprimerie de la Bourse de Commerce. Rue Jean-Jacques Rousseau 33.
4. Un syndicat international pour la vente du froment. Projet présenté par Gustave Ruhland, Dr. sc. pol.	Fribourg (Suisse), Imprimerie de l'Oeuvre de Saint-Paul, ce 19 octobre 1899.
5. Wie werden die Weizenpreise im Frühjahr 1899 sein?	Fühlings landwirtschaftliche Zeitung. 48. Jahrg., S. 35—39

1900

1. Bestrebungen auf dem Wege zu einem Weizenverkaufs-Syndikat der Landwirte. Referat, erstattet im Gesamtausschuß des Bundes der Landwirte am 11. Februar 1900.	Verlag der Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte in Berlin. Vgl. auch: Ausgewählte Abhandlungen, S. 30—47

1900

2. Projekt einer Organisation der deutschen Landwirte für den Getreideverkauf. Referat, erstattet im Gesamtausschuß des Bundes der Landwirte am 11. Februar 1900.	Ausgewählte Abhandlungen. S. 48—51
3. Über eine internationale Entente der großen landwirtschaftlichen Verbände zur besseren Regulierung der Getreidepreise. Vortrag auf der XXV. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer zu Berlin am 13. und 14. Februar 1900. Vgl. auch: G. Ruhland und van Gülpen, A.: „Über eine internationale ...“ Referate mit anschließender Diskussion.	Bericht über die Verhandlungen der Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer zu Berlin am 13. und 14. Februar 1900. Berlin, Verlag des Büros der Steuer- und Wirtschaftsreformer, S. 71—88. Berlin-Charlottenburg, Allgemeine Verlagsagentur, und: Berlin, Verlag des Büros der Steuer- und Wirtschaftsreformer.
4. L'exportation du blé et de l'avoine russes en Suisse. Projet d'organisation présenté par M. le Dr. Gustave Ruhland.	Fribourg, Suisse, ce 14 mars 1900. Imprimerie de l'Oeuvre de Saint-Paul.
5. „Programm“ für die internationale Getreidepreiswarte an der Universität Freiburg (Schweiz), begründet im Juni 1900 von Professor Dr. G. Ruhland.	Monatliche Nachrichten. 1. Jahrg., Nr. 1, vom 26. Juni, S. 1—3 Vgl. auch: Ausgewählte Abhandlungen. S. 13—17.
6. Die Tagessituation des Marktes beherrscht die Getreidepreise.	Monatliche Nachrichten. 1. Jahrg., Nr. 1, vom 26. Juni, S. 3—5 Vgl. auch: Gegengutachten. Anlage A, S. 51—56
7. Ist die Statistik der sichtbaren Vorräte Nordamerikas gefälscht?	Monatliche Nachrichten. 1. Jahrg., Nr. 1, vom 26. Juni, S. 5—9 Vgl. auch: Gegengutachten. Anlage B, S. 57—66
8. Westliche Ablieferungen und sichtbare Vorräte an Weizen in Nordamerika.	Monatliche Nachrichten. 1. Jahrg., Nr. 2, vom 21. Juli, S. 19—20 Vgl. auch: Gegengutachten. Anlage C, S. 67—70
9. Aus der Entwicklungsgeschichte der nordamerikanischen Weizenkonkurrenz.	Monatliche Nachrichten. 1. Jahrg., Nr. 2, vom 21. Juli, S. 27—30
10. Die sog. argentinische Weizenkonkonkurrenz.	Monatliche Nachrichten. 1. Jahrg., Nr. 3, vom 27. August, S. 43 bis 46

1900

11. Zu dem Artikel „Aus der Entwicklungsgeschichte der nordamerikanischen Weizenkonkurrenz“. Bem.: S. Gerstl-Wien hatte in Nr. 94 der „Deutschen landwirtschaftlichen Presse“ (1900) einen Artikel veröffentlicht: „Aus der Entwicklungsgeschichte der nordamerikanischen Weizenkonkurrenz“, worin er insbesondere im Gegensatz zu Ruhland, der die Bedeutung der Verkehrsmittel hervorgehoben hatte, auf den Einfluß der Mähmaschinen hinwies. Gerstl hatte sodann die Zahlenangaben in Ruhlands Artikel in den „Monatlichen Nachrichten“ kritisiert. Der Artikel war auch abgedruckt in „Die internationale landwirtschaftliche Konkurrenz, ein kapitalistisches Problem“ (1901), worin Ruhland dann später in der 2. Auflage den Fehler korrigiert hatte, denn es muß heißen: („Monatliche Nachrichten“ S. 29 und „Die internationale landwirtschaftliche Konkurrenz, ...“ S. 16) statt „die mit Getreide besäte Fläche“ „die geerntete Menge“, statt „acres“ „bushels“. Gerstl hatte auch darauf hingewiesen, daß es („Monatliche Nachrichten“ S. 30) statt „25 Millionen bushels im Jahre 1868“ „52 Millionen“ heißen muß (vgl. auch: „Die internationale landwirtschaftliche Konkurrenz, ...“, S. 19).	Deutsche landwirtschaftliche Presse. 27. Jahrg., Nr. 97, vom 5. Dezember, S. 1167
12. Ein staatlicher internationaler Weizenring zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika.	Monatliche Nachrichten. 1. Jahrg., Nr. 3, vom 27. August, S. 46 bis 49 Vgl. auch: Gegengutachten. Anlage F, S. 89—94
13. Warum und wie der Landwirt sich eine Meinung über den Getreidemarkt bilden soll?	Monatliche Nachrichten. 1. Jahrg., Nr. 4, vom 22. September, S. 52—57 Vgl. auch: Ausgewählte Abhandlungen. S. 58—69. (Hier heißt der Titel: „Warum und wie ... „sichern soll“)
14. Die drohende Gefahr der kleinasiatischen Weizenkonkurrenz.	Monatliche Nachrichten. 1. Jahrg., Nr. 4, vom 22. September, S. 61—65
15. Wie verhüten wir die drohende kleinasiatische Weizenkonkurrenz?	Monatliche Nachrichten. 1. Jahrg., Nr. 5, vom 22. Oktober, S. 73 bis 77
16. Zu den Materialien für die Enquete über börsenmäßigen Terminhandel in Oesterreich.	Monatliche Nachrichten. 1. Jahrg., Nr. 5, vom 22. Oktober, S. 80 bis 83

1900

17. Die nordamerikanische, französische und argentinische Ernte im Lichte der Berichterstattung.	Monatliche Nachrichten. 1. Jahrg., Nr. 6, vom 22. November, S. 89—92 Vgl. auch: Gegengutachten, Anlage E, S. 79—88
18. Zur Würdigung des amerikanischen Elevatorenringes.	Monatliche Nachrichten. 1. Jahrg., Nr. 7, vom 27. Dezember, S. 109—111 (nicht, wie im „Gegengutachten" S. 71 angegeben, Juli 1900). Vgl. auch: Gegengutachten, Anlage D, S. 71—78
19. Die internationale Konkurrenz mit landwirtschaftlichen Produkten. Eine Konkurrenz der europäischen Gründerbanken. Vortrag, gehalten in Halle am 7. Dezember 1900 vor der Generalversammlung der landwirtschaftl. Vereine für die Provinz Sachsen.	Monatliche Nachrichten. 1. Jahrg., Nr. 7, vom 27. Dezember, S. 111—115 Vgl. auch dieselbe Veröffentlichung in: Deutsche Agrarzeitung, 1901, 6. Januar, 4. Jahrg., 2. Heft: Die internationale Konkurrenz in landwirtschaftlichen Produkten.
20. Die „sichtbaren Vorräte" und der Weizenpreis.	Deutsche landwirtschaftliche Presse. Nr. 10, vom 3. Februar, S. 92—93
21. Das Syndikat: die Innung der Zukunft. Vortrag, gehalten auf dem Bäcker-Zweig-Verbandstag in Prenzlau.	Sonderdruck. Vgl. auch: Ausgewählte Abhandlungen, S. 52—57
22. Schlußwort zu Holstein-Ledreborg, Josef Graf von: „Aus den landwirtschaftlichen Zuständen in Dänemark." (Dissertation, Freiburg [Schweiz]).	Berlin, Wilhelm Issleib.
23. Etwas über den Einfluß der Grundbesitzverteilung auf die Lage des landwirtschaftlichen Gewerbes.	Fühlings landwirtschaftliche Zeitung. 49. Jahrg., S. 524—527

1901

1. Die internationale landwirtschaftliche Konkurrenz ein kapitalistisches Problem in besonderer Bezugnahme auf die drohende anatolisch-mesopotamische Konkurrenz und die Mittel und Wege zu ihrer Verhütung.	Berlin, Ernst Hofmann & Co.
2. Der internationale Markt und die Getreidepreise. Vortrag, gehalten in der Ökonomischen Gesellschaft im Königreiche Sachen zu Dresden am 1. Februar 1901.	Dresden, G. Schönfeld's Verlagsbuchhandlung. Vgl. auch: „Mitteilungen der Ökonomischen Gesellschaft im Königreiche Sachsen", 1900—1901, S. 85—97

1901

3. Gegengutachten zu Prof. Dr. Conrad's „Stellung der landwirtschaftlichen Zölle in den 1903 zu schließenden Handelsverträgen Deutschlands".	Neuwied, Druck und Verlag der Raiffeisen-Druckerei. Vgl. auch: Monatliche Nachrichten, 1. Jahrg., Nr. 8, 26. Januar, S. 120—129, Nr. 9, 21. Februar, S. 139—143 und Nr. 10, 21. März, S. 155—161 Deutsche Agrarzeitung, 4. Jahrg., 6., 7., 9. und 11. Heft: unter dem Titel: „Die landwirtschaftlichen Zölle in den künftigen (neuen) Handelsverträgen.
4. Buchbesprechung: Dade: „Die Agrarzölle", Separatabdruck aus dem 2. Bande der „Beiträge zur neuesten Handelspolitik Deutschlands". Herausgegeben vom „Verein für Socialpolitik".	Monatliche Nachrichten. 1. Jahrg., Nr. 10, vom 21. März, S. 162 bis 164
5. Ist es gerechtfertigt, angesichts der bevorstehenden Zollerhöhung die städtische Bevölkerung gegen das Land zu verhetzen? Vortrag, gehalten in München am 25. März 1901.	Monatliche Nachrichten. 1. Jahrg., Nr. 11, vom 23. April, S. 172 bis 177 Vgl. auch: Ausgewählte Abhandlungen, S. 82—94
6. Wie haben die deutschen Getreidezollerhöhungen auf die Bewegungen der deutschen Getreidepreise eingewirkt?	Monatliche Nachrichten. 1. Jahrg., Nr. 12, vom 23. Mai, S. 188 bis 190 Vgl. auch: Deutsche Agrarzeitung, 4. Jahrg., 23. Heft, vom 2. Juni, S. 343 bis 347; unter dem Titel: „Die Wirkung der bisherigen deutschen Getreidezölle".
7. Was sagt die Statistik als Wissenschaft von den Wirkungen hoher und niedriger Getreidepreise?	Monatliche Nachrichten. 1. Jahrg., Nr. 12, vom 23. Mai, S. 190 bis 194 Vgl. auch: Deutsche Agrarzeitung, 4. Jahrg., 24. Heft, vom 9. Juni, S. 363 bis 370, unter dem Titel: „Die Wirkungen hoher und niedriger Getreidepreise".
8. Die Überproduktionstheorie im Lichte der Vorratsstatistik.	Getreidemarkt. Wochenschrift, neue Folge der „Monatlichen Nachrichten", Nr. 5. Anm.: Der 2. Jahrgang der „Monatlichen Nachrichten" erschien ab 1. Juli 1901. Ab 8. Oktober 1901 wurden sie umgewandelt in die Wochenschrift „Getreidemarkt". Vgl. auch: Ausgewählte Abhandlungen, S. 23—26
9. Die Bedeutung der Berliner Börse für den deutschen Getreidemarkt.	Deutsche Agrarzeitung. 4. Jahrg., 37. Heft, S. 587—592
10. Wie werden heute die Getreidepreise gemacht? Nach einem Vortrage, den Ruhland am 20. Dezember 1901 in Görlitz in einer Versammlung der landwirtschaftlichen Vereine gehalten hatte.	Deutsche Agrarzeitung. 4. Jahrg., 52. Heft, vom 22. Dezember, S. 901—903

1902

1. Der Weißbrotkorb der Welt.	Getreidemarkt. 2. Jahrg., Nr. 24
2. Die griechische Literatur über das Entwicklungsproblem der Völker. Bem.: Ist entnommen aus: „System der politischen Ökonomie", Band I, S. 312—318	Die Gegenwart. Wochenschrift, Berlin. Band 62, Nr. 42, S. 251—253

1903

1. System der politischen Ökonomie. Band I. I. Allgemeine Volkswirtschaftslehre (1. Teil: Einleitung. 2. Teil: Entwicklungsgeschichte der Völker, erster Teil). Bem.: Der I. Band des „Systems" ist bereits Anfang Oktober 1902 erschienen; denn die „Deutsche Tageszeitung" brachte am 13. Oktober und die „Deutsche Agrarzeitung" im 43. Heft vom 19. Oktober 1902 („Prof. Dr. G. Ruhland: System der politischen Ökonomie", S. 567—569, wahrscheinlich von E. Klapper) eine Besprechung.	Berlin, Wilhelm Issleib, später: Puttkammer und Mühlbrecht, schließlich mit anderen Schriften Ruhlands zusammengefaßt im Verlag Kairos, Verlag für aktuelle Wirtschaftspolitik. Berlin SW 11, Dessauer Str. 7.
2. Die Geschichte der Getreidehandelspolitik Englands in den letzten 500 Jahren im Grundriß.	Getreidemarkt. 3. Jahrg. Nr. 31

1904

1. Die Lehre von der Preisbildung für Getreide. Ein Lehrbuch für Landwirtschaftsschulen, Handels- und Müllerschulen, zugleich praktisches Handbuch für Getreideinteressenten. Herausg. im Auftrage der internationalen landwirtschaftlichen Vereinigung für Stand und Bildung der Getreidepreise.	Berlin, Wilhelm Issleib.
2. Der Einfluß des Großkapitals auf die internationale landwirtschaftliche Konkurrenz.	Deutsche Agrarzeitung. 7. Jahrg., 11. Heft vom 13. März.
3. Ein Dokument zur Entstehungsgeschichte der „Preußenkasse".	Deutsche Agrarzeitung. 7. Jahrg., 31. Heft, S. 477—480 Vgl. auch: Ausgewählte Abhandlungen, S. 112—116 Ergänzend dazu: Deutsche Agrarzeitung, 32. Heft, S. 502 „Zur Entstehungsgeschichte der Preußenkasse".
4. Die Überproduktionstheorie und die Getreidepreise Anno 1894 und heute.	Getreidemarkt. 4. Jahrg., Nr. 37 Vgl. auch: Ausgewählte Abhandlungen, S. 27—28
5. Darf eine Organisation der landwirtschaftlichen Marktnachrichten die Beurteilung der kommenden Preisbewegung ausschalten?	Getreidemarkt. 4. Jahrg., Nr. 49 Vgl. auch: Ausgewählte Abhandlungen, S. 70—76

1904

6. Kann die kommende Preisbewegung für Getreide zutreffend vorhergesagt werden?	Getreidemarkt. 4. Jahrg., Nr. 50 Vgl. auch: Ausgewählte Abhandlungen, S. 77—79
7. Unsere Vorhersagung des nordamerikanischen Weizenkonsums und Weizenexports im März a. c.	Getreidemarkt. 5. Jahrg., Nr. 4 Vgl. auch: Ausgewählte Abhandlungen, S. 80—81
8. Was lehrt List?	Die Zukunft. 10. Sept., S. 397—401
9. Uber die Notwendigkeit einer systematischen Organisation der Getreidestatistik.	Allgemeines Statistisches Archiv. Band 6, Halbband 2, S. 63—102 (Verlag H. Laupp'sche Buchhandlung, Tübingen).
10. Uber die drohende auswärtige landwirtschaftliche Konkurrenz und die Mittel und Wege, ihr zu begegnen.	Fühlings landwirtschaftliche Zeitung. 53. Jahrg., 11. Heft, 1. Juni, S. 428 bis 430 und 12. Heft, 15. Juni, S. 457—461

1905

1. Welche Aufgaben will die „Landwirtschaftliche Marktzeitung" erfüllen?	Landwirtschaftliche Marktzeitung. VI. Jahrg., Nr. 1, vom 3. Januar, S. 1 und 2 („Landwirtschaftliche Marktzeitung", früher „Getreidemarkt", Nachrichten zur Regulierung der Getreidepreise, Amtliches Organ für Deutschland der Internationalen Landwirtschaftlichen Vereinigung für Stand und Bildung der Getreidepreise. Herausgeber: Prof. Dr. G. Ruhland. Berlin SW 11, Dessauer Str. 7.)
2. Bestrebungen zur Errichtung eines deutschen Mühlensyndikates.	Landwirtschaftliche Marktzeitung. VI. Jahrgang., Nr. 66, vom 18. August, S. 225
3. Zur Getreideverkaufspolitik der Landwirte.	Landwirtschaftliche Marktzeitung. VI. Jahrg., Nr. 93, vom 21. Nov., S. 309

1906

1. System der politischen Ökonomie. Band II. II. Allgemeine Volkswirtschaftslehre (Entwicklungsgeschichte der Völker, zweiter Teil).	Berlin, Wilhelm Issleib, später: Puttkammer und Mühlbrecht, schließlich mit anderen Schriften Ruhlands zusammengefaßt im Verlag Kairos, Verlag für aktuelle Wirtschaftspolitik. Berlin SW 11, Dessauer Str. 7.
2. Das Entwicklungsprogramm der Preisbildung für Getreide.	Verlag der Deutschen Tageszeitung, 1906.

1906

3. Kaiser und Papst im Lehnsstaat.	Die Zukunft. 13. Januar, S. 63—70
4. Die Entstehung der Geldwirtschaft und des Kapitalismus im christlichen Abendlande. Aus dem „System der politischen Ökonomie", Bd. II, S. 163—177	Monatsschrift für Christliche Sozialreform. XXVIII. Jahrg., S. 483—493
5. Bestrebungen zur Organisation eines deutschen Mühlensyndikates.	Landwirtschaftliche Marktzeitung. VII. Jahrg., Nr. 63, vom 7. August.
6. Die Mühlenumsatzsteuer ohne oder mit Kontingentierung der Mühlen.	Deutsche Agrarzeitung. 9. Jahrg., 28. Heft, vom 8. Juli. Vgl. auch: Ausgewählte Abhandlungen, S. 98—102
7. Zur Mühlenumsatzsteuer.	Deutsche Agrarzeitung. 9. Jahrg., 32. Heft, vom 5. August, S. 503—506
8. „Erklärung" von Prof. Ruhland.	Deutsche Agrarzeitung. 9. Jahrg., 43. Heft, vom 21. Oktober, S. 674 und 675
9. Volkswirtschaftliche Leitgedanken der schweizerischen Bauernpolitik.	Deutsche Agrarzeitung. 9. Jahrg., 44. Heft, vom 28. Oktober, S. 681—684

1907

1. Über die Organisation von Verkaufsvereinigungen der deutschen Müller. Denkschrift, herausgegeben vom Ausschuß zur Vorbereitung von Verkaufsvereinigungen der deutschen Müller. Vorwort: Berlin, d. 28. Januar 1907.	Berlin, Puttkammer und Mühlbrecht.
2. Kolonialpolitik und Bauernpolitik in den letzten zweieinhalb Jahrtausenden. Vortrag, gehalten auf dem Vortragskursus der Landwirtschaftskammer für die Provinz Posen, am 1. März 1907 in Posen.	Posen, Ebbecke. Vgl. auch: Ausgewählte Abhandlungen, S. 207—228

1908

1. System der politischen Ökonomie. Band III. Krankheitslehre des sozialen Volkskörpers.	Berlin, Wilhelm Issleib, später: Puttkammer und Mühlbrecht, schließlich mit anderen Schriften Ruhlands zusammengefaßt im Verlag Kairos, Verlag für aktuelle Wirtschaftspolitik. Berlin SW 11, Dessauer Str. 7.
2. Die internationalen Kapitalverschiebungen als eine Ursache der periodischen landwirtschaftlichen Krisen.	Bankarchiv. VIII. Jahrg., 1908/09, Nr. 2, S. 24—25 Vgl. auch: Ausgewählte Abhandlungen, S. 18—22

1908

3. Die Entwicklungsstadien in der Auffassung der Agrarfrage während der letzten 30 Jahre. Ein Rückblick.	Monatshefte für Landwirtschaft. Wien, Verlag von W. Frick 1. Jahrg., 9. Heft, September, S. 265 bis 272
4. Aus den Schicksalen eines Handwerksmeisters.	Badische Landeszeitung, vom 30. September.
5. Entwurf einer allgemeinen Wertzuwachssteuer. Bem.: Dieser Artikel ist ein Gutachten, das Ruhland für das Reichsschatzamt unter Mitwissen des engeren Vorstandes des Bundes der Landwirte ausgearbeitet hatte.	Deutsche Agrarzeitung. 11. Jahrg., 44. Heft, S. 637—642 Vgl. auch: Ausgewählte Abhandlungen, S. 180—184

1909

1. Die Ergebnisse der Bankenquete nach agrarischer Auffassung.	Stimmen aus dem agrarischen Lager. Heft 7. Vgl. Deutsche Agrarzeitung. 12. Jahrg., 2. Heft, S. 15—25 („Bankenreform nach agrarischer Auffassung".) Vgl. auch: Ausgewählte Abhandlungen, S. 117—127
2. Das Problem der Verhütung unserer Wirtschaftskrisen und die Interessen unserer Großbanken.	S.Deutsche Tageszeitung, Nr. 109 Vgl. auch: Ausgewählte Abhandlungen, S. 95—97
3. Zur Kritik unserer bisherigen sozialen Gesetzgebung.	Deutsche Agrarzeitung. 12. Jahrg., 3. Heft, vom 17. Januar, S. 29—37 Vgl. auch: Ausgewählte Abhandlungen, S. 103—111
4. Die plutokratische Entwicklung in Preußen-Deutschland.	Deutsche Agrarzeitung. 12. Jahrg., 10. Heft, vom 7. März, S. 127—131 Vgl. auch: Ausgewählte Abhandlungen, S. 175—179
5. Ein Beitrag zur politischen Psychologie.	Wiener landwirtschaftliche Zeitung. 20. Januar, S. 53—55
6. Die Theorien der Arbeitslohnbildung.	Deutsche Agrarzeitung. 12. Jahrg., 22. Heft, vom 30. Mai, S. 305—314 Neu abgedruckt in „Volkswirtschaftliche Grundbegriffe", 2. Aufl., 1935, Anhang S. 33—46
7. Der freihändlerische Individualismus und die organische Auffassung der Volkswirtschaft.	Deutsche Agrarzeitung. 12. Jahrg., 39. Heft, vom 26. September, S. 553—568 Vgl. auch: Ausgewählte Abhandlungen, S. 192—206

1910

1. Ausgewählte Abhandlungen, Aufsätze und Vorträge von Professor Dr. Gustav Ruhland zu seinem 50. Geburtstage (11. Juni 1910), herausgegeben vom Bund der Landwirte in Berlin.	Kairos-Verlag für aktuelle Wirtschaftspolitik. Berlin SW 11, Dessauer Straße 7.
2. Volkswirtschaftliche Grundbegriffe. Eine Orientierungstafel über Freihandel, Sozialismus, Kathedersozialismus und organische Mittelstandsauffassung. Dem internationalen Verbande zum Studium der Verhältnisse des Mittelstandes vorgelegt.	Kairos-Verlag für aktuelle Wirtschaftspolitik. Berlin SW 11, Dessauer Straße 7. 2. Aufl. (Neudruck zum 75. Geburtstag Ruhlands). Berlin 1935, herausg. von Karl Scheda. Mit Anhang: „Die Theorien der Arbeitslohnbildung".
3. Die „organische Auffassung des Menschen", eine fast vergessene Fundamentalwahrheit aller Politik.	Monatshefte für Landwirtschaft. Wien, III. Jahrg., S. 41—46
4. Grundriß meiner Vorlesung über das System der praktischen Wirtschaftspolitik nach „organischer Auffassung".	Monatsschrift für Christliche Sozialreform. XXXII. Jahrg., S. 257—265
5. Angebot, Nachfrage und Preis.	Die Zukunft. 19. Mai. Vgl. auch: Ausgewählte Abhandlungen, S. 229—236
6. Für die Getreidezölle. Offene Antwort an Herrn Geheimrat Professor Dr. Lujo Brentano.	Deutsche Tageszeitung. Sonntag, den 23. Oktober, Nr. 502.

1911

1. Aufstieg und Niedergang der Völker nach volksorganischer Geschichtsauffassung.	Berlin, Volkserzieher-Verlag (von Schwaner), 1. und 2. Auflage. 3. Auflage: „Eine neu durchgesehene und im Sinne des Verfassers ergänzte größere Ausgabe", 1918, herausgegeben von der Ruhland-Gesellschaft. Verlag Georg Sturm, Berlin SW 48.
2. Für die Getreidezölle. Eine Antwort an sämtliche Freihändler.	a) Berlin, Georg Sturm. b) Berlin, Kairos-Verlag für aktuelle Wirtschaftspolitik (ohne Jahr).
3. Wirtschaftliche Theorien. I. und II.	„Hammer", parteilose Zeitschrift für nationales Leben. Leipzig. X. Jahrg. I. Nr. 212, vom 15. April, S. 203—206 II. Nr. 213, vom 1. Mai S. 237—241
4. Randglossen zur staatsbürgerlichen Erziehung.	Politisch-anthropologische Revue. (Hildburghausen, Berlin, Thüringische Verlagsanstalt). 10. Jahrg., Nr. 1, April, S. 630—635
5. Von der volksorganischen Geschichtsauffassung.	Konservative Monatsschrift. (Berlin, Reimar Hobbing). 68. Jahrg., 2. Halbjahrsband, Heft 8, Mai, S. 789 bis 796

1911

6. Die wiederkehrende (periodische) Brot- und Fleischnot. Vortrag, gehalten im September 1911 auf dem III. Internationalen Mittelstandskongreß in München.	Abgedruckt in „Odal", Monatsschrift für Blut und Boden. Herausgeber R. Walther Darré. Detmold, Mai 1934. 2. Jahrg., Heft 11, S. 793—800 Karl Scheda: Ein lehrreicher Vortrag Ruhlands.
7. Über die organische Auffassung des Kulturmenschen. Ein Gutachten, erstattet zur Gründung des neuen reichsdeutschen Mittelstandsverbandes in Dresden am 24. September 1911, auf dem ersten reichsdeutschen Mittelstandstage.	Deutsche Tageszeitung. Sonntag, den 24. September, Nr. 485. Vgl. auch: Der Volkserzieher. 15. Jahrg., Nr. 25, 10. Dezember, S. 194—196
8. Wohin steuern wir?	Der Volkserzieher. Blatt für Familie, Schule und öffentl. Leben. Begründer und Herausg. W. Schwaner, Berlin. 15. Jahrg. I. Nr. 8, 16. April, S. 56—60 II. Nr. 13, 25. Juni, S. 102—103 III. Nr. 15, 23. Juli, S. 114
9. Moderne Inquisition.	Der Volkserzieher. 15. Jahrg., Nr. 17, 20. August, S. 127—128

1912

1. Fleischnot.	„Hammer". XI. Jahrg., Nr. 247, vom 1. Oktober, S. 509—512
2. Goethe und unsere Volkswirtschaftslehre.	Deutsche Tageszeitung, vom 9. September. Vgl. auch: Der Volkserzieher. 16. Jahrg., Nr. 25, 8. Dezember, S. 197—198
3. Die kommende allgemeine Wirtschaftskrisis und die periodischen Teuerungserscheinungen.	Konservative Monatsschrift. 69. Jahrg., Heft 7, April, S. 703—708 Heft 8, Mai, S. 845—851
4. Was lehrt Alfred Krupp die Nationalökonomie?	Die Arbeiterbewegung. 1912.
5. Leitsätze für Mittelstandspolitik, entworfen für den „Internationalen Verband zum Studium der Mittelstandsverhältnisse".	Wiederveröffentlicht in den Mitteilungen des Reichsbundes deutscher Diplomlandwirte. 1934, Nr. 6
6. Leitsätze für vaterländische Berufsvereine.	Wiederveröffentlicht in der Zeitschrift „Der Weltkampf". Juni 1930, S. 253—257
7. Die Wirtschaftskrisen unserer Zeit. Vortrag, gehalten am 29. Dezember 1911 bei den Volkserziehern.	Der Volkserzieher. 16. Jahrg., Nr. 4, 18. Februar, S. 26—28

1913

1. Wo liegen die Ursachen der Fleischnot?	Die Volkshochschule. Zeitschrift für das gesamte deutsche Volksbildungswesen. Herausg. O. Stillich, Verlag G. Sturm, Berlin. 5. Jahrg., Heft 4
2. Wie soll sich die staatswissenschaftliche Fortbildung aufbauen?	Die Volkshochschule. 5. Jahrg., Heft 5

1914

Skizzen der Vorträge, die Ruhland 1896 in Luzern gehalten hat.	Monatsschrift für Christliche Sozialreform. XXXVI. Jahrg., S. 59—60

Anm.: Der „Bund der Landwirte" hat ein „Agrarisches Handbuch" herausgegeben, das 1898 in erster, 1903 in zweiter und 1911 in dritter Auflage erschienen ist. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Ruhland an diesem in der Form eines Wörterbuchs abgefaßten und die für Landwirte wichtigsten Stichworte enthaltenden Werke mitgearbeitet, ja einigen Artikeln sein geistiges Gepräge gegeben hat. Bei einer Reihe von Artikeln, z. B. „Agrarier", „Bauer", „Börse", „Getreidepreise", vor allen Dingen aber bei dem Artikel „Mittelstand" wäre dies mit Hilfe philologischer Methoden durchaus nachweisbar. Da aber Ruhlands Gedanken, auch diejenigen über den Mittelstand, in anderen Aufsätzen und Artikeln authentisch und wesentlich ausführlicher niedergelegt sind, so ist es sachgerechter, diese Originalfassungen als Grundlage zu benutzen.

Anhang II

Schrifttum über Ruhland

Voranzustellen sind die Veröffentlichungen des Syndikus der Ruhlandgesellschaft, Karl Scheda, der, mit Ruhland persönlich bekannt und mit seinen Werken vertraut, in einer ganzen Reihe von Zeitschriften und Zeitungen, z. B. in „Deutschlands Erneuerung", „Deutsche Agrarpolitik", „Odal", „Nationalsozialistische Landpost", „Der Diplomlandwirt", „Der deutsche Unternehmer", „Berliner Börsenzeitung" usw., immer wieder auf die Bedeutung sowie die Lehren Ruhlands hingewiesen und sich so um die Erhaltung und Verbreitung des Ruhlandschen Gedankengutes außerordentliche Verdienste erworben hat.

Was das Verhältnis Gustav Ruhlands zum Nationalsozialismus, insbesondere zum Reichsnährstand anbelangt, so sei auf die verschiedenen Äußerungen und Veröffentlichungen Darrés, Reischles und Merkels hingewiesen (vgl. z. B. „Vorwort" zum Neudruck des „Systems der politischen Ökonomie", Berlin, Band I, 1933, und Reischle-Saure „Aufgaben und Aufbau des Reichsnährstandes" sowie die Aufsätze in der Zeitschrift „Deutsche Agrarpolitik" und deren Fortsetzung „Odal").

Beck, Joseph: Gustav Ruhland. Zwanzig Jahre nach seinem Tode. Freiburg (Schweiz), 1934.

Brentano, Lujo: Die deutschen Getreidezölle. 3. Aufl. Stuttgart 1925.

Hausner, Alois: Prof. Dr. Gustav Ruhland, seine Umwelt, Familie und Jugend. Berlin 1935.

Klapper, Edmund: Leitgedanken aus Prof. Dr. G. Ruhlands System der politischen Ökonomie. Berlin 1908.

Kyrion, Josef: Gustav Ruhlands volkswirtschaftliche Anschauungen. Gießen 1930 (Diss.).

Lange, Otto: Gustav Ruhland, System der politischen Ökonomie. Eine Zusammenfassung der Grundgedanken. „Odal", Monatsschrift für Blut und Boden. 3. Jahrg., Heft 10, 1935.

Meinhold, Willy: Der volkswirtschaftliche Arbeitsbegriff Ruhlands. Berlin 1935. Paul Parey. Sonderdruck aus „Berichte über Landwirtschaft".

Müffling, W. von: Aus Briefen Gustav Ruhlands. Deutschlands Erneuerung. München, Januar 1934.

Sturm, Georg: Die Lehren Gustav Ruhlands als Grundlage für unsere Volksernährung und Wirtschaftspolitik. Berlin 1915.

Der Privatbeleidigungsprozeß Ruhland contra Biermer. Gießen 1909.

Allen denen, die den Verfasser bei seiner schwierigen Arbeit der Materialbeschaffung unterstützt haben, insbesondere der Familie und den Freunden Ruhlands, Herrn Syndikus Scheda und Herrn Archivar Dr. Hans Neumann, spricht der Verfasser an dieser Stelle seinen Dank aus.

Personen-Register

Anderson 106
Arendt, Otto 99
Aristoteles 89, 132
Atkinson, Edward 60, 61

Baden-Powell 71
Bamberger, Ludwig 69
Beck, Joseph 15, 102
Benigni, Umberto 103
Bernat, Stephan 101
Bernhardi, Theodor v. 7, 12
Bernstein, Eduard 83
Biermer, Magnus 5, 83 f., 121 ff.
Bismarck 39, 58 f., 63, 83, 118, 134
Bleicken 21
Brentano, Lujo 75, 77, 78, 93 f., 105 f., 118, 120, 122
Buchenberger, Adolf 22, 36 f., 50, 53, 84
Bülow-Cummerow, Georg v. 10

Caprivi 59 f., 62
Carey 45
Carlyle 89
Cetto, Frhr. von 50
Conrad 57, 116 ff., 122, 139
Crailsheim, Graf von 58

Dardanus 100
Darré 6
David, Eduard 83
Dühring, Eugen 5

Feilitzsch, Frhr. von 58
Fichte 135, 139
Flürscheim 56, 70
Fritsch, Theodor 126

Geffcken 84
George, Henry 70, 95
Gierke, Otto v. 29, 76, 97
Goethe 136
Gossen 5

Hardenberg 9
Hegel 25
Heine (Klostergut Hadmersleben) 75
Helferich, v. 50
Helldorf-Baumersroda, von 56
Hermann, F. B. W. 117
Hertzka 70
Howard 106

Jand, Maria 102
Jolly 55

Kanitz, Graf 91
Kant 29
Kautsky, Karl 82
King, Gregory 94
Klapper, Edmund 99, 121, 131
Köhler-Langsdorf 121
Kosegarten 11
Krämer 78
Kroidl 96
Krupp, Alfred 137

Labeo, Marcus Antistius 108
Laveleye-Bücher 20
Laves, Th. 32
Leiter 103, 119
Lerchenfeld, Grafen von 58
Lette, Adolph 11
Lexis 55, 68, 99, 122
Liebknecht, Wilhelm 14, 65
Lippe-Weißenfeld, Graf zur 14
List, Friedrich 5, 124, 139
Lubin, David 124

Mancke 120
Marlo 5

Martitz 55
Marwitz, Ludwig von der 9
Marx, Karl 14, 32, 65, 82, 101 f., 126, 135 f.
Mayr, Georg von 93
Méline 118
Meyer, Rudolf 14, 22, 36, 45, 99
Miaskowski, v. 21
Miquel 25, 79, 96, 108
Mirbach, Frhr. von 42
Moltke 129
Mommsen, Theodor 140
Möser, Justus 7
Müffling, W. von 131
Müller, Adam 7 f., 9, 90

Naudé 103
Neumann, Fr. J. 55

Oldenberg 107

Parey, Paul (Verlag) 87
Platon 132
Pohle, Ludwig 136
Preser, Karl 21

Raiffeisen 42 f.
Ratzinger, Georg 24, 32, 36, 82
Reichensperger 11
Reischle 6
Reventlow, Graf E. 130
Ricardo, David 44, 47, 49, 53, 87, 94
Riehl 91
Rodbertus 7, 12 f., 20, 27 f., 44 ff., 51, 54, 70
Roesicke 99, 113
Roscher, Wilhelm 11
Rosegger, Peter 66
Rümelin 55
Ruskin 89, 132
Schäffle, Albert 20, 21, 25, 27, 29, 32 f., 35 f., 49, 50 f., 54, 56, 71, 77, 79, 81, 85, 131, 138
Schmittmann-Aschersleben 64 ff., 78
Schmoller, Gustav 21, 32, 93, 98, 99, 115, 117
Schneebeli 108
Schönaich-Carolath, Prinz 118
Schönberg, Gustav 55
Schraut, M. von 88
Schulze-Delitzsch 42 f.
Schumacher-Zarchlin 14
Schwaner, Wilhelm 134
Semler, Heinrich 22
Sering, Max 22, 61, 72, 87, 99
Skarzynski 85
Smith, Adam 7, 32, 48, 72, 80, 81, 100, 112
Smith, Charles W. 100
Sohm, Rudolf 97
Sombart, Werner 103, 122
Stamm, Theodor 56
Stein, Lorenz von 20, 35 f., 38 f.
Süß, Eduard 68 f., 80
Sydow-Dobberpfuhl 92

Thaer, Albrecht 7, 9
Thaer (der „jüngere Thaer", Enkel des berühmten Thaer) 40
Thünen 7, 9, 49, 94 f.
Thüngen-Roßbach, Frhr. von 18, 50
Trendelenburg 29, 31
Toussaint 64

Vogelsang, Karl von 20, 28, 35
Vollmar, v. 83

Wagener, Hermann 14
Wagner, Adolph 20, 85, 122, 128 f.
Wakefield 70
Wangenheim, Frhr. von 5, 84
Weber 55
Wells, David A. 60, 61
Wilckens 67
Wollny 57

Sach-Register

Agrarfrage 18, 72
Agrarier 8, 131
agrarische Bewegung 10
Agrarismus 81
Agrarkrisen 9 ff.
Agrarstatistiken, Enqueten 36 f., 43, 51
Anerbenrecht 23, 31, 35
Äquivalenztheorie 89
Arbeit 29, 30, 36, 38, 42, 48, 81, 128, 133
Arbeiterpolitik 67 ff.
Arbeitsdenken 29

Bankenquete 129
Bankreform 95 ff., 101, 110, 116, 128
Bauer, Bauernpolitik, Bauernstand 18, 27, 35 f., 39, 131
berufsgenossenschaftliche Organisationen 110 ff., 134
Bimetallismus 52, 80, 87, 92
Boden als Produktionsfaktor 28
Bodenreformer 56
Börsen 76, 92, 114
Börsenreform 95 ff., 116
Börsentermingeschäfte 98 f., 119
Brot 90, 141
Brotversorgung 72, 73, 75 f., 81, 88 f., 125
Buch- oder Sachwert 109
Bund der Landwirte 84, 85 ff., 96, 98, 104, 110, 130 ff.
Bürgerliches Gesetzbuch, Kritik am 96 ff.

Dardanariat 100

Eigentumsbegriff 97
Erbgelder, Erbschaftsgelder 26, 52, 73
Ertragswert 19 f., 44, 109

Fideikommisse 23
Freihandel, Freihändler 5, 13, 38, 43, 53 72, 80, 88, 100, 129, 133

Genossenschaftsrecht 42 f.
gerechter Lohn 30, 31, 53, 68
Getreidepreise, Getreidepreispolitik 86 f., 94 ff., 96 f., 102, 118 f., 121
Getreidepreiswarte 109 ff., 123
Goldwährung 52, 68 ff., 80, 92
Großbetrieb, landwirtschaftlicher 64 ff., 79
Großgrundbesitz 27, 131
Grundeigentum 27, 70
Grundkapital, Kapital in der Landwirtschaft 21, 40 f., 48
Grundrente 49, 53, 55
Grundrententheorie 44, 47, 53, 106
Grundschulden 24, 26 f., 31

Hypothekarkredit 21, 33, 108

Individualismus 30, 48, 135 f.
internationale Arbeitsteilung 72, 74
Internationales Agrarinstitut 124
internationales Kapital 61, 76, 92, 101

Kalkulation 42
Kapitalismus 5, 131, 139 ff.
Kapitalnot 26
Kredit, Anlage- und Betriebskredit 24, 26, 33, 107
Kreditnot 26

Marxismus 5, 130
Mittelstand, Mittelstandstheorie, Mittelstandspolitik 20, 27, 36, 48, 76, 95, 108 f., 115, 125, 130, 132 f.
Mühlensyndikat 115, 125

Nebengewerbe, landwirtschaftliches 34

Organismus, organisch 20, 30, 34, 51, 136

Personalkredit 24, 26, 33
Politik und Wissenschaft 74 ff.
politische Erziehung 130, 135
Preisbildung 23, 29
Preußische Zentralgenossenschaftskasse 107 f.
privatwirtschaftliche Betrachtungsweise 52

Raiffeissensche Darlehnskassen 24, 43, 131
Realkredit 21, 24
Recht 35
Reichsnährstandgesetz 6
Rente 23, 43, 46
Rentenfondstheorie 27, 46
Restkaufgelder 26, 41, 52, 73
römisches Recht 30

Schulze-Delitzsche Genossenschaften 42 f.
Schutzzölle 13, 17, 28, 35, 37 ff., 41, 43, 47 f., 49, 52, 57, 62 ff., 89, 93, 95, 122
Sozialismus 82, 131, 135
Sozialpädagogik 130, 134
sozialwirtschaftliche Betrachtungsweise 53
ständische Neuordnung 134 f.
Steuer 128 f.
Syndikat 110, 114 f.
„System der politischen Ökonomie" 5 103 ff., 116 ff., 120, 125, 127, 137 ff.

Taxation 8, 49

überseeische Getreidekonkurrenz 41, 49, 58 f., 84, 92
Unternehmer 137

Verschuldung der Landwirtschaft 25 ff., 43, 61
Verstaatlichung des Grund und Bodens 55 ff.
Volksgemeinschaft, Gemeinschaft 31, 48, 82, 131, 134 ff., 140
volksorganische Betrachtungsweise 5, 51 ff., 84, 130, 132 ff., 133 f.
wahrer Wert 19, 28, 30, 31, 33 ff., 44 f., 53 f., 78, 83 f.

Wert, Wertbegriff 28, 38, 45, 109
Wertabsolutismus 30
Wertrelativismus 30
Wirtschaftsliberalismus 32

Zinsknechtschaft 25

BÜLOW / GUSTAV RUHLAND